

Michael Hüther

Ausgewählte Kommentare, Interviews und Essays zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, veröffentlicht in Print-, Online-Medien und im Radio 2021

Michael Hüther

Ausgewählte Kommentare, Interviews und Essays
zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, veröffentlicht
in Print-, Online-Medien und im Radio 2021

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
www.iwkoeln.de

Redaktion und Grafik: IW Medien GmbH, Köln · Berlin
Titelbild (Umschlag): iStock.com / DKosig

ISBN 978-3-602-15034-2

© 2021 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0
iwmedien@iwkoeln.de
www.iwmedien.de

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim



Corona-Pandemie

„Corona-Schulden über vier Jahrzehnte tilgen“ <i>Interview in der Passauer Neuen Presse vom 14. Mai</i>	8
„Große Pleitewelle ist nicht zu befürchten“ <i>Interview in der Saarbrücker Zeitung vom 29. April</i>	11
Endlich raus aus dem Lockdown? <i>Interview mit Welt Online am 3. März</i>	13
Lasst uns noch drei Wochen warten?! <i>Gastbeitrag in der WirtschaftsWoche vom 26. Februar</i>	18
„Klare und verlässliche Öffnungsperspektive“ <i>Interview mit heute.de am 24. Februar</i>	21
„Gesundheitsschutz steht nicht im Grundgesetz“ <i>Interview im Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. Februar</i>	25
Das Virus besiegen oder mit ihm leben? <i>Streitgespräch mit Clemens Fuest im Handelsblatt vom 29. Januar</i>	28
Wir alle sind angreifbar <i>Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. Januar</i>	36
Deutschland steckt im Stillstand fest <i>Gastbeitrag in der BILD vom 22. Januar</i>	41
„Grundschulen zum 1. Februar wieder öffnen“ <i>Interview mit der Rheinischen Post vom 21. Januar</i>	42
„Eine erneute Lockdown-Verschärfung jetzt ist nur schwer nachzuvollziehen“ <i>Interview mit dem Tagesspiegel vom 18. Januar</i>	44
Es gibt keinen absoluten Lebensschutz <i>Gastbeitrag in Cicero vom 13. Januar</i>	47
„Die Politik des massiven Lockdowns zeigt, dass man nicht weiterkommt“ <i>Interview mit der Passauer Neuen Presse vom 12. Januar</i>	50
„Einschränkungen haben bisher nicht wirklich Ertrag gebracht“ <i>Interview mit dem Deutschlandfunk am 11. Januar</i>	53
Ethisches Dilemma der Pandemie <i>Gastbeitrag im Handelsblatt vom 15. Dezember 2020</i>	59

Bundestagswahl

Die neue Koalition braucht einen ständigen Tisch der gesellschaftlichen Vernunft <i>Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung vom 22. Oktober</i>	64
---	----

Jamaika oder Ampelbündnis? Neue Koalition muss Zukunftsthemen anpacken <i>Streitgespräch mit Sebastian Dullien im WDR am 27. September</i>	67
„Politik in Deutschland wird in der Mitte stattfinden“ <i>Interview mit der Nordwest-Zeitung vom 29. September</i>	72
„Stabilitätssignal für deutsche Unternehmen“ <i>Interview mit dem Handelsblatt vom 27. September</i>	74
„Demografische Alterung und Klimaneutralität verlangen konsequente und stimmige Entscheidungen“ <i>Interview mit der Börsen-Zeitung vom 22. September</i>	76
Mehr Demokratie wagen – eine Handlungsanweisung <i>Gastbeitrag im Handelsblatt vom 27. August</i>	78
„Ey, ist das hip?“ <i>Interview mit dem Stern vom 22. April</i>	82
Wirtschaftsstandort Deutschland	
Was tun gegen die Stagflation? <i>Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 7. November</i>	88
Die unsichtbare Hand des Marktes ist längst grün <i>Gastbeitrag mit Daniel Mack in der Welt am Sonntag vom 4. Oktober</i>	91
Welche Folgen hat ein höherer Mindestlohn? <i>Streitgespräch mit Sebastian Dullien im Handelsblatt vom 22. September</i>	96
„Wir werden länger arbeiten müssen“ <i>Interview mit FOCUS Online am 16. September</i>	103
Diese fünf Dinge braucht es, damit unsere Verwaltung digitaler wird <i>Gastbeitrag auf t-online.de vom 9. August</i>	107
Müssen die Alterung so ernst nehmen wie den Klimawandel <i>Gastbeitrag in der Welt vom 16. Juli</i>	110
„Start-ups sind das, was jede Wirtschaft braucht“ <i>Interview im Blog der Onlineplattform SalsUp vom 14. Juli</i>	112
Trügerische Liebe <i>Gastbeitrag in der Welt vom 24. Juni</i>	116
„Wir werden eine Korrektur dieser Preiseffekte sehen“ <i>Interview mit dem Deutschlandfunk am 4. Juni</i>	119
„Wir brauchen ein Modernisierungs-Jahrzehnt“ <i>Interview mit dem FOCUS vom 6. April</i>	126

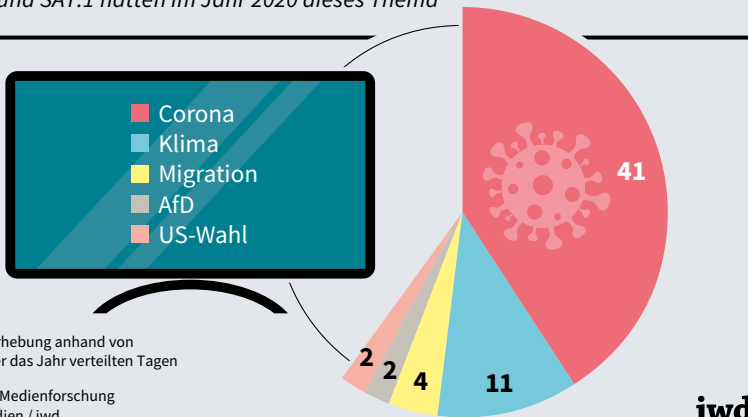
Der Staat als Retter und die Mühen der administrativen Ebene <i>Gastbeitrag für das Onlinemagazin Makronom am 26. Februar</i>	131
Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind gewaltig – aber wir haben alle Chancen <i>Gastbeitrag auf FOCUS Online am 19. Januar</i>	137
„Nicht nur die Digitalbranchen kommen robust durch die Krise“ <i>Interview mit dem Handelsblatt vom 28. Dezember 2020</i>	141
Verschiedene Themen	
Ein Plädoyer für demokratische Prozesse <i>Gastbeitrag für Creditreform vom 6. Oktober</i>	144
Ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgegangen? <i>Gastbeitrag für den Münchner Merkur vom 27. September</i>	148
Demokratie in Gefahr <i>Gastbeitrag mit Matthias Diermeier in der Welt vom 15. September</i>	150
Ende des Gesundheits-Diktats – jetzt muss die Bildung den Ton angeben <i>Gastbeitrag in der Welt vom 6. Juli</i>	157
Die Zukunft der Globalisierung <i>Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Juni</i>	160
„Was SPD und Grüne planen, ist ein Irrweg“ <i>Interview mit dem Handelsblatt vom 29. April</i>	168
Die Soziale Marktwirtschaft hat sich auch im Sozialen bewährt <i>Gastbeitrag im Blog politische Ökonomie am 9. März</i>	172
Zur Krise der politischen Repräsentation <i>Interview mit David Deißner und Hans Ulrich Gumbrecht in RECAP, dem Newsletter der Atlantik-Brücke, am 8. Februar</i>	177
Der Ganztagschulaausbau darf nicht scheitern <i>Gastbeitrag mit Tom Krebs und Katharina Spieß auf ZEIT ONLINE am 27. Januar</i>	186
„USA müssen regionale Balance anstreben“ <i>Interview mit der Börsen-Zeitung vom 8. Januar</i>	189
Ein Weckruf <i>Gastbeitrag mit Sigmar Gabriel, Norbert Röttgen, Ute Wolf und David Deißner auf der Website der Atlantik-Brücke am 8. Januar</i>	192
Zurück zu Maß und Mitte <i>Gastbeitrag im Handelsblatt vom 8. Januar</i>	193

Corona-Pandemie

Im Jahr zwei der Corona-Pandemie sucht Deutschland nach Perspektiven: Gesellschaft, Wirtschaft und Politik spüren die drastischen Folgen der Virusbekämpfung und sehnen sich nach Auswegen, die die gesundheitlichen, volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden möglichst beherrschbar halten. Doch die Debatte über Auswege oder Irrwege aus der Krise ist so dynamisch wie das Infektionsgeschehen selbst. Was gestern richtig schien, kann heute zurückgenommen und morgen ins Gegenteil verkehrt werden. Klar ist einzig: Wir werden mit Corona leben müssen. In einigen Bereichen länger als in anderen. In den Krankenhäusern und Arztpraxen, in der Staatsverschuldung und im Wirtschaftswachstum, im Schulbetrieb und in den Unternehmen. Das folgende Kapitel vereint Einschätzungen und Analysen zwischen Lockdown und Lockerungen.

TV-Informationssendungen: Corona dominiert

So viel Prozent der Sendezeit der journalistischen Informationssendungen von ARD, ZDF, RTL und SAT.1 hatten im Jahr 2020 dieses Thema



Stichprobenerhebung anhand von 28 zufällig über das Jahr verteilten Tagen

Quelle: GöfaK Medienforschung
© 2021 IW Medien / iwd

„Corona-Schulden über vier Jahrzehnte tilgen“

Der Weg aus den Schulden könnte ohne Steuererhöhung funktionieren, sagt IW-Direktor Michael Hüther. Im Interview mit der Passauer Neuen Presse spricht er am 14. Mai über die finanzpolitischen Herausforderungen nach der Bundestagswahl, Schulden und darüber, was er vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz hält.

Passauer Neue Presse: *Die neue Steuerschätzung lässt erwarten, dass wieder etwas mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt, wenn auch weniger als vor Corona geplant. Was bedeutet das für die Finanzpolitik?*

Michael Hüther: Der Spielraum wird enger, und das in einer Zeit, in der die Anforderungen aus mehreren Gründen groß sein werden. Der nächste Finanzminister hat im Wesentlichen vier Themen vor der Brust, die ihn herausfordern. Er muss entscheiden, wie mit der Tilgung der Corona-Schulden umgegangen wird. Es gibt Druck auf die Verwendung von Steuer-Euro in Verbindung mit der Alterung der Gesellschaft. Die Themen internationale Sicherheit und Investitionen werden ihn ebenfalls fordern. Die Steuerschätzung macht aber deutlich: Es gibt keinen Weg des leichten Herauswachsendens aus den Schulden.

Passauer Neue Presse: *Lassen sich diese großen Herausforderungen allein aus den laufenden Steuereinnahmen schultern, oder bedarf es nicht dauerhaft hoher Kredite?*

Hüther: Man muss jetzt sagen, an welcher Stelle man die Schuldenbremse öffnet. Aber öffnen muss man sie auf jeden Fall. Dafür gibt es zwei zentrale Argumente. Die Corona-Schulden sind ja deshalb regelkonform möglich, damit ein Schock, wie die Pandemie, finanzpolitisch bewältigt werden kann. Daraus folgt, dass aus der Tilgung dieser Schulden kein gesamtwirtschaftlicher Schaden nach dem Schock entstehen sollte. Für mich bedeutet das: Die Tilgung der Corona-Schulden darf für sich genommen weder zu Steuererhöhungen noch zu Ausgabensenkungen führen. Insofern schlagen wir eine lange Tilgung über vier Jahrzehnte vor. Damit verbunden könnte die zulässige strukturelle Verschuldung in der Schuldenbremse von 0,35 Prozent auf 0,5 Prozent erhöht werden. Das allerdings würde eine Verfassungsänderung nötig machen.

Passauer Neue Presse: *Wird es ohne Steuererhöhungen gehen?*

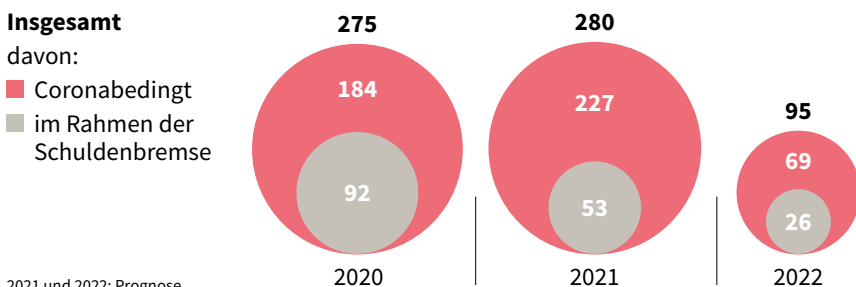
Hüther: Ja, aber nur, wenn wir beim Investieren den Mut haben, der von uns vorgeschlagenen Deutschland-Fonds-Idee zu folgen. Die wäre durchaus mit der Schuldenbremse kompatibel. Das hieße, man setzt einen solchen Fonds mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit auf, um die notwendigen Großinvestitionen kreditfinanziert in den nächsten zehn Jahren zu bewältigen. Wenn wir das nicht machen, werden wir an Steuererhöhungen nicht vorbeikommen. Im Haushalt sehe ich nicht die Luft dafür. Denn es gibt noch genug andere Herausforderungen. Das gilt sowohl für das Thema Alterung mit einem wachsenden Zuschussbedarf des Bundes als auch die schon vor Jahren versprochene Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Passauer Neue Presse: *Sind in dieser Situation nicht Inflationsraten von um die drei Prozent, wie sie die EZB erwartet, für den Finanzminister eine gute Nachricht, weil sie die Schulden entwerten?*

Hüther: Das ist ja keine dauerhafte Entwicklung. Wir haben im Augenblick nicht eigentlich eine höhere Inflation, wir haben nur Teuerungsphänomene in bestimmten Segmenten, zum Teil ausgelöst durch die Pandemie. Das sehen wir im Grundstoff-, im Metallsektor, auch bei Mikrochips. Das sind aber alles keine dauerhaften Faktoren. Die wären es nur, wenn die geldpolitischen Impulse über Lohnerhöhungen

Die Neuverschuldung durch Corona

Nettoneuverschuldung des deutschen Staates in Milliarden Euro



2021 und 2022: Prognose

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, Angaben der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

in das ökonomische System hineinwirken würden. Das aber sehe ich nicht. Die Lohnentwicklung ist nicht der große Treiber. Daher halte ich eine Inflation oberhalb des EZB-Orientierungswerts für unrealistisch.

Passauer Neue Presse: *Die Bundesregierung beschließt heute ein neues Klimaschutzgesetz. Was halten sie davon?*

Hüther: Ich halte das für eine etwas übereilte Umsetzung dessen, was das Verfassungsgericht angemahnt hat. Das ist aber kein durchdachter Plan. Wir hätten natürlich mit vielem schon viel früher beginnen können, haben Zeit vergeudet. Entscheidend aber ist: Deutschland braucht Wachstum für die Dekarbonisierung. Das kommt viel zu wenig in dem Gesetz vor, ebenso wie das Thema Investitionen und der Emissionshandel. Ich will aber nicht verhehlen: Ich bin auch nicht besonders überzeugt vom Verfassungsgerichtsurteil.

„Große Pleitewelle ist nicht zu befürchten“

Unternehmen, denen das Wasser bis zum Hals steht, die aber noch auf die Auszahlung staatlicher Corona-Hilfen warten, sind bislang von der Insolvenzantragspflicht befreit. Doch diese Regelung läuft an diesem Freitag aus. Viele Experten befürchten deshalb jetzt eine massive Insolvenzanmeldung. Im Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung am 29. April hält IW-Direktor Michael Hüther dieses Szenario für übertrieben.

Saarbrücker Zeitung: *Herr Hüther, in der Corona-Pandemie ist die Zahl der Insolvenzen sogar zurückgegangen. Liegt das an den staatlichen Hilfsprogrammen oder schlicht daran, dass viele Betriebe bislang um einen Insolvenzantrag herumkamen?*

Michael Hüther: Das kann man nicht voneinander trennen. Denn sowohl die Hilfen als auch die Regelung zur Insolvenz sind ja der Idee gefolgt, eine Brücke zu bauen, um tragfähige Geschäftsmodelle auch in Pandemiezeiten nicht zu gefährden. Das Paket war grundsätzlich richtig. Auch vor dem Ausbruch der Pandemie war die Anzahl der Insolvenzen übrigens schon über eine Dekade rückläufig. Für unmittelbar vom Lockdown betroffene Unternehmen wäre es allerdings eng geworden. Hier ist das Bild jedoch unvollständig.

Saarbrücker Zeitung: *Wie meinen Sie das?*

Hüther: Es gibt viele Betriebe, die als natürliche Personen wie z.B. Einzelunternehmer gar nicht der Insolvenzantragspflicht unterliegen. Wenn solche Betriebe aufgeben müssen, dann spiegelt sich das zunächst nicht in der Insolvenzstatistik wider, aber möglicherweise in einer steigenden Anzahl der Hartz-IV-Empfänger.

Saarbrücker Zeitung: *Wurden auch Unternehmen gerettet, die auch ohne Corona pleitegegangen wären?*

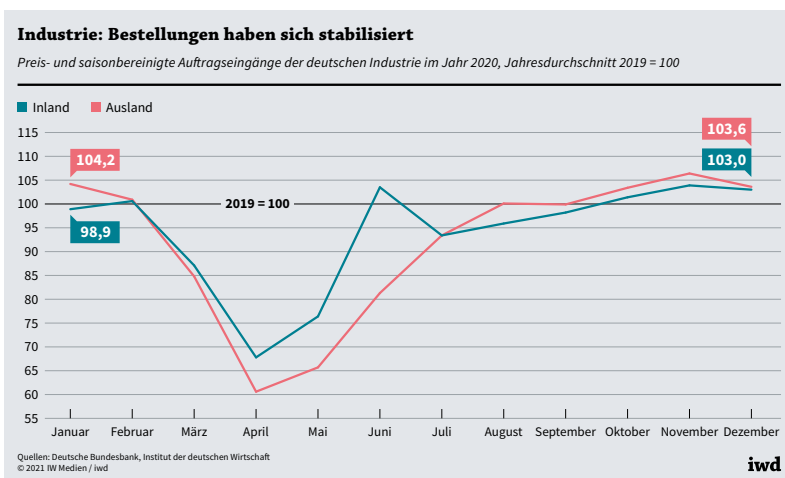
Hüther: Das mag es geben, aber nicht in größerem Umfang. Ich wehre mich auch gegen die These, da seien oft die Falschen gerettet worden. Geholfen wurde und wird jenen, die staatlich verordnet entweder gar keine beziehungsweise nur begrenzte Geschäfte machen können. Hotels zum Beispiel und stationäre Bekleidungsäden. Da herauszufiltern, dass manche von ihnen auch ohne Corona in die Insolvenz gehen würden, ist kaum möglich, auch wenn 2020 die Unternehmensinsolvenzen um 15,5 Prozent unter Vorjahr lagen.

Saarbrücker Zeitung: Manche Verbände haben gefordert, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht über den April hinaus zu verlängern. Wäre das sinnvoll gewesen?

Hüther: Man könnte das sicher gut begründen für einzelne Bereiche wie für das Hotel- und Gastgewerbe. Da wäre durchaus eine spezifische Anschlussregelung zu prüfen. In anderen Branchen hat sich die Welt aber auch weiter gedreht. Eine generelle Verlängerung der Corona-Insolvenzregelung wäre wettbewerbsverzerrend. Wer zum Beispiel im Messebau tätig war, der arbeitet jetzt vielleicht als Tischler oder Schreiner. Da darf auch der Druck nicht völlig entfallen, um alternative Lösungen zu finden. Außerdem erwarten wir in diesem Jahr ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von mindestens drei Prozent. Das heißt, viele Betriebe sind vom Lockdown gar nicht betroffen.

Saarbrücker Zeitung: 2020 wurden 15.841 Firmenpleiten gemeldet. Das war der tiefste Stand seit gut zwei Jahrzehnten. Droht ab Mai ein drastischer Anstieg?

Hüther: Nein, davon gehe ich nicht aus. Es sind ja nur bestimmte Branchen gefährdet, diese aber in der Tat existenzgefährdend. Wo zum Beispiel Kurzarbeitergeld gezahlt wird, stellt sich das Problem weniger drastisch dar. Es wird aber sicher einen Nachholeffekt bei den Insolvenzen geben. Wir gehen davon aus, dass es im vergangenen Jahr rund 4.500 Insolvenzen weniger gegeben hat, als wegen der Corona-Krise erwartbar gewesen wären. Selbst wenn diese Betriebe 2021 allesamt pleitegingen, so wäre das immer noch eine vergleichsweise bescheidene Größenordnung, wenn man bedenkt, dass es in Deutschland mehr als drei Millionen Unternehmen gibt.



Endlich raus aus dem Lockdown?

Am Mittwoch, den 3. März, entscheidet die Ministerpräsidentenkonferenz, wie es mit den Corona-Maßnahmen weitergeht. Im Livechat der WELT stellt sich IW-Direktor Michael Hüther am selben Tag den Fragen der Leser.

Welt Online: *Wo sehen Sie die deutsche Wocheninzidenz am 1. April?*

Michael Hüther: Ich sehe den Indikator Sieben-Tage-Neuinfektionen kritisch, weil er grundsätzlich in der Abhängigkeit von der Testintensität und Dunkelziffer zu sehen ist und derzeit wegen der Impfungen an Aussagewert verliert. Wir müssen in jedem Fall den prozentualen Anteil intensivmedizinisch behandelter Covid-19-Fälle an der Gesamtzahl der betreibbaren Bettenkapazität, die wöchentliche Inzidenz hospitalisierter Fälle unter den über 60-Jährigen (pro 100.000 Einwohner), die Möglichkeit der Kontaktnachverfolgung sowie die Impfrate und die Sterblichkeit nach Altersgruppen betrachten. Der Impffortschritt wird dazu führen, dass sich Neuinfektionsinzidenz und Sterblichkeit auseinanderentwickeln werden.

Welt Online: *In einem WELT-Artikel wurde gerade argumentiert: Nicht der Ort, an dem wir uns aufhalten, sei entscheidend, sondern wie wir uns darin verhalten. Genau das aber wurde uns genommen: die Eigenverantwortung. Nach dem Motto: Das könnt ihr nicht! Nach meiner Meinung eine der fatalsten und falschesten Entscheidungen und Ansichten dem Souverän gegenüber ... Wie denken Sie darüber?*

Hüther: Das ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt: Die Eigenverantwortung muss wieder stärker die Führung nehmen, das setzt aber voraus, dass dafür klare Orientierungen – Hygieneregeln, Teststrategie, Nachverfolgung etc. – bestehen. Das heißt, Eigenverantwortung setzt voraus, dass wir den Menschen mehr Zutrauen entgegenbringen und dass wir eine entsprechende Infrastruktur offerieren.

Welt Online: *Gibt es Berechnungen oder Prognosen, die den Zusammenhang von Wohlstand, Bildung, Freiheit und Lebenserwartung darstellen?*

Hüther: Es gibt dazu vielfach Studien für die Vergangenheit. Aktuell hat das amerikanische National Bureau of Economic Research ein Working Paper (Nr. 28304 vom Dezember 2020) herausgebracht, das der Frage nachgeht, welche Folgen der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge von Covid-19 in den USA mittelfristig auf Lebenserwartung und Sterblichkeit hat. Das Ergebnis: „These figures translate in

a staggering 0.89 million additional deaths over the next 15 years.“ 890.000 zusätzliche Todesfälle binnen 15 Jahren.

Welt Online: *Wird es wohl ein weiteres EU-Konjunkturpaket mit Beginn der Öffnungen geben?*

Hüther: Ich halte das für unwahrscheinlich: Denn der NextGenerationEU-Fonds wird ja gerade erst ausbuchstabiert, daraus sollen sich wichtige Impulse in den EU-Staaten ableiten. Wichtig ist nun die Stabilisierung der Investitionen, die überall schwach geworden sind und hohe Bedeutung für die Bewältigung des Strukturwandels haben.

Welt Online: *Wie schon im vergangenen Jahr durch eine Auskunft des Bundesinnenministeriums (BMI) bekannt geworden ist, waren Sie einer der acht Autoren des Strategiepapiers „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“ des BMI aus dem März 2020. Könnten Sie Ihre Rolle bei der Entstehung dieses Papiers näher erläutern? Wie ist es zu Ihrer Mitautorenschaft gekommen? Ist es zutreffend, dass das Papier maßgeblich von Otto Kölbl und Maximilian Mayer verfasst wurde? Welche Rolle hatten die anderen sechs Autoren? Was ist Ihr eigener Anteil an dem Papier?*

Hüther: Das Papier entstand spontan durch eine Anfrage von Staatssekretär Markus Kerber an die Wirtschaftsinstitute RWI und IW, ob man ein paar Berechnungen machen könne, um Szenarien der Pandemie auch ökonomisch abbilden zu können. Die weiteren Teilnehmer sind vom BMI eingeladen worden. Man muss immer erinnern: Wir wussten damals nahezu nichts, und es ging um erste Orientierungen. Das IW hat an den ökonomische Szenarien mitgewirkt, die wir dann auch publiziert haben („Best Case“: fünf Prozent BIP-Einbruch, „Worst Case“: zehn Prozent. Gott sei Dank ist es der „Best Case“ geworden, sicher auch wegen der zielführenden Wirtschaftspolitik im ersten Lockdown.

Welt Online: *Ich teile Ihre Einschätzung, dass ein großes Problem darin besteht, dass der Graben zwischen den beiden Lagern der Diskutanten immer größer wird. Jede Seite erhebt für sich den Anspruch der Deutungshoheit. Welchen Weg gibt es, da wieder mehr Sachlichkeit reinzubringen? Und welche Vertreter vermissen Sie im Beraterstab von Kanzlerin Angela Merkel?*

Hüther: Der NRW-Expertenrat ist vor elf Monaten berufen worden, interdisziplinär zusammengesetzt. Die dort stattfindenden Diskussionen werden von allen als

bereichernd und lehrreich empfunden, das ist schon beispielgebend. In dieser Weise ist auf der Bundesebene nicht diskutiert und beraten worden. Leider sind auch viele Kolleginnen und Kollegen mit einer Sicherheitsattitüde ihrer Ergebnisse unterwegs, die schon deshalb unrealistisch ist, weil wir es mit der sozialen Dynamik einer Epidemie zu tun haben. So etwas lässt sich nicht im Modell vorausberechnen. Das müssen wir auch deutlich machen.

Welt Online: „No Covid“ ist unsinnig und gefährlich. Die eine Hälfte der Bevölkerung hält die Einschränkungen schon nicht mehr aus. Die andere ist der Illusion verfallen, dass so etwas in einem Land im Herzen Europas funktionieren und zu langfristig mehr Freiheiten führen würde. Was ist das bitte für ein Humbug? Eine Party, ein Ausbruch am Arbeitsplatz irgendwo, und die ganze Region ist rot. Ist der Wirtschaftsminister nicht dafür zuständig, der Wirtschaft zu helfen, als deren Ansprechpartner? Warum eht Peter Altmaier den Lockdown-Weg mit?

Hüther: Nun, die Wirtschaftspolitik – und nicht nur die – hat im zweiten Lockdown den Faden verloren, weil den richtigen Ideen keine angemessene Umsetzung mehr folgte. Es gab für die Zeit nach dem Konjunkturprogramm keinen Plan. Erschütternd ist die langsame rechtliche und abwicklungstechnische Begleitung. Einen Öffnungsplan hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier tatsächlich nie vorgelegt, das hat wohl mit dazu beigetragen, dass die vielen kleinen unternehmerischen Existenzen – um die es jetzt vor allem geht, da die Industrie sich Gott sei Dank robust entwickelt – völlig der Perspektivlosigkeit anheimgefallen sind, weil sie keine starke Stimme am Verhandlungstisch von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten hatten.

Welt Online: Man liest immer wieder, dass viele Schließungen aufgrund von Vermutungen oder schlechter Datenlage (keine Beweise) vor Gericht keinen Bestand hätten. Warum wird das Instrument der Klage so wenig genutzt?

Hüther: In der gegebenen nationalen Gefahrenlage ist es schwer, dagegen zu klagen. Obgleich Gerichte verschiedentlich gemäß Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot geurteilt haben.

Welt Online: Sie sind auch Historiker. Kennen Sie einen Fall, bei dem es durch die Selbstisolation ganzer Gesellschaften gelungen ist, eine Krankheit auszurotten? Warum glaubt man, dass dies jetzt möglich ist?

Hüther: Mein Eindruck dazu: Moderne Gesellschaften unterliegen dem Machbarkeitswahn, der die Sterblichkeit aus der Wahrnehmung verdrängt und damit das Sterben vom Leben separiert. Die Pandemie erinnert schmerzlich daran, dass wir das ewige Leben noch nicht erreicht haben, dass unverändert die Zeitschere zwischen „Lebenszeit und Weltzeit“ (Hans Blumenberg) uns drückt und herausfordert.

Welt Online: *Welche zentralen Eckpunkte braucht Ihrer Meinung nach eine Strukturreform ähnlich der Agenda 2010, um Deutschland bis 2050 zukunftsfähig zu machen?*

Hüther: Eine Strukturreform muss einerseits die erkennbaren Probleme adressieren, andererseits die anstehenden Herausforderungen. Erstens müssen wir feststellen, dass unsere föderale Struktur weder krisenmanagementfähig noch digitalisierungsangemessen ist. Deswegen wird es um eine Staatsreform gehen müssen, die die Wirksamkeit und Schnelligkeit staatlichen Handelns sichert. Zweitens sind die Herausforderungen im Strukturwandel grandios (Dekarbonisierung), dafür müssen wir die Innovationskraft und die Investitionsneigung stärken, das verweist auf alle Standortbedingungen von der Bildung, der Infrastruktur bis zur Steuerpolitik.

Welt Online: *Ich mache es dem Experten leicht: Medizinisches Risiko geht gegen null, ökonomisches gegen 100.*

Hüther: Na ja, Abwägungen setzen, das wissen Sie, früher ein. Dazu gehören wirtschaftliche Folgen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung, dazu gehören ebenso soziale und psychische Folgen. In bestimmten Phasen sind unterschiedliche Abwägungen geboten. Schwierig wird es dann, wenn schon die Forderung nach Abwägung den Vorwurf generiert, man gehe über Leichen. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, ob man die Ausrottung dieses Virus für erreichbar hält. Dagegen stehen die epidemiologischen Erfahrungen mit anderen Viren. Wenn das so ist, dann müssen wir realistischerweise – wie beim Influenzavirus mit seiner geringeren, aber dennoch immer noch vorhandenen Sterblichkeit – uns darauf einstellen.

Welt Online: *Was wir brauchen, ist mehr Nüchternheit und Sachlichkeit in der Debatte über die Lockdown-Maßnahmen. Wirklich niemand käme doch auf den Gedanken, wegen der Toten und vielen Verletzten, die der Autoverkehr verursacht, diesen zu verbieten. Ein risikofreies Leben gibt es nicht. So kann und darf es auch nicht Aufgabe des Staates sein, den Bürgern die Eigenverantwortung abzunehmen und ihnen dafür die freiheitlichen Grundrechte zu entziehen.*

Hüther: Diese Frage verweist letztlich auf die verfassungsrechtliche Problematik, wie weit „die epidemische Lage von nationaler Tragweite“ führt und was damit gerechtfertigt werden kann an Grundrechtseingriffen. Eine reine Risikoabwehr reicht dazu nicht, und auch in der Gefahrenlage muss der Staat das Gebot der Verhältnismäßigkeit und das Übermaßverbot beachten.

Lasst uns noch drei Wochen warten?!

Zeitgewinn schafft in der Pandemie keinen Zugewinn an Sicherheit. Das sollten Bundeskanzlerin und Länderregierungschefs vor ihrer nächsten Sitzung am 3. März erkennen, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag in der WirtschaftsWoche vom 26. Februar.

Zwar sind seit der letzten Beschlussfassung zum Umgang mit Corona die Sieben-Tage-Inzidenz und die Auslastung der intensivmedizinischen Kapazitäten mit Covid-19-Patienten deutlich zurückgegangen, doch zuletzt stagnieren die Neuinfektionszahlen bestenfalls. Vor allem die britische Mutante scheint sich durchzusetzen; der Impffortschritt ist erschreckend langsam, eine digitale Strategie für Testung und Nachverfolgung fehlt weiterhin.

Die bisherige Logik aus Zuwarten und erneutem Verlängern des Lockdowns überfordert die gesellschaftliche Spannkraft ebenso wie die ökonomische Existenzsicherung. Denn Erwachsene und Kinder, Lehrer und Schüler, Arbeitgeber und Beschäftigte können nicht über Monate mit der vagen Aussicht auf eine Normalisierung von eben dieser ferngehalten werden. Und kein Unternehmer kann und will sein Geschäft mit Schulden überhäufen, um dann auf unsichere Hilfen zu warten, geschweige denn nur damit für längere Zeit durchhalten. Perspektivlosigkeit wendet sich in Frust, Enttäuschung und Tatenlosigkeit; zur Beschäftigungslücke kommt so eine Investitionslücke.

Auch wenn wir es immer noch mit einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ zu tun haben, entbindet dies nicht die Politik von der Verpflichtung, unsere Gesellschaft so wenig wie irgend möglich einzuschränken. Dies verlangen schon das Gebot der Verhältnismäßigkeit und das Übermaßverbot. Dass diese Grundsätze der Politik bisher zu wenig Führung gaben, hängt mit der zwar erklärbaren, aber dennoch fatalen Kurzfristorientierung zusammen, die sich faktisch zu einer Langfristbindung gewandelt hat. Im Ergebnis wurden nachhaltig wirksame Maßnahmen, wie der besondere Schutz der Alten- und Pflegeheime oder die Entwicklung einer digital gestützten Test- und Tracing-Kampagne, zu spät und schlecht abgestimmt aufgesetzt.

So entsteht der Eindruck eines systematischen Versagens beim Krisenmanagement. Unser föderaler Staatsapparat ist dafür auch nicht gewappnet: So fehlt es an klaren Weisungsmöglichkeiten bis zu den Kommunen; das Infektionsschutzgesetz endet faktisch auf der Ebene der Länder. Ebenso mangelt es an der jetzt so dringend benötigten Offenheit gegenüber innovativen Ideen wie etwa der systematischen Einbindung der Luca-App in die Infektionsnachverfolgung. Die Verwaltung, an deren Funktionieren die Deutschen bislang glaubten, hat sich eingemauert, jeder für sich und so alle gemeinsam: Bund, Land und Kommunen.

Die für Anfang März angekündigte Zulassung von Antigen-Schnelltests für die Arbeitswelt und das private Leben im öffentlichen Raum eröffnet Chancen der Normalisierung. Die Testierung der Ergebnisse wäre der Probelauf für den digitalen Impfpass, der in Israel den Zugang zum öffentlichen Leben regeln soll. Statt bei uns daran zu arbeiten, wird stattdessen darüber lamentiert, ob durch die Aufhebung der Grundrechtseinschränkungen für Geimpfte illegitime Privilegien gewährt würden. Dabei lassen erste Studien und Erfahrungen aus Israel hoffen, dass die Impfung nicht nur die Erkrankungen, sondern genauso die Infektiosität verringert. Die nächste Unterlassung im Krisenmanagement ist damit programmiert.

Die Politik scheint in der Falle eines absoluten Gesundheitsschutzversprechens erstarrt, aus der sie nicht herauskommen wird, ohne Vertrauen zu verlieren. Doch das ist schon verspielt, das Versprechen lässt sich nicht einhalten. Auch wenn die ZeroCovid-Kampagne ein künftiges Leben ohne SARS-CoV-2 – zweifellos eine wünschbare Vorstellung – verheißt: So wird es nicht kommen. Einer Mehrheit der Virologen zufolge ist – so jüngst im Wissenschaftsmagazin Nature zu lesen – ein komplettes Eliminieren des Virus mittelbar nicht möglich; wir werden lange mit einem endemischen Phänomen und somit leider auch mit Sterblichkeit dadurch zu tun haben, so traurig und bitter das ist.

Trotzdem sind angesichts der begonnenen Impfung große Fortschritte gegenüber der Lage vor einem Jahr zu verzeichnen. Der dadurch entstehende Freiraum muss genutzt werden, sich der Folgeschäden der Pandemie und ihrer Bekämpfung anzunehmen. Die Schulpolitik muss den Ausfall der Bildungszeiten ausgleichen, mittels halbiertes Klassen, angepasster Stundentafeln, individueller Förderung. Kultur und Sport gewinnen durch ihre gesellschaftliche Integrationskraft neue Bedeutung. Die

Wirtschaftspolitik muss für qualitativ hochwertiges Wachstum kluge Investitionsanreize schaffen und den Standort steuerpolitisch attraktiv machen.

Nicht zuletzt aber: Staatlicherseits muss wieder das administrativ geleistet werden, was politisch versprochen wird. Unser föderaler Staatsaufbau muss neu aufgestellt werden, mit krisenpolitischer Kompetenz und gemäß den Bedingungen der digitalen Transformation. Prozesse sowie das Management von Schnittstellen dominieren institutionelle Grenzen. Die kommunale Selbstverwaltung muss kompromisslos vernetzungsfähig werden. Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf einen leistungsfähigen Staat – und zwar nicht nur in der Krise, die seine Schwächen schonungslos aufdeckt, sondern genauso im neuen Normal.

„Klare und verlässliche Öffnungsperspektive“

Was kann Firmen in der Corona-Pandemie jetzt helfen? Im Interview mit heute.de am 24. Februar fordert IW-Direktor Michael Hüther klare Öffnungsperspektiven durch Impfungen, Tests und Nachverfolgung der Kontakte.

heute.de: *Sie befürchten durch die Folgen der Corona-Pandemie eine Spaltung unserer Volkswirtschaft. Warum?*

Michael Hüther: Die Zahlen zeigen, dass die Industrie den zweiten Lockdown bisher halbwegs glimpflich übersteht – sofern nicht Grenzsicherungen Lieferketten unterbrechen. Sorge macht mir zwar, dass der Ausfall der inländischen Konsumnachfrage erkennbar auf die Industrie durchwirkt, aber insgesamt wird sie noch gut durch den Export getragen. Wichtig für Industrieunternehmen war in erster Linie das Kurzarbeitergeld. Anders als für die Industrie war die erforderliche Liquidität aber für viele Unternehmen in Branchen, die vor allem auf den privaten und gesellschaftlichen Konsum orientiert sind, seit dem November 2020 nicht schnell abrufbar. Für den stationären Handel, Veranstaltungsmanagement, Hotels, Kulturschaffende, Kleinselbstständige und viele andere mehr war aufgrund der geringen Anzahl der Mitarbeiter nicht das Kurzarbeitergeld von entscheidender Bedeutung, sondern die November- und Dezemberhilfen. Doch deren Auszahlung läuft immer noch zu langsam. Außerdem ist fraglich, ob es in diesem Teil unserer Volkswirtschaft Nachholeffekte geben wird. Auch die Gastronomie hat mit dem Lieferservice derzeit zwar ein zweites – dünneres – Standbein. Aber hier können Sie nichts wirklich nachholen. Bei Friseuren gilt das gleiche – auch wenn die nächste Woche unter Einhaltung von lange umgesetzten Hygienekonzepten wieder öffnen dürfen.

heute.de: *Gerade kleinere Unternehmen beklagen die schleppende Umsetzung der Beschlüsse aus dem letzten Herbst. Was ist schiefgelaufen?*

Hüther: Das ist einfach schlecht administriert. In der Krise zeigt sich, dass unsere Verwaltung doch nicht so gut funktioniert, wie wir immer dachten oder vielmehr: hofften. Daran sind nicht die Mitarbeiter schuld, sondern hier wurde über die Jahre nicht hinreichend investiert. Und dann wurden Beschlüsse, die zu Beginn der Krise getroffen wurden, nicht nachgehalten.

Und bei den absehbar notwendigen Hilfen für Unternehmen wurde konkret im Sommer im Finanzministerium und im Wirtschaftsministerium versäumt, sich für den Fall eines zweiten Lockdowns Gedanken über die zielgenaue Adressierung und deren möglichst rasche Ausreichung Gedanken zu machen. Mühsam wird es wegen unnötig komplexer Abstimmungen stets dann, wenn mehrere Institutionen oder Gebietskörperschaften beteiligt sind; bei den Unternehmenshilfen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium.

heute.de: *Lässt sich der wirtschaftliche Schaden noch eingrenzen und welche Lösung schlagen Sie vor?*

Hüther: „Wie lassen sich möglichst viele Insolvenzen vermeiden?“, lautet die Gretchenfrage. Denn bei einer großen Pleitewelle entstehen nicht nur kurz- wie mittel- und langfristig enorme Kosten, ökonomisch wie gesellschaftlich, sondern es droht dann etwas in der Substanz verloren zu gehen. Da sind wir vor allem wieder bei den „Kleinen“. Die Staatsfinanzen sind im Gegensatz zu drohenden Insolvenzen nicht das akute Problem. Die beste Wirtschaftshilfe ist eine klare und verlässliche Öffnungsperspektive durch forciertes Impfen, umfangreiches Testen und digitale Nachverfolgung.

heute.de: *Sie sagen, dass jede Strategie zur Bekämpfung der Pandemie mit Kosten verbunden ist, die abgewogen werden müssen. Aber kann der Schutz des Lebens gegen wirtschaftliche Schäden abgewogen werden?*

Hüther: Natürlich stellt niemand Ökonomie über Leben. Was aber bedacht sein will, ist, dass jede Strategie gegen Covid Folgen hat, und zwar nicht nur ökonomische. ZeroCovid ist eine in der Realität auch mittelfristig nicht zu erreichende Illusion, ganz abgesehen von den nur getarnten Absichten der Systemveränderung. Und die Folgekosten würden nicht allein ökonomische sein. Die Hamburger Studie zu den psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen ist eine Warnung, die Kollateralwirkungen der Pandemiebekämpfung nicht zu übersehen. Daraus folgt, dass wir immer die am wenigsten tiefgreifenden Interventionen suchen müssen, also neben dem Impfen vor allem durch Testen, Tracing und Hygienekonzepte den allgemeinen Lockdown aufheben.

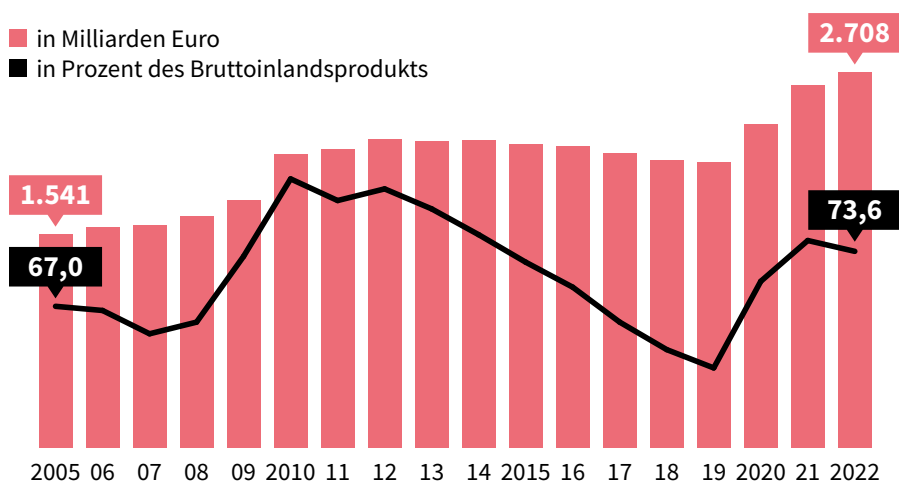
Die einen wollen das Virus ausmerzen, die anderen wollen es beherrschbar machen. Meine Position ist die letztere. Es ist unrealistisch, in einem Europa der offenen Grenzen das Virus – zumal bei vieltausendfachen Mutationen – komplett zu eliminieren – so wünschenswert dieses Ergebnis wäre.

heute.de: *Wo endet die Verantwortung des Staates? Und welche Verantwortung tragen die Bürgerinnen und Bürger?*

Hüter: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat Ende April darauf hingewiesen, dass der Schutz des Lebens nicht absolut gilt und nicht über allem steht. Sondern das höchste postulierte Gut unserer Verfassung die Würde des Menschen ist, die ist unantastbar. Und tatsächlich kann niemand jedes Leben retten, auch nicht der Staat. Denn auch der ist nicht allmächtig, glücklicherweise. Wer das erwartet, überfordert den Staat und die Gesellschaft.

Deutschlands Schulden: Trotz Corona relativ moderat

Schuldenstand von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen



2021 und 2022: Prognose; Schuldenstand: nach Maastricht-Abgrenzung

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Wir alle sind in der Verantwortung, Kontakte zu reduzieren und unnötige ganz zu vermeiden. Und wir sollten uns alle impfen lassen. Das Beispiel Israel sollte uns allen Mut machen und könnte Politik und Verwaltung motivieren, wo möglich nachzulegen.

heute.de: *Wie können wir lernen, mit dem Virus zu leben, und glauben Sie, dass Corona unsere Gesellschaft dauerhaft verändern wird?*

Hüther: Selbst wenn wir alle schnellstmöglich geimpft sind, ist es wahrscheinlich, dass es in einem Europa der offenen Grenzen immer wieder zu lokalen Infektionsausbrüchen kommen wird. Und es besteht das Risiko von Mutationen. Trotzdem sollten wir nicht verzagen – das wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Ein bisschen müssen wir das anscheinend wieder erlernen. Der Lohn dafür könnten mehr Mut, mehr Offenheit und ein Mehr gesellschaftlicher Resilienz sein. Und diese Resilienz wurzelt in der Verantwortungsfähigkeit der Menschen, nicht zuerst im Schutzangebot des Staates.

„Gesundheitsschutz steht nicht im Grundgesetz“

Im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. Februar spricht IW-Direktor Michael Hüther über die Verhältnismäßigkeit des Corona-Lockdowns, mögliche Alternativen und die Gefahr steigender Arbeitslosenzahlen.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Herr Hüther, Sie fordern, es könne bei politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht mehr darum gehen, jeden virusbedingten Todesfall zu verhindern. Was genau meinen Sie damit?*

Michael Hüther: Im Grundgesetz steht die Würde des Menschen, nicht isoliert der Gesundheitsschutz. Und Politik kann den Schutz der Bürger stets nur in Grenzen gewährleisten. In der Vergangenheit haben wir es nicht vermocht, das Influenza-Virus auszumerzen. In der Grippesaison 2017/2018 starben 25.000 Menschen daran. Für mich ist diese Diskussion unvermeidbar: Wir müssen mit Sterblichkeit und Todesrisiken als Teil des Lebens umgehen. Wir haben im Straßenverkehr jedes Jahr Tausende Unfalltote, dennoch stellen wir den Verkehr nicht ein. Auch beim Corona-Virus ist es unrealistisch, zukünftige negative Folgen für die Gesundheit auszuschließen. Das ethische Dilemma ist nicht zu verdrängen.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Muss es nicht dennoch das Ziel sein, die Zahl der Infektionen und Todesfälle möglichst niedrig zu halten?*

Hüther: Es gibt derzeit zwei Perspektiven: Die einen wollen das Virus ausmerzen, die anderen wollen es beherrschbar machen. Meine Position ist die letztere, obwohl ich mir ersteres auch gerne wünsche. Mit Ausnahme der Kinderlähmung ist es in der Vergangenheit kaum gelungen, Viren auszumerzen. Natürlich ist es richtig, dass wir das öffentliche Leben eingeschränkt haben. Die Frage ist nur, wie lange und wie weit das noch die richtige Maßnahme ist, vor allem mit Blick auf die Verfügbarkeit von Impfstoffen. In Frankreich sind die Schulen offen, in Belgien die Geschäfte, und trotzdem sind dort die Zahlen stabil oder sinken. Wir müssen die Debatte führen, ob die aktuelle Strategie die richtige ist, oder ob die Schäden, die sie anrichtet, nicht überwiegen.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Sollen Politiker also den Verlust von Menschenleben gegen die Gefahr von Insolvenzen abwägen?*

Hüther: Darum geht es nicht. Die Risiken sind vielfältig. Zum Beispiel hat die Uni Hamburg gerade in einer Studie festgestellt, dass die psychischen Schäden bei Kindern und Jugendlichen im Lockdown stark zugenommen haben. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass es Folgekosten wie gesundheitliche Schäden oder Existenzsorgen gibt. Ich finde es aber falsch, bei der Gesundheit von schlimmen Schicksalen zu sprechen, bei wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen nur von unbotmäßigem ökonomischem Denken.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Was halten Sie von den nun beschlossenen Maßnahmen?*

Hüther: Es ist nicht nachvollziehbar, warum die 50er-Inzidenz-Grenze nun willkürlich auf 35 gesenkt wird. Wir brauchen jetzt dringend eine Stabilisierung von Erwartungen, aktuell werden Erwartungen aber nur enttäuscht. Gott sei Dank können die Länder die Schulen bald wieder für einige Jahrgänge öffnen. Das geht aber nicht weit genug: Alle Schüler könnten wieder zur Schule gehen. Die Hygienekonzepte ermöglichen einen verantwortlichen Präsenzunterricht im Wechsel.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Aber es gibt doch deutliche Hinweise, dass Schulen Treiber des Infektionsgeschehens sind.*

Hüther: Dass Schulen der große Treiber sind, wird vom Virologen Christian Drosten behauptet, aber außer einer Beobachtungsstudie aus dem letzten Sommer hat er dafür keinen eindeutigen Beleg. Schutzregeln für Alten- und Pflegeheime vorzugeben, wäre deutlich effektiver. Zurück zu den Maßnahmen: Auch dem Einzelhandel, Gaststätten und Hotels, nicht nur Friseuren, muss die Öffnung wieder erlaubt sein. Sie können zudem Teil der Beherrschbarkeit des Virus sein: Dort können Infektionen dank erprobter Hygienekonzepte viel besser verfolgt werden als im privaten Raum. Der private Raum ist zum Treiber geworden, weil das öffentliche Leben stillsteht.

Kölner Stadt-Anzeiger: *Was droht der Wirtschaft, wenn Einzelhandel, Gaststätten und Veranstalter weiter nicht wie gewohnt arbeiten dürfen?*

Hüther: Der dominante Wirtschaftssektor, die Industrie, ist schon jetzt schwer getroffen. Sie stellt Produkte her, die am Ende auch beim Konsumenten landen. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass sie nicht zu sehr leidet, da sie die Wirtschaft bis jetzt durch die Krise trägt. Aus der Metallindustrie gibt es die Meldung,

dass ein Drittel der Betriebe Arbeitsplätze abbauen müssen. Das sind bedrohliche Töne, die wir bis jetzt nicht kannten. Was Hotels, Handel und Gaststätten angeht, habe ich die Hoffnung, dass die versprochenen Hilfen jetzt schnell fließen und doch noch zur Stabilisierung beitragen. Dennoch werden wir viele Insolvenzen sehen, Freiberufler verschwinden einfach von der Bildfläche. Ich gehe von einem deutlicheren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus als zunächst erwartet.

Streitgespräch: Das Virus besiegen oder mit ihm leben?

IW-Direktor Michael Hüther und ifo-Chef Clemens Fuest diskutieren im Handelsblatt vom 29. Januar über den Kampf um die richtige Corona-Strategie, die gravierenden Fehler bei der Impfstoffbeschaffung und die groben Versäumnisse bei der Rettungspolitik.

Clemens Fuest und Michael Hüther kennen und schätzen sich seit Jahren. Doch in der Frage, wie es mit der Pandemiebekämpfung weitergehen soll, könnte die Auffassung der beiden gegensätzlicher nicht sein – und im Streitgespräch mit dem Handelsblatt geben sich die sonst so nüchternen Ökonomen auch gerne mal emotional.

Handelsblatt: *Herr Hüther, Sie haben sich auf Twitter aufgeregt, dass sich ein so renommierter Ökonom wie Herr Fuest der Forderung von Virologen anschließt, die Pandemie über sehr niedrige Fallzahlen zu beenden. Sie nannten das einen Irrweg. Was finden Sie falsch an der Wissenschaftler-Initiative No-Covid?*

Michael Hüther: Die Forderungen beruhen auf der These, dass wir in Europa mit einem harten und schnellen Lockdown substanziell etwas erreichen könnten, was aber nirgendwo belegt wird. Ökonomisch wird nicht nach den Opportunitätskosten gefragt. Ich bin für niedrige Fallzahlen, aber sie müssen doch immer eingeordnet werden. Das vermisse ich in dem Papier.

Handelsblatt: *Herr Fuest, wollen Sie gleich darauf antworten?*

Clemens Fuest: Es ist ja nicht richtig, dass wir nicht an die Kosten denken würden. No-Covid ist ein ganzheitlicher Ansatz, der wirtschaftliche und gesellschaftliche Kosten einbezieht. Aber wir wollen die Infektionen konsequent zurückführen auf regionale Inzidenzwerte unter zehn, also weniger als zehn Neuanssteckungen pro 100.000 Einwohner pro Woche.

Handelsblatt: *Inzwischen gehen die Ansteckungen zurück ...*

Fuest: Wir befürchten, dass jetzt, sobald wir uns der 50er-Inzidenz annähern, sofort wieder Öffnungen kommen. Virologen befürchten, das könnte ein paar Wochen später zur Welle Nummer drei führen und dann zum nächsten Lockdown. Das ist wirtschaftlich ineffizient. Deshalb unterstütze ich die Forderungen von No-Covid.

Es geht nicht um einen harten Lockdown der Wirtschaft, sondern um schärfere Hygienemaßnahmen, etwa durch den flächendeckenden Einsatz von FFP2-Masken, mehr Homeoffice und deutlich mehr Tests. Es ist eine Langzeitstrategie, die funktionieren kann.

Handelsblatt: *Was macht Sie da so optimistisch?*

Fuest: Im Sommer hatten wir in Deutschland bereits Inzidenzen unter drei. Jetzt kursieren neue ansteckendere Virusmutanten. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass die Vorstellung der Ministerpräsidentenkonferenz, ab Inzidenz 50 die Kontakte wieder nachverfolgen zu können, funktionieren wird. Darum sagen wir: Lasst uns lieber länger durchhalten, bis wir wirklich das Infektionsgeschehen kontrollieren. Virologen sagen, das geht maximal mit einer Inzidenz von zehn.

Handelsblatt: *Herr Hüther, Sie sagen ja immer, man müsse auch mit anderen Faktoren abwägen. Aber ist es nicht so, dass eine nachhaltige Wirtschaftserholung erst einsetzen kann, wenn wir die Pandemie in den Griff bekommen?*

Hüther: Ich bezweifle, dass die Inzidenzzahl wirklich so relevant ist, da wir über die Dunkelziffer nichts wissen. Da sind wir im Blindflug unterwegs. Viel bedeutsamer ist die Auslastung der Intensivbetten in den Krankenhäusern. In dem No-Covid-Papier steht, dass wir nicht „mit dem Virus leben wollen“ und dass wir es „besiegen müssen, in Deutschland, Europa, weltweit.“ Ja, richtig, aber das ist ein Werturteil und keine realistische Pandemiestrategie.

Fuest: Wir müssen aufpassen, hier nicht über das Irrelevante zu reden. Wir waren in Deutschland im Sommer schon fast bei einer Inzidenz null, insofern ist das kein unrealistisches Ziel. Entscheidend ist doch: In welche Richtung bewegen wir uns heute, von diesem Punkt aus? Und da sagen wir eben: Nicht öffnen, wenn wir die Inzidenz 50 erreicht haben, sondern weiter heruntergehen, weil wir uns sonst sofort die nächste Welle einfangen. Was ist die Alternative?

Hüther: Die Alternative setzt gezielt an bei Alten- und Pflegeheimen. Etwa zwei Drittel der Todesfälle haben in Altenheimen stattgefunden. Es gibt für sie bis heute keinen bundeseinheitlichen Ansatz mit flächendeckenden FFP2-Masken und Schnelltests für Besucher und Pfleger – das hätte man längst machen können.

Fuest: Also deine Strategie ist: nur die Altersheime schützen und alles andere öffnen? Alle wollen die Altersheime besser schützen, wir auch, aber mit Öffnungen für den Rest klappt das nicht.

Hüther: Wenn wir es hinbekommen würden, wäre die Hälfte des Problems eingeholt. Im NRW-Expertenrat argumentieren wir ausgehend von der Perspektive auf den nächsten Winter 2021/22. Auch dann werden wir Corona-Infektionen und Corona-Tote haben. Die Gesellschaft muss sich, so schwer das ist, darüber unterhalten, mit welchem Maß sie – wie bei anderen Krankheiten – zurechtkommt.

Handelsblatt: *Herr Hüther, halten Sie die jetzigen Einschränkungen schon für übertrieben?*

Hüther: Die Chance, regional zu differenzieren, wurde verpasst. Wir haben auch keinerlei Erkenntnisse darüber, ob die Hygienekonzepte in Hotels tragen oder nicht. Wir wissen nicht, was genau in den Grundschulen passiert. Und die Kosten, die wir an Bildungsverlusten durch geschlossene Schulen haben werden, sind so viel höher gegenüber dem, was wir erreichen. Niemand ist für Leichtsinn. Aber jetzt heißt es immer: die Mutante! Aber dann schaue ich mir die Zahlen in Großbritannien an, und die gehen runter ...

Handelsblatt: *... mit einem harten Lockdown ...*

Hüther: Ja. Aber wir wissen doch noch immer zu wenig über das Infektionsgeschehen. Wir müssen in ausgewählten, gesellschaftlich repräsentativen Regionen wöchentlich testen, dann wissen wir mehr über die soziale Dynamik, in der sich das Virus ausbreitet. Man kann verschiedene Wege gehen. Aber ich halte das Papier mit grünen und roten Zonen für gefährlich. Wenn man sich zwischen den vorgeschlagenen roten und grünen Zonen nicht bewegen darf: Dann hast du den Laden dicht, Clemens!

Fuest: Das stimmt ja so nicht. Wir drehen mit den grünen Zonen das heutige Vorgehen um. Heute haben wir ultrarote Zonen und sagen: Über einer Inzidenz von 200 darf ich mich nur 15 km von meinem Wohnort entfernen. Wir beschränken stattdessen Mobilität differenziert: Wer aus einer roten in eine grüne Zone will, muss einen Grund haben, etwa dort arbeiten, und getestet werden. Es fördert die Motivation der Menschen, wenn man in einer Region sagen kann: Ja, wir bekämpfen die Infektionen in unserer Region gemeinsam und schützen uns als grüne Zone. Deshalb behalten wir auch bei einer Inzidenz von 50 das Homeoffice bei. Wir tragen Masken, weil wir das Virus loswerden wollen. Ein endloses Stop-and-go mit Lockdowns und Lockerungen ist hochgradig ineffizient.

Hüther: Wenn man sich in Europa umschaute, zum Beispiel in Frankreich: Da gab es einen sehr harten Lockdown mit Ausgangssperren, der fast nichts nachhaltig bewirkt hat. Das zeigt doch, dass die No-Covid-Strategie hier in Europa bei der Siedlungsdichte keinen Erfolg haben wird. Der zweite Punkt: mit diesen grünen Zonen. Die jetzt geforderten Hygiene- und Quarantänenvorschriften bei den Logistikern wie der Rheinschifffahrt werden in der Lieferkette der Chemie bei den Zulieferern enorme Verzögerungen verursachen. Wenn ich dann noch innerhalb Deutschlands die Mobilität stark kontrolliere, dann ist die Industrie zu. Ich kann von einem Ökonomen erwarten, dass er diese Fragen in so einem Papier mitdiskutiert.

Fuest: Das steht in unserem Papier: Wir halten die Industrie offen. Du hast getwittert, wir wollten sie schließen. Das ist einfach falsch!

Hüther: Aber wenn ihr dann „klinische Hygienestandards“ verlangt, dann ist die Industrie trotzdem dicht, weil die Wertschöpfungskette reißt.

Fuest: Mit klinischen Hygienestandards ist zum Beispiel Maskenpflicht gemeint, die zerstört keine Wertschöpfungsketten. Es geht aber auch gar nicht um diese Details, das ist ja eher ein Eckpunkte-Papier ...

Hüther: ... wenn dieses Papier so beliebig ist ...

Fuest: Wie man die Regeln in den Betrieben konkret ausgestaltet, muss man letztlich mit Praktikern entwickeln. Uns zu unterstellen, wir wollten die Industrie schließen, ist ein bewusstes Missverstehen unseres Papiers.

Handelsblatt: *Meine Herren, wir würden gern zu weiteren Punkten kommen. Es gibt außer der No-Covid-Gruppe auch die NRW-Beratergruppe um den Virologen Hendrik Streeck, zu der Sie, Herr Hüther, gehören. Das NRW-Papier kritisiert vieles, aber es macht keinen konkreten Vorschlag, was die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten denn nun stattdessen tun sollen.*

Hüther: Das stimmt so nicht, weil das Papier ja die Fortführung unserer drei früheren Papiere ist. Und wir wollten damit bewusst nicht in eine nicht weiterführende Konfrontation mit der Politik. Sondern wir wollen fragen, warum wir so wenig Wissen über das epidemiologische Geschehen haben. Außerdem haben wir darauf hingewiesen, dass das Land an einer unzureichenden Umsetzung der Beschlüsse durch staatliche Stellen krankt. Zum Beispiel setzt immer noch nur jedes dritte Gesundheitsamt die schon im letzten Sommer vorgegebene Software Sormas ein. Es ist nie zu spät, Empirie zu besorgen, und es ist nie zu spät, die Gesundheitsämter

zu ertüchtigen. Die Begründung der 50er-Inzidenz ist immer mit der Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter verknüpft worden.

Fuest: Du kritisierst wieder Einzelmaßnahmen, aber das ist doch keine Strategie.

Hüther: No-Covid verspricht, dass eine Realität ohne Covid möglich wäre. Im NRW-Expertenrat bezweifeln wir das. Man sieht ja bei der Influenza, dass man sie nicht eliminieren kann.

Handelsblatt: *Herr Hüther, es ist doch inzwischen hinreichend klar, dass Covid gefährlicher ist als eine Grippe. Wenn Sie den Inzidenzwert von zehn für unrealistisch halten, was sagen Sie dann: Inzidenz 50? Oder laufen lassen?*

Hüther: Zweifelsohne, umso beachtenswerter ist, dass es selbst bei Grippeviren nicht gelingt. Es geht darum, mit welchen Kapazitäten wir in einer neuerlichen Welle leben können. Denn es wird auch im nächsten Herbst eine Welle geben. Die wird geringer sein, wegen der Impfungen, aber es wird sie geben.

Handelsblatt: *Aber erst einmal müssen wir doch bis zum Sommer kommen ...*

Fuest: Es geht doch um die Strategie. Man kann sie an den Intensivkapazitäten ausrichten. Aber wir halten das für grundlegend falsch und sagen: Wir müssen das Virus loswerden, so weit es geht. Es ist eine andere Strategie zu sagen, wir lassen es laufen, bis die Intensivbetten voll sind.

Hüther: Nicht bis sie voll sind ...

Fuest: ... bis sie fast voll sind ...

Hüther: Nein, auch nicht, bis sie fast voll sind.

Fuest: Wie voll sollen sie denn sein, bevor man handelt?

Hüther: Jetzt stehen noch 10.000 Betten in Reserve, die aktiviert werden könnten.

Fuest: Betten ja, aber das Personal haben wir nicht. Ich sage, das ist eine ökonomisch falsche, ineffiziente Strategie. Weil die Leute sich vor Infektionen fürchten, weil das Infektionsgeschehen nicht unter Kontrolle ist, die Risiken sind viel zu groß. Wir stehen dann permanent am Rande des Lockdowns. Wenn das Infektionsgeschehen erst einmal sehr weit fortgeschritten ist, dann landen sehr viele mit Zeitverzögerung in der Intensivbehandlung. Deshalb sagen ja fast alle Mediziner, wir können das so nicht steuern.

Hüther: Wir können es bisher doch steuern, bei unseren Intensivbettenkapazitäten von 33.000, die schon im Normalfall nutzbar sind. Das sind sechsmal mehr als in

Frankreich. In Europa können wir das Virus nicht eliminieren. Die Chance, mehr über das Virus zu lernen und über Maßnahmen, die wirken, und solche, die nicht wirken, wurde vertan.

Handelsblatt: *Herr Hüther, gibt es für Sie ein Land, von dem Sie sagen, die haben es richtig gemacht?*

Hüther: Nein, das kann es deshalb nicht geben, weil der Erfolg im Krisenmanagement auch von sozialen Verhaltensmustern und kulturellen Üblichkeiten abhängt. Dass viele asiatische Länder besser mit dem Virus zurechtkommen, hat auch mit habituellen Gewohnheiten vor allem im öffentlichen Raum zu tun. Selbst innerhalb Deutschlands scheint es Unterschiede zu geben. Niemand kann schlüssig erklären, warum in Bayern die Inzidenzen immer deutlich über denen von NRW lagen, obwohl Bayern stets den strengeren Lockdown hatte.

Handelsblatt: *Wir würden gerne die Diskussion auf die ökonomischen Folgen lenken. Auch im Krisenmanagement dringt die Regierung in neue Dimensionen vor – auch finanzpolitische. Was etwa halten Sie, Herr Fuest, davon, dass Kanzleramtsminister Helge Braun jetzt die Schuldenbremse aussetzen möchte?*

Fuest: Davon halte ich nichts. Die Schuldenbremse erlaubt genügend finanzpolitischen Spielraum. Der Bundestag kann jederzeit wegen der Pandemie beschließen, die Schuldengrenzen für ein Jahr aufzuheben. Dafür müssen wir nicht das Grundgesetz ändern.

Handelsblatt: *Von den Spielräumen macht die Regierung in völlig neuen Dimensionen Gebrauch. Was halten Sie, Herr Hüther, von der Rettungspolitik mit ständig veränderten Kriterien?*

Hüther: Da habe ich gemischte Gefühle. Das Kurzarbeitergeld war und ist sicherlich ein vernünftiges Instrument. Was auch gut funktionierte, waren die pauschalen Hilfen für die kleinen Unternehmen in Höhe von 9.000 Euro zu Beginn der Krise. Was dagegen schlecht lief, waren die Unterstützungen im Herbst. Die Umsatzorientierung war fragwürdig, wäre aber noch zu verkraften gewesen, wenn es sich um einen kurzen Zeitraum zur schnellen Überbrückung gehandelt hätte. Doch die administrative Auszahlung dieser Hilfen war ein Desaster am Rande des Verwaltungsversagens. Von den November- und Dezemberhilfen ist lange kaum etwas abgeflossen.

Handelsblatt: *Was halten Sie von der Aussetzung des Insolvenzrechts, die dazu führte, dass wir 2020 weniger Pleiten hatten als die Vorjahre?*

Fuest: Ich halte diese Politik in diesen Zeiten für vertretbar. Ohne Zweifel werden wir deutlich mehr Konkurse sehen, wenn die Aussetzung ausläuft. Allerdings müssen Geschäftsführer von Unternehmen schon jetzt klar begründen, dass der Geschäftseinbruch pandemiebedingt ist.

Handelsblatt: *Recht freihändig mit ökonomischen Grundsätzen geht die Regierung auch in der Frage des Impfstoffhandels um. Derzeit wird in Deutschland und Europa über eine Exportkontrolle, ja sogar über einen Exportstopp debattiert. Eine gute Idee?*

Hüther: Nein, nicht gut. Eine solche Politik fällt am Ende auf uns selbst zurück. Der Biontech-Impfstoff wird ja nicht nur in Europa produziert, sondern auch in den USA. In dem Zusammenhang: Grenzsicherungen sollten immer nur das allerletzte Mittel sein; auch im Personenverkehr.

Handelsblatt: *War es denn richtig, den Impfstoffeinkauf auf die europäische Ebene zu verlegen?*

Hüther: Ja, ich finde das richtig. Das war ein wichtiges Signal in einer Zeit, wo in Europa zum ersten Mal seit 70 Jahren Grenzen geschlossen wurden. Aber um vom Signal zur Umsetzung zu kommen, hätte die EU umfassend mit den entsprechenden Geldern ausgestattet werden müssen. Und dann ist die Frage, was nun wirklich in den Verträgen steht – Lieferverpflichtung oder nur Bemühenszusage.

Fuest: Entscheidend waren und sind natürlich die Produktionskapazitäten. Die Politik kann nicht erwarten, dass die Unternehmen diese von sich aus aufbauen. Man hätte sich von Beginn an mit den Unternehmen hinsetzen und einen Vertrag über die Kapazitäten aushandeln müssen.

Handelsblatt: *Die Politik trägt am Ende also die Schuld für den Mangel an Impfstoffen?*

Fuest: Sehen Sie, nach einer Studie von Susan Athey und Co-Autoren liegt der soziale Nutzen von einer Milliarde zusätzlichen Impfdosen bei 1.750 Milliarden Dollar weltweit. Nehmen wir an, die Unternehmen bekommen pro Impfung 15 Dollar, also insgesamt 15 Milliarden Dollar. Dann ist der Anreiz für die Firmen zu gering, teure Kapazitäten aufzubauen. In dieser Frage kann man sich nicht allein auf Marktmechanismen verlassen. Für die Unternehmen ist es nicht entscheidend,

ob sie ihre Dosen etwas später verkaufen, für die Gesellschaft sehr wohl. Jetzt sollten wir alle Kraft und Mittel verwenden, die Kapazitäten aufzubauen.

Hüther: Ich könnte mir sogar vorstellen, dass der Staat jetzt noch selbst solche Produktionsstätten aufbaut, die er zwei Jahre später wieder versteigern könnte.

Handelsblatt: *Erstaunlich, das erlebt man ja auch nicht alle Tage, dass zwei liberale Ökonomen einen staatlichen Aufbau von Fabriken fordern.*

Hüther (lacht): Auch wir dürfen doch mal über unkonventionelle Dinge nachdenken.

Handelsblatt: *Dürfen Sie. Sie selbst haben ja beide zuletzt erlebt, dass Debatten über die Pandemie verbittert geführt werden, vergleichbar schon fast mit der Lage in den USA – vor allem auch in den sozialen Medien. Haben Sie den Eindruck, dass die Rationalität zunehmend auf der Strecke bleibt, dass manchmal der Wille zum Kompromiss gar nicht mehr da ist?*

Fuest (lacht): Mal abgesehen von unserer Debatte hier, habe ich derzeit noch nicht den Eindruck, dass uns amerikanische Verhältnisse drohen. Der Einfluss der sozialen Medien steigt allerdings – und das führt zu Polarisierung. Das lässt sich selbst unter Wissenschaftlern beobachten. Denken Sie an die scharfe Auseinandersetzung zwischen den Virologen Streeck und Drosten. Wir brauchen veränderte Regulierungen für soziale Medien, wenn wir hier nicht amerikanische Verhältnisse riskieren wollen.

Hüther: Auch da bin ich etwas optimistischer. Von amerikanischen Verhältnissen sind wir weit entfernt. Die unterschiedlichen politischen Lager leben dort in völlig verschiedenen Lebenswelten. Sicherlich ist die Debatte auch bei uns schärfer geworden. Es gibt ja nicht nur Corona-Leugner, es gibt auch Lockdown-Fanatiker, wobei ich Clemens Fuest explizit nicht diesem Lager zuordne. Bedenklich wird es, wenn die eine Seite der anderen die gute Absicht abstreitet.

Wir alle sind angreifbar

Die Wissenschaft kann die Corona-Krise weder lösen noch letztgültige Antworten geben. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, Wirkungsmechanismen zu verdeutlichen und zugleich Zweifel zu erzeugen. Denn das ist ihr Wesenskern, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Januar.

Wolfgang Streeck ist für seinen frischen und offenen Beitrag in dieser Zeitung vom 11. Januar 2021 zum Miteinander von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in der Pandemie zu danken. Jürgen Renn hat in seiner Erwiderung vom 18. Januar recht: Der Beitrag ist „brillant formuliert und polemisch überspitzt“. Wissenschaft sollte beides nicht scheuen, wenn es weiterführt. Denn wir ringen um Erkenntnis, die meist nur unser Nichtwissen auf Zeit zu überbrücken vermag. Und wir sind unvermeidlich gefangen in den Sichtweisen unseres Faches und in den Präferenzen unseres Interesses. Streeck hat seinen Text aus einem Unbehagen heraus geschrieben, das der Wahrnehmung einer beachtlichen Diskursbegrenzung in der Pandemieabwehr durch eine politisch definierte Handlungsverengung entspringt.

Im interdisziplinär zusammengesetzten Expertenrat Corona der nordrhein-westfälischen Landesregierung hat genau dies uns veranlasst, für eine Öffnung der Debatte zu werben und dafür ein „Verständnis künftiger Normalität“ zu entwickeln, wie wir „öffentlich und privat mit diesem Virus leben können“. Die Politik scheut diese Klarheit, weil sie mit einer dann naheliegenden differenzierten Strategie Gefahr läuft, der Diskriminierung geziehen zu werden und die Schuld auf sich zu ziehen, sollte es nicht besser werden. Die „flächendeckende Methode der Seuchenbekämpfung“ bewahrt – so Streeck – die Politik vor diesem Risiko. Jürgen Renn formuliert dies mit Bezug auf das klimaaktivistische Bild „the house is on fire“ so, dass es dann „keine differenziert verteilten Gießkannen“ brauche.

Diese Perspektive führt auf direktem Weg zu einer No-Covid-Strategie, wie von einer Wissenschaftlergruppe verlangt, um „das Virus vollständig niederzuringen“. Das ist eine grandiose Aussicht. Um die Erreichbarkeit des Ziels zu verdeutlichen, wird auf die Millionenstadt Melbourne verwiesen, die das in drei bis vier Wochen

geschafft habe, Deutschland im Sommer 2020 nahezu. China wird interessanterweise in dem Beitrag nicht berücksichtigt – zu heikel ist wohl den Autoren die Erkenntnis, dass dies mit repressiven Methoden umfassender Kontrolle des Einzelnen durch den Staat zusammenhängt. Aber schon die Verweise auf Melbourne und Deutschland im Sommer legen die Frage nahe: Was heißt das für Deutschland im Winter, dem man eine Insellage allenfalls politisch gelegentlich zuweisen kann? Man kann nur staunen.

Die Pandemie hat die Rolle der Wissenschaften im öffentlichen Diskurs und gegenüber der Politik verändert. Gefragt sind Disziplinen, von denen man exakte Aussagen ohne Verfallsdatum erwartet. Es geht schließlich um Leben und Tod. Doch die Einsicht aus den vergangenen zehn Monaten ist: Selbst hier muss Lehrgeld gezahlt werden, und Wissen ist nur auf Zeit zu haben, selbst hier gibt es Bewertungsspielräume und nicht immer leicht auflösbare Verständnislücken. Selbst hier sind Präferenzen und Haltungen der Wissenschaftler mit im Spiel. Die naheliegende Forderung nach einem verstärkten interdisziplinären Austausch ist gut und richtig, aber nicht voraussetzungslos. Denn dieser verlangt, die Grenzen des eigenen Fachs zu taxieren und die normativen Bedingungen zu sehen, die bei der Wendung wissenschaftlicher Erkenntnis in politische Empfehlung wirken.

Die pandemiebezogene Vorlage von Streeck führt Renn zu einer allgemeinen wissenschaftspolitischen Ableitung, wenn er dafür wirbt, „die Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft mit einer Stimme sprechfähig“ zu haben. Kann es das sein? Ist das realistisch? Führt uns das nicht auf ein Verständnis der Wissenschaft, die auf dem Wege konsistenter und holistischer Vervollkommnung nun ihre höchste Entwicklungsstufe erreicht? Ist das darin liegende Versprechen einer unzweifelhaften, nicht hinterfragbaren wissenschaftlichen Erkenntnis nicht eher ein Wunsch von gestern? Kann so gelingen, was als erstrebenswert beschrieben wird, nämlich „die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zur zentralen Aufgabe zu machen“?

Der Philosoph Hans Blumenberg hat vor fast 35 Jahren in dem Band „Die Sorge geht über den Fluss“ kürzere Texte unterschiedlicher Ausrichtung veröffentlicht, die vielfach an dieser Schnittstelle angesiedelt sind. Einer dieser Beiträge trägt den Titel „Wissensüberdruß“ und rekurriert auf Blumenbergs Befund, dass zum Ende

des zwanzigsten Jahrhunderts der „Überdruß an der Wissenschaft“ wachse, habe doch „dieselbe Wissenschaft, die der Menschheit den Untergang vorbereiten soll, ihr in demselben Augenblick die Explosion ihrer Fruchtbarkeit ermöglicht“.

Blumenberg macht seine Leser, ganz unabhängig von der zeitbezogenen Motivation und Bedingtheit seiner Aussage, auf Dilemmata aufmerksam, die sich durch ihre Verknüpfung für die Wissenschaft als prägend erweisen. Es sind Dilemmata, die seitdem nicht an Bedeutung verloren haben – vielmehr das Gegenteil ist der Fall. Dazu tragen auf der einen Seite gesellschaftliche Verwerfungen und politische und ökonomische Krisen bei, auf der anderen Seite neue normative Funktionszuschreibungen für die Universität im Sinne der „transformativen Wissenschaft“ oder als „Arbeit an der Krise“ (Renn). All dies richtet den Blick abermals und dringlich auf die Wechselbeziehung von Wissenschaft und Gesellschaft.

Da ist erstens das Dilemma des absoluten Wahrheitsanspruchs der Wissenschaft bei nur unvollkommener Erfüllbarkeit. „Wahrheit als Ziel höchsten Ranges, als absolutes und in unserer Tradition letztinstanzlich mit der Gottheit identisches Gut ist als Argument tot“, so Blumenberg. Endgültige Forderungen der Wissenschaft sind während der Pandemie dennoch vorgetragen worden, letzte Aufrufe, unabweisbare Wahrheiten vermittelnd. Dagegen würde es Blumenberg halten wie das Bundesverfassungsgericht, das mit einem Humboldt-Zitat Wahrheit als „etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“ versteht. Die Vorläufigkeit allen Wissens verlangt Demut gegenüber dem Streben nach der Wahrheit, das mit der Erzeugung des Zweifels seinem Anspruch bereits auf das solideste genügt.

Da ist zweitens das Dilemma, das sich in den verschiedenen Disziplinen zwar unterschiedlich, aber doch immer unvermeidbar stellt, nämlich die Normativität der Wissenschaft. Gerade in jenen Disziplinen, die – wie die Soziologie oder die Ökonomie – sich mit dem sozial wirksamen Handeln des Menschen befassen, ist dies evident und wurde zuletzt öffentlich durch Forderungen nach einer „Pluralen Ökonomik“. Nun soll hier nicht der interne Streit der Ökonomen thematisiert werden, doch dieser steht beispielhaft dafür, dass ein naiver Gebrauch der Mathematik wie in der neoklassischen Finanzmarktökonomie in die Irre führen kann.

Die Finanzkrise, darauf weist Streeck zu Recht hin, war mitgetrieben durch mathematische Risikomodelle ohne Institutionen, die mangels Marktbepreisung für jedes Derivat modellgestützt jene Informationen anboten, die zur umfangreichen Fehlallokation des Finanzkapitals führten. Die Anwendung der Mathematik ist weder voraussetzungslos noch umfassend möglich, und sie erspart uns Werturteile nicht. Analog ist jetzt zu fragen, wie weit man mit der mathematischen Modellierung sozialer Prozesse kommen kann, die stets mit Rückkopplungsprozessen aufgrund unterschiedlich motivierter Verhaltensanpassungen verbunden sind.

Diese Dilemmata begründen Überdross an der Wissenschaft. Die damit jeweils einhergehende Überforderung führt zu Vertrauensverlusten und Abstoßreaktionen. Diese erweisen sich in unseren Zeiten als besonders schwerwiegend, denn sie treffen mit zwei bedeutsamen Trends politischer und gesellschaftlicher Veränderung zusammen: die Moralisierung und die Ökonomisierung.

Dem Überdross an der Wissenschaft wirkt einerseits die Moralisierung entgegen, indem sie die zulässigen Fragen und die Gestaltung der akzeptablen Ergebnisse an die Werturteile Dritter bindet, die selbst ermächtigt die Diskurshoheit beanspruchen. Und dem Überdross an der Wissenschaft wirkt andererseits die Ökonomisierung entgegen, indem Märkte durch Wettbewerb um finanzielle Ressourcen die Programmdefinition der Wissenschaft übernehmen. Maßgeblich würden die Präferenzen und die Zahlungsbereitschaft der Nutzer. Beide sind für sich genommen Irrlichter, beide Wege sind isoliert bedenklich, ersterer sogar bedrohlich. Doch die Moralisierung prägt zunehmend den öffentlichen Austausch. Sie liefert dort einfach und klar Antworten und Lösungen, wo die Menschen, aber auch die Gesellschaft als Ganzes hadern und in tief sitzende, geradezu existenzielle Konflikte verweben sind.

In der Pandemie wird der Moralisierung dadurch Vorschub geleistet, dass die Sterblichkeit eine neue Aufmerksamkeit erfährt, die jedes individuelle Schicksal aus der Privatheit in die Öffentlichkeit überführt. Irritierend wird der Tod im Zusammenhang mit Corona als besonders schwerwiegend bewertet. Kann es sein, dass in unserer saturierten und an Stabilität gewöhnten Gesellschaft die Pandemie als nicht akzeptabler, keinesfalls hinzunehmender, nicht vorkommen dürfender Angriff bewertet wird? Kann es sein, dass damit eine tiefe Enttäuschung einhergeht,

weil es nicht um ein Versagen oder Fehleinschätzen hier und da am Rande des Geschehens geht, sondern um die Gestaltung des Großen und Ganzen, um die Unangreifbarkeit der modernen Gesellschaft?

Keine frühere Generation hat verglichen mit der unseren mehr Zeitsouveränität, mehr Bildungskapital, bessere Gesundheit und höhere Einkommen gehabt. Und keine frühere Generation hatte mehr Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten. Öffentliche Infrastrukturen mit Netzwerkcharakter verschaffen immer mehr Spielraum, den individuellen Wünschen und Kompetenzen folgend der eigenen Identitätsentwicklung Raum zu geben. Wir dehnen scheinbar unsere Lebenszeit aus, doch wir entkommen der Zeitschere zwischen „Lebenszeit und Weltzeit“ – nach Hans Blumenbergs so betitelmtem Werk – nicht. Der Tod bleibt auch in der Moderne wirkungsmächtig, wir wollen uns aber von keinem Virus diktieren lassen, wie und wann.

Wissenschaft muss dennoch nüchtern und realistisch mit unserer Endlichkeit umgehen, auch in dieser Pandemie. „Kein Covid“ oder „ZeroCovid“ sind dafür keine hilfreichen Orientierungen. Denn die Absolutheit verlangte absolute Vernachlässigung kollateraler Effekte. Es gibt keinen Ausweg aus der Abwägung unterschiedlicher Risikodimensionen und unterschiedlicher ethischer Einordnungen.

Wissenschaft kann das Dilemma nicht auflösen, aber sie vermag deutlich zu machen, welche Wirkungsmechanismen wie ineinandergreifen. Eindimensionale Ausrichtung der Wissenschaft vermag zwar zu ermöglichen, „gegenüber der Gesellschaft mit einer Stimme sprechfähig“ zu sein, doch damit verlöre sie ihren Wesenskern: „die Erzeugung des Zweifels“ (Blumenberg). Interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit findet hier ihre Funktion, indem die Engführung disziplinärer Debatten aufgebrochen wird. Doch der Gesellschaft mündiger Bürger bleibt die Anstrengung nicht erspart, mit der Vielfalt wissenschaftlicher Stimmen umzugehen. Hans Blumenberg würde das – gerade tröstend – als dem Menschen wesensgemäß bewerten, weil er nur mit dem Plural von Vorstellungen und Möglichkeiten die „Entlastung vom Absoluten“ leisten kann.

Deutschland steckt im Stillstand fest

Immer noch wissen wir zu wenig über die Aus- und Verbreitung von Corona. Und wer im Nebel steht, der kommt kaum voran, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastkommentar für die BILD vom 22. Januar.

Dieses Kernproblem prägt die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten: mehr (oder genauer: länger) vom Selben. Und zu wenig wird gefragt, was bisher geholfen hat – und was eben nicht.

Dieser Tunnelblick lässt vergessen, worum es eigentlich gehen muss: das Gesundheitssystem funktionsfähig zu halten.

Die Höchstgrenze von 50 Neuinfektionen auf 100.000 Menschen wurde im Frühjahr mit der eingeschränkten Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter begründet. Doch die hat sich seitdem kaum verbessert. Vernachlässigt wurden Schutzkonzepte für Alten- und Pflegeheime, wo das Virus mit hoher Sterblichkeit wütet.

Unverhältnismäßig – und richtig teuer

Statt die Probleme gezielt zu beheben, steckt ein ganzes Land perspektivlos im Kollektiv-Stillstand. Bei seinem Versuch, das Virus zu besiegen, droht der Staat nebenbei die Volkswirtschaft abzuwürgen. Das ist unverhältnismäßig – und richtig teuer.

Dabei können wir viel tun, ohne öffentliches Leben und Wirtschaft komplett runterzufahren, z. B. mit umfassendem Testen, wirksamer Warn-App und einer Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken.

Vater Staat allein ist selten ein guter Problemlöser. Es ist die Eigenverantwortung der Menschen, die uns seit Jahrhunderten voranbringt. Dies ist umso wichtiger, weil wir auch künftig – trotz Impfstoffen – mit dem Virus leben müssen.

„Grundschulen zum 1. Februar wieder öffnen“

Deutschland drohe ein Bildungs-Desaster, das Land hänge Kinder aus bildungsfernen Haushalten ab. Zugleich müssten Pflegeheime besser geschützt werden. IW-Direktor Michael Hüther kritisiert die Verlängerung des Lockdowns im Interview mit der Rheinischen Post vom 21. Januar.

Im Kampf gegen die Pandemie setzt der Staat weiter auf harte Beschränkungen. Darüber sprach RP ONLINE mit IW-Direktor Michael Hüther in Köln. Er ist auch im Expertengremium, das Ministerpräsident Armin Laschet berät.

Rheinische Post: *Was halten Sie von der Verlängerung des Lockdowns, obwohl er bislang kaum etwas gebracht hat?*

Michael Hüther: Bund und Länder haben den Lockdown bundesweit verlängert und verschärft, ohne zu differenzieren. Sie hätte sich längst mehr Informationen beschaffen müssen und können. Die Covid-Ausbrüche finden nicht in Schulen statt, sondern in Pflegeheimen. Hätte man hier konsequenter Personal und Bewohner getestet, hätte man viele Todesfälle vermeiden können. Die Chancen der Warn-App hat man vertan, weil man kein echtes Tracing, also Nachverfolgen der Kontakte, zugelassen hat. Das ist frustrierend.

Rheinische Post: *Die Schulen bleiben weiterhin geschlossen. Ist das richtig?*

Hüther: Hier droht uns ein Bildungs-Desaster. Deutschland hängt die Kinder aus bildungsfernen Haushalten ab, der wochenlange Distanzunterricht verschärft die sozialen Gegensätze weiter. Schulöffnungen sind vor allem eine Gerechtigkeitsfrage. Man hätte die Grundschulen zum 1. Februar wieder öffnen und für die weiterführenden Schulen Wechselunterricht einführen müssen. Und man sollte dies den Ländern überlassen: Die Lage in NRW oder gar Mecklenburg-Vorpommern ist eine ganz andere als in Thüringen.

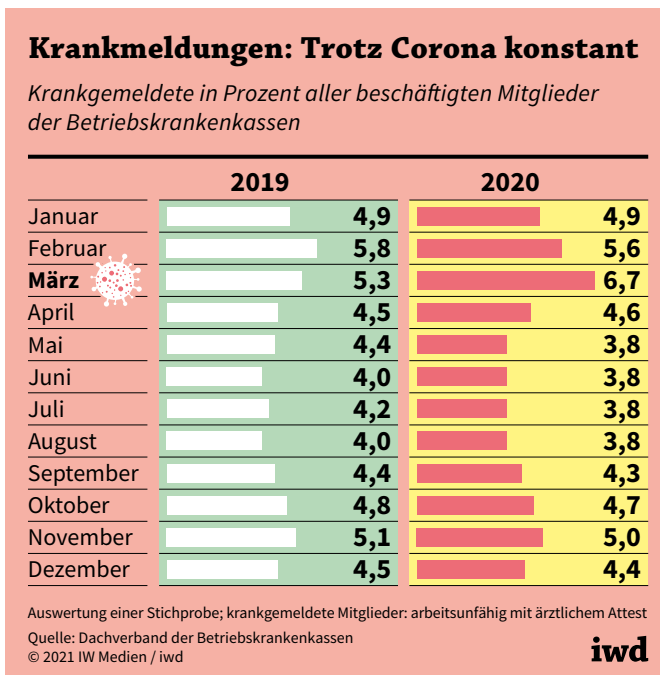
Rheinische Post: *Wie lange kann die Wirtschaft den Lockdown noch aushalten?*

Hüther: Stationärer Handel, Gastronomie, Hotels, Veranstalter, Sport und Kultur sind hart getroffen. Hier müssen endlich die Hilfen schneller und unbürokratischer fließen. Dass von den Novemberhilfen vielfach nur Abschlagszahlungen angekommen sind, ist ein Armutszeugnis für die Wirtschaftspolitik. Die Industrie ist dagegen

ziemlich robust, sie profitiert vor allem von der Erholung Chinas. Damit die Lieferketten intakt bleiben, müssen die Grenzen offen gehalten werden. Ich erwarte einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal, bevor es im zweiten Quartal wieder aufwärts geht

Rheinische Post: *Wie beurteilen Sie die Impfpolitik? Nordrhein-Westfalen hat gerade den Start der Impfzentren wegen Lieferengpässen verschoben.*

Hüther: Die Impfkampagne ist nicht gut organisiert. Die Bundesregierung hat erst auf das falsche Pferd gesetzt und dann zu spät nachbestellt, als klar wurde, dass Biontech die erste Zulassung erhält. Die Länder haben die Impfzentren nicht gut organisiert, die noch immer nicht starten können. Dabei sind schnelle Impfungen die beste Pandemiebekämpfung und die beste Wirtschaftspolitik.



„Eine erneute Lockdown-Verschärfung jetzt ist nur schwer nachzuvollziehen“

Im Interview mit dem Tagesspiegel vom 18. Januar wirft IW-Direktor Michael Hüther der Politik vor, über Monate keine empirische Grundlage für eine Bekämpfung der Pandemie geschaffen zu haben. Er fordert andere Maßnahmen.

Tagesspiegel: *Herr Hüther, vor der nächsten Lockdown-Verschärfung wird auch über die Schließung von Industrieanlagen gesprochen. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hätte das?*

Michael Hüther: Die Folgen wären dramatisch. Wir hätten dann eine ähnliche Stillstandsökonomie wie im März. Stattdessen sollten wir dankbar sein, dass die Industrie so stabil ist und uns wirtschaftlich in verhältnismäßig gutem Fahrwasser hält. Vor allem aber wissen wir gar nicht, wofür wir die Industrie stilllegen sollten.

Tagesspiegel: *Wie meinen Sie das?*

Hüther: Es gibt keine empirische Daten, dass hier die Probleme liegen. Die Politik hat sich kaum um eine Verbesserung der Datenlage bemüht. Ein Jahr nach Bekanntwerden des Virus wissen wir viel zu wenig über das epidemiologische Geschehen. Dieser geringe Kenntnisstand war im März vertretbar, aber jetzt ist er es nicht mehr.

Tagesspiegel: Sie würden sich also gezieltere Maßnahmen wünschen.

Hüther: Ja, die Daten, die es gibt, zeigen, dass die größten Infektionsherde in Alters- und Pflegeheimen liegen. Hier müsste man entschiedener vorgehen; mehr testen, strengere Besuchsregeln. Hier wäre eine bundesweite Lösung wünschenswert. Aber diese Fragen wurden zu spät thematisiert. Eine Datengrundlage für andere gezielte Maßnahmen als ein allgemeines Herunterfahren wurde gar nicht erst geschaffen. Der Preis dafür ist, dass jetzt das ganze Land im Lockdown ist.

Tagesspiegel: *Ist die Debatte nicht offen genug geführt worden?*

Hüther: Es wird immer nur mit Bedrohungsszenarien gearbeitet. Auch jetzt ist eine erneute Verschärfung nur schwer nachzuvollziehen, da die Inzidenzen sowohl bei uns als auch in den Ländern, in denen die Mutation sich ausgebreitet hat, tendenziell zurückgehen. Die bisherigen Maßnahmen folgen der Logik: Wenn man alles

schließt, ist die Politik exkulpiert. Sobald sie sich auf gezieltere Maßnahmen festlegen würde, ginge sie hingegen das Risiko ein, dass ihr konkret Folgen zugerechnet werden würden. Außerdem wird gar kein klares Ziel mehr verfolgt: Inzidenz von 50? Das Gesundheitssystem stabil halten? Jede Corona-Erkrankung vermeiden? Im Moment wird die Politik nicht erklärt und nicht begründet. Das finde ich nicht nur als Ökonom, sondern auch als Bürger ziemlich empörend.

Tagesspiegel: *Was halten Sie denn von der Forderung unter dem Hashtag ZeroCovid, also nicht die Inzidenz von 50 anzustreben, sondern jede Ansteckung zu vermeiden?*

Hüther: Das ist ein seltsamer Blick aufs Leben. Warum sollte diese Forderung bei Corona und nicht bei anderen Viruserkrankungen oder anderen Todesursachen wie Krankenhauskeimen gelten? Würden wir unsere Gesellschaft regelmäßig in den Lockdown versetzen, um alle Todesfälle wegen anderer Viren oder Todesursachen zu vermeiden? Es gilt nach dem Grundgesetz die Unantastbarkeit der Menschenwürde, aber das Recht auf ewiges Leben nicht. Ich habe das Gefühl, dass in der gegenwärtigen Debatte primär Corona-Leugner am einen Ende, Lockdown-Fanatiker am anderen Ende durchdringen, wie wir das in einer heute veröffentlichten Stellungnahme des NRW-Corona-Expertenrates formuliert haben.

Tagesspiegel: *Aber wäre ein kurzer, aber heftiger Lockdown nicht auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll?*

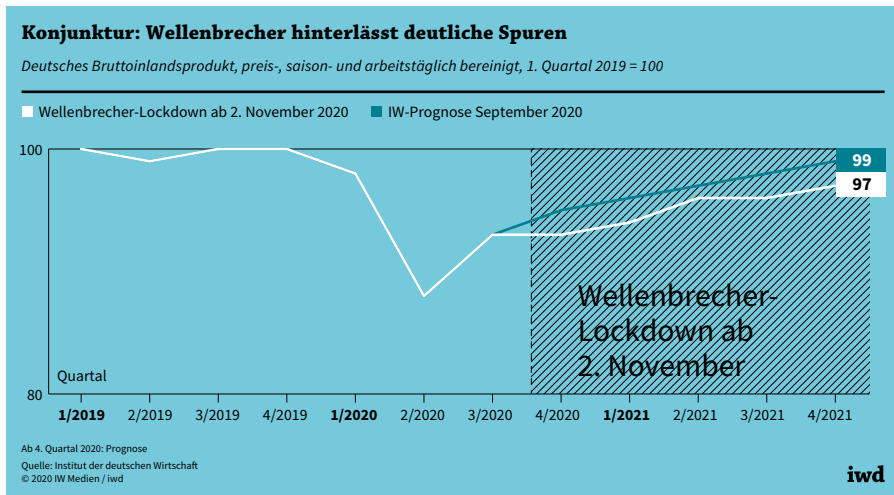
Hüther: Was heißt denn heftig? Eine verschärfte Homeoffice-Pflicht kann man nicht ernst nehmen, solange im öffentlichen Dienst nicht flächendeckend die Voraussetzungen geschaffen werden, dass dort von zu Hause gearbeitet werden kann. Man müsste eher fragen, ob eine Inzidenz von 50 in dieser Jahreszeit und mit unseren kulturellen Gewohnheiten nicht einfach unrealistisch ist und ob unser Gesundheitssystem die Folgen nicht auch mit doppelt so vielen Infektionen bewältigen könnte.

Tagesspiegel: *Welche Maßnahmen sollten aus Ihrer Sicht am Dienstag auf keinen Fall beschlossen werden?*

Hüther: Die Schulen sollten keinesfalls über den 1. Februar hinaus geschlossen bleiben. Diesen Verlust an Bildungsgerechtigkeit können wir sonst nicht mehr aufholen. Und Leidtragende sind vor allem die Kinder aus bildungsfernen Haushalten.

Tagesspiegel: Welche Maßnahmen wären stattdessen sinnvoll?

Hüther: Eine FFP2-Pflicht im öffentlichen Raum ist ein Anfang. Außerdem sollte man flächendeckend Schnelltests anbieten. PCR-Tests kann man selbst machen oder man könnte sie in den Impfzentren durchführen. Es gibt auch andere Testmöglichkeiten, wie etwa Iris-Scans. Ein Düsseldorfer Unternehmen hat hier einen Test entwickelt, der in den USA bereits lizenziert ist. Und natürlich müsste man die App funktionsfähiger machen und die Impfstrategie verbessern. Geschäften, die schlüssige Hygienekonzepte vorlegen, muss zudem eine Perspektive zur Öffnung gegeben werden. Es muss nach vorne gedacht werden, wie wir aus dem Lockdown herauskommen.



Es gibt keinen absoluten Lebensschutz

Lockdown oder Lockerung? Die Debatten-Fronten zur Corona-Pandemiebekämpfung wirken immer zementierter. Dabei geraten abwägende Hinweise ins Abseits. Die Folgeschäden müssen endlich stärker thematisiert werden, gerade weil die Regierung keine absolute Sicherheit gewähren kann, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für Cicero vom 13. Januar.

Wir haben mittlerweile Übung mit dem Lockdown, doch zur Gewohnheit wird es uns nicht, stattdessen überträgt sich die Tristesse des Januars auf das Gemüt. Der gesellschaftliche Raum ist zwar leer, doch die Furchen im Miteinander sind zu Gräben geworden und der Disput über den richtigen Weg findet kaum noch vermittelnd statt. Das Regierungshandeln scheint auf große Zustimmung zu stoßen, das hat die Kritik daran schnell radikalisiert und für viele desavouiert, sodass man mit abwägenden Stellungnahmen heute nicht nur Querdenker auf den Plan ruft, sondern ebenso Lockdown-Fanatiker.

Dahinter verbirgt sich eine Position, die den verständlichen Wunsch – manifest im Hashtag #ZeroCovid – zu einem unrealistischen und deshalb fehlorientierenden politischen Ziel erklärt. So richtig der Hinweis ist, dass jeder Todesfall menschliches Leid und Trauer begründet, so gilt ebenso, dass jedes Leben nur ein Leben zum Tode ist; ein Thema, das philosophische Diskurse seit jeher erfasst. Moderne Gesellschaften erwecken den Eindruck, dass der medizinisch-technische Fortschritt es rechtfertige, den Tod zu verdrängen. Doch wir beginnen jedes neue Jahr in Deutschland mit der Gewissheit, dass es 900.000 Todesfälle und mehr geben wird. Das Versprechen wird sich nicht durchhalten lassen.

Das Versprechen wird sich nicht durchhalten lassen

Es gibt keinen absoluten Lebensschutz, auch nicht in der Covid-19-Pandemie. Wir sind Risiken ausgesetzt, die versuchen wir einzudämmen und zu managen. Dazu gehört auch die schmerzliche Einsicht, dass wir im Miteinander bei aller Achtsamkeit oder aufgrund der im täglichen Tun immer auch unvermeidbaren Fahrlässigkeit nicht ausschließen können, anderen einen Schaden zuzufügen. Dafür schließen wir privat Versicherungen ab und deshalb treffen wir staatlicherseits Vorkehrungen

und Vorsorge. Darum geht es auch jetzt, bei einem neuen Virus. Das von der Politik während der Corona-Pandemie insinuierte Versprechen des umfassenden Lebensschutzes wird sich indes nicht durchhalten lassen.

Rationale Politik versucht, sich so viel Informationen zu verschaffen, wie es möglich ist. Das ist versäumt worden, weil die soziografischen Merkmale der Infizierten nur sehr unzureichend erfasst wurden. Wichtige strukturelle Informationen über die Infektionsfälle, ihre Häufigkeit, ihre regionale Verbreitung fehlen uns. Ebenso wurde darauf verzichtet, die technologischen Möglichkeiten – über eine wirksame App und ähnliche Optionen – zur Nachverfolgung des epidemiologischen Geschehens zu nutzen. Wir wissen nichts Valides über die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen, die zur Reduzierung der Neuinfektionen beschlossen wurden; entsprechende Analysen gibt es nur ganz vereinzelt (Infektionsgeschehen in Schulen).

Differenzierende Entscheidungen sind politisch unattraktiv

Die Politik hat – nachvollziehbar – sich auf Expertise gestützt, die beruhend auf mathematischen Modellen Aussagen über den Zusammenhang eines Lockdowns mit dem Infektionsgeschehen anbot. Dass die reale Entwicklung nach dem Beschluss des Runterfahrens aber anders verlief, hat – unverständlich – bisher nicht zu der Frage geführt, ob und wie die Modelle zu überprüfen sind. Der Blick in die anderen Länder Europas bietet auch keine Erhellung. Denn schärfere Eingriffe, wie sie in einigen Ländern vorgenommen wurden, haben weder stärker noch nachhaltiger die Infektionszahlen reduziert. Die Erfahrungen in Bundesländern zeigen ebenfalls keinen entsprechenden Zusammenhang.

Dennoch sind die Aussichten für die nächste Runde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten recht klar: Zwischenzeitliche Äußerungen lassen eine Verlängerung des Lockdowns erwarten. Differenzierende Entscheidungen sind politisch unattraktiv, da sie Verantwortung dorthin fokussieren, während die Verlängerung oder Verschärfung des umfassenden Lockdowns dies an alle delegiert. So erklären sich Forderungen, den Lockdown auszuweiten, vielen ist dabei offenkundig politische Gleichheit wichtiger als epidemiologische Wirksamkeit. Ein Herunterfahren der nicht geschlossenen Wirtschaftsbereiche wird dafür ebenso gefordert wie eine Pflicht für das Homeoffice. Doch in Organisationen – wie Unternehmen – können

anders als im privaten Leben die Abläufe systematisch geordnet und distanziert werden.

Viele Unternehmen stehen vor der Existenzfrage

Im Gegensatz zum Frühjahrslockdown zeigt sich die Industrie mit den verbundenen Dienstleistungen robust, die Grenzen sind offen und die internationalen Wertschöpfungsketten funktionieren, mitunter leidlich. Das gewährt der Volkswirtschaft als Ganzes Entlastung und schafft Stabilität. Hier die Axt anzulegen, führte zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten bei nur unsicherem epidemiologischem Ertrag. Die Diskussion um das Homeoffice ist – von Grenzfällen abgesehen – eine Scheindebatte, die von der Politik zur eigenen Entlastung befeuert wird. Die Privatwirtschaft hat sich flexibel angepasst, bei der öffentlichen Verwaltung ist dies bei Weitem nicht in dem Maße der Fall.

Vielmehr haben jene Branchen, die wie Gaststätten und Hotels, stationärer Einzelhandel (Non-Food), Kultur und Veranstalter vom Lockdown betroffen sind, alle Aufmerksamkeit der Politik verdient. Denn die groß angekündigten umsatzbezogenen November- und Dezemberhilfen sind bisher allenfalls als Abschlagszahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro ausgezahlt worden, was vier Prozent des maximal verfügbaren Finanzvolumens ausmacht. Viele Unternehmen stehen vor der Existenzfrage, das Eigenkapital ist verzehrt, Kredite sind dann kaum noch zu bekommen. In einzelnen Bereichen können Geschäftsaufgaben und Insolvenzen 30 Prozent und mehr der Unternehmen erfassen. Die Hilfen versanden an unangemessenen Zugangshürden und in der Administration.

Die deutsche Wirtschaft wird zunehmend durch eine Spaltung – robuster Industrie-Dienstleistungsverbund mit überwiegend Hochlohnjobs hier, bedrohte Existenzen in den konsumnahen Bereichen mit vielen geringer qualifizierten Tätigkeiten dort – gekennzeichnet. Daraus können sich erhebliche strukturelle Veränderungen, aber auch soziale Folgen und Effekte für die Einkommensverteilung ergeben. Umso wichtiger ist es, dass die Hilfen nun wirklich helfen. Die Zuspitzung der ökonomischen, letztlich aber gesellschaftlichen Krise gehört mit in die Abwägung für die Frage, wie die Pandemie im Februar beherrscht werden kann.

„Die Politik des massiven Lockdowns zeigt, dass man nicht weiterkommt“

Wir brauchen eine klar erkennbare Strategie der Politik, fordert IW-Direktor Michael Hüther im Interview mit der Passauer Neuen Presse vom 12. Januar. Doch diese hänge sich in einem Dreiwochenturnus von Sitzung zu Sitzung und dazwischen geschehe kaum etwas.

Passauer Neue Presse: *Die Rufe nach einem Herunterfahren der gesamten deutschen Wirtschaft werden angesichts anhaltend hoher Corona-Zahlen lauter. Was hätte das für Folgen?*

Michael Hüther: Das würde massive wirtschaftliche Verluste auslösen. Wir kämen zurück in eine wirkliche Stillstandsökonomie, wie wir sie im März und April hatten mit all den schlimmen Konsequenzen, die das für die Einkommensentstehung mit sich bringt und dann sicherlich auch mit ganz anderen Arbeitslosen- und Insolvenzzahlen. Insofern sollten wir umgekehrt sagen, wir müssen froh sein, dass die Industrie sich dieses Mal relativ robust entwickelt. Sie hat die Chancen auf den internationalen Märkten genutzt und das gibt uns den Handlungsspielraum, den wir brauchen. Zudem stellt sich die Frage, warum wir die ganze Wirtschaft herunterfahren sollten. Wir haben keinen Beleg, dass es hier besonders hohe Infektionsgefahren gibt. Ich kann nicht wirklich nachvollziehen, wie man auf diese Forderungen kommen kann.

Passauer Neue Presse: *Sie raten also davon ab?*

Hüther: Ich rate eindeutig davon ab und werbe für eine sehr viel differenziertere Eingriffslogik.

Passauer Neue Presse: *Würde eine Schließungswelle, die auch die Industrie betrifft, Deutschland in ein weiteres Rezessionsjahr zwingen?*

Hüther: Ja. Dann würden wir auf alle Fälle ganz schwach starten in diesem Jahr und danach eine nur mühsame Reaktivierung der Wirtschaft erleben. Abseits dessen sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, dass es für solche Fälle immer offene Kassen des Finanzministers geben wird. Der tut sich ja schon schwer die ganz vollmundig angekündigten Corona-Hilfen auszureichen.

Passauer Neue Presse: *Bestehen unterhalb großflächiger Schließungen Möglichkeiten, etwa in Produktions- und Service-Bereichen, mehr für die Abwehr der Pandemie zu tun?*

Hüther: Eher nicht. Es gibt ja die Covid-19-Arbeitsschutzregeln in der Krise, die überall ihren Niederschlag finden und in die massiv investiert wurde. Wir müssen den Mut haben, so etwas in dezentraler Verantwortung zu regeln.

Passauer Neue Presse: *Was ist mit der Schließung von Großraumbüros, mit mehr Homeoffice?*

Hüther: Das ist alles schon unter den Bedingungen der Arbeitsschutzregeln zu organisieren. Ich glaube auch nicht, dass die Großraumbüros das Problem sind. Da kann man mit der Besetzung flexibel sein. Ansonsten habe ich keinen Zweifel daran, dass die Arbeitgeber mit den Beschäftigten das klug regeln, denn alle wissen ja um das Risiko.

Passauer Neue Presse: *Würden verpflichtende Regelungen weiterhelfen?*

Hüther: Nein. Es würde vor allem helfen, wenn das alles eingebettet wäre in eine erkennbare Strategie der Politik. Aber die hat ja keine. Sie hangelt sich in einem Dreiwochenturnus von Sitzung zu Sitzung und dazwischen geschieht kaum etwas. So werden Dinge, die beschlossen werden, nicht umgesetzt. Ein Beispiel ist die digitale Vernetzung der Gesundheitsämter. Die Corona-App ist eine Investitionsruine, keiner braucht sie. Insofern hat die Politik des massiven Lockdowns gezeigt, dass man nicht weiterkommt.

Passauer Neue Presse: *Kann sich der Staat noch weitere Schließungen und deren finanzielle Abfederung leisten?*

Hüther: Wenn er das weiter so umsetzt wie jetzt, dass nämlich das Geld nicht abfließt, dann kann man viel ankündigen. Das ist zugegeben sarkastisch, doch so ist es. Jedenfalls sind Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium gleichermaßen dafür verantwortlich, dass die November- und Dezemberhilfen an Firmen nicht richtig und wenn überhaupt nur mit Abschlagszahlungen auf die Straße kommen.

Passauer Neue Presse: *Rechnen Sie wie etliche Ihrer Kollegen auch mit einer heraufziehenden großen Pleitewelle?*

Hüther: Die haben wir vermutlich nicht in der Industrie. Wir werden sie aber zunehmend in den vom Lockdown betroffenen Bereichen sehen – also im Veranstaltungsgewerbe, im stationären Einzelhandel außerhalb des Lebensmittelsektors, im Hotel- und Gaststättengewerbe. Wir hören, dass in diesen Feldern rund ein Drittel der Betriebe gefährdet sind.

„Einschränkungen haben bisher nicht wirklich Ertrag gebracht“

Ein schärferer Lockdown – wie in Bayern – habe die Inzidenz nicht nachhaltig unter 100 gebracht. Alles dichtzumachen, sei nicht die Lösung, sagt IW-Direktor Michael Hüther am 11. Januar im Deutschlandfunk. Stattdessen brauche es dort besondere Schutzkonzepte, wo Infektionen hoch seien, Gesundheitsämter müssten endlich vernetzt werden.

Deutschlands Schüler und Lehrer sind flächendeckend im Distanzunterricht. Rufe werden nun lauter, die Wirtschaft stärker in die Pflicht zu nehmen – eine Diskussion, die auch die Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes erreicht hat. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, warnt vor zu scharfen Maßnahmen, um die Infektiösität einzudämmen: Strenge Auflagen in Bayern hätten im Vergleich zu den eher lockeren Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen kaum einen Unterschied gemacht. Es sei wichtig, genau hinzuschauen und dort, wo Risiken besonders hoch sind, wie in Alten- und Pflegeheimen, besondere Schutzkonzepte zu machen. Das sei nicht flächendeckend passiert.

Deutschlandfunk: *Sollen wir alles dichtmachen?*

Michael Hüther: Nein, um Gottes willen! Wir sollten froh und dankbar sein, dass anders als in dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 die Industrie so robust läuft. Die letzten Konjunkturdaten und Auftragseingänge des Einkaufsmanager-Index zeigen, dass wir hier eine hohe Robustheit haben. Das ist durch die Orientierung auf die Weltmärkte möglich.

„Vielfältigkeit des Arbeitslebens findet auch jetzt statt“

Deutschlandfunk: *Hohe Robustheit, aber auch hohe Infektionszahlen.*

Hüther: Aber nicht die Industrie. Wir haben keine Belege dafür, dass dort, wo Produktion stattfindet, außerhalb der Fleischindustrie – da haben wir die Diskussion im letzten Jahr gehabt –, eine besondere Infektiösität aufgetreten ist. Und dort wo die Wirtschaft Homeoffice machen kann, bietet sie das auch an. Es gibt ja im Übrigen auch seit dem Sommer die Covid-19-Arbeitsschutzregeln. Das heißt, Sie haben in einem Bürogebäude beispielsweise Vorsorge zu treffen, damit man ent-

sprechend wenige Kontakte hat, dass aber die Arbeitsprozesse laufen – dort, wo ein direkter Austausch auch im Persönlichen nötig ist. Das hat ja manchmal mit vertrauensvollen Daten zu tun. Es müssen manchmal Entscheidungen getroffen werden. Es kann auch manchmal sein, dass einer mal einmal die Woche im Haus sein muss. Die Vielfältigkeit des Arbeitslebens findet auch jetzt statt, aber sie findet natürlich ganz überwiegend im Homeoffice statt. Die Debatte ist eine gewisse Scheindebatte, die ablenken soll davon, dass die Politik nicht so richtig mehr weiterweiß.

„90 Prozent der Neuinfektionsfälle in Alten- und Pflegeheimen“

Deutschlandfunk: *Aber wenn Sie sagen: „Nicht in der Industrie, wir haben keine Beweise dafür“, das ist ja das gleiche Argument, das zum Beispiel auch die Restaurantbesitzer anführen. Die sagen, es gibt auch keine Beweise dafür, dass sich die Leute in den Restaurants anstecken. Es gibt auch keine Beweise dafür, dass sich die Kinder in den Schulen anstecken und das dann weitertragen. Am Ende des Tages ist ja das Problem, dass wir überhaupt nicht wissen, wo sich die Leute anstecken oder nicht so wirklich anstecken, und dann bleibt am Ende nur noch die Option, alles runterzufahren.*

Hüther: Nein, die bleibt nur dann, wenn man am Anfang einer solchen Situation ist. Das war der März 2020. Das was Sie beschreiben, ist ja der Politik auch vorzuwerfen. Wir haben im Expertenrat Corona der Landesregierung in NRW früh darauf hingewiesen, dass man parallel dazu Analysen und Forschungen vorantreiben muss, empirische Befunde über das Infektionsgeschehen. Schauen Sie, wenn wir wüssten, was einen Neuinfektionsfall kennzeichnet, außer Alter und Geschlecht, wenn wir den Beruf wüssten, wenn wir Arbeits- und Wohnort kennen und den Familienstand, könnte man über eine Datenauswertung ganz andere Kenntnisse haben. Wir wissen aber auch, beispielsweise in Berlin und Schleswig-Holstein, dass 90 Prozent der Neuinfektionsfälle in Alten- und Pflegeheimen stattfinden. Und es gilt unverändert in hoher Robustheit, dass 88 Prozent der Todesfälle 70 Jahre und älter sind, 68 Prozent 80 Jahre und älter. Das zeigt ja doch, dass es offenkundig keine Gleichverteilung der Risiken gibt, und deshalb ist es so wichtig, dass wir auch differenzierte Antworten finden. Ich kann jeden Gastronomen, ich kann auch jeden Hotelier und auch jeden Einzelhändler verstehen, wenn er sagt, ich verstehe es

auch nicht mehr, was wir da machen, denn das, was uns die Infektiologen ja auch sagen, ist, dass wir gar keine Chance haben, im Winter überhaupt eine Inzidenz von 50 zu erreichen.

„Wir sind nicht am Anfang der Pandemie – wir sind zehn Monate danach“

Deutschlandfunk: *Einige sagen das. Andere sagen, es ist schon möglich.*

Hüther: Nee, nee, nee, nee, nee! Die überwiegende Zahl ist ja der Vergleich mit anderen Atemwegserkrankungen und dieser Vergleich mit Atemwegserkrankungen zeigt, dass Sie einfach im Winter eine ganz andere Dynamik haben. Warum tun wir das? – Wir tun das alles, damit die medizinischen Kapazitäten, vor allen die intensivmedizinischen Kapazitäten ausreichen, und das tun sie. Dass man gelegentlich regional unterschiedliche Entwicklungen hat und dass wir in Sachsen einen Hotspot haben, dass wir in Bayern einen Hotspot haben, das sind ja Dinge, die man zur Kenntnis zu nehmen hat. Aber das heißt ja nicht, dass man nur noch die Antwort hat, alles runterzufahren. Wir sind nicht im Anfang der Pandemie, sondern wir sind zehn Monate danach.

„Schutzkonzepte für dort, wo die Risiken besonders hoch sind“

Deutschlandfunk: *Trotzdem sinken die Infektionszahlen nicht. Im Gegenteil! Es scheint eher so zu sein, als würden die Infektionszahlen weiter steigen. Was wäre denn Ihre differenzierte Antwort?*

Hüther: Wir sollten einfach mal ein paar Befunde zur Kenntnis nehmen. Es ist ja nicht so, dass dort, wo es den schärferen Lockdown immer gegeben hat, beispielsweise in Bayern, die Inzidenz auf 100.000 besser ist als in Nordrhein-Westfalen, wo 18 Millionen Menschen wohnen, wo wir aber eine etwas lockerere Regelung hatten oder etwas weniger einschränkende. Das heißt, auch mal genau hinzuschauen und dann wirklich sich die Mühe zu machen, dort, wo die Risiken besonders hoch sind, in Alten- und Pflegeheimen, besondere Schutzkonzepte zu machen. Auch das ist schon im Sommer vom Corona-Expertenrat mit in diesen Überlegungen gewesen zu sagen, wir müssen dafür Antworten finden. Das hat man auch teilweise gemacht, aber nicht flächendeckend.

Wir hätten längst die EDV-Ausstattung und die IT-Vernetzung der Gesundheitsämter vorantreiben müssen. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben

mit der Bundeskanzlerin beschlossen, bis Jahresende sollen 90 Prozent der Gesundheitsämter digital vernetzt sein. Nichts davon ist passiert. Unsere Corona-Warn-App ist im Grunde eine Investitionsruine. Das heißt, all die großen Dinge, die angekündigt wurden, wo man auch Beschlüsse gefasst hat, das ist nie nachgehalten worden. Dann kann doch am Ende des Tages nicht die Ableitung sein, dass man alles einfach dichtmacht, sondern wir brauchen auch dann noch die Kraft zu differenzierenden Entscheidungen, zumal wir in einer Situation sind, wo die Impfung begonnen hat.

Von besonderer Infektiösität in Büros, der Industrie „nirgends gehört“

Deutschlandfunk: *Verstehe ich! Aber nichtsdestotrotz: Am Ende des Tages ist das, was Sie jetzt sagen, alles „hätte, hätte, Fahrradkette“. Wir sind jetzt nun mal in der Position oder in der Situation, in der wir sind, die im Prinzip, was das Pandemiegeschehen angeht, ja auch deutlich schlimmer ist, als sie im April war.*

Wenn sich jetzt zum Beispiel alle Leute zwei Wochen zu Hause verbarrikadieren, ist die Pandemie vorbei, überspitzt formuliert natürlich. Die Frage dahinter ist ja: Kurz und heftig, ist das am Ende nicht vielleicht besser, als wenn sich das jetzt so, wie es momentan läuft, bis weit in den Februar hinein hinzieht?

Hüther: Erstens haben wir massive Eingriffe. Die Schulen sind weitgehend geschlossen. Wir haben jetzt einen harten Lockdown hinter uns. Und all das, was gemacht wurde, haben uns die großen Mathematiker mit ihren Modellen als richtig und hinreichend beschrieben. Dann würde das schon wirken. Auch das fragt keiner mehr nach. Wir haben nur noch die Antwort zuzumachen, und zwar flächendeckend. Das ist aber nicht die Antwort, sondern wir müssen auch jetzt den Mut haben zu gucken, bessere und umfassendere Schutzkonzepte für Alten- und Pflegeheime, beschleunigtes Impfen, und dann zu schauen, zu lernen, wo denn die Hygienekonzepte auch gewirkt haben. Ich habe bisher nirgends gehört, dass wir in den normalen Büroliegenschaften, auch in den sonstigen Produktionseinheiten der Industrie einen Befund haben, dass das besondere Infektiösität mit sich gebracht hat. Die Unternehmen haben ja darauf reagiert. Auch ein Institut wie das Institut der deutschen Wirtschaft hat seit November Homeoffice und seit Dezember die Devise, bleibt zuhause, und trotzdem sind immer wieder Bedarfe da und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen, wo habe ich mein Problem, wenn ich mit dem

Auto hinfahre, gehe ins Gebäude, habe dort gesicherte Arbeitsverhältnisse und habe mehr Ruhe als zu Hause, habe überhaupt einen Arbeitsplatz, den ich zu Hause vielleicht gar nicht habe. Diese Eindimensionalität des politischen Denkens, die sollten wir uns jetzt nicht mehr gestatten. Das kann nicht sein, und wir kommen ja mit den intensivmedizinischen Kapazitäten zurecht, und es ist auch nicht so, dass alles permanent nur ansteigt, sondern wir haben offensichtlich ein Plateau erreicht mit diesen 25.000 oder einer Inzidenz von 137. Wir werden – das sagen die Infektiologen – kaum unter die 100 kommen können, und dann ist die Frage, was ist der Preis, den wir dafür zahlen. Die Aussagen, zwei Wochen helfen, das haben wir schon oft gehört, haben aber bisher nicht wirklich den Ertrag gebracht. Und noch mal: Wir können uns ja Länder anschauen, Bundesländer, die schärfer eingegriffen haben. Wir können uns auch andere Länder in Europa anschauen, die schärfer eingegriffen haben und auch nicht nachhaltig unter die 100 gekommen sind.

„Wirtschaft dort aufrechterhalten, wo sie hohe Wertschöpfungsbeiträge hat“

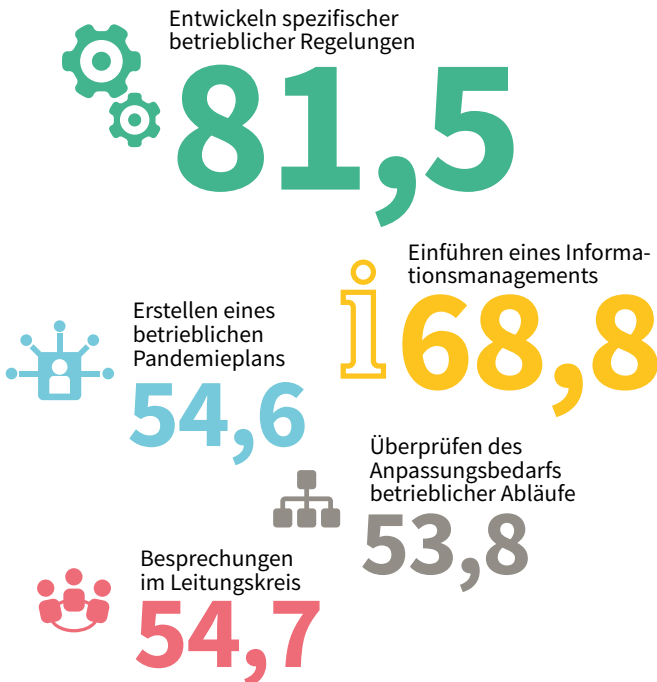
Deutschlandfunk: *DGB-Chef Reiner Hoffmann, der fordert jetzt ein Recht auf Homeoffice. Ist das auch eine eindimensionale Forderung?*

Hüther: Na ja, gut. Was hat das jetzt für eine Hilfe? Ich meine, die Beschäftigten haben diese Homeoffice-Freiheit in dieser Situation. Dort, wo es überall möglich ist – ich habe nichts anderes darüber gehört –, wird dies auch offeriert. Das kann ich halt nicht an jedem Arbeitsplatz. Im Einzelhandel geht es ja auch nicht, im Lebensmittel-Einzelhandel, wo wir froh sind, dass wir ihn offen haben. Die Lieferdienste können nicht vom Homeoffice betrieben werden. Das heißt, bestimmte Dinge finden auch statt. Aber dort, wo Büromöglichkeiten da sind, habe ich nirgends gehört, dass das nicht genutzt wird. Und es ist ja vielleicht auch mal zu fragen, ob die Bundes- und Landesministerien eigentlich alles tun, was sie tun könnten, mit ihren Homeoffice-Möglichkeiten. Wenn ich mir das in Berlin anschau – die Bundestagsverwaltung beispielsweise hinkt weit hinterher. Wir haben einige Ministerien, die es können. Es hilft alles nichts, jetzt gegeneinander anzutreten, sondern Homeoffice ist eine Entscheidung in den Unternehmen. Und wir können Unternehmen nicht nur von zu Hause betreiben. Das hat was mit Innovationsfähigkeit zu tun und mit Unternehmenskultur, wie wir miteinander umgehen. Wir leben dabei von der Substanz mittlerweile, wenn wir uns so lange nicht persönlich sehen. Auch

das ist ein Preis und deswegen: Auf der einen Seite Wirtschaft dort aufrechtzuerhalten, wo sie hohe Wertschöpfungsbeiträge hat und die Finanzierung all der Maßnahmen möglich macht, und sehr gezielt dann zu schließen an den Stellen, wo wir Befunde haben, dass es Probleme auslöst. Aber dann müssen wir wirklich genauer hinschauen und ich kann es auch nicht hinnehmen, dass wir immer nur sagen, das haben wir bisher nicht gemacht. Dann müssen wir es halt jetzt machen. Die Daten sind kein großes Problem, die zu erheben.

So organisieren Unternehmen den Corona-Arbeitsschutz

So viel Prozent der Unternehmen haben diese organisatorische Maßnahme als Form des betrieblichen Infektions- und Arbeitsschutzes umgesetzt



Online-Befragung von 724 Arbeitsschutzexperten zwischen September und Dezember 2020

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Ethisches Dilemma der Pandemie

Die Coronakrise wirft schwierige Fragen von Moral und Gerechtigkeit auf. Die Ökonomie kann bei der Lösung helfen, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt vom 15. Dezember 2020.

Die Neuinfektionszahlen halten sich auch in Deutschland auf einem zu hohen Niveau. Und dies trotz erheblicher Einschränkungen des öffentlichen Lebens seit fast sechs Wochen. Der politische Instrumentenkasten zur Eindämmung der Pandemie, momentan primär auf dem Infektionsschutzgesetz basierend, bedient sich im Ordnungsrecht und mit darauf beruhenden Geldstrafen. Das dürfte kurzfristig nicht anders möglich sein und ist grundsätzlich angemessen, sofern es um die Vermeidung eindeutig definierter und zurechenbarer Schäden geht.

Die gleichwohl eher groben und ungleich wirkenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegen die Pandemie finden ihre Entsprechung in einer finanziellen Kompensation; staatlicherseits großzügig als November- und Dezemberhilfen angekündigt. Mit zunehmender Dauer des Lockdowns drängt sich der Wunsch auf, nicht nur einfache, sondern zugleich treffsichere und anreizorientierte Instrumente einzusetzen. Das entspräche nicht zuletzt den verfassungsrechtlichen Grundsätzen von Gleichheit und Verhältnismäßigkeit.

Die Erstattung von bis zu 75 Prozent des Vorjahresumsatzes hat wegen sehr unterschiedlicher Kostenstrukturen – stark schwankender Fixkostenanteile – in den derzeit betroffenen Branchen zur Folge, dass strukturell in die Wettbewerbsverhältnisse eingegriffen wird. Besser im Sinne der drei Kriterien „einfach, treffsicher, anreizorientiert“ wäre eine Erstattung der Fixkosten zuzüglich eines Risikozuschlags von 20 Prozent, und zwar in Abhängigkeit vom Auslastungsgrad, sodass bei kompletter Schließung des Geschäfts maximal 120 Prozent der Fixkosten erstattet würden. Dieses Instrument wäre ähnlich der Kurzarbeiterregelung auch künftig nutzbar.

Neben der ökonomisch angemessenen Strategie stellt der Umgang mit jenen, die ihre Mitmenschen mutwillig gefährden, eine besondere Herausforderung dar. Zwar

kann niemand bei aller Vorsicht ausschließen, ein Infektionsrisiko für andere Menschen darzustellen. Doch diese gebotene Obacht wird von einigen Personen willentlich, von manchen sogar böswillig unterlassen. Diese „Querdenker“ treffen sich zwar real, doch sie sind – so zeigen erste soziologische Analysen – in einer surrealen Welt selbstgezimmerter Gewissheiten zu Hause. Man kann diesem Verhalten mit dem Ordnungsrecht nicht beikommen, mit moralischer Überzeugungsarbeit und allwissender Gegenrede ebenso wenig.

Das Bedenkliche an der Querdenker-Position ist nicht der Anspruch, unzweifelhaft recht zu haben, oder die Bereitschaft, sich selbst besonderen Risiken auszusetzen, sondern die willentliche Inkaufnahme der Schädigung anderer. Wie lassen sich diese negativen externen Effekte internalisieren? Eine Impfpflicht kollidiert mit mehreren Grundrechten. Strafgeelder oder der Zugang zum öffentlichen Leben nur mit Impfausweis sind ebenfalls heikel.

Eine Idee könnte sein, durch eine Auktion die notwendigen Prämien zu ermitteln, die man individuell zahlen müsste, um den gewünschten Impfschutz in der Gesellschaft zu erreichen. Dagegen sprechen jedoch Fehlanreize auf die Impfwilligen.

Zu prüfen wäre daher, ob Impfverweigerer (ohne medizinische Indikation) wegen der aus ihrem Verhalten resultierenden externen Effekte dadurch sanktioniert werden können, dass bei ihnen kein Versicherungsschutz im Falle einer Covid-19-Erkrankung besteht. Da die Betroffenen das Risiko offenkundig gering schätzen, ist für sie die subjektiv erachtete Eintrittswahrscheinlichkeit niedrig, der finanzielle Schaden bei Eintritt aber groß, was Anreizwirkungen haben sollte.

Damit würden die Impfgegner nicht aus dem Gesundheitsschutz herausgenommen, sondern nur aus dessen solidarischer Finanzierung. Natürlich, das geht erst einmal nur in der gesetzlichen Krankenversicherung. Und ja, es ist eine teilweise Abkehr des Solidarprinzips. Dem steht aber das Schutzinteresse der Solidargemeinschaft vor übergebührlicher Inanspruchnahme entgegen.

Die aktuelle Debatte macht deutlich, wie sehr uns die Pandemie in ethische Dilemmata führt. Doch schwierige Zeiten gebieten unangenehme Fragen. Die nächste steht mit der Impfstrategie im Raum. Zunächst die vulnerablen Gruppen oder die

Erwerbstätigen, zunächst Polizisten oder die Lehrer? In der saturierten Wohlstandsgesellschaft sind wir solche Konflikte nicht gewöhnt.

Doch das ist die unausweichliche Lektion dieser Pandemie. Reife Gesellschaften können darüber streiten, doch reife Gesellschaften sind auch geprägt durch individuelle Identitätsansprüche, die den Kompromiss erschweren. Die Pandemie verlangt schlicht mehr Gemeinsinn als Kultur der Mitverantwortung.

Bundestagswahl

Dass diese Wahl historisch werden würde, stand lange vorher fest: Die Bundeskanzlerin trat nach 16 Jahren nicht mehr an, dafür reklamierten erstmals die Grünen ihren Anspruch aufs Kanzleramt in Person ihrer Spitzenkandidatin. Auch eine klassisch bundesrepublikanische Zweiparteienkoalition ließen die Umfragen schon früh unrealistisch erscheinen. Also müssen sich drei Parteien in Verantwortung zusammenfinden. Bei Druck dieses Buches war der Koalitionsvertrag des Ampelbündnisses aus SPD, Grünen und FDP gerade einen Tag alt. Die neue Koalition muss die Themen anpacken, die lange verschleppt wurden. Zuvorderst den Klimaschutz, der neben allen Herausforderungen für Unternehmen und Bürger auch enormes Potenzial für den Innovations- und Technologiestandort Deutschland bietet. Das folgende Kapitel beschreibt, wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft dabei an einem Strang – und in dieselbe Richtung – ziehen könnten.

Politische Tweets zur Digitalisierung: Eine Rarität

In so vielen Tweets von 555 Bundestagsabgeordneten mit einem Twitter-Account wurden die Begriffe „Breitbandausbau“ und „digitale Verwaltung“ erwähnt

	Breitbandausbau					Digitale Verwaltung				
CDU/CSU	4	32	13	10	11	0	5	9	26	30
FDP	1	19	18	6	3	3	15	11	15	20
Die Grünen	3	23	5	8	7	0	18	5	2	12
SPD	2	12	7	3	2	0	11	5	2	5
Die Linke	0	14	9	4	3	1	1	1	2	1
AfD	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021

2017: September bis Dezember; 2021: Januar bis August

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Die neue Koalition braucht einen ständigen Tisch der gesellschaftlichen Vernunft

Die Aufgaben der neuen Regierung sind so gewaltig, dass sie eine ständige Plattform für den geordneten Austausch aller relevanten politischen Akteure und gesellschaftlichen Gruppen einrichten sollte: eine „Konzertierte Aktion 2.0“. Wer da an Karl Schiller denkt, liegt genau richtig, schreibt IW-Direktor Michael Hüther am 22. Oktober in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung.

Soeben haben die Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung begonnen. Den Beteiligten ist klar, worum es geht: In der neuen Legislatur müssen für die Megatrends des Strukturwandels die Weichen gestellt werden. Die Erreichbarkeit der beschlossenen klimapolitischen Ziele verlangt schlüssiges und umfassendes Handeln, um durch konsistente Regulierung und zügigen Ausbau der Infrastruktur den unternehmerischen Investitionen den notwendigen Rahmen zu geben. Digitale Transformation, Energiewende sowie Mobilitätswende werden erst gelingen, wenn bei Glasfaser und 5G sowie mit den Stromtrassen die seit Langem projektierten Netze entstehen.

Die globale Lösung der Klimakrise durch einen Klimaclub erfordert, dass wir unsere internationale Verantwortung umfassend annehmen und auch die Ausgaben für Verteidigung auf das zugesagte Niveau anheben. Alterung und Fachkräftemangel verschärfen sich, während der neuen Legislaturperiode wird die Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials einsetzen. Die Zeit unausgeschöpfter Beschäftigungspotenziale geht zu Ende.

Wegen der Versäumnisse der vergangenen Jahre ist nun gleichzeitig zu leisten, was bereits je für sich den politischen Diskurs, die parlamentarische Entscheidung und die gesellschaftliche Akzeptanz zu überfordern vermag. Es geht deshalb nicht nur um viele neue Gesetze, es geht um sehr viel mehr: um die Wirksamkeit staatlichen Handelns. Dafür bleibt bei aller grundsätzlichen Verständigung über die Aufgaben und deren politische Bewältigung die Unsicherheit in der Umsetzung hoch.

Denn wir müssen auf vielfältige und grundlegende Innovationen setzen, wenn die Transformation gelingen soll. Diese wird damit zu einem dynamischen Prozess mit schwer prognostizierbaren Rückkopplungsschleifen. Handlungsräume können sich verengen, aber auch weiten; neue Möglichkeiten entstehen, Anpassungen werden leichter; neue Erkenntnisse über den Klimawandel (z. B. über über negative Emissionen durch Weltmeere und Wald) können verschärfte oder andere Anstrengungen erfordern.

Der Umgang mit dieser Unsicherheit kann nur gelingen, wenn Politik sich konsequenter und umfassender sowohl der laufenden Steuerung als auch der Umsetzung widmet. Das wäre gemessen an dem Regieren der letzten Dekade eine qualitative Veränderung, denn es hat erkennbar nicht interessiert. Erst in krisenhafter Zuspitzung – wie es bei dem Zustrom an Flüchtlingen im Jahr 2015 und in der Pandemie sichtbar wurde – kam das Verwaltungsversagen auf die politische Tagesordnung. Damit dies anders wird, muss die Technik des Regierens verändert werden.

Die zentralen Themen des Strukturwandels betreffen so viele Ressorts, dass - im Sinne einer Matrixorganisation – entweder aus dem Kanzleramt oder durch spezielle Querschnittsministerien die Koordinierung der Aufgaben in den und die Kooperation der Fachministerien sicherzustellen ist. Die in der vergangenen Wahlperiode deutlich gewordene extreme Abschottung der Ministerien als Silos und das eklatante Fehlen eines Mindestmaßes an Kooperation zwischen den Häusern ist prinzipiell problematisch, angesichts der bevorstehenden Aufgaben aber überhaupt nicht mehr zu akzeptieren.

Sicherlich ist eine Matrixorganisation für Unternehmen selbstverständlicher als für Regierungen und stets mit Konflikten verbunden. Doch die Struktur der zu bewältigenden Aufgaben, deren Vielschichtigkeit und deren wechselseitige Beeinflussung drängen geradezu nach einer solchen Lösung. Es zwingt die Regierung, eine Gesamtverantwortung deutlich zu machen und wahrzunehmen. Damit ist es aber nicht getan.

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern einerseits sowie Ländern und Kommunen andererseits muss in der Sache stringenter und in der zeitlichen

Steuerung konsistenter sein; das verlangt schon die Mobilität der Menschen. Leistungsverträge zwischen den Ebenen – z. B. zur Umsetzung des Digitalpakts Schule – könnten hier Abhilfe schaffen, wenn Geld an Leistung per Termin gebunden wird.

Schließlich, aber nicht zuletzt: Die Größe der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation ist nicht mit einer Beschlussfassung und öffentlichen Erörterung erledigt. Das Kommissionswesen der Ära Merkel, das – fast wie in der vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch beschriebenen Postdemokratie – auf die Entpolitisierung der Politik durch Delegation zielte, hat zwar Beschlüsse wie den Kohleausstieg generiert, aber die eigentliche Herausforderung verfehlt. Diese bestand darin, die Umsetzung mit ihren weitreichenden Wirkungen sowie im Zusammenspiel mit anderen Prozessen – wie dem Atomausstieg – zu steuern und immer wieder anzupassen.

Die nun anstehende Transformation wird dynamisch immer wieder gravierend in viele Handlungskontexte und Lebensbedingungen eingreifen, ohne dass dies heute schon angemessen und verlässlich erfasst werden kann. Dafür sollte eine ständige Plattform für den geordneten Austausch aller relevanten politischen Akteure und gesellschaftlichen Gruppen eingerichtet werden. Eine „Konzertierte Aktion 2.0“, die nicht allein, aber auch das Miteinander der Politikfelder in den Blick nimmt, gemeinsame Orientierungen erarbeitet und erkennbare Spannungen aufzulösen versucht.

Vor 50 Jahren, in der Krise von 1967, erfand der damalige Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller (SPD) die erste „Konzertierte Aktion“, um sich abzeichnende makroökonomische Konflikte zu moderieren und die Globalsteuerung der Konjunktur zu organisieren. Das hatte sich zu Recht schnell überlebt. Heute aber könnte der von Schiller seinerzeit so bezeichnete "Tisch der gesellschaftlichen Vernunft" dazu dienen, Dynamik und Wandel der Transformation zu begleiten, damit die ökonomischen Folgen tragbar und die gesellschaftliche Kohäsion hoch bleiben.

Jamaika oder Ampelbündnis? Neue Koalition muss Zukunftsthemen anpacken

Über die Frage, was die neue Bundesregierung jetzt wirtschaftspolitisch für Deutschland leisten muss und welche Koalition – Ampel oder Jamaika – besser geeignet wäre, diskutiert WDR-Moderator Helmut Rehmsen mit IW-Direktor Michael Hüther und IMK-Chefökonom Sebastian Dullien in der Sendung Profit am 27. September. Ein Streitgespräch.

WDR: *Nach der Wahl gibt es die Option für zwei deutlich unterschiedliche Koalitionsoptionen. Bedeutet das Unsicherheit bei Unternehmen, bei Anlegern, auch bei Beschäftigten?*

Michael Hüther: Nein, für mich ist das erst mal ein Ergebnis, das der Welt klarmacht: In Deutschland haben die Extreme keinen Einfluss auf die Politik. Die Linke ist faktisch nicht drin. Die AfD ist auf Platz fünf gerutscht. In vielen anderen entwickelten Volkswirtschaften ist das anders. Beide Optionen – die Ampel und Jamaika – sind interessant.

WDR: *Die Wirtschaft wünscht sich eine schnelle Regierungsbildung. Ist das ein Wert an sich, egal welche der beiden Optionen zum Zuge kommt?*

Sebastian Dullien: Natürlich ist es auch für die Wirtschaft nicht gut, wenn sich die Regierungsbildung über viele Monate hinziehen würde. Das kann dazu führen, dass dann die Unternehmen bei ihren eigenen Investitionen oder Einstellungen zurückhaltend sind. Allerdings heißt es auch nicht, dass man irgendetwas überstürzen sollte. Von daher sehe ich da überhaupt kein Problem, wenn wir Weihnachten noch keine Regierung haben und das erst im Januar stattfindet.

WDR: *Eine rot-grün-rote Koalition hat keine Mehrheit bekommen. Einige Unternehmer haben da vielleicht immerhin ein Piccolöchen geköpft. Heißt das umgekehrt, das sind schlechte Nachrichten für Arbeitnehmer, Herr Dullien?*

Dullien: Also ich wäre bei Rot-Grün-Rot wesentlich entspannter gewesen als Michael Hüther. Das wäre aus meiner Sicht auch keine Katastrophe gewesen.

WDR: *Wegen einer Regierungsbeteiligung scheint es bei den Unternehmen kein großes Entsetzen zu geben. Wollen auch die Unternehmen eine zügige Klima- und*

Energiewende? Oder ist das jetzt eher Rhetorik?

Hüther: Nein. Erstens, weil abzusehen war, wo es hingeht. Zweitens sind die Grünen ja keine unbekanntenen Akteure und in vielen Landesregierungen dabei – etwa im Automobilland Baden-Württemberg. Die Wirtschaft weiß, dass die Transformation nur mit ihr gelingen kann. Insofern sind die Grünen überhaupt keine Überraschung. Interessanterweise geht es ja eigentlich nur um die Frage, wer mit Gelb und Grün koalitiert.

WDR: *Wo sehen Sie denn bei den Grünen und der FDP die größten Schnittmengen? Und wo verlaufen die tiefen Gräben?*

Hüther: Naja, bei beiden steht doch das Ziel nicht infrage: die Klimaneutralität der Industrie. Das wir in diesem Zeitraum bis 2045/50 erreichen müssen. Also geht es doch um die Frage der Umsetzung dieser Politik. Wie viel Technologieoffenheit ist da die eine Frage, wie viel Ordnungsrecht brauchen wir, eine andere.

Dullien: Ich glaube, dass beiden Parteien klar ist, dass sie gemeinsam regieren müssen und sich darauf einlassen müssen. Und es ist ja auch so, dass man schon vor vier Jahren gewisse Schnittmengen ausgelotet hatte. Bei sozialen Fragen gibt es, glaube ich, noch Unterschiede. Also die Frage des Mindestlohns. Das ist eine Sache, die die FDP nicht unbedingt gerne mag. Die Grünen haben gesagt, wir wollen mehr kreditfinanzierte Investitionen und der FDP ist die Schuldenbremse sehr wichtig.

WDR: *Gibt es mit den beiden wahrscheinlichen Koalitionen zwei unterschiedliche wirtschaftspolitische Alternativen?*

Hüther: Im Grundsatz nicht. Die Frage ist letztlich eine verhandlungstaktische. Eigentlich müssten die Grünen alles daransetzen, Jamaika zu machen, weil die CDU viele Zugeständnisse machen müsste, um überhaupt noch eine Regierungschance zu haben. Es geht ja an einer Partei nicht einfach vorbei, wenn sie knapp neun Prozent verliert.

Dullien: In den beiden Koalitionsangeboten Ampel und Jamaika könnte es im sozialpolitischen Bereich deutliche Unterschiede geben. Bei Jamaika würden wir die Union und die FDP auf der einen Seite haben, die sich nicht besonders für Dinge wie Mindestlohn oder Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingesetzt haben. Bei der Ampel werden diese Aspekte stärker betont.

WDR: *Die FDP will den Corona-Schulden und dem immensen Investitionsstau zum Trotz keine Steuererhöhungen. Kann die FDP in einer Ampel dieses Wahlversprechen durchhalten?*

Hüther: Das kann sie dann, wenn sie sich bei der Frage der Kreditfinanzierung der staatlichen Investitionen beweglicher zeigt. Denn im normalen Haushalt ist das angesichts der bestehenden Verpflichtungen nicht so möglich.

WDR: *Die SPD wollte eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Kann sie das mit der FDP und mit den Grünen so durchbringen?*

Dullien: Also ich denke, das wird es wahrscheinlich nicht geben. Zumal man sich auch klarmachen muss, dass eine Anhebung des Spitzensteuersatzes ja auch eine Mehrheit im Bundesrat voraussetzen würde. Ich sehe jetzt nicht, warum die Union einer Anhebung des Spitzensteuersatzes einer Ampelkoalition zustimmen sollte als Oppositionspartei.

WDR: *Können wir die Vermögensteuer gleich mit abräumen?*

Dullien: Also ich gehe auch davon aus, dass eine Ampelkoalition sich nicht auf eine V Vermögensteuer einigen könnte. Ich kann mir schwer vorstellen, wie die FDP das ihren Wählerinnen und Wählern verkauft.

Hüther: Ich glaube auch, eine Tariferhöhung beim Spitzensteuersatz wird's nicht geben. Und man muss sich auch immer klarmachen: Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bringt nicht das Einkommen, das gewünscht wird. Das sind überschaubare Milliardenbeträge.

WDR: *Da schauen wir jetzt noch mal auf das Thema Löhne und Gehälter: SPD und Grüne wollen eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro. Wird es das geben in einer Koalition mit der FDP?*

Hüther: Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich glaube, die FDP wird hohen Wert auf die Mindestlohnkommission legen, die immerhin eine schwarz-rote Regierung etabliert hat. Und ich würde das befriedende dieser Mindestlohnkommission in den Vordergrund rücken und doch sagen: Lasst die doch die Arbeit machen.

WDR: *Zum Thema Rente. Da gibt es zwei wichtige Stellschrauben, an die sich im Wahlkampf keiner so richtig rangetraut hat: Renteneintrittsalter und das Renten-*

niveau. Keiner will von den 67 Jahren weg, und keiner möchte unter die 48 Prozent Rentenniveau. Wer soll das aus Ihrer Sicht bezahlen?

Hüther: Da ist ja die meiste Unehrlichkeit zu greifen. Die Rente mit 67 ist Ende des Jahrzehnts durch. Danach muss man fragen, ob man das irgendwie an die Veränderung der Lebenserwartung ankoppelt. Ein Konsensmodell könnte sein, was die Schweden haben, nämlich einen staatlichen Aktienfonds, der auch sehr ordentliche Renditen abwirft. Das wäre eine Säule, die Entlastungen für das System bringt, weil so ein Fonds zusätzliche Rendite erwirtschaftet.

WDR: *Wer soll die absehbare Rentenlücke aus Ihrer Sicht bezahlen, Herr Dullien?*

Dullien: Ich stimme auch zu, dass wir durchaus Zuwanderung brauchen. Aber ein Faktor, der noch unterbelichtet ist, ist die Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Menschen, die hier schon leben. Wir haben in Deutschland immer noch eine geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Wir haben zwar relativ viele Frauen, die am Arbeitsleben teilnehmen, aber viele arbeiten in geringfügigen Arbeitsverhältnissen. Da kann man noch einiges tun.

WDR: *Wie stehen Sie zum Modell eines wie immer gearteten Staatsfonds, einer Aktienrente, wie es die FDP nennt?*

Dullien: Als zusätzliches Element kann das durchaus vernünftig sein. Man könnte auch darüber nachdenken, ob man eine Möglichkeit schafft, die alten nicht besonders attraktiven Riester-Verträge umzuwandeln in eine staatlich organisierte Aktienrente. Wichtig ist aber, dass die erste Säule, die auch Lebensstandard sichern muss, weiterhin das Umlageverfahren sein sollte, weil das einfach über die Zeit stabiler ist.

WDR: *Wenn wir einen Strich drunter machen: Welche Koalition wäre für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes aus Ihrer Sicht die bessere Koalition?*

Hüther: Entscheidend ist, dass es keine Politik gibt, die von den Rändern her Einfluss hat. Und das ist eigentlich die Botschaft der Wahl. Ich finde es ein tolles Signal der Demokratie, dass sie sich für die breite Mitte entschieden hat. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat die Ampel, weil sie einfach drei Parteien zusammenbringt, die alle Stimmen gewonnen haben.

Dullien: Die Frage ist, welche dieser beiden Koalitionen am Ende die ganz drängenden Probleme besser angeht. Den Investitionsstau in der Infrastruktur, in Bil-

dung angeht, aber auch in die Klimawende. Das Zweite ist: Die Klimawende muss sozialverträglich gestaltet werden, weil wir sonst die Menschen nicht mitnehmen. Wer das jetzt hinbekommt, soll die Regierung bilden. Ich glaube, dass die Ampel das besser könnte.

Must-do-Liste der neuen Bundesregierung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Nach der Wahl: „Politik in Deutschland wird in der Mitte stattfinden“

Im Interview mit der Nordwest-Zeitung vom 29. September erklärt IW-Direktor Michael Hüther, dass es aus seiner Sicht für die SPD keine Alternative zu einer Ampel gibt.

Nordwest-Zeitung: *Welches Signal für die Wirtschaft geht vom Bundestagswahlergebnis aus?*

Michael Hüther: Zunächst einmal, dass die deutsche Politik nicht von den Extremen her bestimmt wird. Die Linke hat keinen Einfluss, die AfD auch nicht. Beide haben verloren. Politik in Deutschland wird in der Mitte stattfinden. Damit geht es jetzt um die Differenzen zwischen einem Jamaika- oder einem Ampelbündnis.

Nordwest-Zeitung: *Wir stehen vor einer langen Regierungsbildung, die womöglich über Weihnachten hinausreichen könnte. Was bedeutet das für die Wirtschaft?*

Hüther: Erst einmal muss es um eine ordentliche Regierungsbildung gehen, ein seriöses Verhandeln, das langfristig trägt. Dabei müssen sich auch Parteien annähern, die zuletzt auf Bundesebene keine großen Erfahrungen miteinander hatten. Entscheidend ist daher, dass es überhaupt zu einer überzeugenden Lösung kommt. Und da bin ich doch eher optimistisch. Meine Vermutung ist: Es läuft auf eine Ampel aus den Parteien zu, die zugewonnen haben. Würde das scheitern, würde das auf alle Beteiligte zurückfallen. Hinzu kommt: Es gib ja für die SPD praktisch keine Alternative. Denn nochmals mit der Union zu koalieren, das halte ich doch für sehr unwahrscheinlich. Die andere Alternative, nämlich ein Jamaikabündnis unter Führung einer Union, die herbe neun Prozent verloren hat, könnte man kaum als dynamische Lösung verstehen.

Nordwest-Zeitung: *Befürchten Sie mehr politische Instabilität durch ein Dreierbündnis?*

Hüther: Dafür gibt es aus meiner Sicht überhaupt keinen Grund. Vielmehr war gerade die letzte Regierung alles andere als ein stabiles Bündnis und hat nicht gut zusammengearbeitet. In keiner der Legislaturperioden der letzten Jahrzehnte haben die Ressorts so wenig kooperiert, ist so wenig effektiv gesteuert worden, wie in der vergangenen. Ich glaube, dass in einer Dreierkoalition die Konsensmöglichkeit nicht gering ist.

Nordwest-Zeitung: *Geht vom Wahlergebnis eine Bremswirkung auf die Konjunktur aus?*

Hüther: sehe ich nicht. International betrachtet ist es vor allem wichtig, dass Deutschland nicht von den Rändern her bestimmt wird. Schaut man sich das an, was in anderen EU-Ländern in jüngster Zeit passierte, ist das ein Zeichen der Stabilität. Es gibt für mich keinerlei Grund, aus dem Ergebnis irgendetwas Negatives abzuleiten.

Nordwest-Zeitung: *Steht ein deutlicher Schwenk in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an?*

Hüther: Wenn man als Maßstab nimmt, was die Union und die SPD zuletzt an Nicht-Wirtschaftspolitik gemacht haben, dann kann man zumindest erwarten, dass es nun wieder eine Wirtschaftspolitik gibt. Meine Hoffnung ist, dass dabei doch Steuerermäßigungen mit der Komplettabschaffung des Solis möglich werden. Das wäre auf alle Fälle für die Unternehmen ein ganz wichtiges Signal. Für wichtig halte ich es zudem, eine Investitionsagenda mit einem kreditfinanzierten Deutschlandfonds aufzulegen. Da sehe ich Schnittmengen, ebenso bei einer Aktienfondslösung für die gesetzliche Rente wie in Schweden.

Nordwest-Zeitung: *Wo gibt es wirtschaftlich gesehen den größten Handlungsbedarf?*

Hüther: Wir brauchen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Das Klimagesetz in der überarbeiteten Form hat dazu die Richtung gewiesen. Und dann gibt es einen hohen Bedarf an gutem und wirksamem Regieren. Dabei muss das Umsetzen von Plänen im Mittelpunkt stehen.

Nordwest-Zeitung: *Was ist das größte Risiko, die größte Chance durch das Wahlergebnis?*

Hüther: Die größte Chance ist, dass es so etwas wie eine Versöhnung gibt in der Politik, mit der Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit zusammengeführt werden. Das größte Risiko sehe ich darin, dass politisch gar nichts passiert, weil die politischen Partner über eine längere Zeit nicht in einer Koalition zusammenfinden.

„Stabilitätssignal für deutsche Unternehmen“

Die vorläufigen Wahlergebnisse beruhigen IW-Direktor Michael Hüther. Ein grundsätzlicher Wechsel in der Wirtschaftspolitik sei nicht zu erwarten. Er wertet die fehlende Mehrheit für ein vor der Wahl diskutiertes rot-grün-rotes Bündnis als positives Zeichen für Deutschland. „Das Wahlergebnis ist ein Stabilitätssignal für die deutschen Unternehmen“, sagt er im Interview mit dem Handelsblatt vom 27. September.

Mit einer Ampel- oder Jamaikakoalition werde es Veränderung in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung geben, aber keinen grundsätzlichen Wechsel. IW-Direktor Michael Hüther fürchtet keine Planungsunsicherheit durch lange Sondierungen und Koalitionsverhandlungen. „Weil es realistischerweise mit Jamaika und Ampel nur zwei Optionen gibt, sollte bis Weihnachten klar sein, wer die neue Regierung bildet“, erwartet Hüther. Für Unternehmen sei vor allem entscheidend, dass es keine Regierungsbeteiligung einer extremen Partei geben wird.

Handelsblatt: *Herr Hüther, die Bundestagswahl ist so knapp ausgegangen wie nie zuvor. Was bedeutet das für die deutsche Wirtschaft?*

Michael Hüther: Vor allem, dass sich die Deutschen weiterhin auf eine Politik der Mitte einstellen können. Das Wahlergebnis ist ein Stabilitätssignal für die deutschen Unternehmen. Mit einer Ampel- oder Jamaikakoalition wird es Veränderung in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung geben, aber keinen grundsätzlichen Wechsel. Alle wissen: Nur eine innovationsstarke Wirtschaft ermöglicht den Strukturwandel.

Handelsblatt: *Jamaika oder Ampel, was halten Sie für wahrscheinlicher?*

Hüther: Das ist jetzt noch mal deutlich schwieriger zu prognostizieren als vor der Wahl. Olaf Scholz hat keine Drohgebärde mit Rot-Grün-Rot mehr. Daher hat er nun die gleiche Ausgangsposition wie Armin Laschet. Ein paar Zehntel mehr oder weniger für SPD oder CDU/CSU werden nämlich nicht über die Regierungsbildung entscheiden.

Handelsblatt: *Was dann?*

Hüther: Entscheidend wird sein, wer gegenüber der FDP beziehungsweise den Grünen die meisten Zugeständnisse machen kann und will. Klar ist: Sowohl Scholz als auch Laschet werden sich bewegen müssen. Das werden sicherlich komplizierte, aber auch interessante Verhandlungen.

Handelsblatt: *Befürchten Sie lange Verhandlungen, die Planungsunsicherheit für die deutschen Unternehmen bedeuten?*

Hüther: Nein, ich denke, das ist das geringere Problem. Weil es realistischerweise mit Jamaika und Ampel nur zwei Optionen gibt, sollte bis Weihnachten klar sein, wer die neue Regierung bildet. Es wird natürlich auch zwischen den Flügeln innerhalb der Grünen und der FDP ein Brodeln geben, bis sich geklärt hat, in welche Richtung man sich bewegen will. Für die Unternehmen ist es aber vor allem entscheidend, dass es keine Regierungsbeteiligung mit einer extremen Partei geben wird.

„Demografische Alterung und Klimaneutralität verlangen konsequente und stimmige Entscheidungen“

Im Bundestagswahlkampf spielen die Wirtschaft und ihre Themen nur eine untergeordnete Rolle – und das, obwohl es auch für Unternehmen um eine Richtungsentscheidung geht und die Herausforderungen groß sind. Was IW-Direktor Michael Hüther dazu denkt und fordert, erklärt er im Interview mit der Börsen-Zeitung vom 22. September.

Börsen-Zeitung: *Wie lautet Ihr Urteil über die Wirtschaftspolitik der großen Koalition in den vergangenen vier Jahren? Was ist gut gelaufen, was nicht?*

Michael Hüther: Konsistente Wirtschaftspolitik hat es nicht gegeben. Steuerpolitisch und sozialpolitisch gab es keinen Fortschritt. Das Klimapaket 2019 war systematisch ein Lichtblick, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2020 ebenso. Angemessen war die fiskalpolitische Kompensation der Pandemie im Jahr 2020, allerdings haperte es bei der Umsetzung. Keine Antwort hat die Regierung auf die infrastrukturellen Notwendigkeiten gefunden.

Börsen-Zeitung: *Was sollten die drei wirtschaftspolitischen Topprioritäten der nächsten Bundesregierung sein?*

Hüther: Demografische Alterung und Klimaneutralität verlangen konsequente und stimmige Entscheidungen; jedes Zögern kostet enorm, weil Anpassungs- und Innovationszeit fehlt. Jeweils sind robuste Bedingungen für die Erwartungsbildung zentral. Dazu kommen untrennbar Europa und globale Kooperation. Nur ein ökonomisch starkes und sicherheitspolitisch souveränes Europa kann die notwendige globale Kooperation erreichen (z. B. Klimaclub).

Börsen-Zeitung: *Sind Wirtschaftswachstum und Klimaschutz letztlich doch sich widersprechende Ziele oder wie lassen sich – konkret – Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringen?*

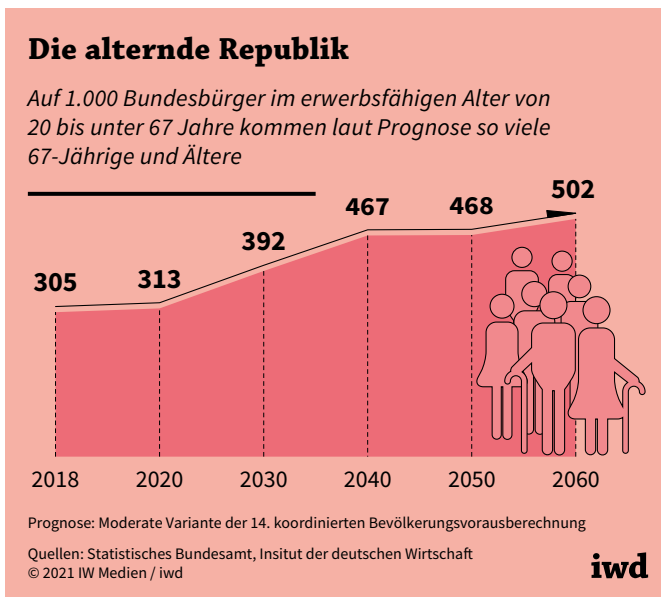
Hüther: Klimaschutz hängt wesentlich von der Innovationsleistung der Unternehmen ab. Die setzt wirtschaftliche Dynamik im Wettbewerbsprozess und Kapitalkraft voraus. Das Ende des fossilen Zeitalters bedeutet nicht das Ende der Marktwirtschaft, sondern lebt von deren Erneuerungsfähigkeit unter gänzlich anderen Bedingungen. Der CO₂-Preis ist das marktliche Steuerungsinstrument dabei, das auf die dezentrale Anpassung und Erfindung setzt.

Börsen-Zeitung: *Im Zuge der Corona-Krise ist die Staatsverschuldung erheblich angestiegen. Braucht es jetzt schnellstmöglich wieder Konsolidierung und dafür womöglich Steuererhöhungen – oder ist die hohe Verschuldung gar nicht so problematisch?*

Hüther: Die Corona-Schulden sind, wie es NRW mit 50 Jahren plant, langfristig zu tilgen, um Konsolidierungsschäden durch Steuererhöhungen zu vermeiden. Eine investitionsorientierte Verschuldung für die Infrastruktur zur Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografische Alterung (in einem „Deutschlandfonds“) macht ökonomisch Sinn, zumal die Zinsen auf Staatsanleihen absehbar niedriger sein werden als die gesamtwirtschaftliche Dynamik.

Börsen-Zeitung: *Wie beurteilen Sie die Lage und die Aussichten für die deutsche Wirtschaft – konjunkturell, aber auch strukturell?*

Hüther: Konjunkturell klemmt durch Engpässe bei Vorleistungen die Angebotsseite, die Nachfrage brummt ausweislich der Auftragsbestände und der Dynamik des Welthandels. Insoweit sich die Beschaffungsprobleme im weiteren Verlauf auflösen, birgt das kommende Jahr eine positive Überraschung. Strukturell sehen wir eine doppelte Investitionslücke: bei den privaten wie bei den öffentlichen Investitionen. So wird der Wandel zur Klimaneutralität nicht gelingen.



Mehr Demokratie wagen – eine Handlungsanweisung

Beim Klimaschutz verhindern Denkblockaden wichtige Fortschritte, kritisiert IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt vom 27. August. Die Parteien sollten die Wähler mit Transparenz und Ehrlichkeit für notwendige Reformen gewinnen.

Die Bundestagswahl rückt näher, die Ratlosigkeit nimmt zu: bei den Wahlkämpfern, wie deren programmatische Unbestimmtheit – um nicht zu sagen Beliebigkeit – signalisiert, und bei den Wählern, wie deren in Umfragen reflektierte Wankelmütigkeit zeigt. Die Frage nach den wirtschaftspolitischen Aufgaben lässt sich nicht mehr mit der Auflistung von Herausforderungen und Konzepten beantworten, sondern muss in einem weiten Handlungsfeld gesucht werden.

Beispiel Klimaschutz: Er ist zur Jahrhundertaufgabe der Menschheit geworden. Doch der Entwurf des jüngsten „Projektionsberichts“ zum „Klimaschutzprogramm 2030“ des Bundesumweltministeriums macht deutlich, dass wir nicht auf dem projektierten Weg sind.

Klar ist: Klimapolitik ist mit erheblichen Belastungen verbunden. Denn die zunehmend verringerte Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten führt in vielen Lebensbereichen zu Konsequenzen, die mit erheblichen Verteilungskonflikten einhergehen werden. Diese Konsequenzen lassen sich nicht mit Formulierungen wie „grünes Wachstum“, „neue Märkte“, „saubere Jobs“ übertünchen.

Die Kosten für das Individuum zu verschleiern ist Folge eines verfestigten Denkens in politischen Silos und der Ignoranz gegenüber Wechselwirkungen. Denn schnell entstehen aus wirksamer Klimapolitik Konflikte mit anderen Politikfeldern.

Wer die energetische Gebäudesanierung forcieren will, was dringend geboten ist, der wird mit Steigerungen bei den Mieten konfrontiert, die in den letzten Jahren in größeren Städten infolge erhöhter Binnenwanderung bereits kräftig gestiegen sind. Der Vorschlag eines Mietpreisdeckels ist nicht nur mit Blick auf die Anreize für vermehrte Bautätigkeit fragwürdig, sondern ebenso klimapolitisch.

Wer im Verkehr die Dekarbonisierung, die Abkehr von fossilen Energieträgern, vorantreiben will, der wird durch die sinnvolle Integration des Bereichs in den Zertifikatehandel über die Mineralölwirtschaft steigende Benzinpreise in Kauf nehmen müssen.

Subventionen führen zu unerwünschten Verteilungswirkungen

Die Subventionen für batterieelektrisch angetriebene Fahrzeuge – vor allem bei SUVs – kann man als teuer und ineffizient bewerten, zudem führen sie zu unerwünschten Verteilungswirkungen. Diese werden noch dadurch verschärft, dass die Ladestationen leichter in Eigenheimvierteln für alle verfügbar zu machen sind als in Vierteln mit dichtem Geschosswohnungsbau.

Im Ergebnis werden die einen beruhigt im subventionierten Hybrid- oder E-Auto fahren, die anderen beengt mit dem öffentlichen Nahverkehr. Dessen Ausbau läuft allen Wünschen und Notwendigkeiten hinterher. Das liegt am Geld, vor allem aber an den Planungs- und Genehmigungsverfahren.

In den Wahlprogrammen fast aller demokratischen Parteien findet sich der Hinweis, die Ökostromumlage in den Bundeshaushalt zu überführen. Dafür gibt es sowohl gute energie- und klimapolitische Gründe – Stichwort Sektorkopplung – als auch ordnungs- und verteilungspolitische Argumente.

Derzeit finanziert die EEG-Umlage die Subventionen für Immobilienbesitzer, bezahlt wird sie aber von allen privaten Haushalten unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit. Das würde bei einer Finanzierung über Steuern anders, die Umverteilung von unten nach oben wäre beendet. Doch die 16 Milliarden Euro, die ab 2022 leicht ansteigend vom Bund zusätzlich zu finanzieren sind, erforderten Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle.

Eine große Staatsreform ist notwendig

Noch schwieriger wird es, wenn die Infrastrukturinvestitionen für den Netzausbau aller Art nun wirklich geleistet werden sollen. Bislang konnte sich der Bundesfi-

nanzminister darauf verlassen, dass die budgetierten Beträge nicht vollständig abfließen, so auch beim Klima- und Energiefonds.

Eine große Staatsreform benötigen wir nicht nur angesichts der offenkundigen Mängel in der Pandemie, sondern ebenso für die Ermöglichung des Strukturwandels zur klimaneutralen Industrie. Dann aber werden die bisher im Finanzplan eingestellten Beträge nicht ausreichen. Ihre Erhöhung trifft jedoch schnell an die Grenze, die durch die Regelungen zur Schuldenbremse definiert ist – oder erfordert massive Steuererhöhungen.

Das dürfte kaum der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und ihrer für den Strukturwandel benötigten Finanzkraft dienen. Genauso wenig würden sie der Innovationsleistung zuträglich sein, auf die wir im Lichte der Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten mit mehr Zutrauen setzen sollten. Stimmen die Bedingungen, beispielsweise durch einen angemessenen CO₂-Preis, dann finden Suchprozesse nach Neuem auch statt, schneller jedenfalls als bei technologiespezifischen Subventionsversprechen.

Schließlich noch ein Blick auf die internationalen Zusammenhänge: Allen ist klar oder sollte klar sein, dass der Klimaschutz nur international zum Erfolg führt. Jede nationale Agenda muss darauf gerichtet sein. Doch dem Pariser Abkommen fehlt eine Verhandlungslogik, die den Ländern in einem anderen Entwicklungsstadium verhandelbare Vorteile aus der Klimaneutralität verschafft.

Klimaschutz bedarf internationaler Kooperation

Und nicht vergessen sollte man: In der letzten Dekade hat China so viele Kraftwerke für fossile Brennstoffe neu gebaut, dass allein deren Kapazität den Bedarf Europas erreicht.

Internationale Lösungen können begünstigt werden, wenn bestehende Klimalubs – wie die Europäische Union – zeigen, dass CO₂-Neutralität erreichbar sein kann, ohne massiv und dauerhaft an Wohlstand einzubüßen. Das setzt voraus, dass wir die Wechselwirkungen nicht ignorieren, sondern ihr Konfliktpotenzial auflösen.

Das bedeutet nicht zuletzt, Klimapolitik auch als verteilungspolitische Herausforderung zu betrachten, indem jene Gruppen kompensiert werden, die dadurch besondere Einbußen erleiden.

Hinzu kommt: International ernst genommen wird man in Zeiten der „Global Power Competition“, des Wettstreits der großen Mächte, nur, wenn man seine internationale Verantwortung umfassend wahrnimmt. Deshalb muss Deutschland mehr für seine Verteidigung leisten, so, wie es grundsätzlich zugesagt ist.

Dann werden wir Europäer eine Chance haben, die USA für einen Klimacub mit gemeinsamem CO₂-Mindestpreis und einem Grenzausgleichsregime zu gewinnen. Dies erst wäre global ein starkes, nicht zu übergehendes Signal für andere Regionen der Welt und schaffte so neue Verhandlungschancen.

Wir müssen wieder lernen, über Inhalte zu streiten

Erfolg wird sich für das große Ziel Klimaneutralität einstellen, wenn in allen Parteien mit Mythen und Denkblockaden aufgeräumt wird, sodass ein gesamthafter Ansatz gelingen kann. Transparenz und Ehrlichkeit im Umgang mit Wechselwirkungen und Kosten sowie der Versuch, die damit verbundenen Konflikte aufzulösen, bieten zugleich die Chance, dem irrlichternden Wahlkampf eine sachliche Grundlage zu verschaffen.

Das sollte die Wähler nicht schrecken, es dürfte sie vielmehr aufrütteln. Denn uns allen muss es darum gehen, demokratische Prinzipien und Verfahren in der Klimapolitik überzeugend wirksam werden zu lassen. Wir müssen wieder lernen, über Inhalte zu streiten, um letztlich Lösungen zu erringen.

„Ey, ist das hip?“

Zwischen Zustimmung und Misstrauen: Im Interview mit dem Stern vom 22. April spricht IW-Direktor Michael Hüther über das Programm der Grünen.

Stern: *Herr Hüther, von wem ist dieser Satz? „Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ Probleme löst.“*

Michael Hüther: Er könnte von mir sein. Aber ich vermute mal, Sie haben ihn bei den Grünen gefunden.

Stern: *Er steht im Entwurf des Wahlprogramms.*

Hüther: Sie werden dort etliche Sätze finden, die auch von mir stammen könnten.

Stern: *Als Ökonom und Chef eines Wirtschaftsforschungsinstituts, das Unternehmen nahesteht, müsste Ihnen da doch das Herz aufgehen.*

Hüther: Ja, der Satz ist aber auch symptomatisch. Es ist wie mit der Überschrift des Programms: „Alles ist drin.“ Das kann man ja doppelt verstehen: im Sinne von „Alles ist möglich“ oder eben wörtlich: „Hier ist alles drin“, und zwar für jeden. Ich frage mich, ob diese Doppeldeutigkeit Absicht war oder ein Unfall.

Stern: *Aber zunächst mal müssen Sie doch zugeben: Hier bemüht sich eine linke, von der Ökologie kommende Partei um einen umfassenden Gestaltungsanspruch, der sagt: Wir können auch Wirtschaft und Finanzen und Unternehmen.*

Hüther: Richtig, und wenn ich nach den Worten gehe, dann ist dieses Programm in weite Teile der Gesellschaft, auch zur liberalen und bürgerlichen Mitte, anschlussfähig, wenn Sie so wollen auch für die Industrie. Ein Bekenntnis der Grünen, dass sich Ziele wie die Bewahrung des Wohlstands und der Kampf gegen den Klimawandel durch Innovationen und technischen Fortschritt vereinen lassen, ist ein großer Schritt. Aber es ist ehrlicherweise nur die halbe Story.

Stern: *Inwiefern?*

Hüther: Na ja, die Partei macht hier ein riesiges Tor auf, durch das wir in eine klimaneutrale Wirtschaft gelangen sollen. Da gehe ich genauer rein und frage mich: Wie? Wie wollen die das schaffen, „klimagerechten Wohlstand“? Und da merkt man

dann, dass sie sich widersprechen und, wenn es konkret wird, doch sehr kleinteilig regulieren wollen: Bei der Umverteilung, beim Mindestlohn, beim Ausbau der Elektromobilität, alles wird genau vorgegeben. Da sage ich: Ey, ist das jetzt hip? Mobilisiert das Innovation und unternehmerische Kraft?

Stern: *Na ja, wir reden über ein Programm der Grünen, nicht der FDP.*

Hüther: Das sind in der Tat mutige Aussagen: Wir denken nicht mehr über die Grenzen des Wachstums nach, sondern über das Wachstum der Grenzen; wir haben Limitationen, und die verschieben wir durch Innovationen, Fortschritt und wachsende Produktivität. Das kann ich voll unterschreiben. Aber an der Basis der Partei kommt so etwas sicher nicht nur gut an – deswegen bin ich skeptisch, was von dieser Haltung übrig bleiben wird. Auch die Reaktionen der Wirtschaft waren ja eher zurückhaltend.

Stern: *Woran liegt das?*

Hüther: Weil das Programm selbst in unstrittigen Teilen wie dem Klimaschutz wichtige Probleme nicht anspricht. Etwa wenn die Grünen fordern, eine spezielle CO₂-Abgabe auf Importe einzuführen, etwa für Stahl, der nicht klimaneutral produziert wurde. So eine Abgabe löst neue Handelskonflikte aus, das ist ganz klar, und es hilft niemandem, auch dem Klimaschutz nicht, solche Konflikte nicht anzusprechen.

Stern: *Dafür wird es an anderer Stelle sehr präzise: Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030, Ausstieg aus der Kohleenergie bis 2030 und strengere Klimaziele mit einer CO₂-Reduktion um 70 Prozent gegenüber 1990.*

Hüther: Leider haben Politiker, nicht nur Grüne, vorrangig die Neigung, Ziele zu definieren, ohne zu erklären, wie sie diese erreichen wollen. Damit finden die Grünen ganz schnell in allen Parteien Koalitionspartner.

Stern: *Bleiben wir bei der Autoindustrie: Die Grünen wollen ab 2030 keine neuen Verbrennerautos mehr zulassen und setzen dafür voll auf Elektroautos. Ist das nicht die richtige Antwort auf eine Industrie, die den Wandel verschlafen hat?*

Hüther: Hier vollzieht die Partei in meinen Augen tatsächlich einen ungunstigen Wandel. In der Vergangenheit haben sich die Grünen dazu bekannt, bei neuen Antrieben technologieoffen zu sein – also auch Brennstoffzellen, regenerative Treibstoffe oder

grünen Wasserstoff zuzulassen. Jetzt sagen sie: Allein der Batterieantrieb ist die Lösung. Das ist weder klug, noch hilft es uns, die Emissionen im Straßenverkehr ohne Nebeneffekte runterzubringen. Denn was ist mit dem ganzen Lithium für die Batterien?

Stern: *Das Problem sehen die Grünen und wollen durchsetzen, dass Lithium nach ökologischen und sozialen Standards gefördert wird.*

Hüther: Da kann ich auch gleich jeden Tag eine Kerze im Kölner Dom anzünden. Das sind Glaubenssätze. Vielleicht sollten sich die Grünen dann eher mit der Frage beschäftigen, was aus ihrer schönen Elektromobilität wird, wenn die Lieferanten sagen: Lasst uns in Ruhe mit euren Standards, wir werden unser Lithium auch so los. Dann verbauen wir bald in Deutschland keine einzige Batterie mehr. Das ist auch der Grund, warum wir uns nicht auf eine einzige Technologie beschränken sollten. Hier verspricht die Partei ihren Wählern etwas, was sie niemals wird einhalten können.

Stern: *Noch mal: Nachdem die Wirtschaft so viele Trends verschlafen hat, brauchen wir da nicht den eingreifenden Staat, der die Transformation beschleunigt?*

Hüther: Die kurze Antwort wäre: Ja. Aber die Frage lautet: Wie? Meine Antwort: durch verlässliche und stimmige Rahmenbedingungen. Die deutschen Autohersteller und Zulieferer sind hochinnovativ. Denen ist schon vor 30 und vor 20 Jahren der sichere Tod vorhergesagt worden, und trotzdem sind sie das blühende Leben. Wenn der Staat konsistente und kluge Rahmenbedingungen setzt, passen sich die Hersteller an.

Stern: *Genau das machen die Grünen doch: Sie verschärfen die Rahmenbedingungen.*

Hüther: Das richtige Mittel wäre der CO₂-Preis. Wenn der steigt, und das ist ja so angelegt, dann werden sich Hersteller und Autofahrer umstellen.

Stern: *Deswegen soll der Preis für eine Tonne CO₂-Emission ja steigen, von aktuell 25 Euro auf 60 Euro im Jahr 2023 und dann noch weiter.*

Hüther: Eben: Lasst den Preis wirken, daraus werden alle ihre Schlüsse ziehen. Was aber nicht geht, ist die Preise sprunghaft anzuheben und gleichzeitig Quoten für Antriebe einzuführen und Technologien auszuschließen.

Stern: *Um solche Einschnitte und Quoten abzufedern, wollen die Grünen ein großes Investitionsprogramm auflegen: 500 Milliarden Euro extra über zehn Jahre. Ist das der Schmierstoff, den man für die ökologische Transformation braucht?*

Hüther: Das ist ja ein Vorschlag, der in weiten Teilen auf einer gemeinsamen Studie vom IW und den Kollegen des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung fußt. Und insoweit finde ich den natürlich sinnvoll.

Stern: *Leider sagen die Grünen aber nicht, wofür sie das Geld ausgeben wollen. Können Sie es uns sagen?*

Hüther: Uns geht es um mehr Investitionen, einen langfristigen Plan zur Erneuerung unseres Landes: Verkehrswege, Infrastruktur, wir brauchen einen Bundesinfrastrukturplan, der Straßen, Schienen, Energienetze und digitale Netze zusammen denkt und entwickelt. Außerdem mehr Geld für Bildung und Schulen, für den Ausbau der Elektromobilität, für einen besseren öffentlichen Nahverkehr, mehr kommunale Investitionen, eine stärkere öffentliche Verwaltung. Hier hat Deutschland in den letzten zwei Dekaden viel zu wenig getan. Alle großen Krisen der letzten Jahre waren auch administrative Krisen, sei es auf dem Arbeitsmarkt vor 20 Jahren, in der Fluchtkrise 2015 oder der Pandemie.

Stern: *Es ist aber der Abschied von der Schuldenbremse.*

Hüther: Nein, nicht nach unserem Vorschlag, dem Deutschlandfonds. Wir nutzen jetzt die historische Chance, dies zu finanzieren – und zwar nicht über Steuern und Sparen an anderer Stelle, sondern über die günstigen Konditionen an den Finanzmärkten – und leihen uns das Geld, derzeit nahezu zinsfrei. Diese Chance haben die Grünen verstanden. Die Schuldenbremse wird nicht komplett aufgegeben, sondern wir setzen regelkonform daneben eine Lösung für mehr Investitionen. Das knüpft an den Energie- und Klimafonds an, den die Regierung schon geschaffen hat. Ich glaube nicht, dass das aus dem Ruder laufen würde: Das Grundmotiv nachhaltiger Finanzen und einer soliden Haushaltspolitik ist bei den Grünen durchaus tiefer verankert.

Stern: *Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Was davon setzen die Grünen nach der Wahl wirklich um?*

Hüther: Ich glaube schon, dass die Grünen mit diesem Programm in viele Richtungen anschlussfähig sind und klimapolitisch einiges in ihrem Sinne bewegen werden. Die spannende Frage wird dann nur sein: Brechen darüber Konflikte ähnlich den früheren zwischen Fundis und Realos wieder in den eigenen Reihen auf – und schafft es die Parteispitze, den Laden zusammenzuhalten?

Stern: *Das wäre die Aufgabe für Annalena Baerbock: Trauen Sie ihr das zu?*

Hüther: Die Ruhe, die unter ihr und Robert Habeck eingekehrt ist, spricht dafür. Aber für jedwede Koalition ist entscheidend, inwieweit die Grünen eher der eigenen Kernklientel folgen oder die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nehmen.

Wirtschaftsstandort Deutschland

Bisweilen überstrahlt der Klimawandel vieles und erscheint als entscheidender Erfolgsfaktor für die Entwicklung von Gesellschaften und Volkswirtschaften. Doch andere Faktoren sollten ebenso ernst genommen und von der Politik entschlossen angegangen werden, damit der Standort Deutschland eine starke Zukunft hat. Der demografische Wandel lässt die Erwerbsbeschäftigung schrumpfen und bringt das Rentensystem ins Wanken. Die Corona-Pandemie hat Defizite in der digitalen Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung schonungslos offengelegt. Und auch in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik gibt es einiges zu tun. Das folgende Kapitel versammelt Analysen der wichtigsten Stellschrauben für unseren Standort.

Städteranking 2021: Die Top Ten

Für das Städteranking 2021 der IW Consult wurden 71 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



	Niveau	Dynamik	Nachhaltigkeit
1.	München 67,1	Berlin 59,0	Wolfsburg 59,3
2.	Erlangen 63,4	Heilbronn 56,3	Erlangen 58,8
3.	Ingolstadt 61,5	Leipzig 55,6	Ingolstadt 58,4
4.	Stuttgart 61,5	Lübeck 55,6	Heidelberg 57,9
5.	Frankfurt/Main 59,7	Dortmund 55,3	Ulm 57,4
6.	Wolfsburg 59,1	Freiburg im Breisgau 55,2	Darmstadt 56,4
7.	Ulm 56,7	Erlangen 55,2	Stuttgart 55,8
8.	Darmstadt 56,7	Kiel 54,3	Jena 55,7
9.	Heilbronn 56,4	Potsdam 54,2	Karlsruhe 55,4
10.	Regensburg 56,3	München 53,5	Regensburg 54,7

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Was tun gegen die Stagflation?

Der Staat muss die Wirtschaft mit Klimahilfen und Steuerentlastungen ankurbeln, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 7. November.

Am 26. Oktober titelte die F.A.Z.: „Deutschland steht vor der Stagflation“. Die warnenden Stimmen vor einem wirtschaftlichen Abschwung bei gleichzeitiger Inflation nehmen angesichts ungewohnt hoher Preissteigerungen zu. Die Stagflation, die mit dieser Kombination gemeint ist, ist indes kein kurzfristiges Phänomen. Sie spiegelt eine länger anhaltende Stockung des Wachstums bei einem ebenso anhaltenden Inflationsdruck wider. In den 1970er-Jahren resultierte dies aus einem Vorlauf höherer Inflationsraten, der Überraschungsinflation durch die Ölverknappung 1973 und einer Überforderung der Unternehmen im beschleunigten Strukturwandel im Zeichen der Automatisierung.

Einiges unterscheidet die Situation damals von der Lage heute. Die damals expansive Lohn- und Finanzpolitik entsprach nicht der Konjunktur, während sich die Notenbanken nach dem Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods erst Reputation im Kampf gegen die Inflationsgewöhnung erarbeiten mussten. Die Einsicht, dass ein Preisverfall keine Probleme löst, sondern allenfalls vertagt, setzte sich erst später durch. Die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs begann ebenso wie die Ära der beschleunigten Globalisierung erst nach 1980. Damit einher gingen neue Wachstumsmöglichkeiten, und aus Kostenvorteilen sowie Marktintegration in wettbewerblichen Märkten ergaben sich anhaltend Preisvorteile für die Konsumenten.

Wie ist es heute? Nehmen wir zuerst die Gründe für steigende Preise in den Blick. Die aktuellen Probleme in den Lieferketten und Logistiksystemen werden sich absehbar auflösen. Dauerhaft aber können zwei Treiber die Inflationserwartungen verändern: der steigende CO₂-Preis sowie steigende Kosten der internationalen Arbeitsteilung durch Protektionismus, Lohndruck in Schwellenländern, trendmäßig steigende Rohstoffpreise und Investitionen in Cybersecurity. Allein der CO₂-Preiseffekt kann bis 2025 die Inflationsrate in Deutschland um bis zu 0,5 Prozentpunkte jährlich erhöhen. Ähnlich dürfte es in der Eurozone insgesamt sein.

Diese Faktoren entziehen sich der Kontrolle der Notenbank. Das Stillhalten der EZB ist so lange angemessen, wie die Lohnpolitik keine Überwälzung organisiert oder aus anderen Gründen die Lohnstückkosten nach oben treibt. Das mag sich durch die Alterung der Bevölkerung und den Fachkräftemangel ergeben, der zunehmend Knappheitsprämien auf dem Arbeitsmarkt verursacht. Gleichzeitig beobachten wir, dass sich die gestärkte Position der Beschäftigten nicht automatisch im Barlohn niederschlägt, sondern etwa in mehr Zeitsouveränität. Künftig könnten die Beschäftigten die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze zudem stärker gewichten als höhere Lohnabschlüsse. So oder so: Die Lohnpolitik sollte auf die Realeinkommenseffekte der CO₂-Bepreisung nicht reagieren, würde sie doch andernfalls die Kosten der Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität steigern und die Anpassung so erschweren.

Wie aber steht es aktuell um die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung? Die Dynamik der Weltwirtschaft stärkte bislang über höhere Unternehmenserträge die Investitionen und stützte das Wachstum. Dass die Investitionen in neue Anlagen trotzdem noch gering sind, kann man als vorübergehende Folge der Corona-Pandemie bewerten. Der zentrale Unterschied zu den 1970er-Jahren ist jedoch die demografische Entwicklung. Die Alterung der Gesellschaft schwächt die Produktivität und kostet Wachstum, im Trend einen halben Prozentpunkt im Jahr. Die Produktivitätseffekte effizienter globaler Wertschöpfungsketten wiederum sind angesichts stagnierender globaler Integration erschöpft.

Der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität wird gewaltige Investitionen erfordern, von denen nur dann ein Wachstumsimpuls ausgehen kann, wenn die Rahmenbedingungen verlässlich, stimmig und global orchestriert sind. Zudem vollzieht sich die digitale Transformation der Geschäftsmodelle nicht reibungslos. Mehr als die Hälfte der Unternehmen sehen Hemmnisse, weil sie den Nutzen dieser Transformation nicht erkennen und weil Fachkräfte fehlen. Ähnlich wie einst die Automatisierung droht nun die Digitalisierung besonders für kleine und mittlere Firmen zu einer Überforderung zu werden.

Aus dieser Melange von höheren Inflationsrisiken und potenziell schwächerem Wachstum kann bei allen Unterschieden zwischen den 1970ern und heute tatsächlich wieder eine Stagflation resultieren. Umso mehr würde das gelten, wenn die

Notenbank eine Preis-Lohn-Preis-Spirale bekämpfen müsste. Deshalb braucht es, wie in den 1970er-Jahren, ein geordnetes Miteinander der makropolitischen Akteure. Damit Geldpolitik und Lohnpolitik trotz veränderter Inflationsaussichten neutral bleiben können, muss die Finanzpolitik ihrer grundsätzlich neuen Verantwortung gerecht werden.

Sie muss einerseits die Stimulierung privater Investitionen für ein stärkeres Wachstum in den Mittelpunkt rücken. Das verlangt steuerpolitische Impulse wie Superabschreibungen mit einem über den Anschaffungskosten liegenden Abschreibungswert sowie die Abschaffung des zur Unternehmenssteuer gewordenen Rest-Soli, dazu schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine angemessene Infrastruktur. Dafür sind hohe staatliche Ausgaben nötig. Schuldenbremsenkonform lassen sich diese durch Investitionsgesellschaften oder einen rechtlich selbstständigen Fonds über Kredite finanzieren. Es geht dabei um eine Renaissance der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik mit verlässlichen Bedingungen.

Andererseits muss die Finanzpolitik die Verteilungsfolgen der Klimapolitik ernst nehmen. Einkommensschwache private Haushalte können über das Wohngeld und ein Mobilitätsgeld unterstützt werden. Dass kein Haushalt durch die Effekte der CO₂-Bepreisung in die Grundsicherung rutscht, wäre eine plausible Schwelle für sozialpolitische Eingriffe. So ließe sich zudem die Lohnpolitik entlasten. Zusammen mit der Wachstumsstrategie öffnet das der Geldpolitik den Freiraum, nicht restriktiv werden zu müssen.

Das veritable Risiko einer Stagflation in den kommenden Jahren ruft nach einem makroökonomischen Politikdesign, das lange obsolet erschien. Der Konflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik schien endgültig aufgelöst: Sinkende Arbeitslosigkeit führte nicht mehr zu einem Anstieg der Lohnstückkosten. Das kann sich nun ändern. Daher ist nun die Finanzpolitik gefordert, bei ihr liegt der Schlüssel. Den investitionspolitischen Spielraum dazu hat sie, solange das Zinsniveau für langlaufende Bundesanleihen unter dem Trend der gesamtwirtschaftlichen Dynamik liegt.

Die unsichtbare Hand des Marktes ist längst grün

Wir können Wirtschaftswachstum und den Ausstoß von Kohlendioxid entkoppeln. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen und Einstellungen stimmen, schreiben IW-Direktor Michael Hüther und Daniel Mack, Leiter der Verkehrs- und Umweltpolitik der Daimler AG, in einem Gastbeitrag für die Welt am Sonntag vom 4. Oktober.

Alle reden über den notwendigen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft zur Klimaneutralität. Nie war der Konsens größer. Und dennoch kommt die Umsetzung unzureichend voran. Jeder, der um die Aufgabe weiß, erkennt auch, dass unsere Veränderungsgeschwindigkeit nicht reicht, um die für 2045 definierten Ziele zu erreichen. Es klemmt beim Ausbau der Infrastruktur, bei der Setzung des regulatorischen Rahmens und den Verfahren zur Planung und Genehmigung der Großprojekte, die nun einmal der Staat als Vorleistung zu erbringen hat. Die Stromtrasse SuedLink – ein zentrales Element zur Umsetzung der Energiewende – wird seit zehn Jahren geplant. Doch gebaut ist bisher nichts, obwohl für 2022 die Fertigstellung wegen der dann vom Netz gehenden Atomkraftwerke geplant und geboten ist. Diesem Beispiel ließen sich andere hinzufügen.

Wenn man auf die Spurensuche geht, woran es liegt, dann trifft man auf viele Hindernisse im Großen wie im Kleinen, vor Ort wie bei Land und Bund. Die Pandemie hat Defizite aufgezeigt. Dank der Grundlagenforschung von BioNTech und des technologischen Know-hows der Mainzer war der Impfstoff gut neun Monate nach der Ausbreitung von Corona verfügbar. Weltrekord. Kein Zufall, sondern ein Beispiel für die Innovationskraft, Präzision und Geschwindigkeit in Deutschlands Unternehmenslandschaft. Mit dem hohen Tempo war es vorbei, als der Staat mit seinen Strukturen und Prozessen gefragt war. Bis heute diskutieren Bund und Länder, warum die Verfügbarkeit und Verteilung des eigenen deutschen Impfstoffs nicht gelungen ist.

Nicht anders, wenn es um den Weg zur Klimaneutralität geht. Fragt man nach den verbindenden Ursachen, warum der Staat nur schwer vorankommt, dann zeigt sich – ganz abstrakt – bei vielen Akteuren und Beteiligten, dass sie die Konsequenz

dieses Weges übersehen, verkennen oder gar ignorieren. Das gilt für Menschen, die konkret von Investitionen beeinflusst werden und dann vergessen, dass es um mehr geht als ihren Vorgarten. Das gilt für gesellschaftliche Gruppen, die eine wirksame Antwort im Abschied von der Marktwirtschaft sehen und ignorieren, wie überragend negativ dazu der historische Befund ist. Das gilt für jene Parteien, die trotz aller verbaler klimapolitischer Vehemenz übersehen, dass einige ihrer Traditionsbestände der Umsetzung entgegenstehen. Das gilt für Regierung und Verwaltung, die mehr tun müssen, um in Behörden das Denken und Handeln in Silos zu überwinden, um die immense Herausforderung, klimaneutral zu werden, bewältigen zu können.

„Wem das Herz am Erreichen der Klimaneutralität hängt, versteht die Wirtschaft als Partner“

Die Parteien sollten in die Führung gehen, wenn es darum geht, ideologische Stereotypen mutig aufzugeben. Das könnte die Bürger am ehesten überzeugen, ihre oftmals verdeckte Abwehrhaltung für die gemeinsame Verantwortung zu überprüfen. Jede Partei ist davon betroffen. Die einen werden zu Planungsverfahren, Verbandsklagerecht und aktiver CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre eine andere Position benötigen und müssen lernen, unternehmerischen Erfolg positiv zu begleiten, die anderen werden eine andere Position zur Schuldenbremse und der Überprüfung unserer föderalen Staats- und Verwaltungsordnung benötigen. Vor allem muss es darum gehen, dass alle am gleichen Strang ziehen, wenn es um die Frage geht, in welcher Wirtschaftsordnung die Klimaneutralität am schnellsten und am effizientesten erreichbar ist: in der sozialen Marktwirtschaft. Das verlangt den Staat als ordnenden Regelgeber für wirksamen Wettbewerb auf offenen Märkten, als verlässlichen Bereitsteller der Infrastruktur und als Organisator subsidiärer, aber solidarischer sozialer Sicherung. Eigentlich eine Binsenweisheit unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Aber die öffentlich-mediale Debatte und das konkret bespielte wirtschaftspolitische Arsenal von Preisdeckeln, Subventionen oder Enteignung weisen in eine andere Richtung.

Was bedeutet das für Deutschlands Politik in den kommenden Jahren?

Erstens: Mit Innovation Beispiel werden.

Deutschlands Geschäftsmodell der Zukunft ist nicht weniger zu wachsen, sondern klimaneutrale Anwendungen weltweit zu exportieren. Die Welt wartet nicht auf ein Deutschland, das sich kleinredet und sich im Schrumpfen gefällt, sondern auf ein Deutschland, das vorhandene Produkte besser macht, neue Lösungen entwickelt, anderen zur Verfügung stellt, in Europa als Technologieführer vorangeht und zum Beispiel dafür wird, wie sich Wohlstand und Wachstum vom CO₂-Ausstoß entkoppeln lassen.

Die Rolle des Staates ist dabei nicht, den Versuch zu unternehmen, Innovation und Technologie per Gesetz verordnen zu wollen und Entscheidungen über Technologien der Zukunft zu treffen. Bund und Ländern kommt die Rolle zu, Ziele zu definieren und die Erreichbarkeit dieser durch abgestimmte Impulse und den Aufbau der dafür notwendigen Infrastruktur zu unterstützen. Günstige Rahmenbedingungen, Investitionen und Wissenschaft und Forschung können dafür sorgen, dass weiteres unternehmerisches Kapital freigesetzt wird, neue Ideen hier in Deutschland zuerst entwickelt, erprobt und angewandt werden. Hier und nicht anderswo auf der Welt.

Zweitens: Die Wirtschaft unterstützen.

Unternehmen gehen klimapolitisch voran. Nicht wegen, sondern trotz der politischen Debatte. Die unsichtbare Hand des Marktes ist längst grün. Aktienkurse bilden die Zukunft ab. Es ist unstrittig, dass CO₂-intensive Geschäftsmodelle auslaufen und es schon mittelfristig schwer haben werden, sich zu finanzieren. Die Herausforderung der ökologischen Transformation besteht darin, während des laufenden Geschäfts das neue klimaschonende Business zu entwickeln, an den Start zu bringen, um dann den Turning Point möglichst weit nach vorne zu schieben.

Die öffentliche Debatte, Unternehmen müssten endlich verstehen, geht an der Realität vorbei. Mittelstand wie Konzerne geben sich keine Nachhaltigkeitsstrategien mehr, sondern justieren ihre nachhaltigen Unternehmensstrategien, geben sich ehrgeizigere Ziele und investieren Milliardenbeträge in klimaschonende Technologie. Der Patentvorsprung der Automobilbranche beim Elektroantrieb zeigt das eindrucksvoll.

Wem das Herz am Erreichen der Klimaneutralität hängt, versteht die Wirtschaft als Partner, knüpft gesellschaftliche Allianzen und unterstützt diejenigen, die überzeugt sind. Nicht um sich selbst zu gefallen, sondern um die Gruppe derer, die sich auf den Weg gemacht haben, zu vergrößern. Tut man das, wenn man Kreuzungen und Autobahnen blockiert, oder sorgt man so nicht eher dafür, dass sich Menschen vom Weg zu mehr Klimaschutz abwenden? Wer es ernst mit der CO₂-Neutralität meint, muss sich um Alternativen bemühen. Stillstand ist jedenfalls keine.

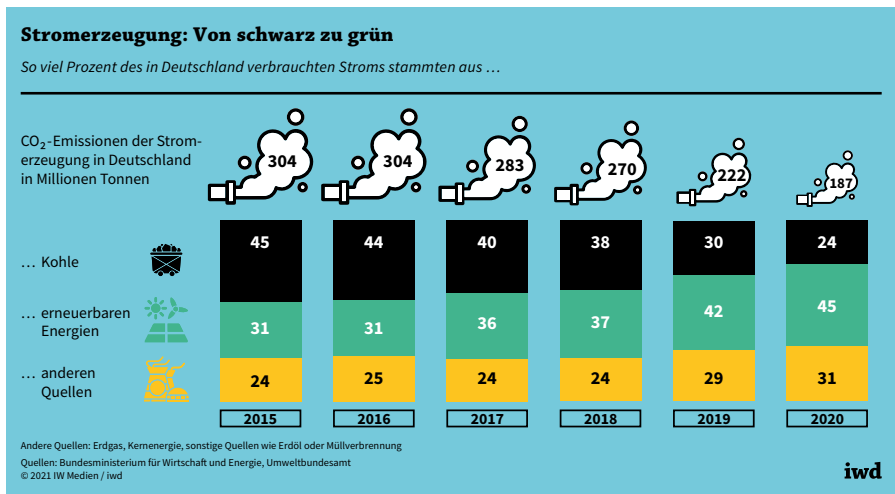
Drittens: Ambitionierte, aber akzeptierte Ziele.

Ob die ökologische Transformation gelingt, wird von den Menschen entschieden. Nehmen sie Veränderungen an, sehen sie darin für sich persönlich etwas Positives, etwas Bereicherndes?

Wir sollten die Debatte viel mehr entlang dieser Fragestellung führen, Ideen zum Wandel mit den berechtigten Interessen der Mehrheitsgesellschaft abzugleichen, anstatt den Geist der Freiheit wieder in die Flasche drücken zu wollen. Deutschland wird scheitern, würden wir wirklich den Versuch unternehmen, Menschen weniger Mobilität zu verordnen. Stattdessen muss es nun viel mehr darum gehen, den Weg zur CO₂-freien Mobilität in all ihren Facetten von den Menschen – Städtern wie solchen aus eher ländlichen Gebieten – aus zu denken. Es geht eben nicht allein um das Neue, sondern um den Weg von der bisherigen zur neuen Technologie und wie wir die Bevölkerung dabei mitnehmen.

Dabei stellt sich nicht die Frage nach dem Abbau persönlicher Freiheit, sondern nach dem Aufbau künftig notwendiger Infrastrukturen. Ist mehr Klimaschutz der

symbolhafte Weg zum geförderten Lastenrad, oder sehen wir zu, wie wir in Deutschland den Einstieg in die strombasierte Wirtschaft beschleunigen? Es geht jetzt konkret darum, dass wir die Energiepolitik europäisch und darüber hinaus denken, den Weg zu sauberem Strom nicht abgekoppelt allein gehen, hierzulande aber dafür sorgen, dass der Strompreis sinkt, um Belastungen zu hemmen. Das setzt Kreativität für neue Business Cases frei.



Welche Folgen hat ein höherer Mindestlohn?

Zwölf statt 9,60 Euro Mindestlohn seien gut für Produktivität und Wachstum, sagt IMK-Chefökonom Sebastian Dullien. IW-Direktor Michael Hüther hält dagegen. Einig sind sich beide im Streitgespräch mit dem Handelsblatt vom 22. September, wenn es um die Schwächen der Bundesregierung geht.

Sebastian Dullien hat viele Jahre als Journalist gearbeitet. Jetzt ist der Chefökonom des IMK, eines Hans-Böckler-Instituts der Gewerkschaften, enttäuscht von seinen früheren Kollegen: zu wenig kritische Fragen im Bundestagswahlkampf. Michael Hüther, Chef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, mag da nicht widersprechen. Richtig weit auseinander liegen die beiden vor allem beim Mindestlohn und der Mietpreisbremse.

Handelsblatt: *Herr Dullien, Herr Hüther, die Parteien bieten vor dem Wahlsonntag alle Kraft auf, um von sich zu überzeugen. Eine andere Frage ist: Wurden in diesem Bundestagswahlkampf die richtigen Themen diskutiert?*

Michael Hüther: Einige Themen blieben ausgespart. Beispiel: Keiner spricht über die zweifache Investitionslücke. Die privaten Investitionen erreichen nur 94 Prozent des Niveaus vor der Pandemie, und auch der Staat hält sich mit dringend benötigten Ausgaben für die Infrastruktur zurück. Mit der für die Zukunft viel beschworenen Klimaneutralität kann es so nichts werden.

Sebastian Dullien: Die Klimawende und der Abbau des Investitionsstaus werden teuer. Die Wahlprogramme stecken voller Versprechungen, aber es bleibt völlig unklar, wie das alles finanziert werden soll. Die inhaltlichen Themen sind viel zu kurz gekommen. Es ist aber auch zu fragen: Fordern Medien und Zivilgesellschaft den Parteien genügend ab?

Handelsblatt: *Was hilft eine Klimawende in Deutschland, wenn in der Welt weiter große Umweltsünden zu beobachten sind – und die berühmten Kippunkte immer näherkommen?*

Dullien: Deiche müssen wir noch nicht bauen, der Anstieg des Meeresspiegels käme auch in pessimistischsten Projektionen erst später. Gegenwärtig sind fehlende Hochwasser-Rückfangbecken nur ein Beispiel für Schwächen in der Infrastruktur.

Hüther: Beim Thema Klimaschutz wird vieles ausgeblendet, etwa dass China weiter Kohlekraftwerke baut. Von einem internationalen „Klimaclub“ ist leicht zu reden, aber man muss die anderen Länder für eine konstruktive Mitarbeit erst noch gewinnen, am besten zunächst die USA und Kanada.

Handelsblatt: *Mehr Klimaschutz hat etliche Verteilungswirkungen. So verteuern sich bei energetischer Gebäudesanierung die Mieten. Wirft das eine neue soziale Frage auf?*

Dullien: Natürlich steigen in diesem Fall die Kosten für den Hausbesitzer, aber was soll da durch die Decke schießen? Eine solche Sanierung spart ja auch Heizkosten. Die Mieten sind schon in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Jetzt kommen solche Herausforderungen hinzu, darauf ist mit kluger Regulierung und Förderung zu antworten.

Hüther: Die Zuteilungsrechte für CO₂ verringern sich, der Preis für Kohlenwasserstoff steigt. Das hat Wirkungen auf Mobilität und eben auch auf die Wohnungswirtschaft. Genau das wollen wir ja. Die sozialen Folgen ließen sich mit einer fairen Kompensation auffangen, etwa mit dem Wohngeld. Hierzulande sagen die Linken „Mietendeckel“, eine andere Partei sagt „Benzinpreisdeckel“ – das alles führt nicht weiter.

Dullien: Für die Bürger ist der für 2025 erwartete Benzinpreis wichtiger als der Benzinpreis 2022. Kurzfristig sind bei höheren Benzinpreisen kaum Reaktionen zu erwarten – sondern vor allem soziale Verwerfungen, weil viele so schnell ihr Verhalten gar nicht ändern können. Bei Mieten ist es ähnlich. Da braucht man für den Altbestand intelligente Lösungen wie eine Mietpreisbremse. Sonst gibt es bei mehr Nachfrage nach Wohnungen – wie zuletzt in Großstädten – eine massive, leistungslose Umverteilung von Mietern zu Wohnungsbesitzern.

Hüther: Es gibt kein Anrecht, günstig in Berlin-Mitte zu wohnen. Im Vergleich zu anderen Metropolen sind die Preise dort gar nicht so hoch. Bei dem vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterten Mietendeckel ging es letztlich um den Widerstand jener, die in Berlin wohnen, gegen diejenigen, die kommen wollen. Das Problem der Zuzüge wird nur mit mehr Bauen gelöst.

Dullien: Einverstanden, und zwar privat und öffentlich. Aber bis dahin brauchen wir Zwischenlösungen. Das ist wie bei einem Beinbruch: Bis zum Zeitpunkt der Operation hilft Ibuprofen.

Hüther: Berlin erweckt seit Langem den Eindruck, Wohnungen am liebsten verstaatlichen zu wollen. Das ist jetzt auch passiert. Und das führt am Ende zu völlig vermachteten Strukturen. Am Ende helfen nur Investitionen, sonst muss man ewig Ibumproben nehmen.

Handelsblatt: *Wenn wir über Zukunftspolitik reden – wie groß ist eigentlich die Investitionslücke in Deutschland mittlerweile?*

Hüther: Für private Firmen ist das nicht kalkulierbar. Im öffentlichen Sektor kann man sich streiten, ob es 457 Milliarden oder 480 Milliarden Euro sind, auf zehn Jahre gerechnet. Es reicht indes nicht, das einfach nur aufzuschreiben, wenn sich keiner um die Umsetzung kümmert. Das haben wir in der Politik oft genug erlebt. Ein Deutschlandfonds setzte den richtigen Rahmen. Der Bundesfinanzminister ist ja jetzt schon der Herr der Sondertöpfchen.

Dullien: Das kann man rechtlich leicht in einer eigenständigen Gesellschaft machen. Mutmaßlich wäre es aber sauberer, diese Investitionen im Bundeshaushalt auszuweisen. Sie bereichern ja auch Land und Gesellschaft.

Handelsblatt: *Die Spitzenpolitiker stellen im Wahlkampf viele Ausgabenprogramme in Aussicht. Gleichzeitig erklären sie, an der Schuldenbremse und den Maastricht-Kriterien festzuhalten. Wie passt das zusammen?*

Hüther: Gar nicht. Das geht schon bei der Tilgung der Corona-Notverschuldung los. Ein Land wie Sachsen-Anhalt wählt dafür drei Jahre, Nordrhein-Westfalen aber 50 Jahre, was völlig richtig ist. In normalen Zeiten kommen auf einen Steuer-Euro rund 1,08 Euro Staatsausgaben. All die im Wahlkampf präsentierten Vorhaben würden zu fast 1,40 Euro führen.

Dullien: Die alten Schuldenregeln sind entstanden, als die Zinsen hoch waren und den Haushalt ernsthaft belasteten. Wenn der Bund sich heute aber zu Negativzinsen verschuldet, zahlt er weniger als die gesamte geliehene Summe zurück, die Gläubiger zahlen freiwillig noch etwas drauf. Die Möglichkeit nicht zu nutzen ist ökonomisch unsinnig. Wir brauchen daher neue Schuldenregeln.

Handelsblatt: *Allerdings ist die Schuldenbremse Teil des Grundgesetzes.*

Hüther: Es muss doch erlaubt sein, darüber zu diskutieren, was sich bewährt hat und was nicht. In Europa sehen wir, wie positiv das NextGenerationEU-Programm

wirkt. Es ist für Länder wie Italien hilfreich, dass Brüssel neben dem normalen Haushalt nun ein Investitionsbudget von 750 Milliarden Euro hat, finanziert über Eurobonds. Das nimmt Druck von Deutschland. Wir können nicht ständig nur Bedenkenräger sein, der keine Perspektiven für Europa eröffnet.

Dullien: Aus der NextGenerationEU könnte man sehr gut einen langfristigen Investitionshaushalt machen. Das verstetigt Politik. Die internationale Debatte über öffentliches Schuldenmachen hat sich längst gedreht. Nur in der deutschen Politik ist das nicht angekommen. Sie hat Angst vor der Reaktion der Bürger.

Hüther: Das ist der lange Schatten der Inflationen des 20. Jahrhunderts. Was mich verwundert: Europa findet in diesem Wahlkampf überhaupt nicht statt. Obwohl Brüssel die wichtigste Entscheidungsplattform ist. Und es ist völlig klar, dass sich Europa stärker selbst um seine Sicherheit kümmern muss. Die Konflikte rücken näher. Eine europäische Verteidigungsunion würde dieses kollektive Gut verbessern.

Dullien: In der Corona-Krise hat es eine Renationalisierung der Debatten gegeben. Dabei wäre es wichtig, mit Paris zusammen neue europäische Säulen zu schaffen – für das erste Halbjahr 2022, wenn Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Europa braucht strategische Souveränität, etwa für die nächste Chipgeneration. Bisher werden solche Halbleiter nur in Taiwan und Südkorea hergestellt.

Handelsblatt: *Eine der größten Herausforderungen ist der demografische Trend. Deutschland altert. Stellt sich die Politik darauf adäquat ein?*

Hüther: Mich bekümmert, dass die Alterung der deutschen Gesellschaft zu weniger Produktivität führt. Der demografische Trend begrenzt Wachstum, bis 2030 verlieren wir 3,2 Millionen Erwerbstätige. Wir brauchen Beschäftigungsfähigkeit in einem längeren Erwerbsleben – und müssen als Gesellschaft im Jahr mehr arbeiten. Das sind Wachstumspolster für die Zukunft. Doch die Politik will glauben machen, dass wir alle unangestrengt sitzen bleiben könnten.

Dullien: Viel wäre gewonnen, wenn wir Frauen stärker ins Erwerbsleben bringen würden. Gelänge uns das wie in Schweden, hätten wir die Rentenproblematik gelöst.

Handelsblatt: *Was ist mit dem Mindestlohn? SPD und Grüne fordern eine Aufstockung von derzeit 9,60 Euro auf zwölf Euro. Eine wichtige politische Maßnahme?*

Dullien: Aus meiner Sicht: ja. Die Einführung des Mindestlohns 2015 hat gut geklappt. Er bewirkt Steigerungen der Produktivität und der Einkommen im Niedriglohnsektor. Ein Plus in zwei, drei Schritten auf zwölf Euro führt nach einer Studie dazu, dass das Bruttoinlandsprodukt um 50 Milliarden steigt, also um 1,5 Prozent. Jobs werden keine abgebaut, und es fallen deutlich mehr Steuern an. Alles gut fürs Wachstum.

Hüther: Dieses Sich-am-eigenen-Schopf-aus-dem-Sumpf-Ziehen funktioniert auch nur in der Münchhausen-Theorie. Ich störe mich daran, dass politisch einfach so eine neue Zahl aufgerufen wird. Das ist Sache der Mindestlohnkommission. Das derzeitige Konstrukt hat seine innere Logik. Aus Sicht der Tarifautonomie war das nicht unheikel, hat sich aber bewährt, und vor allem: Es hat das Thema für beide Seiten befriedet. Warum will man das gefährden?

Dullien: Was hat man damals vor Einführung des Mindestlohns nicht alles befürchtet! 900.000 Arbeitsplätze würden verschwinden. Nichts davon geschah. Und nun gehen die Menschen von den unproduktiven zu den produktiveren Firmen. Das ist mir wichtiger als die Frage, ob man einer Kommission auf die Füße tritt.

Hüther: Eine Studie hat ergeben, dass zwar der Stundenlohn stieg, andererseits aber die Arbeitszeit sank. Deshalb gab es keinen Kosten- und Verdrängungseffekt.

Handelsblatt: *Für Mitte 2022 ist ohnehin verabredet, dass der Mindestlohn auf 10,48 Euro steigt ...*

Dullien: ... da kann man auch gleich die zwölf Euro vereinbaren. Das ist der Wert, mit dem man hinterher nicht in die Altersarmut rutscht. Man könnte jetzt das Niveau im Sinne dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse heben und dann die Kommission wieder einsetzen.

Hüther: Generell sollte Politik nicht nach Gutdünken vereinbarte Verfahren aushebeln. Da würde ich keinem mehr raten, in eine solche Kommission einzutreten. Der Mindestlohn ist im Übrigen kein sozialpolitisches Instrument, sondern eine Orientierungsgröße für Tarifgerechtigkeit im Arbeitsmarkt.

Handelsblatt: *Sind andere politische Instrumente wie die Vermögensteuer oder eine reformierte Erbschaftsteuer wichtig, um für einen sozialen Ausgleich zu sorgen?*

Dullien: Man hat in Deutschland Spielraum, Vermögen höher zu besteuern. Ich hätte eine Präferenz für die Erbschaftsteuer. Sie ist einfacher zu erheben, man muss nicht andauernd bewerten. Und es handelt sich um leistungsloses Einkommen.

Hüther: Die Vermögensteuer ist bürokratisch und gefährdet die Ertragskraft von Unternehmen. Aber in der Tat könnte man darüber nachdenken, ob die Erbschaftsteuer richtig kalibriert ist. Die Frage ist, wie Betriebsvermögen dabei abzusichern sind.

Handelsblatt: *Wie fit ist der Staat für Zukunftsaufgaben?*

Hüther: Es gibt da diese Selbstverständlichkeit, über das Budget zu sagen: „Das Geld fließt ohnehin nicht ab.“ Entweder sind dann die Zahlen des Haushalts Luftnummern, oder die Strukturen und das politische Management stimmen nicht.

Dullien: Die Corona-Zeit hat gezeigt, dass der Staat manches gut gemacht hat, vieles aber sehr schlecht funktionierte. Das folgt aus einer schlechten Verwaltungskultur. Gesundheitsämter geben jetzt noch die Quarantäne-Bescheide für Juni heraus, weil ihre Liste abzuarbeiten ist. Das ist ein dickes Brett.

Hüther: Wir können das nicht mehr in die Verwaltungswissenschaft auslagern. In jeder Krise versagten Bundesbehörden. Nicht mehr haltbar ist übrigens, in Fragen der Digitalisierung, die Autonomie der Kommunen nach Grundgesetzartikel 28, Absatz 2. Sie müssten sich so schnell wie möglich an verbindliche digitale Standards halten.

Handelsblatt: *Modernisierung der Verwaltung als oberstes Gebot für eine neue Bundesregierung?*

Hüther: Geld ist nicht alles, aber hier wäre es gut investiert.

Dullien: Viele der Herausforderungen, die vor uns liegen, werden wir nur mit Digitalisierung meistern. Ein Erfolg der Dekarbonisierung ist anders gar nicht vorstellbar.

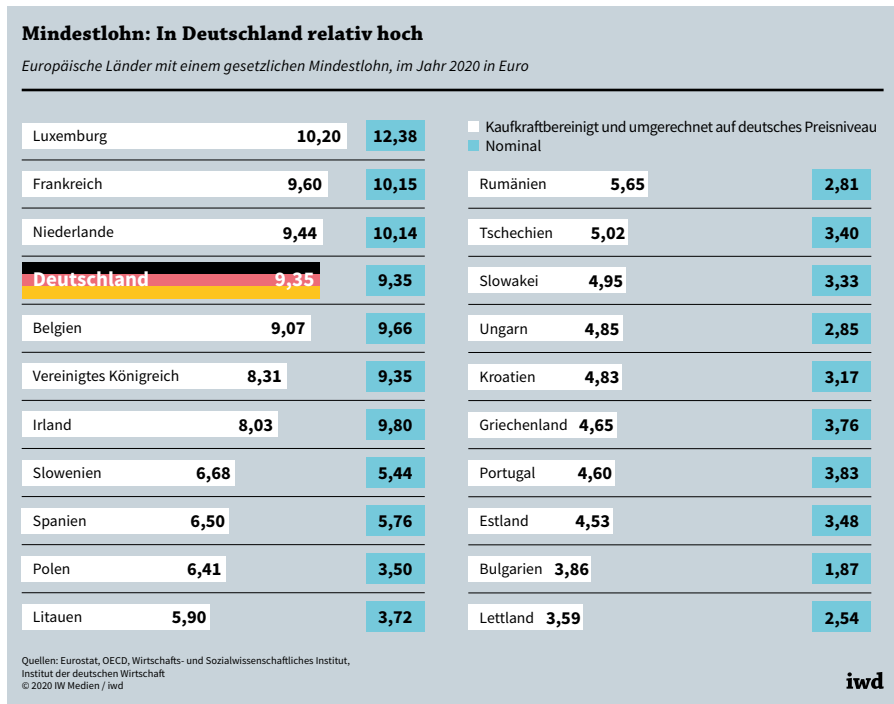
Handelsblatt: *Und wie soll eine forcierte Digitalisierung gelingen?*

Dullien: Ich bin eher skeptisch, ob ein Digitalministerium weiterhilft. Es würde zu lange dauern, es aufzubauen. Vermutlich zwei Jahre würde man durch interne Machtkämpfe verlieren. Wir brauchen eine andere, bessere Art der Regierungsführung.

Hüther: Eine Matrixorganisation wäre das Richtige. Klimaschutz und Digitalisierung sind Querschnittsthemen, die ganz viele Ministerien betreffen. Das Kanzleramt

muss dabei mehr führen als bisher, raus aus der reinen Moderationsrolle. Wie bisher geht es nicht weiter. Man darf die Dinge nicht so treiben lassen, sondern muss mehr Mut haben.

Handelsblatt: Herr Dullien, Herr Hüther, vielen Dank für das Gespräch.



„Wir werden länger arbeiten müssen“

IW-Direktor Michael Hüther kritisiert im Interview mit FOCUS Online am 16. September, dass die Politik die dringend nötige Reform der gesetzlichen Rente nicht anpackt. Die vollmundigen Versprechen der Parteien vor der Bundestagswahl hält er für zu teuer. Doch er blickt optimistisch auf die Wirtschaft im Jahr 2022.

FOCUS Online: *Die Gesellschaft wird immer älter, aber ein richtiges Konzept dafür hat keine der Parteien. Oder sehen Sie Ansätze, damit die Rente sicher bleibt?*

Michael Hüther: Was hier passiert, ist unverantwortlich. Keiner nimmt das Thema ernsthaft auf. Wohl gemerkt, bis 2030 verlieren wir drei Millionen Arbeitnehmer. Daher ist das Sicherungsniveau bis 2025 reiner Buzenzauber.

Wir müssen Arbeitskräfte mobilisieren und das Jahresarbeitsvolumen erhöhen, im Vergleich zu Schweden und der Schweiz hinken wir noch spürbar hinterher. Bis 2030 ist das Rentenzugangsalter definiert, dann gilt 67 für alle. Aber das reicht nicht, sondern wir müssen über eine weitere Flexibilisierung nachdenken. Oder klarer ausgedrückt: Wir werden mehr oder länger arbeiten müssen.

FOCUS Online: *Der Staat tut aber so, als wäre alles in bester Ordnung.*

Hüther: Ja, sie gaukeln vor, dass wir uns kaum anpassen müssen. Aber allein der Anstieg des Durchschnittsalters in Unternehmen zeigt den dringenden Handlungsbedarf. In der Politik tun alle klug, eine Lösung hat keiner! Das Potenzial der Erwerbspersonen schrumpft, das wird einfach ignoriert.

FOCUS Online: *Ist der häufiger diskutierte Staatsfonds die Rettung oder brauchen wir eine Reform des Rentensystems?*

Hüther: Das Dreisäulenmodell mit gesetzlicher Rente, betrieblicher und privater Altersvorsorge ist an sich nicht schlecht. Die umlagebasierte Rente als Basissicherung reicht weit über das Grundrentenniveau hinaus. Daher halte ich von einer Sonderfondslösung als kapitalmarktgedeckte Rente nicht viel.

FOCUS online: *Was schlagen Sie stattdessen vor?*

Hüther: Der Staat könnte die Nullzinsen nutzen und einen großen Fonds auflegen, beispielsweise mit 500 Milliarden Euro, die er sich am Kapitalmarkt leiht.

FOCUS Online: *Doch eine Ähnlichkeit zum norwegischen Staatsfonds ...*

Hüther: Ja, nur dass wir kein Öl haben, sondern mit Bonität punkten. Mit dieser Summe bauen wir einen Aktienfonds auf, um die demografischen Kosten der Rente und Pflege abzufedern. Denn auf diesem Gebiet schlägt der Alterungsprozess von 2040 bis 2060 bei uns voll durch. Das setzt aber Mut voraus.

FOCUS Online: *Wie könnte das konkret aussehen? Wenn 500 Milliarden Euro auf einmal in den Kapitalmarkt fließen, würde ich das gerne vorher wissen und noch schnell Aktien kaufen.*

Hüther: Na ja, das sollte natürlich in marktschonenden Tranchen investiert werden. 50 Milliarden im Jahr wirft keinen Kapitalmarkt um und Zeit genug ist ja, denn die erste Auszahlung soll erst in 20 Jahren erfolgen. Die Finanzagentur des Bundes könnte das managen.

FOCUS Online: *Wo wir gerade bei der Finanzierung sind: Halten Sie die Wahlversprechen der großen Parteien für finanzierbar?*

Hüther: Die Finanzpolitik wird bewusst umgangen, schauen Sie sich nur den Entwurf des Wahlprogramms und dann das endgültige Programm der CDU an. Bei allen Parteien kann ich keine vernünftige Gegenfinanzierung erkennen. Ein Problem, denn bei der strukturellen Verschuldung ist nicht mehr viel frei. Und wir haben viele Aufgaben zu bewältigen.

FOCUS Online: *Welche zum Beispiel?*

Hüther: Wir benötigen flächendeckend schnelles Internet, das Thema Dekarbonisierung treibt uns um, um nur einmal zwei zu nennen. Mit der Schuldenbremse wird die Finanzierung aber schwierig. Ein Deutschlandfonds mit dem Thema Infrastruktur könnte helfen, die Grünen haben das wenigstens im Parteiprogramm drin. Bei der SPD ist es schwurbelig, CDU und FDP meiden das Thema wie eine heiße Kartoffel. Das könnte man auch anders lösen.

FOCUS Online: *Mit mutigeren Wahlprogrammen, in denen auch die Wahrheit steht?*

Hüther: Natürlich, wo ist denn das Problem? Wir wollen klimaneutral ab 2045 oder 2050 werden, das hat Konsequenzen. Ohne massive und zügige Infrastrukturinvestitionen in Netzsysteme wird es nicht funktionieren, da kann es keinen Dissens

geben. Dazu steigen der Benzinpreis und auch die Mieten infolge der Einbeziehung in den CO₂-Zertifikatehandel; das wird man sozialpolitisch teilweise kompensieren müssen.

FOCUS Online: *Das würde die Inflation weiter nach oben treiben. Sehen Sie diese als temporär oder als dauerhaftes Problem an?*

Hüther: In der Eurozone hatten wir im August drei Prozent Inflation, davon sind 15,4 Prozent auf steigende Energiepreise zurückzuführen. Die Kerninflation hat sich von 0,7 auf 1,6 Prozent erhöht, wir sollten schon sehr genau darauf achten. Aktuell haben wir aber vor allem Lieferprobleme und die Vorleistungspreise steigen, das wird sich im ersten Halbjahr 2022 zurückbilden.

FOCUS Online: *Seit Mai müssen Firmen wieder melden, wenn sie insolvent sind. Warum ist die Pleitewelle trotz der ganzen Probleme ausgeblieben?*

Hüther: Es gibt mehrere Gründe. Der wichtigste ist sicherlich, dass mit dem Kurzarbeitergeld den Unternehmen direkt Liquidität zugeflossen ist – 2020 waren es 22 Milliarden Euro, in diesem Jahr bisher 16 Milliarden. Insgesamt sind die Firmen trotz geringerer Umsätze gut durch die Pandemie gekommen und haben sogar Corona-Hilfen in Höhe von einer Milliarde Euro freiwillig zurückgezahlt. Zudem unterliegen Einzelunternehmen nicht der Insolvenzpflicht.

FOCUS Online: *Zeigen die fehlenden Insolvenzen demnach, dass der wirtschaftliche Einbruch fast wieder überstanden ist?*

Hüther: Trotz der schwierigen Konjunktur in den Jahren 2018 und 2019 haben wir damals schon einen Rückgang der Insolvenzzahlen gesehen. Nun setzen wir da wieder auf, sozusagen auf Normalniveau. Beachtlich finde ich, dass wir 20 Monate nach der Finanzkrise an den Börsen noch im Minus waren, während jetzt alle Börsen (mit Ausnahme der in Madrid) dicke im Plus sind.

FOCUS Online: *Wenn wir uns der Normalität nähern: Mit welchem Wirtschaftswachstum rechnen Sie im kommenden Jahr?*

Hüther: Auf jeden Fall erwarte ich für 2022 ein stärkeres Wachstum als drei Prozent wie in diesem Jahr. Die Lieferengpässe sortieren sich langsam, da kann es zu einem überraschenden Wachstumsschub kommen. Ich halte im kommenden Jahr 4,5 Prozent plus x für machbar. 5 Prozent wären eine mutige These.

FOCUS Online: *Wachsen alle Bereiche?*

Hüther: Nein, in der Autobranche sieht es nicht ganz so gut aus, bedingt durch die Lieferengpässe. Da bewegen wir uns lediglich auf 75 Prozent des Vorkrisenniveaus. Und auch bei Gaststätten und Hotels sowie im Einzelhandel gibt es Probleme. Aber wenn die Reisebranche in Not ist, zeigt sich das auch nicht zwingend in Insolvenzen. Ein Beispiel: Bei mir in Köln gibt es einen Hotelier, der drei kleinere Hotels hatte. Zwei davon hat er aufgrund von Corona geschlossen, weil sie sich nicht mehr gelohnt haben. In der Statistik fällt das aber nicht auf.

FOCUS Online: *Könnte die Industrie eigentlich einen weiteren Lockdown verkraften?*

Hüther: Das ist außerhalb der Vorstellungswelt, denn die Impfkampagne ist ein Gamechanger, da 70 Prozent der impfbaren Erwachsenen aktuell geimpft sind. Käme es zu einem erneuten Lockdown, wäre der Schock besonders hoch. Aber für die Annahme gibt es keinen Grund. Problematisch wäre es, wenn die Länder weiterhin auf eine ZeroCovid-Strategie setzen würden. Aber selbst China und Neuseeland haben erkannt, dass dies keine sinnvolle Strategie ist, kämpfen nun aber mit dadurch geringen Impfquoten. Wir haben offene Grenzen. Bei einer globalen Vernetzung können wir ein Virus nicht national austrocknen.

FOCUS Online: *Was erwarten Sie vom Herbst? Sehen Sie eine gewisse Vorsicht bei den Unternehmen?*

Hüther: Nicht bei den Ausgaben, sondern eher beim Arbeitsschutz. Wichtig ist das Thema Impfstatus, da muss den Unternehmen die Möglichkeit der Abfrage gegeben werden. Die Maskenpflicht wird ansonsten bleiben, während der Druck auf 2G statt 3G zunimmt.

FOCUS Online: *Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die erneute Verlängerung der „Gefahrenlage“ in Deutschland?*

Hüther: Um keine Probleme zu bekommen, hat der Bundestag die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ um drei Monate verlängert. Das hat aber für Knatsch gesorgt, denn bei unserem Impfstatus gibt es keine Legitimation mehr dafür. Ich sehe das kritisch.

Diese fünf Dinge braucht es, damit unsere Verwaltung digitaler wird

Die öffentliche Verwaltung muss dringend digitaler und effizienter, die Kooperation der Staatsebenen stark verbessert werden. Das ginge – wenn das Thema endlich Priorität bekäme, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für t-online.de am 9. August.

Fast täglich merken wir seit Anbeginn der Corona-Pandemie, dass die öffentliche Verwaltung in Sachen Digitalisierung viel weiter sein könnte und müsste, als sie es ist. Bund, Länder und Kommunen arbeiten langsamer und behäbiger als zur Einhaltung des Rechts nötig wäre, Entscheidungsprozesse sind oft langwierig und zäh.

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stellen auf Bund-, Länder- und Kommunalebene ist besonders wichtig und oft besonders ineffizient – Kanzlerin Angela Merkel warnte kürzlich davor, zur „Schnittstellen-Republik“ zu werden, sollten sich verschiedene Systeme nicht gleichmäßig weiterentwickeln. Eine späte Erkenntnis.

Überdeutlich wurde das Problem im vergangenen Jahr, als kommunale Gesundheitsämter nur sehr zögerlich ein einheitliches Covid-19-Nachverfolgungssystem implementierten. Zwar einigte sich die Ministerpräsidentenkonferenz darauf, die Software Sormas in allen 375 Gesundheitsämtern der Republik einzuführen, bei der Umsetzung hakte es dann aber wieder – bis heute.

Die Flutkatastrophe zeigt, wie gefährlich das Zuständigkeits-Chaos ist

Einige Ämter setzten lieber weiter auf bewährte Systeme, andere wollten die zur Einführung nötigen Schulungen mitten in der Pandemie vermeiden. Die Länder konnten eine Umsetzung in den Gemeinden nicht anordnen. Im Ergebnis fehlte eine einheitliche, funktionierende Software.

Wie real die Gefahren schlechter Kooperation sind, hat jetzt die Flutkatastrophe an der Ahr eindrücklich bewiesen: „Im Prinzip“ waren sich Bund, Länder und Kommunen der wachsenden Bedrohung durch Extremwetterereignisse bewusst – doch

vorhandene Erkenntnisse, Leitfäden und Warnsysteme konnten ein Versagen im Katastrophenfall nicht verhindern.

Das Bundesinnenministerium verweist auf die Zuständigkeit der Länder und die zentralen Landesbehörden verweisen auf die der Landratsämter. Der Leiter des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) verwies auf ein 400-seitiges Handbuch seiner Behörde und das installierte satellitengestützte Warnsystem – ob die Warnung auch bei den Menschen in betroffenen Regionen ankommt, liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des BKK. Behördenoutput in Form von Dokumenten steht zu oft im Mittelpunkt, wo Ergebnisorientierung durch erreichte Ziele wichtiger wäre.

Fünf Schritte zur Digitalisierung der Verwaltung

Wenn die Katastrophenwarnung im deutschen Föderalismus weiterhin dezentral erfolgen soll, müssen jedoch die Schnittstellen reibungslos funktionieren und Warnmeldungen müssen unverzüglich und flächendeckend die Bürger erreichen. So erfolgreich föderale Strukturen mit ihren subsidiären Entscheidungen in vielen Bereichen sind – als eine Art „Verantwortungsabwälzsystem“ im Katastrophenfall dürfen sie keine Zukunft haben.

Auch in anderen Bereichen gibt es Baustellen, auf denen es an administrativer Wirksamkeit mangelt: Die E-Krankenakte wartet immer noch auf ihre Einführung, bei Online-Behördengängen (E-Government) hinkt Deutschland in Europa hinterher. Die Lösung beinhaltet fünf Schritte:

Erstens: Deutschland braucht eine Digitalagentur. Sie könnte sich auf Bundesebene um flächendeckende E-Government-Lösungen für Bundesministerien, Länder und Kommunen kümmern; mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) besteht hierfür bereits ein Nukleus. Vorbild könnte das österreichische Bundesrechenzentrum sein, das bei unseren Nachbarn mit Nachdruck die Verwaltungsleistungen digitalisiert. Dies erscheint eher zielführend als ein wahlkampfgerecht momentan von verschiedenen Seiten gefordertes Digitalministerium, das zwangsläufig in Konkurrenz zu anderen Ministerien stehen würde, die ebenfalls mit Digitalisierungsfragen befasst sind.

Regierungswechsel dürfen die Umsetzung nicht bremsen

Zweitens: Vereinbarte Digitalisierungsziele und bereits begonnene Vorhaben müssen stringent umgesetzt werden, egal, wer Bund und Länder regiert. Regierungswechsel dürfen nicht dazu führen, dass laufende Programme erst einmal gestoppt werden, um dann – bedingt durch die zunächst noch nicht 100-prozentig arbeitsfähige neue Administration – erst nach einiger Zeit ersetzt zu werden. Eine gemeinsame Zieldefinition von Bund und Ländern sowie der in Bundesregierung und Landesregierungen vertretenen Parteien könnte dies sicherstellen; etwa bei der weiteren Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes von 2017.

Drittens: Ohne Europa geht es nicht. Die EU hat in der Single-Digital-Gateway-Verordnung festgelegt, dass die Mitgliedsländer ihren Bürgern und Unternehmen bis 2023 ein einheitliches digitales Zugangstor einrichten müssen, um 73 wichtige Leistungen online bereitzustellen. Dazu zählt etwa die elektronische Zustellung von Verwaltungsbescheiden, die KfZ-Zulassung und auch die Gründung eines Unternehmens. Die Umsetzung geltenden EU-Rechts muss Vorrang haben.

Viertens: Best-Practice-Beispiele nutzen. Was Deutschland beim E-Government fehlt, läuft anderswo besser – nicht nur in der „Onlinerepublik“ Estland, sondern auch in Schweden oder Dänemark oder im ebenfalls föderal strukturierten Österreich. Diese Länder halten reichlich Anschauungsmaterial für die Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung in der Bundesrepublik vor.

Fünftens: Umsetzungsverträge zwischen Land und Kommunen. Vieles scheitert im Miteinander der Länder und ihrer Kommunen, weil einheitliche Ziele nicht verbindlich sind und keine Umsetzungsvereinbarungen getroffen werden. Der DigitalPakt Schule beispielsweise läuft so erkennbar ins Leere, wird jedenfalls weder einheitlich noch zeitgerecht wirksam.

Müssen die Alterung so ernst nehmen wie den Klimawandel

Nur mit Wachstum lassen sich die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abfedern. Sprudelnde Steuereinnahmen wie nach der Finanzkrise fallen diesmal weg. Daher müssen wir die Alterung so ernst nehmen wie den Klimawandel. Zwei europäische Länder zeigen, wie es gehen kann, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für die Welt vom 16. Juli.

Was ich klarstellen will:

Der politische Konsens, die deutsche Wirtschaft klimaneutral zu machen, ist eindrucksvoll und angemessen. Aus den Klimamodellen wird der heutige Handlungsbedarf abgeleitet. Die Dringlichkeit heutigen Handelns vermisse ich allerdings dort, wo es ebenso pressiert und ein Unterlassen die Dekarbonisierung sogar gefährden kann: bei der demografischen Alterung.

Warum ich das gerade jetzt sage:

Weil Politiker auf die Frage, wie die notwendigen Investitionen für den Strukturwandel unter der Restriktion der Schuldenbremse finanziert werden können und die Tilgung der Corona-Schulden dabei nicht zur Last wird, reflexartig auf die Früchte stärkeren Wachstums verweisen. Sprudelnde Steuereinnahmen wie in den Jahren seit 2011 sollen als Finanzierungswunder das Problem automatisch lösen. Doch dem stehen Alterung und Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung entgegen.

Man kann das Wachstum (auf der volkswirtschaftlichen Entstehungsseite) über höhere Arbeitsproduktivität oder ein höheres Arbeitsvolumen steigern. Beim Produktivitätswachstum beobachten wir seit Längerem in allen Industrieländern einen Rückgang; die erhofften Effekte der Digitalisierung haben sich bisher nicht eingestellt und die internationale Technologiekonvergenz lässt keine Sonderentwicklung einzelner Volkswirtschaften erwarten. Für die Erwerbsbeteiligung und das Arbeitsvolumen gelten anders als in der zurückliegenden „goldenen Dekade“ nach der Finanzkrise in dem vor uns liegenden Jahrzehnt ungünstige Bedingungen:

Erstens reduziert sich alterungsbedingt die Anzahl der Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 66 Jahren von 51,8 Millionen (2020) auf 48,6 Millionen im Jahr 2030, was einem Verlust von 4,5 Milliarden Arbeitsstunden entspricht. Zugrunde liegt die

aktuelle Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamts mit der Annahme jährlicher Nettozuwanderung von immerhin 220.000 Personen.

Zweitens sind die Beschäftigungspotenziale weitgehend ausgeschöpft, nachdem die Erwerbsbeteiligung der 20- bis 64-Jährigen von rund 68 Prozent im Jahr 2004 auf über 80 Prozent im Jahr 2019 angestiegen ist.

Drittens führt der oft als wichtige Kompensation benannte Abbau unfreiwilliger Teilzeit, die im Jahr 2019 in Deutschland knapp zehn Prozent aller Teilzeitbeschäftigten umfasst, nur zu einem begrenzten Zugewinn von 690 Millionen Arbeitsstunden.

Wenn Produktivität und Zuwanderung keine großen Hoffnungen begründen, bleibt zu fragen, ob die im Lande befindlichen Menschen mehr arbeiten können. Das lässt sich beispielhaft im Vergleich zur Schweiz und zu Schweden ermitteln, zwei in Deutschland durchaus akzeptierte Sozialmodelle.

„Start-ups sind das, was jede Wirtschaft braucht“

In den letzten 15 Jahren sei Deutschland unverändert ein erfolgreiches Industrieland gewesen, sagt IW-Direktor Michael Hüther im Interview mit der Onlinenplattform SalsUp vom 14. Juli. Doch es gebe zu wenig Existenzgründer, deswegen müssten wir das „Gründungsgen“ weiterverbreiten und unternehmerischen Erfolg positiv bewerten.

SalsUp: *Sie sind seit 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. An welchen Fragen und Forschungsgebieten arbeitet Ihr Institut aktuell?*

Michael Hüther: Wir decken ein ganzes Füllhorn an Themen ab. Eines der wichtigsten ist wohl der Strukturwandel. Und deshalb nicht so sehr die kurze Frist der Konjunktur, sondern die langfristige Entwicklung von Wachstum und Verteilung, Bildung, das Investieren und die Bedingungen des Investierens, das politische System und wie Unternehmen sich diesen Bedingungen stellen.

SalsUp: *Für welches Thema brennen Sie persönlich besonders?*

Hüther: Ich bin als Volkswirt vom Schwerpunkt her Finanzwissenschaftler und finde es spannend, wie der Staat fiskalisch agiert, seine fiskalische Bilanz, die Schuldenkalkulation und wie sich die Schulden im Laufe der Zeit entwickeln. Außerdem kommt der Historiker in mir zum Tragen: mich interessiert zu sehen, wie Pfadabhängigkeiten im Strukturwandel nachwirken. Viele Dinge lassen sich nicht aus dem Gestern, sondern aus dem Vorgestern erklären. Die Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert sind insbesondere durch unsere Kleinstaaterei und hohe Regionalität in Deutschland geprägt – im Gegensatz zu Frankreich, wo Paris der „Nabel des Landes“ ist. Stattdessen haben wir Industrie in regionalen Clustern in der ganzen Republik.

SalsUp: *Welche Wirtschaftszweige werden in den nächsten Jahren für Deutschland an Bedeutung gewinnen, welche vielleicht verlieren?*

Hüther: Die Frage ist: Geht es wirklich um die Wirtschaftszweige oder eher um die Art des Leistungsversprechens?

Die Automobilbranche wird sich immer mehr zur Mobilitätsbranche entwickeln. Es wird darum gehen, Lösungen für autonomes und emissionsfreies Fahren zu finden. Menschen benötigen immer mehr Bewegungsfreiheit im öffentlichen Verkehr. Es braucht intermodale Konzepte zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern: Beim autonomen Fahren wäre es denkbar, dass das selbstfahrende Auto direkt am Bahnhof vorfährt, an dem ich gerade aus dem Zug steige, um so direkt weiterfahren zu können. Natürlich wird es weiterhin Eisenbahnen geben, denn diese haben sich für Massentransporte etabliert und als effizient herausgestellt; die Digitalisierung vermag einen neuen Schub für die Leistungsfähigkeit zu bringen. Die Botschaft kann nicht sein, dass alle zu Hause sitzen. Die Interaktion wird differenzierter, damit man sich keine Sorge über den ökologischen Fußabdruck machen muss. Den deutschen Maschinenbau wird es auch künftig geben, weil wir die besten Maschinen der Welt bauen. Auch hier wird von klassischen Maschinen bis 3D-Effizienzsteigerung und Emissionsfreiheit viel passieren. Die Industrie 4.0 ist das Versprechen, digital, hocheffizient und kostenattraktiv hochklassige Produkte zu produzieren. Es kommt nicht darauf an, was wir machen, sondern wie wir es machen. Auch künftig werden wir Chemie, Stahl, Bau und Gipsproduktion brauchen – Effizienz fängt bei den Grundstoffen an. Wir müssen zeigen, dass wir die Wasserstoffstrategie auch zügig umsetzen können.

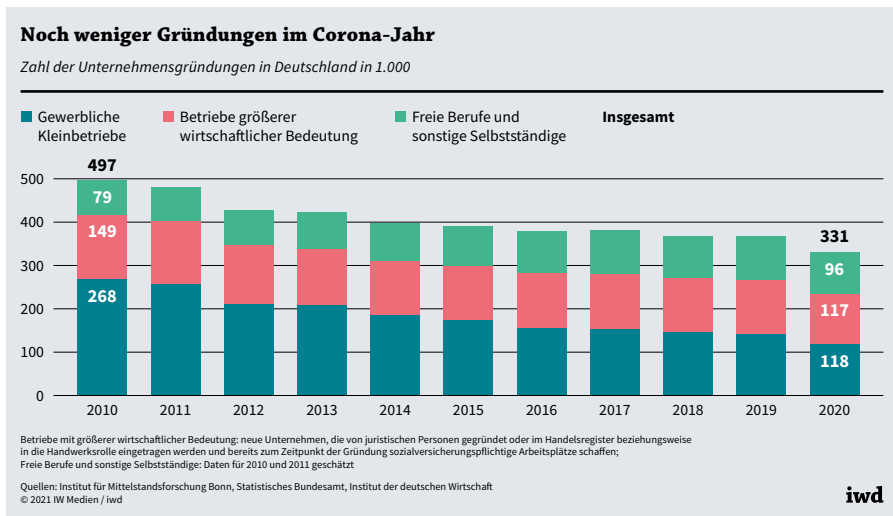
SalsUp: *Was sind die gravierendsten Veränderungen in der deutschen Unternehmenslandschaft, die Sie beobachten durften?*

Hüther: In den letzten 15 Jahren waren wir unverändert ein erfolgreiches Industrieland – und das ist bemerkenswert, denn das haben viele nicht erwartet. Wir haben Anpassung, Agilität und Flexibilität erlebt. Den Einzug der Digitalisierung sowie neuer Geschäftsmodelle und erweiterter Vorleistungsnetzwerke. Deutschland ist eine Cluster- und Netzwerkindustrie und diese räumliche Dichte bringt Vorteile. Viele Branchen-Cluster und die Bündelung im Raum machen Effizienz in Deutschland möglich. Klassische Unternehmen nutzen digitale Plattformen für Aufträge, Logistik und Vieles mehr. Das macht uns heute ganz anders steuerungs-fähig. Wenn man flexible Netzwerke hat, ist Digitalisierung keine große Überraschung. Sie ermöglicht Informationsaustausch und steuerbare Differenzierungsleistung.

Keine andere Wirtschaft ist so international wie die deutsche, was durch unsere Flexibilität bedingt ist, unterschiedliche Märkte und Kulturen anzunehmen und Lösungen zu entwickeln.

SalsUp: *Wie haben Sie das vergangene Jahr – stark durch Corona geprägt – wirtschaftlich wahrgenommen? Was hat Sie überrascht? Positiv wie negativ?*

Hüther: Ein exogener Schock ändert die Megatrends nicht. Sie werden zwar vielleicht intensiver, dringlicher und beschleunigt, aber nicht abgelöst. Bemerkenswert war, dass große Industrieunternehmen es geschafft haben, ihre Anpassungsvermögen aus den vorangegangenen zwei Jahren abzuschütteln und sich für die Zukunft und neue Dinge fit zu machen. Im internationalen Vergleich stehen deutsche Unternehmen sehr gut da. Wenn man den Vorhang Corona beiseitezieht, muss man aber auch feststellen, dass die Grundrechtseinschränkungen gut verkräftet wurden.



SalsUp: *Wie schätzen Sie die Relevanz von Start-ups für die deutsche Wirtschaft ein?*

Hüther: Das ist das, was jede Wirtschaft braucht. Wir haben zu wenige Existenzgründer. In Berlin oder München haben wir eine gute Kultur an international agierenden Startups mit positivem Beitrag zum Wachstum, wie es nun auch in

Berlin der Fall ist. Genauer gesagt war dieser erstmals positiv und zuvor immer negativ. Was an der speziellen Geschichte mit doppeltem Strukturwandel durch die Teilung der Stadt kam. Siemens zum Beispiel ist damals von Berlin nach München gewandert und nie zurückgekehrt. Doch Berlin ändert sich und Start-ups können durch Impulse viel in einer Region mitbewegen und so die Schwelle zum positiven Beitrag überschreiten.

SalsUp: *Was wünschen Sie sich von den Gründer:innen von morgen?*

Hüther: Warum haben wir nicht mehr, die den Weg der Gründer:innen gehen? Wer gründet, möchte neue Wege gehen und Risiken tragen. Eine Gründung zu managen und daraus etwas zu machen, erfordert ein bestimmtes Profil, und wir brauchen mehr davon. Die beste Orientierungshilfe sind dabei Venture-Capital-Firmen und Business Angels. Es ist nicht die Frage, was wir den Gründer:innen sagen müssen, sondern was die Marktwirtschaft im Wettbewerb darf. Wir müssen das „Gründungs-
gen“ weiterverbreiten und unternehmerischen Erfolg positiv bewerten.

Trügerische Liebe

Im Wahlkampf versprechen praktisch alle Parteien, das Klima zu schützen und gleichzeitig den Industriestandort zu stärken. Doch auf rhetorische Liebesbekundungen kommt es nicht an: Die großen Konflikte um den Klimaschutz in der Wirtschaft fangen gerade erst an, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für die Welt vom 24. Juni.

Die Sorge um die deutsche Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität verlangt mehr als eine rhetorische Erweckung, wie sie vielstimmig auf dem diesjährigen Tag der Industrie zu vernehmen war.

Was ich klarstellen will:

Eine solche Transformation bedeutet harte Arbeit und zahlreiche Konflikte, sie verlangt ein hohes Maß an Einsatz und Disziplin. Und es geht um eine neue Qualität der Verantwortung von Staat und Markt.

Warum ich das gerade jetzt sage:

Die deutsche Industrie konnte sich auf ihrer Jahresversammlung kaum vor Liebesbekundungen retten. Ob Kandidatin oder Kandidat, ob schwarze, rote, grüne oder gelbe Parteizugehörigkeit: Es begann stets mit eindeutigem Bekenntnis zum Industriestandort. Dennoch blieb ein fahler Beigeschmack: Weil man schon lange die Regierung führt und vieles über Zielformulierungen hinaus hätte angehen können. Weil man schon lange mitregiert und ebenso deutlich wie nun gefordert Impulse hätte setzen können. Weil das Wahlprogramm regulatorisch oder steuerpolitisch kaum mit dem als notwendig Erachteten in Einklang zu bringen ist.

Was auch zu hören war:

Manches wird anders gelesen, als es geschrieben wurde oder die Schreiberin gedachte zu schreiben. Weitgehende Einigkeit herrscht bei den klimapolitischen Zielen, nicht aber bei Instrumenten und Zeitpfaden. Die Konfliktlinien laufen durch andere Themenfelder. So teilen sich die Texte in solche mit Steuersenkungsopti-

onen oder Belastungsmoratorien und solche mit klaren Steuererhöhungsaussagen. Bei der Sozialpolitik liegen die Unterschiede in der Frage, ob mehr oder weniger neue Versprechen gemacht werden. Zur Überprüfung des Sozialhaushalts ruft sowieso keiner auf.

Verschieden sind die Vorschläge, wie die notwendigen öffentlichen Vorleistungs-investitionen für die „große Transformation“ finanziert werden sollen. Die einen plädieren für eine Öffnung oder Ergänzung der Schuldenbremse durch eine Investitionsregel, die anderen setzen allein auf Wachstum. Dass das bei demnächst schrumpfender Erwerbsbevölkerung ziemlich voraussetzungsvoll ist, bleibt indes nur eine Ahnung. So wichtig eine Entfesselung von Bürokratie ist, ohne eine Ausweitung des Arbeitsvolumens wird es schwierig.

Wer bestimmt sofort protestiert:

Die Moralisten auf den Straßen, die statt klimaneutraler Industrie eher das industrie-freie Klima propagieren. Sie werden den handlungsorientierten Ansatz, dem sich beim BDI alle politischen Akteure verschrieben haben, ablehnen. Die Wende muss jetzt, sofort kommen, nicht nach jahrzehntelanger Transformation. Realismus und Idealismus stoßen unversöhnlich aufeinander.

Wie es nun idealerweise weitergeht:

Es bleibt ambitioniert genug, beim Europäischen Zertifikatehandel alle Sektoren einzubeziehen. Er sollte mit einem Zielmoratorium verbunden werden, weil für die Anpassungen der Unternehmen ansonsten keine stabilen Erwartungen möglich sind. Die Folge wäre Carbon Leakage durch Auslandsinvestitionen.

Nimmt man sie wirklich ernst, erfordert die „große Transformation“ einen sektor-integrierenden Infrastrukturplan für digitale Netze, Energie und Verkehr. Gespannt dürfen wir auf die Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren warten.

Unternehmen müssen und werden durch Innovationen und Investitionen die Transformation leisten. Dafür benötigen sie neben Planungssicherheit gute Stand-

ortbedingungen: steuerlich über einen ausgeweiteten Verlustrücktrag, eine ausgebauten FuE-Förderung und wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Wer Steuern erhöht, der läuft Gefahr, das selbst gesteckte Ziel im Strukturwandel vollends zu verfehlen.

Die Corona-Pandemie hat Beschäftigungs- und Bildungsverluste verursacht, die Dekarbonisierung ruft nach neuen und gestärkten Kompetenzen. Deshalb verlangt auch ein realistischer Pfad zur klimaneutralen Industrie eine wirksame Kompensation der Schulausfälle und eine marktorientierte Weiterbildungskampagne.

„Wir werden eine Korrektur dieser Preiseffekte sehen“

IW-Direktor Michael Hüther rechnet nicht damit, dass die hohe Inflation lange anhält. Im Interview mit dem Deutschlandfunk am 4. Juni sagt er, die Preissteigerungen seien vorübergehende Effekte und Nachwirkungen des Corona-Jahres. Sparern rät er, in Aktien und Immobilien statt in Staatsanleihen zu investieren.

In Deutschland ist die Inflationsrate im Mai auf 2,5 Prozent gestiegen – der höchste Wert seit zehn Jahren. Das liegt vor allem an den schnell gestiegenen Preisen unter anderem für Öl und Gas. Aber auch Waren und Dienstleistungen sind nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Vorjahr teurer geworden. Im April lag die Inflationsrate noch bei 2,0 Prozent. Die Rate übersteigt damit das Ziel der EZB, die mit ihrer Nullzinspolitik eine hohe Inflation verhindern wollte und sich ein Ziel von 2,0 Prozent gesetzt hatte.

Deutschlandfunk: *Herr Hüther, verliert jede Euromünze, die in der Hand umgedreht wird, damit schon an Wert?*

Michael Hüther: Na ja, wenn wir die Betroffenheit in der Breite uns anschauen, was die Energiepreise anbetrifft, dann ist es natürlich so, und das geht auch nicht an den Geldbeuteln vorbei. Aber die entscheidende Frage ist ja, können wir es einschätzen, wie weit es trägt, und vor allen Dingen, ist es dauerhaft im System drin, das heißt, wirkt es über höhere Lohnabschlüsse, über eine Preis-Lohn-Preis-Spirale in das System, sodass dann die Notenbank eine ganz andere Politik betreiben müsste. Das ist ja sozusagen die Überlegung, die man mit im Auge haben muss. Bisher – und das ist auch meine Einschätzung – überwiegt die, dass es ein vorübergehendes Phänomen ist, wir haben einen Nachruckeleffekt aus der Corona-Situation des vergangenen Jahres. Man muss sich immer klarmachen, das haben wir noch nie gehabt, außer in Kriegssituationen, dass Produktion fast komplett runtergefahren wird, dass Lieferketten unterbrochen wurden, dass Grenzen geschlossen wurden, und das fährt man nicht einfach so hoch, als sei nichts gewesen. Und das merken wir jetzt sehr viel deutlicher, weil insgesamt die Weltwirtschaft auf einem Expansionspfad ist und weil noch etwas hinzukommt: Die Rezession in der Industrie, die wir in Deutschland seit dem Frühjahr 2018 hatten, ist im Grunde

auch überwunden. Wenn Sie die Einkaufsmanager-Indizes, das Geschäftsklima, die Geschäftserwartungen der Industrie sich anschauen, sind die oft auf Periodenhöchstwerten angekommen, und das zeigt, in der Welt ist viel unterwegs. Und das dann zusammen mit dem Abschließen einer Ökonomie, dass man wieder aufschließt, das ist das, was wir jetzt erleben.

Deutschlandfunk: *Nun ist ja die Wiederbelebung der Produktion, was Sie ja jetzt hier auch sagen, und damit auch die Wiederbelebung auch von Lohn- und Tarifverhandlungen und so weiter, ist ja noch nicht beendet, das geht ja weiter. Wie groß ist das Risiko?*

Hüther: Na ja, die Tarifverhandlungen, dass es vielleicht eine gute Fügung gibt, Stabilität, weil wir in diesem Jahr keine großen Lohnverhandlungen mehr haben. Die Flächentarifverträge sind abgeschlossen und tragen in das Jahr 2022 hinein, und ich sehe auch nicht, dass in der Lohnpolitik sich die Konstellation grundsätzlich verändert. Natürlich wird man auf Reallohnsicherung schauen, aber dass daraus diese klassische Preis-Lohn-Preis-Spirale wird, scheint mir von den Wettbewerbsverhältnissen international nicht plausibel.

„Geldpolitik unterstützt vor allem Bilanzbereinigung der Banken“

Deutschlandfunk: *Sie sagen, das ist noch nie dagewesen, eine derartige Geldpolitik, eine derartige Nullzinspolitik über so, so viele Jahre hat es auch noch nie gegeben. Wie problematisch ist das?*

Hüther: Das ist sicher richtig. Was wir uns anschauen müssen, ist, wie sind diese unkonventionellen Maßnahmen, wie es ja heißt, im System angekommen. Bisher nicht in der Geldmenge, nicht in (...) Geldmenge M3, die die Nutzung des Geldes durch die Konsumenten letztlich bestimmt, sondern in der Zentralbank-Geldmenge, der monetären Basis, wie wir sagen, das heißt eigentlich im Banksystem. Die Geldpolitik ist bisher vor allen Dingen eine Politik, die die Bilanzbereinigung der Banken unterstützt hat. Das war nach der Finanzkrise wichtig, das war auch in den letzten Jahren vor dem Thema der Staatsschulden wichtig, und das ist aber noch nicht angekommen. Das heißt, insofern ist der normale Hebel, den wir erwarten, auf die Geldmenge nicht da, und die Geldmenge hat nicht mehr diese Informationsfunktion wie früher. Sie ist kein Vorlaufindikator mehr für Inflation.

„Die Preise sind nichts anderes als Informationen“

Deutschlandfunk: *Also zugunsten der Banken, zulasten der Verbraucher?*

Hüther: Nicht zulasten der Verbraucher. Die Verbraucher haben auch was davon, wenn ihre Banken sicher sind, wenn das Finanzsystem stabilisiert wird, wenn wir insgesamt dadurch einen Finanzierungsrahmen haben, der auch jetzt ja wieder hilft. Insofern gilt schon, was auch Staatssekretär Jörg Kukies gesagt hat: Wir sind mit dem Bankensystem ganz ordentlich durch diese Pandemie gekommen, und das sollte uns erst mal Sicherheit auf der einen Seite geben, und wir müssen sehr viel genauer in die vielen Preiseffekte reinschauen. Wir haben so viele Sondereffekte – Holz, weil Brände, weil protektionistische Maßnahmen in Russland beim Bau dazu führen, dass wir beispielsweise aus einer Koproduktion im Bereich der Mineralölnutzung, aber auch bei anderen Themen, dass die Kuppelprodukte so nicht mehr da sind, Gips beispielsweise, wenn Sie bauen, ein Baumaterial für den Innenausbau ganz zentral, und es ist einfach sehr viel knapper. Und die Preise sind ja nichts anderes als Informationen, die uns geliefert werden: Etwas ist knapper.

„Wir haben sehr viele vorübergehende Effekte“

Deutschlandfunk: *Wenn wir das konkret machen, es wird knapper, wir können das seit Wochen, Monaten beobachten. Sie haben das Stichwort genannt, Holzkosten, auch andere Materialien, die wichtig sind bei der Verbauung, wie auch immer. Wir haben die Sprit-, die Gaspreise, Strompreise, alles geht nach oben, alles wird teurer, da wird die Inflation doch steigen.*

Hüther: Ja, die Frage noch mal, setzt es sich in dem um, was geldpolitisch als Rahmen gesetzt ist, und das ist nicht das, was ich im Augenblick erwarte, sondern wir werden eine Korrektur dieser Preiseffekte auch wieder sehen. Wir haben Dinge, beispielsweise die CO₂-Abgabe in Deutschland seit Jahresanfang auf flüssige Brennstoffe und Gas kommt zusätzlich hinzu. Wir haben den Effekt der Mehrwertsteuer, die im zweiten Halbjahr 2020 gesenkt war, die jetzt im ersten Halbjahr wieder dazukam, das heißt, wir haben sehr, sehr viele vorübergehende Effekte, und die ganzen Lieferprobleme werden ja durch die Preissignale auch wieder bereinigt. Bei einigen geht's schneller, beim Thema Halbleiter, wenn eine Fabrik abgebrannt ist wie in Japan, dauert es wieder etwas länger, aber diese Dinge ruckeln sich ein, und da darf man sich auch nicht sorgen. Da gilt auch ganz einfach, dass

die Preise reagieren, zeigt uns ja, dass das Informationssystem der Marktwirtschaft entsprechend wirkt. Die Informationen werden geliefert, daraus entstehen Anpassungen in den Produktionskapazitäten, oder man sucht nach alternativen Dingen. Wenn man sich zum Beispiel Zulieferer im Automobilbereich anschaut, Metalle werden ganz anders heute in der Welt nachgefragt als nur über die klassischen Lieferketten. Also man reagiert darauf, und es ist auch richtig, dass dann die Preise genau diese Information liefern.

„Verhaltensanpassung in der Nutzung der Energie“

Deutschlandfunk: *Ja, wird ja auch teurer, Herr Hüther, aber ich muss Sie noch was fragen: Wenn die Produktion weiter steigt, wenn die Preise weiter steigen, da sagen Sie, da gibt es meistens in irgendeiner Form ab einem bestimmten Zeitpunkt auch ein Korrektiv, weil diese Informationen dann aufgenommen, verarbeitet und korrigiert werden in irgendeiner Form vom Markt. Wenn der Staat aber dabei ist, Klimaschutzpolitik, CO₂-Steigerungen der Preise, ist das ja etwas anderes, ein Eingriff in den Markt. Diese Preise werden immer höher. Inwieweit sind diese CO₂-Preise, Energiepreise dann verbunden mit dem Thema Inflation?*

Hüther: Das ist etwas, was fortlaufend wirkt. Wir sehen das dann auch bei den CO₂-Preisen über den Zertifikatehandel, aber das ist ja auch gewünscht. Aber gewünscht ist ja vor allen Dingen, dass dann auch Verhaltensanpassungen stattfinden, das heißt, die Verhaltensanpassungen in der Nutzung der Energie führen ja wieder zu Preisdämpfungen. Also auch hier muss man ja sehen, der Preis an sich soll ja nicht nur hoch sein, sondern es soll ja eine Reaktion stattfinden. Das gilt nicht nur auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft, wenn hier Produktionskapazitäten gebaut werden oder Lieferstrukturen überarbeitet werden, das geht auch bei den Konsumenten.

Kerninflationsrate und Erwartung in den Märkten

Deutschlandfunk: *Das könnte aber dauern.*

Hüther: Ja, das kann dauern, aber auf der anderen Seite sehen wir auch, wie schnell es dann geht. Wenn Sie sich beispielsweise die anderen Möglichkeiten der Mobilität anschauen, wie schnell jetzt umgestellt wird in der Produktion, dass auch nachfrageseitig darauf reagiert wird, das hängt mit diesen Preisen zusammen. Und dann

sollten wir auf die Kerninflationsrate schauen, die liegt bei 1,6 bis 1,7 Prozent, das ist die, die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnet wird. Warum machen wir das? Weil wir sagen, bei (...) sind in der Tat so viele außerordentliche Effekte, exogene Effekte, politisch, internationale Situation am Ölmarkt mit drin. Wenn man wissen will, was in der Volkswirtschaft selbst angelegt ist aus dem ökonomischen Geschehen, schaut man sich die Kerninflationsrate an. Und ein Letztes: Die Inflationserwartungen, die die EZB erhebt auf zwölf und 24 Monate, sind nicht aus dem Band ihrer Zielnorm 1,7 bis knapp unter zwei Prozent herausgerutscht, sondern sind weiterhin da drin. Es gibt also auch keine Erwartungen in den Märkten.

„Der Nachruckeleffekt ist komplizierter“

Deutschlandfunk: *Ja, aber wir haben jetzt 2,5, es wurde ja immer argumentiert: maximal 2 Prozent, da ist man jetzt ja drüber, aber Sie sagen, das ist die Kerninflation ...*

Hüther: Ja gut, (...) drunter waren.

Deutschlandfunk: *Ja, ja, aber die Kerninflation ...*

Hüther: ... fast Deflationsdiskussionen gehabt, und jetzt haben wir ein Überschießen aus diesen vielen, vielen Sondereffekten, und der Großteil ist Corona-bedingt, ist bedingt aus den Lieferketten, auch aus den Logistiksystemen. Wenn Sie sich Containerpreise anschauen, die ja sich verdreifacht haben, all das macht ja deutlich, dieser Nachruckeleffekt, der ist einfach länger und der ist komplizierter, und es ist nicht ein Schalter, wo wir ein- und ausmachen, wenn man eine Volkswirtschaft oder eine Weltwirtschaft quasi wie gesagt abstellt.

„Ein bisschen Ruhe im Karton“

Deutschlandfunk: Aber Sie haben gesagt, es gibt diese externen Faktoren, die müssen wir rausrechnen, aber es gibt immer externe Faktoren, die können sich ja auch noch verstärken.

Hüther: Ja, aber auch dann ist die Frage: Wie reagiert man darauf? Wir haben immer gesehen, dass man auch dann darauf reagiert – auf Ölpreise, auf entsprechende andere Preissignale. Nahrungsmittel sind Saisongüter, das ist nichts, was dauerhaft nach oben treibt. Der entscheidende Punkt, da haben Sie drauf hinge-

wiesen, ist natürlich die CO₂-Bepreisung, aber das wollen wir, und diese Relativpreise sollen zur Kenntnis genommen werden. Das heißt, hier sollen die Menschen ja auch reagieren. Auch das ist etwas, was dann ankommen muss. Insgesamt ist das jetzt ein Überschießen der zwei, aber das ist nichts, was sofort die Geldpolitik jetzt auf den Plan rufen sollte. Das muss sie auch hinnehmen, genauso wie sie mal das eine Prozent nur hingenommen hat und wo auch keiner gerufen hat, als es mal weniger war und wir alle über Deflationsgefahren gesprochen haben, also auch jetzt ein bisschen Ruhe im Karton. Das sind viele Sondereffekte, und dann müssen wir schauen, bis die Notenbank durch kluge Kommunikation klarmacht, dass sie aber eine andere dauerhafte Entwicklung nicht hinnimmt.

„Niemand ist gezwungen Staatsanleihen zu kaufen“

Deutschlandfunk: *Sie haben gesagt, Ruhe im Karton oder Ruhe bewahren, Sie haben eben auch gesagt, der Verbraucher hat auch was davon, wenn wir auf die Sparer schauen, wenn wir auf diejenigen schauen, die angelegt haben als Altersvorsorge und so weiter, und das ist nicht garantiert, dieser Festzins, das heißt, da gibt es ja auch keine Rendite mehr. Wie problematisch ist das genau für diese Gruppe – wir reden ja über Millionen –, die jahrelang auf Kontinuität und Stabilität gesetzt haben und die jetzt, wie beispielsweise auch der bayrische Finanzminister sagt, die jetzt enteignet werden, Step by Step, also Schritt für Schritt.*

Hüther: Na ja, ich meine, es ist ja niemand gezwungen, nur Staatsanleihen zu kaufen, und eine kluge Anlage hat ein breites Portfolio, hat möglicherweise Fonds, in denen auch international (...) auch Aktien enthalten sind, und wenn Sie die da drin haben, haben Sie das Problem nicht.

„Man kann in Aktien oder Immobilien gehen“

Deutschlandfunk: *Haben ja viele nicht.*

Hüther: Ja, aber das ist ja dann auch die Frage, ob wir nicht der Aktienkultur mal etwas mehr Bedeutung beimessen sollten. Durch breite Streuung kann man daraus gute Produkte machen, das ist alles bekannt. Insofern, dieses Argument galt ja auch vorher schon. Ich meine, es war vorher schon, dass eine Bundesanleihe negativ verzinst war, und dann noch und selbst dann, wenn Sie nur 0,5 Prozent Inflation haben, ist es dann erst recht negativ – auch das haben Menschen hingenom-

men, weil die Verwahrung von Geld auch offensichtlich etwas ist, was man als werthaltig ansieht. Aber wenn man Rendite machen will, muss man ein anderes Portfolio anlegen, das gilt aber schon länger. Keiner hat einen Anspruch darauf, dass er eine Realwertsicherung seiner Anleihen bekommt.

Deutschlandfunk: *Also mit Sparen verliert man?*

Hüther: Wenn man so spart. Man kann das auch anders machen, man kann in Aktien gehen, man kann in Immobilien gehen. Man muss sich überlegen, dass man ein wirklich breites Portfolio hat, und man hat ja auch eigentlich lange Zeit im Leben. Es geht ja um eine Perspektive auch des langfristigen Sparens, und dann ist auch eine ganz andere Risikostruktur als bei dem Kurzfristsparen natürlich richtig und wichtig. Also noch mal: Keiner hat für eine Einzelanlage einen Anspruch auf Werthaltigkeit.

„Wir brauchen ein Modernisierungs-Jahrzehnt“

Über die wirtschaftlichen Corona-Folgen, das Teilversagen der Politik und eine faire Steuerpolitik, die Unternehmen und Privathaushalten nützt, spricht IW-Direktor Michael Hüther in einem Interview mit dem FOCUS vom 6. April.

FOCUS: *Herr Professor Hüther, wie kommt Deutschland nach der Pandemie wirtschaftlich wieder auf die Beine?*

Michael Hüther: Wir beobachten hier eine zweigeteilte Entwicklung. Auf der einen Seite die Industrie, die schon seit Mai vergangenen Jahres einen robusten Aufholpfad eingeschlagen hat. Der Export läuft gut, die Exporterwartungen auch. Unsere wichtigsten Zielmärkte wie etwa die USA und China entwickeln sich sehr positiv. Diese erfreuliche Tendenz liegt aber auch daran, dass ein Großteil des Kurzarbeitergeldes in die Industrie geflossen ist – eine sinnvolle und wirksame Unterstützung, die schnell bei den Mitarbeitern und Firmen ankam.

FOCUS: *Und die andere, weniger positive Seite?*

Hüther: Leider haben wir nach wie vor eine sehr schwache Binnenwirtschaft, da stationärer Handel, Kultur, Hotels, Gastronomie, Sport und Messewirtschaft noch immer geschlossen sind. Bei vielen Betroffenen wird die Kapitaldecke dünn, die finanziellen Rücklagen schmelzen oder sind schon aufgebraucht. Wenn diese Bereiche aber bald wieder öffnen dürfen, rechnen wir für das Gesamtjahr 2021 vor allem angesichts robuster Industrie mit einem 3,5-prozentigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts.

FOCUS: *Was sollte die Politik jetzt tun, um diese beiden Bereiche – Industrie und Inlandskonsum – in den nächsten Jahren gezielt zu fördern?*

Hüther: Im Handel, ganz besonders an den innerstädtischen Standorten, lässt sich der Strukturwandel hin zu immer mehr Onlineumsätzen nicht zurückdrehen. Das gilt umso mehr, weil der Konkurrent des kleinen stationären Händlers oft ein amerikanischer Onlineriese ist. Daher müssen wir uns intensiv Gedanken über eine Neuentwicklung der Innenstädte machen, damit nicht ganze Straßenzüge in Bestlagen veröden. Bei Hotels und Restaurants bin ich optimistischer. Die Rückkehr der Kunden wird schnell auch zu einer Rückkehr der Normalität führen. Unsere Industrie muss dringend dabei unterstützt werden, ihre Innovationsfähigkeit und ihre

Investitionskraft zu stärken, damit sie ihre zentralen Zukunftsherausforderungen bewältigen und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern kann.

FOCUS: *Wie soll das funktionieren, wie kann dieser gewaltige Kraftakt gelingen?*

Hüther: Wenn wir ab Sommer die schwierigste Phase der Pandemie hinter uns haben, müssen wir den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel in Angriff nehmen: Unsere Bevölkerung altert. Der demografische Wandel betrifft nicht nur das Privatleben, sondern auch die Unternehmen, die gut ausgebildete Arbeitskräfte brauchen. Und ebenso den Staat, der nicht nur auf gut ausgebildetes Personal, sondern auch auf die Steuereinnahmen angewiesen ist. Gleichzeitig müssen wir den klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft, die Dekarbonisierung, gestalten. Das alles erfordert die Fähigkeit, uns möglichst schnell an die neuen Herausforderungen anzupassen und eine Vielzahl von Risiken zu bewältigen. Wir brauchen ein Modernisierungsjahrzehnt.

FOCUS: *Das erfordert aber auch eine politische Führung, die zu echter Modernisierung fähig ist und nicht schon am Auszahlen von Corona-Hilfsgeldern scheitert. Wie beurteilen Sie die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen der Regierung?*

Hüther: Hier sollten wir drei verschiedene Phasen der Pandemie unterscheiden. Im ersten Zeitabschnitt im März vergangenen Jahres hat die Regierung schnell und unkompliziert gehandelt. Das Kurzarbeitergeld und all die anderen finanziellen Überbrückungsleistungen haben funktioniert. Ebenso in der zweiten Phase im Juni: Das große Konjunkturpaket hat die Liquidität erhöht und die Kaufkraft gestärkt, das war wichtig und richtig. Anders sieht es jedoch mit den finanziellen Unterstützungsmaßnahmen seit dem dritten Lockdown im November aus. Hier lief es bisher leider sehr unrund, obwohl ausreichend Geld vorhanden ist. Die Regierung hat zwar das Richtige beschlossen, aber nicht verlässlich umgesetzt. Es wurden teils Dinge versprochen, die sich nicht einhalten ließen, weil sie gegen europäisches Recht verstoßen hätten. Und die erlaubten Finanzhilfen kamen nur sehr spät bei denen an, die sie so dringend gebraucht hätten. Klar, Fehler können passieren. Es ist aber nicht akzeptabel, wenn sich die beiden verantwortlichen Ministerien Wirtschaft und Finanzen so schlecht miteinander abstimmen.

FOCUS: *Wie geht es jetzt weiter? Was sollte die Regierung steuerpolitisch für Angestellte, Selbstständige und Unternehmen tun?*

Hüther: Fangen wir mit der Wirtschaft an. Die Besteuerung unserer Unternehmen ist international nicht mehr wettbewerbsfähig. Die letzte große Steuerreform war 2009, damals noch unter dem SPD-Finanzminister Peer Steinbrück. Eine erste faire, einfache und schnell umzusetzende Lösung wäre es etwa, den Solidaritätszuschlag auch für die Unternehmen und Gewerbetreibenden abzuschaffen. Denn diese zusätzlichen 5,5 Prozent auf Körperschaft- und Einkommensteuer belasten unsere Wirtschaft erheblich. Ein zweiter effizienter Schritt wäre es, wenn die Unternehmen angesichts der Pandemiefolgen ihre Gewinne und Verluste viel länger rückwirkend miteinander verrechnen könnten – also eine Art Negativsteuer. Auf diese Weise würde sich der Staat nicht nur an den Gewinnen, sondern auch an den Verlusten der Firmen beteiligen.

FOCUS: *So weit Ihre Wünsche für die Wirtschaft. Was ist mit den privaten Haushalten?*

Hüther: Hier brauchen wir schon seit vielen, vielen Jahren eine echte Entlastung der Mittelschicht. Denn die Masse der Steuerzahler leidet besonders stark unter der Progression, also den mit etwas höherem Einkommen schnell steigenden Steuersätzen. Das wäre allerdings wegen der großen Zahl der Nutznießer der teuerste Teil einer Einkommensteuerreform. Der Staat würde auf viele Milliarden Euro verzichten. Dieser Einnahmeverlust ließe sich auch nicht kompensieren, schon gar nicht allein durch einen noch höheren Spitzensteuersatz für Topverdiener. Schon heute zahlen gut vier Millionen Haushalte den 42-prozentigen Spitzensteuersatz – ein Single schon ab einem Einkommen von 57.919 Euro pro Jahr. Eine zeitliche Streckung der Reform in drei Stufen ist anzuraten.

FOCUS: *Niedrigere Steuern – das wäre natürlich toll. Aber was sollten die Steuerpolitiker jetzt auf jeden Fall vermeiden?*

Hüther: Höhere Steuern. Aber leider sind wieder Schlagworte wie „Vermögenssteuer“ und „Lastenausgleich“ in der Debatte. Aktuell ist Letzteres, was nach dem Zweiten Weltkrieg geboten war, nicht erforderlich. Nur zur Erinnerung: Damals hatten Millionen Menschen durch Krieg und Flucht alles verloren, andere hatten Glück und besaßen noch etwas. Vor diesem Hintergrund war es gerecht, die Lasten zu teilen und einiges über den extrem langen Zeitraum von 30 Jahren umzuverteilen. Durch die gegenwärtige Pandemie haben aber – trotz vieler harter Einzelschicksale – eben nicht Millionen Menschen 100 Prozent ihres Besitzes eingebüßt. Daher besteht auch kein Anlass für einen derart umfassenden Lastenausgleich.

FOCUS: *Und die Vermögensteuer? Wäre es nicht gerecht, dass „breite Schultern jetzt etwas mehr tragen“, um die SPD-Vorsitzenden zu zitieren?*

Hüther: Dieser Vorschlag ist gleich aus zwei Gründen ungeeignet. Erstens ist eine Vermögensteuer extrem kompliziert und teuer: Sie bringt – zugespitzt – etwa genauso viel ein, wie es kostet, sie zu erheben. Sie verschafft dem Staat also kaum zusätzlichen Finanzspielraum. Das hat sich schon bei der früheren Vermögensteuer gezeigt. Zweitens hat das Bundesverfassungsgericht diese Abgabe 1995 aus gutem Grund beanstandet: Sie hat die Besitzer von Geld- und Immobilienvermögen ungleich und damit ungerecht behandelt – daraufhin hat die damalige Bundesregierung sie ab 1997 nicht mehr erhoben.

FOCUS: *Und das Argument der „breiten Schultern“? Taugt das denn gar nichts?*

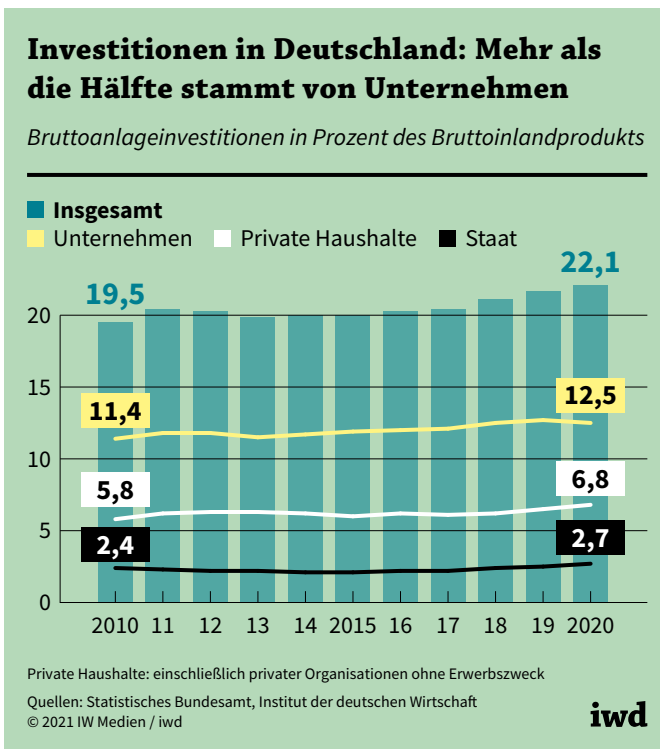
Hüther: Diese sogenannten „breiten Schultern“ tragen schon heute wegen der Steuerprogression eine erheblich schwerere Last. Hinzu kommt: Ein Topverdiener mit mehr als 274.613 Euro im Jahr muss schon seit Jahren die sogenannte „Reichensteuer“ bezahlen, einen Spitzensteuersatz mit zusätzlichen drei Prozent obendrauf. Außerdem kommt es immer darauf an, wen Sie alles zu den angeblichen „Besserverdienern“ zählen. Nach den bisherigen Steuervorschlägen wären bereits gut verdienende Facharbeiter „Besserverdiener“. Eine Vermögensteuer würde damit schon diese frühere Kernklientel der Sozialdemokraten treffen. Etwas zugespitzt: Früher hatte die SPD für diese Wähler Antworten, heute nur noch Steuererhöhungen.

FOCUS: *Selbst wenn die Regierung die Steuern senken würde: Können wir uns das angesichts der gigantischen Corona-Schuldenberge überhaupt leisten?*

Hüther: Das wird tatsächlich nicht gerade einfach. Denn um diese Corona-Schulden abzutragen, brauchen wir ein starkes Wirtschaftswachstum mit vielen Millionen zusätzlichen Beschäftigten, die durch ihre Steuern dem Staat zu neuen Einnahmen verhelfen. So wie nach der Weltfinanzkrise 2008, als Deutschland durch den Wirtschaftsaufschwung die Rekordzahl von ca. 45 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreicht hat. Das werden wir nach der Pandemie sicherlich nicht noch einmal schaffen. Wir werden unsere Rekordschulden also nicht auf diesem Weg los. Wir können diese Verbindlichkeiten auch nicht einfach ignorieren, weil die Verfassung dem Staat aus gutem Grund eine Schuldenbremse auferlegt hat.

FOCUS: Aber wie können wir diese Corona-Multimilliarden denn sonst abbauen?

Hüther: Mein Vorschlag ist, diese durch die Pandemie ausgelösten Schulden des Bundes in einen „Sonderfonds Bund“ zu packen. Diese Verbindlichkeiten könnten wir dann langfristig konsequent abtragen – etwa so wie ein langlaufendes Hypothekendarlehen über 25 Jahre. Das wäre machbar, weil die Bundesrepublik für ihre Verbindlichkeiten aktuell nur sehr niedrige Zinsen bezahlen muss. Die zweite Art von Schulden, die wir derzeit aufnehmen, dient dem Ziel, unsere Innovationsfähigkeit zu finanzieren. Hier wäre mein Vorschlag: Wir legen einen „Deutschlandfonds“ auf, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen für den Strukturwandel stemmen zu können. Es verstößt nicht gegen die Verfassung, wenn sich der Staat zu diesem genau definierten Zweck Geld leiht.



Verwaltung: Der Staat als Retter und die Mühen der administrativen Ebene

Es geht nicht mehr um die Frage schlanker versus verfetteter Staat, sondern um dessen administrative Wirksamkeit. Doch inzwischen nimmt mit jeder neuen Krise das Staunen darüber zu, dass die früher gerühmte deutsche Verwaltung eben diese Wirksamkeit offenbar verloren hat, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag bei Makronom am 26. Februar.

Im krisenhaften Ausnahmezustand, in einer „außergewöhnlichen Notsituation“, die sich „der Kontrolle des Staates entzieht“ – wie es in Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz heißt – ist der Staat zum Regelbruch (wie im Fall der Schuldenbremse) legitimiert, dann darf und muss er sogar den Retter spielen. Man könnte zuspitzen und sagen: Gerade auch für solche Fälle, die den Einzelnen und die spontane kollektive Rationalität überfordern müssen, werden Institutionen wie der Staat geschaffen. Das wird selbst in einer neoliberalen Position, wie durch Friedrich August von Hayek formuliert, explizit gesehen.

Die Frage, ob der Staat in der Krise als Retter auftreten sollte, lässt sich also sehr schnell und grundsätzlich mit „Was denn sonst?“ beantworten. Deutlich komplizierter ist allerdings die Antwort auf die Frage nach dem „Aber wie genau?“. Diese Folgefrage ist auf die Suche nach dem verhältnismäßigen Eingriff gerichtet, mit der Grenzsituationen von Gesellschaft oder Wirtschaft Rechnung getragen wird. Denn auch in der Pandemie ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Übermaßverbot Rechnung zu tragen.

Bei der Frage der Rettung durch den Staat in der Covid-19-Pandemie kann man an die unmittelbaren Hilfen denken, die bereits im März 2020 bei Ausbruch der Krise sachlich und zeitlich angemessen aufgesetzt worden waren. Man kann ebenso auf die konjunkturpolitischen Maßnahmen referenzieren, die im Juni 2020 auf den Weg gebracht wurden und bei mancher Kritik doch insgesamt wiederum zeitlich und sachlich angemessen waren. Konjunkturpolitik ist nie so spezifisch kalibrierbar, wie es die Theorie voraussetzt, Kompromisse sind deshalb unvermeidlich. Entscheidend ist es, den Ankündigungen wirksames Handeln folgen zu lassen.

Administrative Wirksamkeit

In diesem Beitrag möchte ich etwas anderes für die Frage nach der Rolle des Staates in einer so existenziellen Krise in den Mittelpunkt rücken: die administrative Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Im Herbst 2020, als erneut ein Lockdown notwendig schien, sollten die wirtschaftlichen Konsequenzen durch schnelle, unkomplizierte, deshalb einfach definierte Hilfen für die betroffenen Branchen kompensiert werden. Doch statt schnell und unkompliziert zu sein, dauerte es lange und es war unangemessen aufwendig für die Unternehmen. Die Verzögerung der Auszahlung um Monate – und dann zunächst nur als limitierte Abschlagszahlungen – wirkte existenzgefährdend. Das in die Politik gesetzte Vertrauen wurde enttäuscht, deren Glaubwürdigkeit als Retter in der Not fundamental beschädigt.

Bürokratie, Administration, Verwaltung – das sind keine Begriffe oder gar Konzepte, die im ökonomischen Diskurs leicht eine positive Konnotation erfahren, die überhaupt auf größeres Interesse stoßen. Zu lange stand nur der Bürokratieabbau im Mittelpunkt, der sich im Zusammenspiel mit Privatisierung und Deregulierung als politischer Dreiklang vor allem in den 1980er-Jahren aufdrängte, als vieles vielen in Deutschland mühsam und langsam, jedenfalls nicht der Sache angemessen erschien. Die Privatisierung der Telekommunikation gehört dabei zu jenen Beispielen, die auch heute ohne Zweifel positiv sind. Andere Beispiele lassen sich hinzufügen, auch mit deutlich kritischer Bewertung. Aber in den letzten Jahren hat sich das Anforderungsprofil verändert: Es geht nicht mehr um schlanker versus verfetteter Staat – sondern schlicht um die Frage der administrativen Wirksamkeit.

Es ist wenig gewonnen, wenn man sich auf der Ebene der Bundespolitik oder in Tateinheit mit der Landespolitik auf bestimmte Beschlüsse einigt, deren Umsetzung aber ins beliebige Belieben anderer gestellt ist

Es ist wenig gewonnen, wenn man sich auf der Ebene der Bundespolitik oder in Tateinheit mit der Landespolitik auf bestimmte Beschlüsse einigt, deren Umsetzung aber ins beliebige Belieben anderer gestellt ist. Die Beispiele der letzten Jahre sind vielfältig: Ob in der Fluchtkrise die kommunalen Ausländerbehörden überfordert waren und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seiner Koordinierungs-, Vernetzungs- und Infrastrukturfunktion nicht nachkommen konnte, ob in der Pandemie die lokalen Gesundheitsämter überfordert waren und es an bundesein-

heitlicher Steuerung, Vernetzung und Infrastrukturlösung mangelte, ob die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahren letztlich an der fehlenden Koordinierung zwischen der kommunalen Schulverwaltung und der Landesschulpolitik scheiterte, ob die Umsetzung der November- und Dezemberhilfen im Gestrüpp der Zuständigkeiten von Bundesministerien einerseits und IT-Entwicklern andererseits zu versanden drohte, ob die Terminvergabe für die Impfungen gegen Corona zielgenau mit dem falschen Partner in den Sand gesetzt wird – jedes Mal nimmt das Staunen darüber zu, dass die früher gerühmte deutsche Verwaltung ihre Wirksamkeit offenbar verloren hat.

Föderalismus als Hindernis

Jedenfalls scheint dabei eine gewisse Systematik durch die Gemeinsamkeiten in den Fällen des Versagens oder der Schwierigkeiten bei Umstellungen adressiert:

1. Die administrative Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen scheint zunehmend defizitär, vor allem das Management der Schnittstellen erweist sich in der Digitalisierung der Verwaltungen als großes Problem.
2. Die konsistente Begleitung eines Projekts durch mehrere Akteure, wie bei den Unternehmenshilfen im Herbst 2020, scheint eine Verlangsamung zu bedingen oder, wie bei der Umstellung von G9 auf G8, gar ein Scheitern zu programmieren.
3. Eine systematische Problemstelle befindet sich offenbar auf der kommunalen Verwaltungsebene, wenn es darum geht, sowohl horizontal als auch vertikal mit anderen zu kooperieren, gemeinsame Standards zu erfüllen, schnittstellenfähig zu sein.

Grundsätzlich gesellt sich dazu die Frage, welche Anforderungen im Not- oder Krisenfall von der Verwaltung gefordert sind und inwieweit dies zu den Bedingungen des Normalfalls passt. Max Weber verdanken wir die systematische Betrachtung „legaler Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab“ und der „Grundkategorien der rationalen Herrschaft“ (Wirtschaft und Gesellschaft, S. 124 f.). Weber betont, dass der moderne – der „rationale“ – Staat „auf dem Fachbeamtentum und dem rationalen Recht“ beruht (Wirtschaft und Gesellschaft, S. 815). Der Fortschritt „zum

bürokratischen, auf Anstellung, Gehalt, Pension, Avancement, fachmäßiger Schulung und Arbeitsteilung, festen Kompetenzen, Aktenmäßigkeit, hierarchischer Unter- und Überordnung ruhenden Beamtentum [ist] der ebenso eindeutige Maßstab der Modernisierung des Staates“ (Wirtschaft und Gesellschaft, S. 825). Die damit gesicherte Herrschaft durch Wissen trifft aber offenkundig in unseren Zeiten – und nicht nur, aber besonders in Krisenphasen – auf bedeutsame Grenzen der Wirksamkeit.

Die Ursachen dafür können sich zunächst in der institutionellen Ordnung der Verwaltung verbergen. Der deutsche Föderalismus kann grundsätzlich, aber auch aktuell durch die zunehmend offene Beziehung des Bundes zu den Kommunen als Hindernis einer klaren Hierarchie gedeutet werden. Gesamtstaatliche Herausforderungen verlangen nach gesamtstaatlicher Handlungsfähigkeit. Die Bundesländer sind nach Artikel 30 Grundgesetz für „die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben“ zuständig – soweit das Grundgesetz keine andere Regelung ermöglicht. Das führte mitunter zu fragwürdigen Lösungen: Da die Länder sich 1975 weigerten, das neu ab dem ersten Kind eingeführte Kindergeld auszuzahlen, wickelte der Bund die Arbeitsverwaltung aus, die in seiner Zuständigkeit lag. Bis heute sind die Familienkassen für 87 Prozent der Kinder bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelt.

Die Verankerung der Verwaltungskompetenz bei den Ländern reduziert die Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten des Bundes – eine einheitliche Lösung kann nur bei verfassungsmäßiger Zuständigkeit und expliziter bundesgesetzlicher Regelung gelingen. So ist dies für Asylverfahren durch das Aufenthaltsgesetz geregelt, dass die Zuständigkeit beim Bundesamt verankert, die Durchführung bei den lokalen Ausländerbehörden. Eine gemeinsame Verwaltungsprozedur mit entsprechender technischer Infrastruktur war damit offenkundig nicht zwingend verbunden, wie die Schwierigkeiten in der Fluchtkrise deutlich machten. Das Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt dient zwar seit längerem als zentrale Informationsplattform für Ausländerdaten, doch erst mit dem Datenaustauschverbesserungsgesetz vom 2. Februar 2016 sollte das Register „zu einem insgesamt den zeitgemäßen Anforderungen entsprechenden zentralen Ausländerdateisystem“ ausgebaut werden. Zuvor hat dem auch der Datenschutz entgegenstanden.

E-Government auf allen Ebenen synchronisieren

Die Länder als Anker der Verwaltungskompetenz sind offenkundig dennoch in ihrem ureigenen Bereich begrenzt im Durchgriff auf die kommunalen Behörden, und das, obgleich die Kommunen staatsorganisationsrechtlich Teil der Länder sind. Die beispielsweise von den Ländern vorgesehene einheitliche Software Sormas für die Gesundheitsämter ist nach dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst 2020 nicht fristgemäß umgesetzt worden. Zur Begründung wurde auf bestehende IT-Systeme verwiesen, deren Umstellung jetzt nicht sinnvoll oder möglich sei. Gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz muss „den Gemeinden ... das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Wenn das Bundesstaatsprinzip unserer Verfassung die Länder zur Kooperation untereinander und mit dem Bund verpflichtet, dann sind Gemeinden davon wohl kaum unberührt.

In einer Krisensituation geht es darum, Trade-offs zu würdigen, abzuwägen, mit Unsicherheit umzugehen und Risiken zu managen – was der öffentlichen Verwaltung jedoch systematisch wesensfremd ist

Die Frage stellt sich, was einerseits unter den strukturell veränderten Bedingungen digitalisierter Prozesse und andererseits in Zeiten gesamtstaatlichen Notstands, als „Angelegenheiten örtlicher Gemeinschaft“ im Sinne des Artikels 28 Grundgesetz zu bewerten sind. Die Digitalisierung der Verwaltung, die sowohl auf der Ebene des Bundes (Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung, 2013) wie der Länder entsprechende gesetzliche Rahmen erhalten hat, führt dazu, dass nicht mehr funktionale Zuständigkeiten, sondern Prozesszusammenhänge maßgeblich werden, um so die Schnittstellen angemessen managen zu können. E-Government erfordert angepasste Aufbau- und Ablauforganisationen innerhalb der Verwaltungen, was den Bund, aber vor allem die Länder besonders fordert, um durch entsprechende Standardisierungen die kommunalen Einheiten ein- und anbinden zu können. Jedenfalls hätte die kommunale Eigenständigkeit erhebliche negative externe Effekte zur Folge, so dass die Bindungswirkung landesgesetzlicher Vorgaben zunehmen muss.

Da das Grundgesetz keine Bundesexekution gegenüber den Ländern vorsieht, kann nur auf dem Weg der Vereinbarung oder durch eine spezielle gesetzliche Regelung eine gemeinsame Strategie umgesetzt werden. Das 2001 in Kraft getretene Infektionsschutzgesetz sieht beispielsweise Grundrechtseinschränkungen vor, für die Umsetzung sind die Länder in eigener Verantwortung zuständig. Den kommunalen Gesundheitsämtern verschafft das Gesetz besondere Rechte, während eine Steuerungsfunktion des Bundes dafür spiegelbildlich nicht vorgesehen ist.

Diese Hinweise lassen erkennen, dass das Miteinander der verschiedenen Verwaltungsebenen in Deutschland trotz der grundgesetzlichen Verankerung der primären Zuständigkeit bei den Bundesländern heute grundsätzliche Schwierigkeiten administrativer Wirksamkeit begründet: Arbeitsteilung, feste Kompetenzen, hierarchische Ordnung sind neu zu definieren. Hinzu kommt eine spezielle Herausforderung in einer bundesweiten Krisensituation: In einer solchen Lage geht es darum, Trade-offs zu würdigen, abzuwägen, mit Unsicherheit umzugehen und Risiken zu managen.

Das ist genau das, was der öffentlichen Verwaltung als „kontinuierlicher regelgebundener Betrieb von Amtsgeschäften“ (Wirtschaft und Gesellschaft, S. 125)) systematisch wesensfremd ist. Angesichts der Amtshaftung und einer immer weiter fortschreitenden Kodifizierung haben sich die Bedingungen für ein agiles Krisenmanagement – also Handeln unter Unsicherheit, ohne Regelungsvorgabe oder transferierbares Erfahrungswissen – eher verschlechtert. Das fordert die Politik – mit Verhältnismäßigkeit und ohne Übermaß – in der Krise konsequent zu entscheiden, die Umsetzung durch Projektstrukturen und Einsatzgruppen (Taskforce) sicherzustellen, um damit alle relevanten Verwaltungen und Verwaltungsebenen einzubeziehen. Erst dann ist der Staat der wirksame Retter in der Not, nicht schon durch die Verkündigung von Zielen, die schnell graue Theorie werden.

25 Ideen für eine bessere Zukunft: Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind gewaltig – aber wir haben alle Chancen

Hätten wir vor 25 Jahren gewusst, wie viele Wirtschaftsschocks uns bis 2021 erwarten, hätten wir zurecht an den Untergang glauben können. So sieht es IW-Direktor Michael Hüther. Trotzdem haben sich unsere Lebensumstände verbessert. In seinem Gastbeitrag für FOCUS Online am 19. Januar erklärt er, warum wir für die Zukunft alle Chancen haben.

Schaut man auf die letzten 25 Jahre mit etwas Distanz zurück, dann zeigt sich eine Abfolge von Schocks auf das wirtschaftliche Leben, der jeder für sich aus der Perspektive des Jahres 1996 Untergangsfantasien gerechtfertigt hätte.

Es waren bezogen auf die Ökonomie exogene Belastungen – wie der Terror 9/11, Kriege in Nahost, Fukushima, Fluchtkrise und natürlich die Covid-19-Pandemie – und endogene Spannungen – wie Asienkrise, Schiefelage des LTCM-Hedgefonds, Zusammenbruch der New Economy, Finanzmarktkrise, Euro-Staatsschuldenkrise.

Gerahmt wurde die Weltwirtschaft sowohl durch massive Fortschritte grenzüberschreitender Arbeitsteilung und damit der modernen Globalisierung, die mit der Öffnung Chinas 1978 begann und mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sich verbreiterte, als auch durch die Erschöpfung dieser Prozesse in der letzten Dekade.

Lebensumstände haben sich massiv verbessert

Indes: Alles in allem zeigen die Millenniums-Ziele, die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossen und im Jahr 2015 für den Zeitraum bis 2030 erweitert wurden, dass sich die Lebensverhältnisse massiv verbessert haben. Das gilt für die Reduzierung von Armut und Hunger, die Sicherung primärer Bildung, die Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter sowie die Bekämpfung schwerer Krankheiten. Im Lichte der Massivität und Vielzahl der Krisen sind diese Erfolge der globalen Entwicklung umso beachtlicher.

Auf Deutschland gewendet gilt: Keine Generation hatte mehr Zeitressourcen, mehr Bildungskapital, mehr Gesundheitschancen und höhere Einkommen als die heutige. Dazu gehört der Befund, dass die deutsche Volkswirtschaft mit Blick auf ihr industriebasiertes und exportorientiertes Geschäftsmodell, auf Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sowie auf die Staatsfinanzen auf eine „goldene Dekade“ zurückblickt.

Diese Hinweise sollen nicht darüber hinwegtäuschen, welche Herausforderungen, Probleme und Schwierigkeiten auf den Menschen lasten. Nur, wenn der Blick nach vorne gerichtet wird, auf die nächsten 25 Jahre, dann ist es nicht unerheblich, auf welcher Startrampe man steht, national wie global.

Wirtschaftspolitische Rahmendaten machen Hoffnung

Hinzu kommt, dass jenseits des aktuellen Pandemiegeschehens mit dem Beginn der Impfungen zum Jahreswechsel eine Reihe positiver wirtschaftspolitischer Rahmendaten gesetzt wurden: Die Wahl von Joe Biden gibt neue Hoffnung für die multilaterale Ordnung und eine kooperative transatlantische Führungsnation, das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich verhindert nicht nur das Schlimmste, sondern schafft neue Perspektiven, und das Investitionsabkommen der EU mit China ist jedenfalls ein starkes Signal gegen den grassierenden Protektionismus. Das macht Hoffnung.

Die Herausforderungen der nächsten Dekaden sind allerdings gewaltig. Die Industrie muss beweisen, dass sie die Dekarbonisierung durch innovative Prozesse und Produkte zu leisten vermag. Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Chancen der demografischen Alterung nutzen, indem kluge Muster der Zeitnutzung gleichermaßen Produktivität erhalten und die Souveränität des Einzelnen im längeren Leben sichern. Die Digitalisierung als ein hocheffizienter Weg, die Komplexität moderner Gesellschaften zu bewältigen, ist sowohl infrastrukturell als auch habituell durch Bildung abzusichern.

Im globalen Kontext geht es darum, die Chancen grenzüberschreitender Freiheit und Verantwortung zu ergreifen, indem wir die Einbindung der Verlierer und den Ausgleich der unterschiedlichen Fähigkeit, mit Neuerungen umzugehen und Risiken zu tragen, in unseren Sicherungssystemen zeitgemäß organisieren.

Ökonomen müssen Hinweise ernst nehmen

Die Lektionen der Vergangenheit sind eindrucksvoll: Bei klaren und eindeutigen Rahmenbedingungen passen sich die Akteure in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung an und sie offerieren mit ihrer dezentral begründeten Fähigkeit zu Innovationen einen kreativen Austausch mit den gesellschaftlichen Trends sowie den politischen Möglichkeiten. Das verlangt von uns Ökonomen, jene Hinweise ernst zu nehmen, die sich vor allem aus der Finanzmarktkrise und der Erschöpfung der Globalisierung ableiten: Institutionen spielen ebenso eine Rolle wie historische Pfadabhängigkeiten.

Ökonomische Theorie verleitet hingegen zur institutionellen Vereinfachung und zur Zeitlosigkeit. Das ermöglicht die Formulierung einer ökonomischen Welt in Modellen, ohne deren Voraussetzungen erörtern zu müssen. Es geht dann ausschließlich um die Preisbildung und die Veränderung relativer Preise als Steuerungslogik in vollkommenen, informationseffizienten Märkten.

Dagegen wissen wir etwa durch Edmund Phelps (Nobelpreisträger 2006), dass im Falle von realistischere anzunehmenden Marktunvollkommenheiten altruistisches (selbstloses) Verhalten die Effizienz steigern kann, weil es Transaktionskosten senkt und Informationsasymmetrien zu überwinden hilft.

Gesellschaftliche Verantwortung fördert Sozialkapital

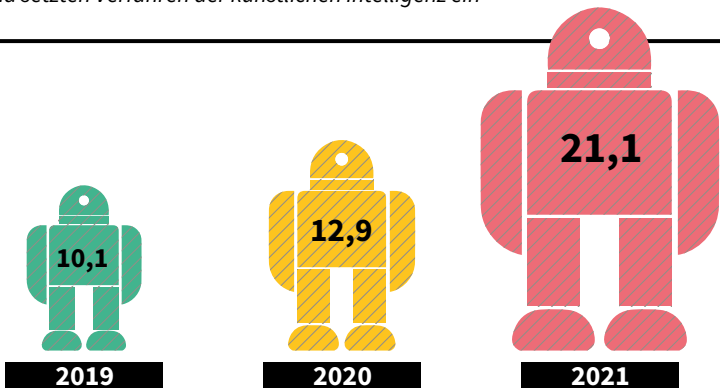
Solches Verhalten, das wir auch als Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung beschreiben können, fördert Sozialkapital und ist geeignet, Prozesse zu steuern – vor allem dort, wo marktliche Kooperation nicht ausreicht. Kulturelle Differenzierung, Habitus und Haltung, begrenzte Rationalität, asymmetrische Information und Transaktionskosten sind in der Welt unvollkommener Märkte höchst relevant. Deshalb bedeutet Verantwortung in der Marktwirtschaft nicht nur Haftung. Solchermaßen gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen wird in den vor uns liegenden Transformationen immer bedeutsamer.

Das und die Vielfalt der transformativen Herausforderungen verlangen von der Ökonomik einen breiteren Ansatz, so wie er traditionell sich mit der ordnungs-

ökonomischen Perspektive verband, allerdings in zeitgemäßem Gewande. Dazu gehört es, die Dilemmata und Spannungen der Marktwirtschaft sowie die Verlierer der Globalisierung ernst zu nehmen, die Verteilungskonflikte zu analysieren und die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Marktwirtschaft zu würdigen.

Immer mehr Unternehmen setzen auf künstliche Intelligenz

So viel Prozent der Industrieunternehmen und der industrienahen Dienstleister in Deutschland setzten Verfahren der künstlichen Intelligenz ein



Befragung von 681 bis 983 Unternehmen jeweils im Frühjahr im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

„Nicht nur die Digitalbranchen kommen robust durch die Krise“

Nach dem Katastrophenjahr 2020 dominiert in der deutschen Wirtschaft vorsichtiger Optimismus. Das zeigt eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft unter mehr als 2200 Firmen in 43 Branchenverbänden. Der Optimismus sei angebracht, sagt IW-Direktor Michael Hüther im Gespräch mit dem Handelsblatt vom 28. Dezember 2020.

Handelsblatt: *Herr Professor Hüther, erinnern Sie sich, wie Sie vor einem Jahr nach vorne geschaut haben?*

Michael Hüther: Die Zuversicht dominierte, dass die bereits seit 2018 laufende Industrierezession 2020 ihr Ende findet.

Handelsblatt: *Richtig, aber dann kam alles anders. 2020 war das Jahr des Home-office und der digitalen Konferenzen, die selbst in vielen Schulen zum Alltag gehören. Löst die Pandemie den erhofften Digitalisierungsschub aus?*

Hüther: Einiges wird in Nach-Corona-Zeiten bleiben. In den Unternehmen sehen viele, dass sich nicht für jedes Treffen eine Anreise lohnt. Andererseits ist das Sich-Sehen und -Treffen nicht dasselbe, wie in Onlinekonferenzen zu sprechen. Das wird auch die Pandemie nicht ändern. Zudem: Was knapp wurde – der direkte persönliche Austausch –, wird neu geschätzt.

Handelsblatt: *Die Massenimpfungen beginnen, ist Optimismus für 2021 angebracht?*

Hüther: Ja, ich denke schon. Corona ist für die Finanzmärkte nur noch im Rückspiegel sichtbar, und diese Sichtweise ist mit Blick auf die Industrie berechtigt. Mit den Impfungen bekommen wir den entscheidenden Hebel, um das öffentliche Leben zu normalisieren. Das ist die Voraussetzung für die Erholung des Konsums im neuen Jahr.

Handelsblatt: *Welche Branchen kommen schnell, welche langsamer aus der Krise heraus?*

Hüther: Nicht nur die Digitalbranchen, auch der Baubereich und das Handwerk kommen robust durch die Krise. Komplizierter sieht es im Automobilssektor aus. Nach Corona geht es darum, den Strukturwandel samt emissionsfreiem Fahren zu bewältigen. Sehr lange werden Branchen wie die Luftfahrt brauchen. Oder der

Schiffsbau mit seinen Premiumprodukten wie den Luxus-Kreuzfahrtschiffen. Hier dauert die Normalisierung noch Jahre bis möglicherweise 2025.

Handelsblatt: *Wird es Nachholeffekte geben, weil die Menschen mehr feiern, reisen und fliegen?*

Hüther: Beim Flugverkehr für den Tourismus wird es sicher Nachholeffekte geben, Auslandsreisen werden sehr gefragt sein. Anders wird es im geschäftlichen Bereich sein, weil nicht jeder mehr für ein zweistündiges Routinetreffen anreisen wird.

Handelsblatt: *Wenn Sie ein Jahr in die Zukunft blicken: Wie viel Krise liegt hinter uns?*

Hüther: Die Pandemie liegt hoffentlich komplett hinter uns. In einem Jahr werden Fragen des Strukturwandels dominieren, etwa die bis 2030 beabsichtigte CO₂-Minderung um 55 Prozent. Wie reagieren wir darauf in energieintensiven Branchen und im Automobilbereich? Darauf werden Antworten gesucht werden.

Handelsblatt: *Sorgen Sie sich wegen der finanziellen Langfristfolgen angesichts der milliardenschweren Hilfsprogramme?*

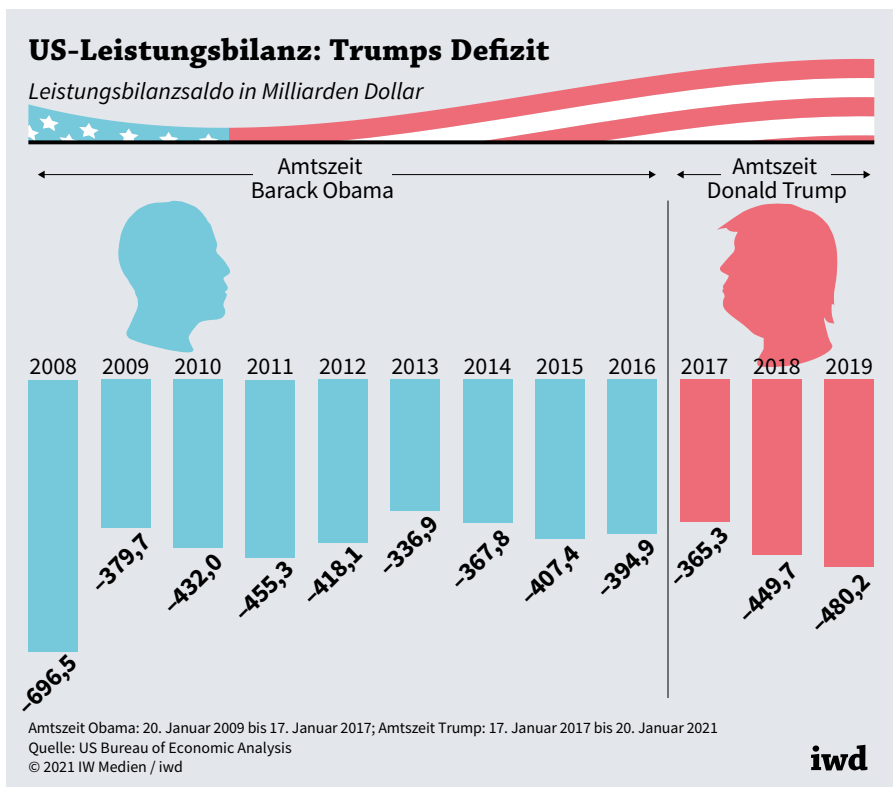
Hüther: Die Schuldenquote steigt in Deutschland, aber nicht so stark wie in der Finanzkrise vor zehn Jahren. Zudem zahlt der Staat keine Zinsen für seine neuen Schuldscheine; das dürfte infolge des alterungsbedingten Sparens vorerst so bleiben. Es gibt keinen Grund für eine übereilte, volkswirtschaftlich belastende Tilgung.

Handelsblatt: *Also keinen neuen Soli?*

Hüther: Um Himmels willen. Für einen neuen Soli, einen Lastenausgleich oder andere Sonderabgaben gibt es überhaupt keinen Grund. Viel wichtiger sind Investitionen, etwa in kluge digitale Geschäftsmodelle und in die digitale Infrastruktur, wo Deutschland immer noch nicht wirklich vorangekommen ist. Hier liegen die Hebel für künftiges Wachstum, um die Schuldenquote wieder zu senken.

Verschiedene Themen

Dieses Kapitel vereint Fakten und Betrachtungen zu unterschiedlichen Ereignissen und Trends, die das soziale und das Wirtschaftsleben in Deutschland sowie das globale Miteinander prägen. Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft? Geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auf? Welche Folgen haben Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Diskurs? Wo drängen Reformen im deutschen Bildungswesen ganz besonders? Und welcher Impuls geht von der jüngsten US-Präsidentenwahl aus? Antworten auf diese und andere Fragen in den folgenden Beiträgen.



Ein Plädoyer für demokratische Prozesse

Digitalisierung, Globalisierung und Klimapolitik lassen die Gesellschaft zerfasern. Gewinner und Verlierer dieser Prozesse stehen sich zunehmend unversöhnlich gegenüber, sodass die übergreifende Bindungswirkung nachlässt und demokratische Entscheidungen zum Teil infrage gestellt werden. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Dialogs scheint nötig, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für das Unternehmermagazin Creditreform vom 6. Oktober.

Moderne Demokratien beruhen auf dem Grundsatz der Repräsentation. Die Souveränität des Volkes verschafft sich über Wahlen und Partizipation in demokratisch definierten Verfahren und Institutionen Geltung, aber auch über das zivilgesellschaftliche Reden und Handeln im öffentlichen Raum.

Das spannungsreiche Miteinander beider Wege bestimmt den Erfolg der demokratischen Ordnung. Offenheit und Reaktionsfähigkeit der Institutionen gehören dazu ebenso wie Sensibilität und Dynamik der Zivilgesellschaft. Dabei ist immer sicherzustellen, dass Gerechtigkeit durch geordnete, willkürfreie Verfahren geschaffen wird.

Denn nur so kann gewährleistet werden, dass die Mehrheitsentscheidung Minderheitenrechte beachtet, aber keine Dauerblockade besteht.

Die Komplexität nimmt zu

Ein Problem dabei ist die steigende Komplexität der politisch zu gestaltenden Themen, die immer stärker nach Expertenwissen und Kommissionen verlangt, die dem demokratischen Prozess nur vorgelagert sein können.

Eine wahrgenommene Divergenz zwischen dem Handlungsdruck und tatsächlichen Handlungen führt zu Forderungen, man solle doch einfach „der Wissenschaft“ folgen.

Doch dies negiert die Pluralität wissenschaftlicher Standpunkte und die Vielfalt der Instrumente, mit denen übergeordnete Ziele erreicht werden können. Zugleich würde die Entscheidungsfindung aus der politisch-demokratischen Arena heraus delegiert.

Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel haben den Eindruck einer verstärkten Fern- und Fremdbeeinflussung begründet. Offene Märkte und demokratische Souveränität scheinen nicht ungesteuert zueinanderzupassen. Renationalisierung und Abschottung können für das Exportland Deutschland aber nicht die Antwort sein.

Eigentlich sollten sich Demokratie und Marktwirtschaft gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionslogiken positiv beeinflussen, da die Demokratie exogener Impulse durch Präferenzveränderungen bedarf, die Marktwirtschaft hingegen des stabilen und verlässlichen Rahmens einer Demokratie.

Doch diese Wechselbeziehung droht sich ins Gegenteil zu verkehren. Globalisierung und Digitalisierung treiben systemische Veränderungen an, die das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeit und Repräsentation verändern.

Gesellschaftliche Gruppen driften auseinander

Der wirtschaftlich-technische Fortschritt begünstigt die Individualisierung und sozialräumliche Fragmentierungen, während die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten sich zum Teil auf supranationale Ebenen verschieben.

Dies führt zu einer andersgearteten Konfliktlinie durch die Gesellschaft als bisher erlebt. Es bilden sich Gruppen, die von den neuen Optionen unterschiedlich betroffen sind: Hier die Sorgen um die Fernbeeinflussung des eigenen Lebensstils und die Orientierung an kleinräumigen Gemeinschaften, dort die (scheinbar) unlimitierte Offenheit für das Neue in klarer Ablehnung von Traditionen.

Die oft als dominant wahrgenommene Position der Polyglotten ruft Protest und Ablehnung der engeren Bindungsgemeinschaften hervor.

Die global orientierten „Anywheres“ verkennen die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Identitätsansprüche, die regional gebundenen „Somewheres“ hingegen ignorieren die Voraussetzungen des öffentlichen Raums, von dem sie sich ausgeschlossen fühlen.

Der demokratische Diskurs wird schwieriger, je unversöhnlicher sich die Positionen gegenüberstehen. Diese Konfliktlage ist deshalb so herausfordernd, weil vor allem diejenigen, die sich als benachteiligt sehen, kaum erwarten, ihre Position in Zukunft – wie es dem demokratischen Prozess grundsätzlich entspräche – durchsetzen zu können.

Spannend wird es dann, wenn antipluralistische Einstellungen über die politischen Ränder hinaus verbreitet sind und sich quer durch die Gesellschaft ziehen. Dies erscheint für Deutschland als Arbeitshypothese plausibel, wenn man bedenkt, dass die Finanzkrise, die Staatsschuldenkrise, die Fluchtkrise, die Pandemie und die Klimakrise insbesondere zu Gegensätzen entlang moralisch kodierter Positionen geführt haben.

Abkehr von demokratischen Abläufen bei moralisch aufgeladenen Themen

Moralisch aufgeladen sind jedoch die Positionen beider Gruppierungen, und oft wird mit Verweis auf die Wissenschaft argumentiert. Dies wird als Argument für eine andere Form des Regierens verwendet, nämlich das Durchregieren.

Eine Onlinebefragung konnte zeigen, dass antipluralistische Präferenzen in verschiedene Bevölkerungsschichten hineinreichen und themenspezifisch mit einer Abkehr von demokratischen Prozeduren einhergehen.

Während es wenig verwundert, dass sich viele „Somewheres“ mit AFD-Sympathien für die Aushebelung demokratischer Strukturen zur Begrenzung der Migration aussprechen, ist dieses Phänomen bei „Anywheres“ mit Grünen-Sympathien in der Klimafrage sowie bei SPD-nahen Anhängern stärkerer Umverteilung ebenfalls zu beobachten.

Zwar besteht in breiten Bevölkerungsschichten trotz der jeweils als dringlich empfundenen Handlungsbedarfe eine hohe Dialogbereitschaft, doch haben sich thematische Silos entwickelt, über deren Grenzen hinweg kaum Austausch stattfindet. Was kann getan werden?

Neben dem Werben für die demokratischen Prozeduren könnte man Formate des Austauschs zwischen Parlament und Zivilgesellschaft testen, die ähnlich den Beteiligungsformaten bei Projekten einen geordneten Dialog ermöglichen.

Ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgegangen?

Die Diskussion um die Einkommensverteilung ist zuletzt erneut aufgeflammt. Zu Recht? Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) kommt in einer Studie zu einem klaren Ergebnis. Ein Gastbeitrag von IW-Direktor Michael Hüther im Münchner Merkur vom 27. September.

Geht es um Arm und Reich, wird wohl kaum ein Bild häufiger bemüht als das der Einkommensschere. Sie öffne sich immer weiter, heißt es dann oft – ganz besonders oft in Wahlkampfzeiten. Gemeint ist: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Wer sich die Verteilung von Einkommen und Vermögen genauer anschaut, stellt allerdings schnell fest: Die Ungleichheit hat in den vergangenen Jahren nicht zugenommen. Gerade beim Einkommen ist die relative Verteilung schon seit 2005 bemerkenswert stabil.

Das liegt vor allem an zwei gegenläufigen Entwicklungen: Zum einen hat Deutschland in den vergangenen 15 Jahren eine lang anhaltende Erfolgsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt vorzuweisen, die vor allem zwischen 2005 und 2016 die Ungleichheit deutlich verringert hat. Dem entgegen wirkte aber unter anderem die Zuwanderung ab 2010. Im Ergebnis blieb der Gini-Koeffizient, mit dem man Ungleichheit misst, in diesem Zeitraum nahezu konstant.

Arbeitseinkommen wichtigste Einkommensquelle

Für die meisten deutschen Haushalte ist das regelmäßige Arbeitseinkommen die wichtigste Einkommensquelle. Hier gab es in den vergangenen Jahrzehnten ein deutliches Plus: Zwischen 1991 und 2018 stiegen die nominalen Arbeitseinkommen im Durchschnitt um 76 Prozent. Selbst unter Berücksichtigung der Preissteigerungen verbleibt ein reales Plus von zwölf Prozent.

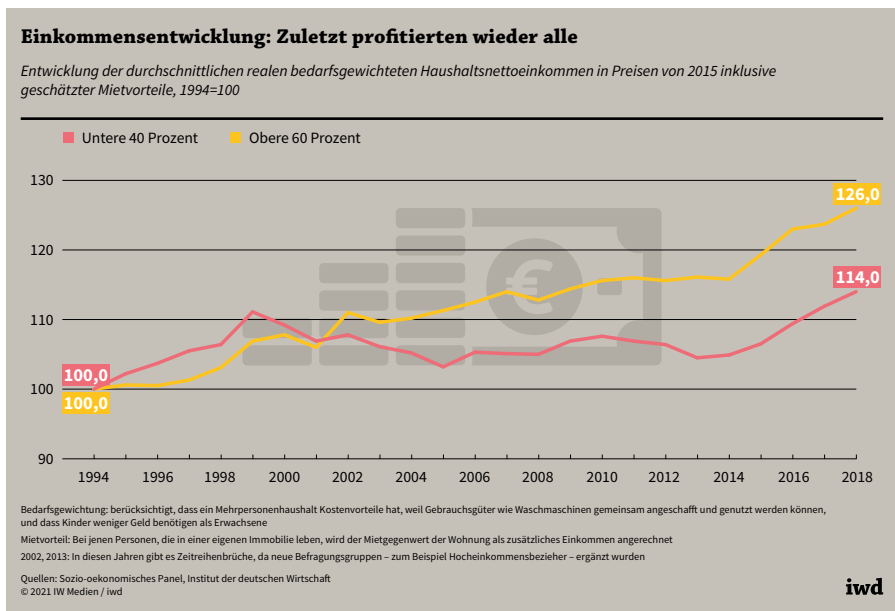
Gerade zuletzt haben davon die Menschen in Deutschland profitiert, die einen geringen Lohn erhalten, weil sie beispielsweise in der Gastronomie oder in Teilzeit arbeiten. Die bedarfsgewichteten realen Haushaltsnettoeinkommen der unteren zehn Prozent sind seit 2015 um rund sieben Prozent gestiegen (1. Dezil), in der

Mitte (5. Dezil) ebenfalls um rund sieben Prozent und bei den oberen zehn Prozent um rund fünf Prozent.

Fraglich bleibt, welche Rolle Corona in dieser Entwicklung spielt. Zwar fehlen für eine fundierte Betrachtung noch Daten. So dürften die Ungleichheiten der Erwerbseinkommen und Markteinkommen sich tendenziell erhöht haben, allerdings ist dieser Anstieg durch die sozialstaatlichen Maßnahmen effektiv abgefedert worden.

Nächste Bundesregierung: Keine ideologisch motivierten Schnellschüsse

Wer nun fordert, deutlich stärker umzuverteilen und sich darauf beruft, dass die breite Masse beim Wohlstandszuwachs außen vor geblieben sei, irrt und verkennt die integrative Leistung der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Institutionen. Wesentliche Aufgabe für die nächste Bundesregierung dürfte sein, sich nicht zu ideologisch motivierten Schnellschüssen hinreißen zu lassen und vielmehr die Voraussetzungen für ein neues Kapitel der deutschen Wirtschafts-Erfolgsgeschichte zu schaffen.



Demokratie in Gefahr

Digitalisierung und Globalisierung lassen die Gesellschaft zerfasern. Gewinner und Verlierer dieser Prozesse stehen sich so unversöhnlich gegenüber, dass der demokratische Diskurs kaum noch übergreifende Bindungswirkung entfalten kann, schreiben IW-Direktor Michael Hüther und IW-Ökonom Matthias Diermeier in einem Gastbeitrag für die Welt vom 15. September.

Moderne Demokratien in Großgesellschaften beruhen auf dem Grundsatz der Repräsentation. Die Souveränität des Volkes verschafft sich auf zwei Wegen Wirkung und Durchsetzung: einerseits über Wahlen und Partizipation in den demokratisch definierten Verfahren und Institutionen, andererseits über das zivilgesellschaftliche Reden und Handeln im öffentlichen Raum.

Auf Dauer kann eine demokratische Ordnung nur aus dem spannungsreichen Miteinander beider Wege erfolgreich sein. Die Offenheit und Reaktionsfähigkeit der Institutionen gehört dazu ebenso wie die Sensibilität und Dynamik der Zivilgesellschaft. Die Schwierigkeit besteht darin, dem Grundsatz folgen zu können, dass Gerechtigkeit durch geordnete, willkürfreie Verfahren gesichert werden muss. Denn nur dort kann gewährleistet werden, dass die Mehrheitsentscheidung Minderheitenrechte beachtet, zugleich aber keiner Dauerblockade unterliegt.

Mehrere Entwicklungen haben das ohnehin bestehende Spannungsverhältnis beider Wege zusätzlich unter Druck gesetzt. Da ist zunächst die steigende Komplexität der gesellschaftlich zu bewältigenden und politisch zu gestaltenden Themen, die immer stärker nach Expertenwissen und Kommissionen verlangt, die dem demokratischen Prozess nur vorgelagert sein können.

Colin Crouch hat dies als Phänomen der „Postdemokratie“ systematisiert. Doch die von vielen wahrgenommene zunehmende Divergenz zwischen dem Handlungsdruck und den tatsächlichen Handlungen ruft offenkundig nach solchen Überholspuren demokratischer Langsamkeit. Die daraus mitunter abgeleitete Forderung, man solle doch nun einfach „der Wissenschaft“ folgen, negiert die Pluralität wissenschaftlicher Standpunkte, insbesondere mit Blick auf die Instrumente, mit denen übergeordnete Ziele erreicht werden sollen. Zugleich würde die Entschei-

findung aus der politischen Arena heraus delegiert – eine Technokratisierung, die demokratietheoretisch problematisch erscheint.

Die dynamische Globalisierung der vergangenen drei Jahrzehnte hat in Tateinheit mit der Digitalisierung der zurückliegenden Dekade den Eindruck der verstärkten Fern- und Fremdbeeinflussung begründet. Dani Rodrik hat dies als „Globalisierungs-Paradox“ erfasst, demnach offene Märkte und demokratische Souveränität jedenfalls nicht ungesteuert zueinanderpassen, sondern funktionale Defekte erfahren. Es werden Stimmen laut, die wie Wolfgang Streeck daraus den Gedanken einer Renationalisierung ableiten und der Abschottung das Wort reden. Es zeigt sich, dass die auch positiv zu beschreibende wechselseitige Beeinflussung von Demokratie und Marktwirtschaft sich ins Gegenteil verkehren kann.

Eigentlich – so hat es Carl Christian von Weizsäcker skizziert – vermögen sich Demokratie und Marktwirtschaft gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionslogiken und komplementären Defizite positiv zu beeinflussen. Dieses Wechselspiel wendet sich ins Konstruktive, weil die Demokratie exogener Impulse durch Präferenzveränderungen bedarf, die Marktwirtschaft hingegen der stabilen sowie verlässlichen Rahmung für die faire Wirkung ihrer Impulse. Systemische Veränderungen, wie sie durch Globalisierung und Digitalisierung angetrieben werden und das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeit und Repräsentation herausfordern, werden unterlegt von Entwicklungen, die der Identität des Einzelnen als maßgebliche Orientierung auch des Gesellschaftlichen Vorschub leisten. Francis Fukuyama hat die individuellen Identitätsansprüche erörtert, die sich in unserer Zeit durch Wohlstandsmehrung sowie Fortschritte bei der Gestaltung verlässlicher Daseinsvorsorge und damit individueller Steuerungskompetenz insbesondere durch die digitalen Netzwerke ergeben.

Allerdings erfordern die netzwerktechnischen Voraussetzungen gemeinschaftliche Lösungen durch Standards und gar eine supranationale Integration, was indes der Individualisierung entgegenwirkt. So hat der wirtschaftlich-technische Fortschritt Individualisierung und sozialraumspezifische Fragmentierungen begünstigt, obgleich dafür ein hohes Maß an Einsicht in die infrastrukturellen und damit gesellschaftlichen Vorleistungen erforderlich ist. Der dennoch zu erlebende Identitäts-egoismus führt zu einer andersgearteten Konfliktlinie durch die Gesellschaft als

bisher erlebt. Gegeneinander stehen Gruppen, die von der neuen Steuerungs- und Selbstermächtigungsoption unterschiedlich profitieren wollen beziehungsweise können oder betroffen sind.

Die von David Goodhart plakativ als „Somewheres“ und „Anywheres“ titulierten Gruppen stehen für unterschiedliche identitätspolitische Inhalte und Orientierungen: hier die Sorgen um die Fernbeeinflussung des eigenen Lebensstils und die Orientierung an kleinräumigen Gemeinschaften, dort die (scheinbar) unlimitierte Offenheit für das Fremde und Neue in klarer Ablehnung aller biedermeierlichen Rückwärtsgewandtheit.

Die medial und öffentlich als unbefragt dominant wahrgenommene Position der Polyglotten hat Protest und Ablehnung der engeren Bindungsgemeinschaften hervorgerufen. Das universelle Primat der eigenen Position und Perspektive wird auf beiden Seiten prononciert vorgetragen, sodass der demokratische Diskurs kaum übergreifende Bindungswirkung entfalten kann.

Die „Anywheres“ verkennen die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Identitätsansprüche, die allein deshalb eingeordnet werden müssen. Mit ihrer vorteilhaften Mittelausstattung können sie den Strukturbrüchen unserer Zeit tatsächlich selbstversichert gegenübertreten. Die „Somewheres“ hingegen ignorieren die Voraussetzungen des öffentlichen Raums mit der Begründung, dass es diesen für sie sowieso nicht mehr gebe.

Diese Konfliktlage ist deshalb so herausfordernd, weil vor allem diejenigen, die sich als faktisch benachteiligt und moralisch überrollt sehen, kaum erwarten, ihre Position in Zukunft – wie es der demokratischen Abfolge von Wahlen grundsätzlich entspräche – durchsetzen zu können. Zumal die medial unterlegte dominante Haltungsgruppe dies sich gar nicht vorstellen mag.

Spannend wird es dann, wenn antipluralistische Einstellungen über die politischen Ränder hinaus verbreitet sind und sich themenbezogen quer durch die Gesellschaft ziehen. Die Erwartung kann für Deutschland als Arbeitshypothese plausibel erscheinen, wenn man bedenkt, dass die Finanzkrise, die Staatsschuldenkrise, die

Fluchtkrise, die Pandemie und die Klimakrise insbesondere zu Gegensätzen entlang moralisch kodierter und aufgeladener Programmatik geführt haben.

Wolfgang Merkel hat darauf hingewiesen, dass sich hier Gruppen darüber definieren und Zuspruch erfahren, dass sie ihre Forderungen kompromisslos moralisieren und mit dem Anspruch unterlegen, wissenschaftlich begründet und damit unangreifbar zu sein.

Der Verweis auf die Wissenschaft als jenen Bereich mit scheinbar eindeutigen Aussagen wird in der fundamentalen Krise des fossilen Zeitalters zum starken Argument für eine eigentlich andere Form des Regierens, nämlich das Durchregieren. Was dies für die verfassungsmäßigen Verfahren bedeutet, bleibt dabei ebenso häufig unbeachtet, wie die Folgen für den zivilgesellschaftlichen Diskurs.

In Rahmen eines von der Brost-Stiftung geförderten Projekts wurde 2020 eine Onlinebefragung durchgeführt, deren Ergebnisse Antworten liefern, inwiefern antipluralistische Präferenzen in verschiedene Bevölkerungsschichten hineinreichen und inwieweit dies themenspezifisch mit einer Abkehr von den eingeübten demokratischen Prozeduren einhergeht. Der Befragungsfokus lag auf den Politikfeldern Corona, Zuwanderung, Klimawandel und soziale Ungleichheit. Im Kern steht die Frage, inwiefern Menschen ein Übergehen der üblichen parlamentarischen Prozesse bereit sind in Kauf zu nehmen, um den subjektiv empfundenen Handlungsbedarf zu befriedigen.

Den drängendsten Handlungsbedarf empfinden die Befragten bei der sozialen Ungleichheit. Drei Viertel der Deutschen nehmen die politischen Maßnahmen in diesem Handlungsfeld als unzureichend wahr. In der Klimaschutzfrage beläuft sich der Anteil auf 60 Prozent. Mit Blick auf die Begrenzung von Migration wünscht sich jeder Zweite mehr politisches Engagement. In drei wichtigen Politikfeldern wünscht sich damit eine Mehrheit der Bevölkerung eine engagiertere Politik. Besser schneidet lediglich die Pandemiebekämpfung ab, zu der im Spätsommer 2020 nur jeder Vierte angibt, vonseiten der Politik würde zu wenig getan.

Erstaunlicherweise übersetzt sich diese Hierarchie empfundener politischer Handlungsbedarfe nicht direkt in eine Ermüdung mit den politischen Verfahren. So

wollen etwa mit Blick auf die gewünschte Verringerung der sozialen Ungleichheit lediglich 40 Prozent der Befragten ein Übergehen der parlamentarischen Prozesse in Kauf nehmen.

Damit stellt sich aber immerhin die Hälfte derjenigen, die in dieser Frage eine Unzufriedenheit mit der politischen Situation angeben, gegen die aktuellen parlamentarischen Prozesse. Möglicherweise wird hier die lange Tradition des Verhandeln verteilungspolitischer Positionen in Deutschland sichtbar, durch die sich die eingeübte Kompromissfindung tief in der politischen Kultur verankert hat. Lediglich unter den SPD-Anhängern findet sich eine Mehrheit, die soziale Ungleichheit auf Kosten der parlamentarischen Prozeduren bekämpfen möchte. Weitaus kritischer stellt sich die Lage in den Politikfeldern Klimaschutz, Zuwanderung sowie Pandemiebekämpfung dar. Von denjenigen, die hier einen Handlungsbedarf empfinden, geben rund drei von fünf Personen an, die Regierung solle weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird.

Es mag kaum überraschen, dass sich hier insbesondere AfD-Anhänger hervortun, von denen sich mit Blick auf die Zuwanderung fast 80 Prozent zur Verfahrensungeduld bekennen. Dieser Gruppe folgt hingegen die grundsätzlich demokratiezufriedene Anhängerschaft der Grünen, die in der Klimaschutzfrage mit einer breiten Mehrheit bereit wäre, das Übergehen parlamentarischer Prozeduren in Kauf zu nehmen.

Weitere Ergebnisse zeigen, wie autoritäre Einstellungsmuster über alle Themenfelder hinweg mit einer stärkeren Verfahrensmüdigkeit einhergehen. Die Überhöhung der eigenen Sichtweise speist sich aus der subjektiven Wahrnehmung der Problemlagen: Wer den CO₂-Ausstoß in Deutschland während der vergangenen Jahre fälschlicherweise als gestiegen einordnet, kann die empfundene Trägheit in der Klimapolitik weniger gut aushalten.

Wer entgegen der tatsächlichen Entwicklung einen Anstieg bei der Kriminalität empfindet, sowie das Gefühl hat, das Bildungsniveau von Migranten würde in den Medien bewusst zu positiv dargestellt, tendiert eher zur Verfahrensungeduld mit Blick auf die Zuwanderung. Wer einen übermäßig negativen Blick auf den Arbeits-

markt sowie die Ungleichheitsindikatorik mitbringt oder glaubt, Medien berichten nicht über das wahre Ausmaß der sozialen Ungleichheit, um die Wirtschaft zu schützen, der möchte zudem die üblichen politischen Verfahren für dieses Politikfeld übergehen.

Der Befund deutet auf eine diffusere Lage hin, als die von Goodhart skizzierten gesellschaftspolitischen Frontstellungen vermuten lassen. Zum einen besteht in breiten Bevölkerungsschichten trotz der als dringlich empfundenen Handlungsbedarfe eine hohe Dialogbereitschaft. Zum anderen haben sich themenspezifische Silos von signifikanter Beharrlichkeit entwickelt, in denen die vermeintliche Prävalenz der eigenen Position Gefahr läuft, eine politische Virulenz zu entwickeln. In diesem Sinne lässt sich eher auf eine themenspezifische Zerfaserung der Gesellschaft als auf eine bipolare Teilung schließen.

Innerhalb der Silos bietet selbst eine grundsätzliche Demokratiezufriedenheit kein Rezept, die demokratischen Zumutungen – die Auseinandersetzung mit dem anderen – ertragbar zu machen. Wo es mehr pluralen Austausch, mehr Akzeptanz gegenläufiger Positionen, mehr Wissen und Bildung benötigen würde, wird an dem Ast gesägt, der die Demokratie zusammenzuhalten versucht: dem ausgleichenden pluralistischen parlamentarischen Diskurs. Das Bedenkliche: Diese Konflikte gehen quer durch die gesellschaftliche Mitte.

Der Identitätsegoismus scheint sich über die Argumentationsmuster wissenschaftlicher Selbstlegitimierung in einer Weise verbreitet zu haben, dass die diskursive Offenheit nicht mehr die Oberhand gewinnt. Das Verständnis von Wissenschaft als letzter Wahrheit findet sich zunehmend dort, wo man meint, nicht weiter durchzudringen, nicht zuletzt, um andere Positionen zu diskreditieren. Es zählt die Haltung und nicht die Suche nach Erkenntnis im popperschen Sinne, der die Falsifizierung in den Mittelpunkt rückt und damit den Zweifel zum Prinzip erhebt.

Was kann getan werden? Neben dem Werben für die demokratischen Prozeduren mit deren Freiheit von Willkür könnte man Formate des Austauschs zwischen Parlament und Zivilgesellschaft testen, die ähnlich den Beteiligungsformaten bei Projekten einen geordneten Austausch jenseits der Fachanhörungen ermöglichen.

Ganz praktisch wäre auch zu prüfen, ob man nicht gezielt Forschungsgelder für die transparente Evaluierung jener Positionen bereitstellt, die ihren Protest in einer wissenschaftlichen Schattenwelt begründen. Diese Form ernsthafter Wahrnehmung könnte neue Ansätze für das nötige Gespräch und die erforderliche Kooperation schaffen. Denn die Neigung zur Immunisierung der eigenen Meinung im moralischen Gewand macht zwar wie gesehen vor Schichten mit höherer Bildung nicht Halt. Trotzdem lassen sich mit höherem Bildungsniveau und unverzerrter Perspektive auf die konkreten Problemlagen der Welt die langwierigen deliberativen Prozesse besser aushalten – selbst wenn die jeweilige Herausforderung als besonders dringlich empfunden wird.

Es zählt die Haltung, nicht die Suche nach Erkenntnis im popperschen Sinne.

Ende des Gesundheits-Diktats – jetzt muss die Bildung den Ton angeben

Die Politik redet wieder von Grundrechtseinschränkungen. Obwohl die Ausgangslage eine völlig andere ist als vor einem Jahr. Wir müssen vor allem die Schule als Lernort sichern. Um das Chaos zu beseitigen, braucht es mutige Bildungspolitiker – und Samstags-Unterricht, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag für die Welt vom 6. Juli.

Was ich klarstellen will:

Es klingt banal, aber der Herbst 2021 ist nicht der Herbst 2020. Hört man hingegen maßgeblichen Stimmen der Politik zu, so könnte man genau den gegenteiligen Eindruck gewinnen. Ob Bundeskanzlerin oder Bundesgesundheitsminister: Stellt euch – so lautet die Ansprache an die lieben Mitbürger – darauf ein, dass es wiederum Einschränkungen der Grundrechte geben werde. Vor allem die vage Drohung, es müsste wohl der Schulbetrieb wieder eingeschränkt werden – Wechselunterricht oder gar Distanzunterricht –, schreckt die Leute und soll es wahrscheinlich auch. Dazu aber darf es nicht kommen: Schulschließungen oder andere Eingriffe in das Grundrecht auf Bildung sind zu vermeiden.

Warum ich das gerade jetzt sage:

Einerseits: Der Herbst 2021 wird nicht der Herbst 2020 sein. Den Unterschied macht der Impffortschritt. Das RKI spricht davon, dass das Pandemiegeschehen kontrollierbar wird, indem es sich zu einem endemischen Phänomen wandelt.

Das bedeutet aber, dass die Entwicklung der Neuinfektionen – gemessen an der Sieben-Tage-Inzidenz je 100.000 Einwohner oder dem Reproduktionswert – nicht mehr der relevante Indikator ist. Die Impfung verringert die Ansteckungsgefahr und das Risiko schwerer Verläufe.

Eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite liegt vor, wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht“, so heißt es in Paragraph 5 des Infektionsschutzgesetzes. Früh wurde das mit der Auslastung der intensivmedizinischen Kapazitäten konkretisiert.

Das Risiko ist nun aber durch die Impfung stark gemindert, sodass künftig das Infektionsgeschehen nicht anders zu bewerten sein wird als bei bekannten endemischen Phänomenen. Der Hinweis auf Virusvarianten muss ernst genommen werden, kann aber keine vorsorgliche Grundrechtseinschränkung rechtfertigen.

Andererseits: Wir wissen heute empirisch gesättigt, was jedem im Vorhinein klar sein musste. Distanzunterricht ist zwar mehr als nichts, aber auch nicht viel mehr als das. Das gilt generell, weil auch in bildungsaffinen Haushalten der Unterricht zu Hause auf längere Sicht zu einer Überforderung wird.

Die familiäre Situation in den eigenen vier Wänden beruht auf der zeitlichen wie räumlichen Trennung zum Lernort und zum Arbeitsort. Jedenfalls kann das nur begrenzte Zeit vermischt werden, ohne dass Spannungen auftreten. Vor allem aber führt der Distanzunterricht dazu, dass Kinder aus bildungsferneren Haushalten noch weiter benachteiligt werden.

Hinzu kommt, dass in diesen Haushalten die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass auch andere Folgen der Pandemie und Pandemiopolitik sich negativ auswirken: Die Beschäftigungsverluste sowie das gestiegene Insolvenzrisiko in den vom Lockdown betroffenen Branchen treffen meist jene Haushalte, in denen die Zeitressourcen und die Bildungsvoraussetzungen für die Unterstützung der Kinder geringer sind. Die psychischen Belastungen der Kinder sind schon früh in der Pandemie untersucht worden, so vom UKE in Hamburg. Auf diese Hinweise hat die Politik nie wirklich reagiert.

Die Vorstellung, dass digital gestützter Distanzunterricht eine neue Norm für die Allgemeinbildung der Kinder sein könnte, ist mindestens so abwegig wie die, dass alle Beschäftigten künftig im Homeoffice weilen. Der Lernort ist und bleibt auch in der digitalen Welt die Schule.

Dass es um andere Lernkonzepte, technische Unterstützung und moderne Raum- und Zeitstrukturen gehen muss, trägt aber nur, wenn es ohne Masken von Angesicht zu Angesicht in Schulen organisiert wird. Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung und Kompetenzerwerb, sondern auch Sozialisation – die Befähigung zum verantwortlichen Reden und Handeln im öffentlichen Raum.

Wer bestimmt sofort protestiert:

Lehrerverbände und Elternverbände, insofern sich dort, was häufig der Fall ist, jene systematisch wortstark positionieren, die besonders risikoavers sind und hundertprozentigen Schutz fordern, der nie zu haben ist. Wohl auch jene Aktivisten von ZeroCovid und No-Covid, die für die Idee, das Virus (weitgehend) auszurotten, den Verlust der Freiheit und die Einschränkung der Grundrechte in Kauf nehmen.

Wie es nun idealerweise weitergeht:

Um die Schule als Lernort zu sichern, sind Investitionen in Lüftungsanlagen ebenso geboten wie die Vorbereitung einer Impfkampagne für die Schüler im Herbst. Die Lernverluste sind gezielt in den Schulen zu kompensieren, und zwar für Kinder mit besonderem Förderbedarf sowie vor dem Übergang in eine andere Bildungsstufe. Das wird ohne eine Ausweitung des Unterrichts auf Nachmittage und den Samstag nicht gehen. Die konsequente Verkleinerung der Klassen gerade in der Sekundarstufe auf 25 Schüler gehört ebenso dazu.

Damit das gelingt, brauchen wir mutige Bildungspolitiker, die nun anstelle der Gesundheitspolitiker den Ton angeben. Wir benötigen eine klare Zielvorstellung für die Pandemiepolitik im Herbst, um insgesamt zu Maß und Mitte zurückzukehren. Die Gesellschaft als Ganzes muss lernen, Covid-19 nun als kontrollierbares Risiko und nicht mehr als überwältigende Ungewissheit zu sehen.

Die Zukunft der Globalisierung

Ohne internationale Arbeitsteilung wäre die Welt ärmer und ungleicher. Doch Öffnung und Integration stoßen zunehmend auf Ablehnung, das Bedürfnis nach Autonomie und Renationalisierung wächst, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Juni. Was ist zu tun?

Die Globalisierung, lange Jahre weltweit Garant wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Die ökonomische Dynamik, die nach der Öffnung Chinas und vor allem nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit voller Kraft wirksam wurde, ist spürbar geschwächt. Die gesellschaftliche Akzeptanz, lange durch den Gewinn an Freiheit und globaler Sicherheit sowie den Ausblick auf eine Demokratisierung zuvor verschlossener Teile der Welt getragen, ist geschwunden. In der Pandemie wurde durch die Lockdown-Beschlüsse und die Grenzschießungen im Frühjahr 2020 die globale Arbeitsteilung unterbrochen. Die Nachwirkungen dieses Stillstands reichen bis weit in dieses Jahr. Die aus als übertrieben bewerteter Spezialisierung der Produktion und der Beschaffung folgenden Abhängigkeiten boten so zusätzlich Anlass, grundsätzlich über die Weltwirtschaft nachzudenken.

Dabei scheint gelegentlich vergessen zu werden, dass die Welt ohne den Fortschritt in der globalen Arbeitsteilung in den vergangenen Jahrzehnten ärmer, ungleicher und weniger chancenreich gewesen wäre. Die Globalisierung der vergangenen vier Jahrzehnte wirkte zwar differenzierter, als es ein naiver Marktglaube nahelegte, aber doch grundsätzlich positiv auf die volkswirtschaftlichen Einkommen. Die Öffnung einer Volkswirtschaft verschärft die Intensität des Wettbewerbs und sorgt für Anpassungslasten – doch genau so beginnt der Pfad zu einer wirtschaftlichen Entwicklung auf Augenhöhe mit den Besten, definiert durch globale Standards der Qualität, der Lieferverpflichtung, der Kundenorientierung, des Serviceversprechens. Verlierer im global forcierten Strukturwandel, vor allem geringer Qualifizierte mit industriespezifischen Kompetenzen für lokale Wertschöpfung, stehen indes vor beachtlichen Problemen. Diese zu ignorieren hat viel Vertrauen gekostet.

Fragen nach kultureller Identität, Integration und Wandel

Die Wirkungen der Globalisierung werden in verschiedenen Ordnungen recht unterschiedlich wahrgenommen. Politische Entscheidungen geraten unter Druck, wenn Kapital internationaler Investoren mobil ist – leicht greifbar in der Steuerpolitik, aber auch an anderen für die Standortkosten wichtigen Feldern wie der Energiepolitik. Das führt zu Fragen der demokratischen Legitimation und der Bedeutung, die der Volkssouveränität dabei noch zukommt. Die Leistungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen (wie der Sozialkassen) wird herausgefordert, wenn durch Wanderung soziale Integrationsaufgaben gestellt werden. Das führt zu Fragen der kulturellen Identität, Öffnung und Integration. Die wirtschaftlichen Impulse der Globalisierung durch den immer intensiveren Wettbewerb verlangen bildungs- und regionalpolitische Antworten, um Beschäftigungschancen immer wieder neu zu eröffnen. Und sie verlangen nach anreizkompatiblen Angeboten an die Verlierer, denen die Anpassung an den Wandel nicht gelingt.

Ökonomie, Gesellschaft und Politik werden durch Öffnungsprozesse in eine konfliktträchtige Spannung versetzt. Das von dem türkischen Ökonomen Dani Rodrik skizzierte Paradoxon, nach dem die unbegrenzte ökonomische Globalisierung auf Kosten nationaler Selbstbestimmung und Demokratie gehe, findet sich hier – um die Zivilgesellschaft erweitert – wieder. Dabei wirken verschiedene Übertragungswege der Globalisierung, nicht bloß der Güterhandel, wie oft gemeint. „Strukturbildende Fernverflechtungen“ (Jürgen Osterhammel) ergeben sich aus der Vernetzung von Akteuren, Prozessen und Märkten durch Migration, durch Kapitalmobilität, durch Güterhandel und durch die Verbreitung von Wissen. Alle vier Transmissionen beeinflussen sich gegenseitig, und zwar komplementär wie substitutiv; alle vier bringen so oder so einen Souveränitätsverzicht mit sich.

Die Entstehung einer globalen Öffentlichkeit

In der ersten Globalisierungsphase im 19. Jahrhundert wurde die Migration durch gesunkene Transportkosten, aufgehobene Reisebeschränkungen und demografischen Druck angetrieben. Zudem erlebten die Menschen durch interkontinentale Telegrafenkabel und kontinentale Telefonnetze, aber auch durch den technischen

Fortschritt im Zeitungsdruck eine verdichtete und beschleunigte Kommunikation. Erstmals entstand eine globale Öffentlichkeit, die durch Weltausstellungen und Metropolenkonkurrenz nicht mehr nur als Austausch der Eliten eine institutionelle Basis erhielt.

Aus diesen Antrieben bildete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Europa und Nordamerika ökonomisch der transatlantische Westen und formte aus den Wurzeln der Amerikanischen sowie der Französischen Revolution mit unveräußerlichen Menschenrechten, Herrschaft des Rechts, Gewaltenteilung, Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie jene wertegebundene Prägung, die sich bis heute als „Projekt des Westens“ (Heinrich August Winkler) manifestiert.

Westliche Werte sind keine Selbstläufer

Die zweite Globalisierung ist durch einen lange verdeckten wertebezogenen Konflikt zwischen dem transatlantischen Westen und dem chinesischen Weg geprägt; augenfällig markiert schon durch die beiden Startdaten: die Öffnung Chinas mit der Rede Deng Xiaopings vor dem Zentralkomitee der KP Chinas im Oktober 1978 und der Fall des Eisernen Vorhangs 1989. Die westliche Hoffnung, China werde sich durch Freihandel politisch öffnen und demokratisch modernisieren, hat sich nicht erfüllt. Aus dem nach der Jahrtausendwende immer stärker spürbaren Systemwettbewerb wurde ein handfester Systemkonflikt, dessen Ausgang bei Weitem nicht so eindeutig erwartet werden kann, wie es für den Kalten Krieg der Fall war.

Die mit US-Präsident Joe Biden gewonnene neue Einheit des Westens wurde auf dem G7-Gipfel in diesem Monat sichtbar. Doch es geht nicht nur um China: Der Westen muss erkennen, dass die von ihm nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Institutionen in anderen Regionen der Welt keineswegs selbstverständlich akzeptiert werden.

Gescheiterte Projekte und enttäuschte Erwartungen

Die Welthandelsorganisation (WTO), die 1995 mit großen Erwartungen die Arbeit aufnahm, ist nicht zu dem starken Akteur für Freihandel und Fairness geworden.

Vielmehr wurde sie selbst von der Führungsnation des Westens, den Vereinigten Staaten, institutionell geschwächt – durch die Blockade der Besetzung des Schiedsgerichts. Die 2001 begonnene Doha-Runde der WTO-Mitgliedstaaten ist trotz mehrfacher Anläufe an unüberbrückbaren Widersprüchen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern gescheitert, sei es beim westlichen Marktzugang für Agrarprodukte, sei es bei Fragen des geistigen Eigentums. Die ordnungspolitisch wie innovationspolitisch fragwürdige Forderung nach einer Öffnung des Patentschutzes kritischer Arzneimittel hat jüngst bei der Impfstoffproduktion gegen Covid-19 für Diskussionen gesorgt.

Doch auch die spezifischen regionalen handelspolitischen Projekte des Westens – ob TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA oder TPP zwischen den USA und pazifischen Anrainerstaaten – sind gescheitert, entweder aus politischem Opportunismus oder am gesellschaftlichen Widerstand. Freihandel und Investitionsschutz werden im Lichte des Globalisierungs-Paradox immer kritischer gesehen. An die Stelle globaler Fortschritte oder wenigstens weite Räume der Welt integrierender Zweitbestlösungen sind bilaterale Abkommen getreten, wie sie von der EU gerade auch in Reaktion auf die Politik der Trump-Administration forciert wurden. Allerdings harrt das umfassende Abkommen mit Kanada (CETA) noch der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag.

Hinter alldem verbirgt sich der Befund, dass die Ablösung der Kolonialherrschaft seit den 1960er-Jahren misslungen ist, insofern es um den Aufbau wirksamer Verfassung und stabiler politischer Institutionen geht, die ein Land erst in den Fokus der internationalen Kapitalmärkte rücken lassen. Vor allem Subsahara-Afrika ist noch weit von einer tragfähigen Integration in die Weltwirtschaft entfernt; allenfalls die informationelle Globalisierung wirkt und motiviert die Armutswanderung in das reiche Europa. Die Reaktion des Westens in der unter deutschem Vorsitz 2017 formulierten G20-Initiative „Compact with Africa“ versucht endlich, den dortigen Ländern Unterstützung für eigene Lösungen und selbst erdachte Projekte anzubieten anstatt vorgefertigter Programme nach westlichem Verständnis. Es gibt aus Tradition und Kultur jenseits der westlichen Erfahrungswelt politische Steuerungsstrukturen und Institutionen, die Verlässlichkeit ermöglichen. Gleichwohl begründet die fragile Staatlichkeit in Afrika besondere Hürden.

Anpassung versus Autonomie

Die Globalisierung steht unter Druck. Die unterschiedlichen Transmissionen verursachen Spannungen, die sich nicht einfach mit ökonomischer Dynamik auflösen. Die normativen Konflikte um das Verständnis der weltwirtschaftlichen Integration sind schärfer geworden, die geopolitischen erst recht. Weite Teile der Welt, vor allem in Afrika, suchen noch einen überzeugenden Weg zur Attraktivität für Kapitalimporte. Die Institutionen der zweiten Globalisierung verlieren an Kraft und Bedeutung, besonders in der Entwicklungspolitik gehen die Kontinente zunehmend eigene, autonome Wege. All das macht jedenfalls zurzeit wenig Hoffnung, dass weltpolitisch gelöst wird, was nur global zu lösen ist: der Klimaschutz. Eine Chance besteht mit der neuen amerikanischen Administration in Einklang mit transatlantischen Partnern für die Idee des Klimaclubs (William Nordhaus) mit einheitlichem CO₂-Preis und Grenzausgleich.

Die Globalisierungsneigung der weltoffenen, polyglotten, multikulturellen und diversen Eliten hat in vielen westlichen Staaten den Widerspruch derjenigen hervorgerufen, die weniger offen und bereit zur Anpassung sind sowie sich mehr der Herkunft verbunden fühlen. Als Hillary Clinton im US-Wahlkampf 2016 vom „basket of deplorables“ (einem Korb voller Bedauernswerter) sprach, hat sie eine Krise der Repräsentation im politischen System offenbart. Und die ist nicht allein für die Vereinigten Staaten bedeutsam. Gesellschaftliche Gruppen erleben in der öffentlichen Debatte keine für sie angemessene Wahrnehmung und sind für extreme politische Kräfte mobilisierbar, die sich in Sprache und Aktion jenseits des herrschenden demokratischen Grundverständnisses positionieren. Die Ablehnung der Fernbeeinflussung durch globale Netzwerke und des damit verbundenen Verlusts an Souveränität wird zum starken Motiv politischer Renationalisierung und Regionalisierung

Der ambivalente Einfluss von Digitalisierung

Hinzu kommt, dass die technologischen Trends unserer Zeit eine Herausforderung für die Globalisierung begründen, und zwar durchaus zwiespältig. Während die erste Globalisierung im Handel durch den Austausch von Fertigprodukten geprägt war,

ist es nun der Handel mit Vorprodukten. Darin schlägt sich die grenzüberschreitende, gar globale Organisation der Wertschöpfungsketten nieder. Die Digitalisierung hat der weltweiten Arbeitsteilung auf Basis der erreichten Automatisierung einen gewaltigen Schub verliehen, da die Datenübermittlung in Echtzeit das Management der Wertschöpfungsstufen und der Lieferketten rund um die Uhr und um den Globus ermöglicht. So wuchs bis 2012 der Welthandel stets stärker als die Weltproduktion, die globale Arbeitsteilung nahm zu. Seitdem ist das im Trend nicht mehr der Fall.

Gleichzeitig stellt die Digitalisierung spannende Fragen an die Raumstruktur des Wirtschaftens. Zunächst: Eine seit einiger Zeit vorgetragene These, dass der 3D-Druck (Additive Fertigung) zu einer Rückverlagerung von Produktion in die Industrieländer führe, weil damit die Transportkosten wichtiger seien als die Arbeitskostenunterschiede, hat sich bislang nicht bestätigt. Das ist weniger erstaunlich, wenn man die trotz fortgeschrittener globaler Arbeitsteilung profilierte Spezialisierung auf der volkswirtschaftlichen Angebotsseite beachtet. Während sich die Konsumstruktur weltweit angeglichen hat, gilt das für die Produktionsstruktur nicht. Historisch definierte Strukturen sind offenkundig robust, wenn sie Produktionscluster und Wissensnetzwerke ausbilden. Sie wirken der These einer großen Konvergenz durch Deindustrialisierung entgegen.

Die Relevanz von Städten und Standorten ändert sich

Ein Blick zurück zeigt, dass die erste und zweite Globalisierung ohne Verstädterung und Urbanisierung kaum zu denken sind. Städte sind Pionierorte der Infrastrukturen und Erlebnisorte der Ballungsräume (Agglomeration). Weltausstellungen sowie Metropolenkonkurrenz führten zu internationalen Standards und vernetzten die regionalen Leitstädte. Das entscheidende ökonomische Argument ergibt sich, wenn man Johann Heinrich von Thürens Idee der räumlichen Struktur aus Zentrum und Peripherie verbindet mit Joseph Schumpeters Vorstellung für Wachstum durch die innovative Kraft der schöpferischen Zerstörung. Der Ökonom Herbert Giersch hat in seiner „Vulkantheorie“ die Stadt als schöpferisches Team identifiziert, das die Offenheit, die Fühlungsdichte und den Wettbewerb in neue Ideen umsetzt, sodass der Ballungsraum wie ein Vulkan wirke, „der ständig, wenn auch nicht regelmäßig, neues Wissen ausspeit, ein technisches Wissen, das dann wie Lava den Berg hinabfließt und in einem Prozess der schöpferischen Zerstörung bis zum Rand hin befruchtend wirkt“.

Prägend ist hier nicht die statische Vorstellung einer für immer gegebenen Stadt-Land-Struktur, dafür sind schon historische Ereignisse und Zufälligkeiten zu wirkungsmächtig. Besonders technische Innovationen können die Struktur grundlegend ändern. Diese Struktur ist differenziert durch die Rangordnung der Zentren; es sind Hotspots der organisierten Moderne, Knoten in den Netzwerken der Migration und der Wissensdiffusion. Die Neue Wirtschaftsgeografie öffnete den Blick der Wachstumstheorie gleichermaßen für Konvergenz und Divergenz von Wirtschaftsräumen. Dabei erweist sich auch in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts mit ihrer technisch vollständig möglichen (räumlichen und zeitlichen) Entkopplung der Arbeits- und Wissensteilung vom realen menschlichen Miteinander, dass Agglomerationseffekte weiterhin an den konkreten Ort gebunden sind (Enrico Moretti). „Superstar Cities“ ziehen die „Superstar Companies“ an; in der Folge nehmen die regionalen Unterschiede zu, Städte können den Rang der obersten Zentralität verlieren.

Die Zukunft der Globalisierung erfordert Urbanität

Die Globalisierung steht unter Druck, hat aber Aussicht auf neue Dynamik. Die ist aber nicht voraussetzungsfrei, was bei den Folgen der Pandemie beginnt. Die Erfahrung des Lockdowns hat über soziale Distanzierung und Heimarbeit die Agglomerationseffekte in Zweifel gezogen, das hat Konsequenzen für die Innovationskraft aus dem Miteinander von Zentrum und Peripherie. Der Vulkan droht zu versiegen, wenn jeder zu Hause bleibt und die Urbanität gemieden wird.

Welche Zukunft der Globalisierung ermöglicht die Digitalisierung der Sesshaften? Die „digitale Wanderung“ hilft zwar nachholenden Ökonomien bei der Entwicklung, sie ermöglicht aber nicht die Fühlungsdichte innovativer Teams. Die Rückkehr in das „Ganze Haus“ als alltagsprägendem Ort der Vormoderne (Otto Brunner) ist zwar digital möglich, geht aber mit erheblichen sozialen Verlusten einher. Die Sicherung der Urbanität als Agglomerationsgrundlage erfordert einen regionalpolitischen Ansatz, der den Vulkan sein Wissen weit speien lässt. Die Lebenssituation der Sesshaften kann so gerade in der Globalisierung adressiert werden.

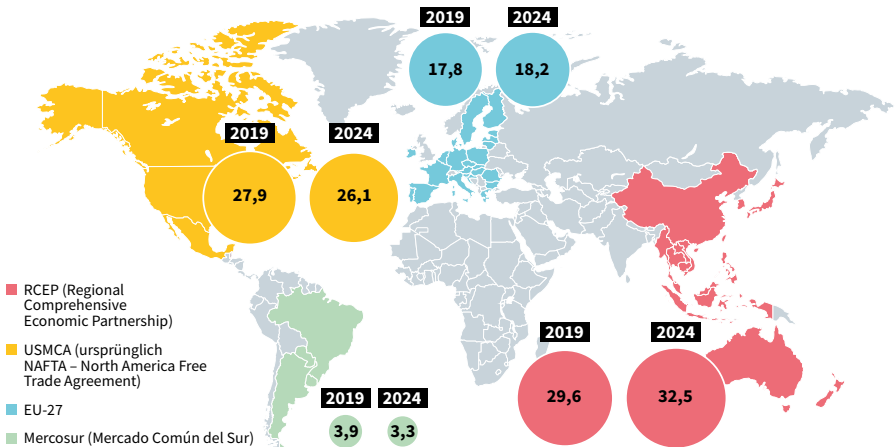
Der globale Systemkonflikt verlangt eine Klärung ordnungspolitischer Mindeststandards, beispielsweise für den Investitionsschutz, das geistige Eigentum und

den fairen Marktzugang. Kooperationschancen ergeben sich beim Klimaschutz, wenn es durch einen angemessenen Interessenausgleich gelingt, die afrikanischen Staaten einzubinden. Wichtig ist dafür, die 2019 gegründete afrikanische Freihandelszone (AfCFTA) zu stärken.

Entscheidend bleibt, dass für die Menschen erlebbar wird, welche Erträge die Zusammenarbeit über globale Vernetzung zu erbringen vermag. Denn das ist ein Hebel, mit dem man den drohenden Abhängigkeiten von China entgegenwirken kann. Um die Integrationskraft der Globalisierung in Afrika zu erhöhen, sind die institutionellen Besonderheiten dieser Länder im Lichte der genannten Mindeststandards ernst zu nehmen. Warum sollte Afrika nicht jenen Aufschwung erleben, der Asien ökonomisch stark gemacht hat und Innovationsvulkane hat entstehen lassen? Die Globalisierung erweist sich dann wieder als Verheißung. Die G7-Beschlüsse machen dafür Mut.

Die Macht des Warenhandels

Anteil ausgewählter Freihandelszonen am weltweiten nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent



2024: Prognose
 Quellen: Internationaler Währungsfonds, Statista
 © 2020 IW Medien / iwd

Wohnungsmarkt: „Was SPD und Grüne planen, ist ein Irrweg“

Im Interview mit dem Handelsblatt vom 29. April kritisiert IW-Direktor Michael Hüther die wohnungspolitischen Pläne von SPD und Grünen. Die Forderungen nach einem bundesweiten Mietendeckel seien ein Irrweg.

Handelsblatt: *Herr Hüther, im Interview mit dem Handelsblatt bekannten Sie vor fünf Jahren, dass bei Ihnen zu Hause ihre Frau für Finanzfragen zuständig ist. Insofern können Sie uns jetzt völlig unbelastet antworten: Würden Sie derzeit privat noch einem Freund raten, ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen?*

Michael Hüther: Nun, das hängt sicher davon ab, welche Vermögenstruktur er bisher entwickelt hat – und ob er derzeit zur Miete wohnt. Aber eines ist klar: Wenn man etwas nüchtern in seinen Erwartungen ist und keine exorbitanten Zuwächse erhofft, sind Immobilien weiter interessant. Jeder muss sich allerdings vor Augen halten, dass wir in eine Phase der Normalisierung hineinrutschen, was viel mit der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren zu tun hat.

Handelsblatt: *Und gilt dies auch, wenn Sie einem Kapitalanleger einen Ratschlag geben müssten?*

Hüther: Ja, auch dann. Natürlich muss man sich ansehen, was da für Preise aufgerufen werden. Bei einer guten Lage der Immobilie, die energetisch gut saniert oder gebaut ist, ist ein Kauf sicher weiter eine attraktive Option, wenn der Käufer noch zwanzig Jahre bis zum Renteneintritt hat.

Handelsblatt: *Die Bundesbank sieht inzwischen markante „Preisübertreibungen auf den städtischen Wohnungsmärkten“ und auch die KfW Hinweise auf regionale spekulative Preisübertreibungen bei Immobilien. Drohen die Preise in den Top-7-Metropolen davonzulaufen?*

Hüther: Also, wenn es wirklich spekulative Übertreibungen geben würde, dann wären diese uns spätestens mit der Corona-Krise vor die Füße gefallen. In der Pandemie ist ganz viel infrage gestellt worden – aber die Preise für Immobilien sind weiter gestiegen. Alle wichtigen Indikatoren, die wir als Anzeichen für eine Spekulationsblase benennen würden, also exzessive Bautätigkeit, verringerte Haltedauer mit höheren Transaktionsvolumina und entsprechend starke Kreditvergabe, sind nicht erkennbar. Und noch immer fehlen Wohnungen: Es müssten 350.000 neu gebaut werden, um den Bedarf zu decken, aber es sind gerade einmal 300.000.

Handelsblatt: *Das mag sein. Aber die Kaufpreise steigen seit Jahren schneller als die Mieten. Ist das kein Warnsignal?*

Hüther: Ja, aber das hängt natürlich damit zusammen, dass wir von der Finanzierungsseite her entlastet sind. Sie müssen keinen so großen Mietzuwachs realisieren, wenn Sie die Immobilie für einen Kredit von 0,7 Prozent finanzieren können. Als ich 1999 in Wiesbaden eine Hypothek für unser Haus abgeschlossen habe, war ich total froh, dass ich eine Hypothek für 5,6 Prozent bekommen hatte. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Im letzten Jahrzehnt ist viel zusammengekommen: Zuwanderung von Fachkräften, steigende Beschäftigung, steigende Reallöhne, vergleichsweise geringe Bautätigkeit, fallende Zinsen und niedrige Inflation. Dieses ideale Szenario wird sich in den kommenden Jahren vielleicht nicht so fortsetzen. Aber es bricht auch nicht komplett weg. Der Immobilienmarkt ist kein Kasino.

Handelsblatt: *Sehen Sie keine Gefahr regionaler Preiseinbrüche in den nächsten Jahren, wie es die KfW tut?*

Hüther: Ja, das lässt sich nicht komplett ausschließen. Aber wenn Sie große Städte wie Hamburg oder Berlin mit anderen europäischen Städten vergleichen, werden Sie feststellen, dass der Markt nicht aus dem Ruder gelaufen ist. Ich sehe keine grundlegende Trendumkehr. Die Menschen werden weiter in den großen Städten wohnen wollen. Im Vergleich zu London oder Paris sind die deutschen Metropolen noch immer vergleichsweise billig. Was wir erleben werden, ist höchstens, dass mehr Menschen in die mittelgroßen Städte und ins Umland ausweichen werden, weil der Platz und die Preise das nicht mehr für alle hergeben.

Handelsblatt: *Was heißt das für die großen deutschen Metropolen?*

Hüther: Ganz einfach: Es wird keine Preiskorrektur nach unten geben. Günstiger wird es nicht mehr in den Metropolen. Ich glaube, dass wir die Bewegung in die großen Städte noch nicht ausgereizt haben. Wenn Sie sich anschauen, dass wir in Berlin auf der gleichen Quadratmeter-Fläche nur etwa die Hälfte an Menschen wohnen haben, die etwa in London wohnt, dann bieten die Städte bei uns noch viel Platz. Wenn die Städte an sich also nicht unattraktiv werden, werden sich auch die Preise dort nicht zurückdrehen.

Handelsblatt: *Parteien wie die SPD oder die Grünen fordern in ihren Wahlprogram-*

men jetzt einen bundesweiten Mietendeckel. Ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu nicht das letzte Wort?

Hüther: Nun, was SPD und Grünen da planen, ist ein Irrweg. Wenn Sie den Preis bundesweit deckeln, wie diese Parteien jetzt vorschlagen, verkürzen Sie das Angebot und beschützen nur die, die schon eine Wohnung haben. In Berlin hat der Mietendeckel dafür gesorgt, dass es 28 Prozent weniger Mietwohnungen gibt, in Hamburg gab es gleichzeitig 15 Prozent mehr Wohnungen. Ein Mietendeckel ist im Grunde unheimlich borniert: Das ist reine Bestandssicherung – niemand denkt an die, die noch in die Stadt ziehen wollen. Doch einfach die bestehenden Verhältnisse zu konservieren, war noch nie eine gute Option für die Politik. Mit einem bundesweiten Mietendeckel steuerte die Politik in die falsche Richtung.

Handelsblatt: *In manchen Stadtteilen der Stadt haben sich die Mieten seit 2009 verdoppelt. Ist es da überraschend, wenn die Politik den Eindruck bekommt, dass der Markt nicht richtig funktioniert?*

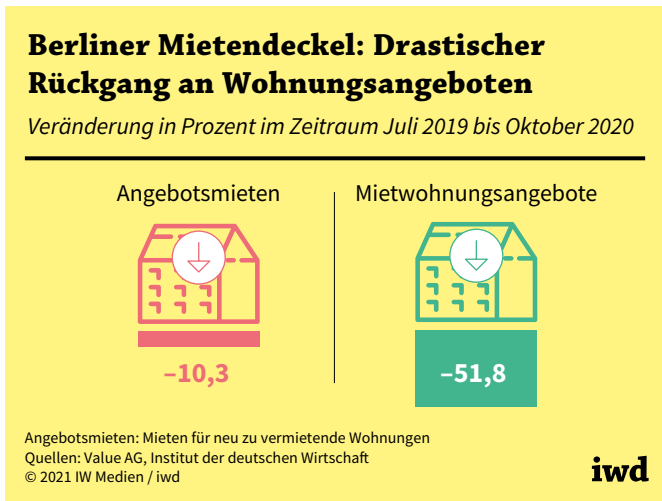
Hüther: Ach, das ist doch eine Diskussion, die hauptsächlich in linken Kreisen der Berliner Blase geführt wird. Natürlich gibt es auch bei einzelnen Wohnkonzernen unkluges Verhalten. Aber: Wir haben einen funktionierenden Mietwohnungsmarkt. Es ist ein Fehler der Parteien, dort ohne Sinn regulierend einzugreifen. Wer jetzt gegen das Ende des Mietendeckels protestiert, sollte dies besser vor dem Roten Rathaus in Berlin tun. Denn es war die Politik, die die Menschen gegen viele Ratschläge in eine Scheinsicherheit geführt hat, mit der sie jetzt nicht zurechtkommen.

Handelsblatt: *In Berlin wird bereits zur Enteignung der großen Wohnkonzerne aufgerufen. Wie viel politischer Sprengstoff birgt das Thema Wohnungsmarkt?*

Hüther: Natürlich ist das ein zentrales Thema der Politik. Mieten sind der moderne Brotpreis. Da schauen viele Menschen drauf. Aber es ist ja nicht so, dass wir in Deutschland keine Regulierung des Immobilienmarktes haben. Der Markt ist sehr mieterfreundlich. Als Investor müssen sie schon viel guten Mut mitbringen, hier flächendeckend tätig sein zu wollen. Aber es führt am Ende kein Weg daran vorbei, durch die Mobilisierung des Neubaus zugleich mehr Steuerung und Orientierung vorzunehmen. Ich sehe keinen anderen Weg.

Handelsblatt: Was könnte den Immobilienboom zum Einsturz bringen?

Hüther: Ich sehe da nichts. Bei Inflation sehen wir lediglich vorübergehende Phänomene. Da erwarte ich nichts, was den Markt zum Kippen bringen könnte. Selbst eine Zinssteigerung der Europäischen Zentralbank würde meiner Meinung nach die Immobilienpreise in Deutschland nicht drastisch einbrechen lassen. Die hier entscheidende Kapitalmarktsituation ist durch einen Überhang an Ersparnissen geprägt. Die Phase des Kapitalmangels ist vorbei, wie wie Carl Christian von Weizsäcker schon sagte. Der Immobilienboom wird so schnell kein Ende nehmen.



Die soziale Marktwirtschaft hat sich auch im Sozialen bewährt

In der Pandemie machen Schlagzeilen à la „Corona-Krise verschärft/erhöht/verschlimmert Ungleichheit“ die mediale Runde. Und so ist es kein Wunder, dass in der öffentlichen Wahrnehmung das Bild vorherrscht, die Corona-Pandemie führe zu mehr Ungleichheit. Gleichzeitig wird dadurch suggeriert, dass der Staat beim sozialen Ausgleich in der Krise versagt. IW-Direktor Michael Hüther bezieht Stellung in einem Gastbeitrag im Blog politische Ökonomie am 9. März.

Falsche Wahrnehmung

Doch Wahrnehmung und Wirklichkeit gehen in Fragen der Verteilung oft auseinander. Das zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse einer IW-Onlinebefragung aus dem August des vergangenen Jahres: Auf die Frage, wie sich in den letzten fünf Jahren vor der Krise die Verteilung der Einkommen und Vermögen verändert habe, antwortete eine Mehrheit von 55 Prozent, dass die Ungleichheit zugenommen habe. Durch die Brille des nüchternen Statistikers gesehen zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Die relative Einkommensungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen – ist seit dem Jahr 2005 nahezu unverändert geblieben. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit auf einem unterdurchschnittlichen Niveau. Auch die Verteilung der Nettovermögen zeigt sich seit über einem Jahrzehnt kaum verändert; wenn überhaupt, dann hat die Ungleichverteilung gemäß den verfügbaren Indikatoren sogar leicht abgenommen.

Bei der Verteilungsfrage genau hinsehen

In Verteilungsfragen wird oftmals bewundernd auf die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten verwiesen. Dabei weist Deutschland eine ähnlich hohe Nettovermögensungleichheit wie Norwegen, Schweden oder Dänemark auf. Ursächlich dafür ist, dass der Umfang sozialstaatlicher Sicherungssysteme in diesen Ländern für einen Großteil der Bevölkerung die Notwendigkeit ersetzt, private Vorsorge zu betreiben. Üblicherweise werden die Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung jedoch nicht als Vermögensäquivalent erfasst. Insofern sollte man nicht Äpfel und Birnen

vergleichen, wenngleich dieses Problem in unterschiedlichem Umfang auch in anderen Ländern besteht. Bezieht man die gesetzlichen Altersvorsorgevermögen in Deutschland in die Betrachtung mit ein, so sinkt die Nettovermögensungleichheit um rund ein Viertel.

Gehen subjektive Wahrnehmung und statistischer Befund bereits für die Vergangenheit auseinander, so erwarteten im August 43 Prozent der Befragten, dass die Corona-Pandemie die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen noch verschärfen werde. Lediglich etwas mehr als ein Viertel war der Meinung, dass sie eher sinken wird. Erste Studienergebnisse der Kolleginnen und Kollegen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) aus dem Mai und Juni vergangenen Jahres deuteten darauf hin, dass verschiedene Erwerbstätigen Gruppen unterschiedlich betroffen sind.

Insbesondere Erwerbstätige mit geringer Bildung waren häufiger in Kurzarbeit, die in vielen Fällen auch über geringere Erwerbseinkommen verfügen. Gleichzeitig war es Besserverdienern häufiger möglich, ihre Arbeit im Homeoffice zu leisten. Kurzarbeit war in diesen Fällen nicht geboten, Einkommensverluste ließen sich eher vermeiden. Folglich wäre zu vermuten, dass die Lasten stärker im unteren Bereich der Bruttoerwerbseinkommen auftreten, die Krise demnach auch zu einer höheren Ungleichheit führen könnte.

Doch die Veränderung von Bruttoerwerbseinkommen erlaubt noch keine Aussage über die Veränderung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen – die maßgeblich für die Beurteilung der Konsum- und Teilhabemöglichkeiten der Bürger sind. Im Haushalt kommen oftmals zwei Erwerbstätige zusammen, die nicht gleichermaßen von der Krise betroffen sein müssen; der Blick auf die Markteinkommensentwicklung von Einzelpersonen greift daher zu kurz.

Außerdem haben die sozialstaatlichen Umverteilungssysteme selbstverständlich auch während der Krise Wirkung gezeitigt, die Steuerlast sinkt etwa bei rückläufigem Erwerbseinkommen überproportional. Schließlich hat die Bundesregierung zahlreiche Hilfsmaßnahmen ergriffen, die den betroffenen Haushalten unter anderem höhere Transfers zukommen ließen. Maßgeblich ist deshalb weniger die

Verteilung der Markteinkommen als vielmehr die der verfügbaren Haushaltseinkommen, wenn es um die Entwicklung der Ungleichheit während und nach der Krise geht.

Diesen Unterschied zeigt eine IW-Mikrosimulationsstudie zu den Verteilungswirkungen der Corona-Pandemie auf. Während die durchschnittlichen Markteinkommen in der Krise um schätzungsweise sechs Prozent im Jahresdurchschnitt sanken, verringerten sich die verfügbaren Einkommen hingegen um weniger als ein Prozent. Richtig ist aber auch, dass die nominalen Verluste der Markteinkommen in den unteren Einkommensbereichen mit bis zu 13 Prozent erheblich größer sind als in der oberen Hälfte, wo sie zwischen 3,5 und neun Prozent liegen.

Sozialstaat hat für Abfederung gesorgt

Die sozialstaatlichen Sicherungssysteme wie die Arbeitslosenversicherung oder auch die Grundsicherung für Arbeitsuchende haben jedoch dafür gesorgt, dass Einkommensverluste durch Wegfall des Arbeitsplatzes oder Geschäftsschließung abgedeckt werden. Darüber hinaus hat das Kurzarbeitergeld einen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen geleistet. Einmalige Hilfen wie der Kinderbonus haben vor allem die Einkommensentwicklung im unteren und mittleren Einkommensbereich gestützt, ergänzt um eine Stabilisierung der Kaufkraft und des Konsums über die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer.

Berücksichtigt man zudem den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung, verbesserte Leistungen beim Wohngeld und beim Kinderzuschlag sowie die Einführung eines mittlerweile verstetigten Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, so fallen die absoluten und relativen Einkommensverluste bei den verfügbaren Haushaltseinkommen im unteren Einkommensbereich erkennbar kleiner aus als im oberen Teil der Verteilung oder als es die Verteilung der Markteinkommen suggeriert.

Der Eindruck einer insgesamt steigenden Ungleichheit durch die Pandemie hält der empirischen Analyse bisher daher nicht stand. Der Befund des IW wird durch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Münchener ifo-Instituts untermauert. Damit soll nicht bagatellisiert werden, dass es in durchaus zahlreichen Einzelfällen auch zu erheblichen monetären Einbußen

infolge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gekommen ist und viele Menschen darunter bis heute zu leiden haben, insbesondere viele Kleinunternehmer.

Unbestritten ist auch, dass die Pandemie Wohlstand gekostet hat. Dieser Verlust muss in den nächsten Jahren mühsam zurückerarbeitet werden. Zudem wird das Pandemiegeschehen auf absehbare Zeit noch nicht beendet sein. Umso mehr liegt es an der Politik, eine gesunde Balance zwischen Gesundheitsschutz und Wiederbelebung wirtschaftlicher Aktivitäten zu finden. Gelingt dies nicht, droht vielen Unternehmen die Insolvenz mit langfristigen Folgen für die Volkswirtschaft. Anders als in mancher politischen Rede hat die Krise aber bisher nicht zu einer Verschärfung der Verteilungsfrage geführt. Das sollte den politisch Verantwortlichen Sicherheit und Motivation geben, sich auf die zentralen Fragen der Pandemiebekämpfung zu konzentrieren, statt notwendige Schritte mit Problemen zu überfrachten, die offenkundig nicht die drängendsten sind.

Zusammenfassung

Zusammengefasst: Ja, die Ungleichheit in den Markteinkommen ist krisenbedingt gestiegen. Und: Nein, die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen ist aufgrund des funktionierenden Sozialstaats als Teil der Architektur der sozialen Marktwirtschaft bislang nicht ungleicher geworden. Angesichts dessen ist es geboten, über ein Argument von Georg Cremer, von 2000 bis 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, des größten Wohlfahrtverbands Deutschlands, nachzudenken.

Cremer hat schon zu Beginn der Pandemie, also zu einem Zeitpunkt, als der Kenntnisstand über die Auswirkungen noch deutlich geringer war als jetzt, gefordert, dass man auch in dieser Krise nicht den Sozialstaat diskreditieren dürfe. Dieses Ansinnen hat er in den vergangenen Jahren wiederholt vorgetragen. Nicht zuletzt führe das sozialpolitische Argumentieren mit empirisch nicht haltbaren Annahmen dazu, dass der Sozialstaat die Unterstützung derjenigen verliert, die ihn tragen, ergo: finanzieren. Unter Corona-Bedingungen hat Cremer seine Bedenken erweitert: Das Schlechreden erzeuge nunmehr Angst, wecke Erwartungen, die nach der Pandemie keine politische Kraft erfüllen könne, und arbeite den populistischen

Kräften in die Hände, die ohnehin mit der Verleumdung mobilisierten, die Politik kümmerte sich nicht um die Belange der Bevölkerung.

Wir sind gut beraten, Cremers Mahnung ernst zu nehmen. Denn Corona verursacht nicht nur Tausende Sterbefälle und ungewisse gesundheitliche Folgen bei wieder-
genesenen Schwererkrankten, die Pandemie bedroht nicht nur die wirtschaftliche Existenz vieler Arbeitnehmer und Unternehmer, sie bürdet nicht nur dem Staats-
haushalt auf lange Zeit enorme Lasten auf. Sondern sie stellt unser Gemeinwesen vor eine enorme diskursive Belastungsprobe und ist geeignet, unseren Umgang im öffentlichen Raum in allen denkbaren Dimensionen dauerhaft zu beschädigen.

Zur Krise der politischen Repräsentation

In einem Gespräch vom 8. Februar mit dem Literaturwissenschaftler und Philosophen Hans Ulrich Gumbrecht beleuchten IW-Direktor Michael Hüther und der Geschäftsführer der Atlantik-Brücke David Deißner die Hintergründe der gesellschaftlichen Spaltung, die nicht nur in den USA zu beobachten ist.

Michael Hüther: Herr Professor Gumbrecht, wir wollen uns heute mit der Frage der politischen Repräsentation beschäftigen. Man kann argumentieren, dass das, was Donald Trump in den letzten Jahren, lange vor dem Sturm auf das Kapitol, getan hat, wie er kommuniziert hat, wie er mit den Institutionen umgegangen ist, bereits eine Krise der Repräsentation und der Verfassung war. 74 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner haben ihm am 3. November 2020 dennoch ihre Stimme gegeben. Welche Chancen hat Joe Biden, die Nation wieder zu vereinen?

Hans Ulrich Gumbrecht: Das Grundprinzip der Demokratie nach den Ideen der Aufklärung besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger ihre politische Macht an andere delegieren, die sie repräsentieren, indem sie in ihrem Sinne handeln. Vielen Menschen ist während der vergangenen Jahrzehnte – nicht nur in den USA –, die Überzeugung abhandengekommen, dass die Politik sie repräsentiert. Ihnen ist das Wort representation vielleicht gar nicht geläufig, aber sie glauben, dass „jene Leute“, diese politicians, eher Teil einer Verschwörung gegen sie sind und nicht diejenigen, die sie vertreten. Trump hat es ohne Zweifel verstanden, ihnen das Gefühl zu geben, gehört zu werden. Deswegen spreche ich im Englischen von politics of resonance, also von einer Resonanzpolitik. Es ging eigentlich gar nicht so sehr darum, dass die Leute meinten, Trump verbessere ihr Leben in ökonomischer Weise oder verfolge ihre Interessen, sondern dass ihnen plötzlich jemand im Weißen Haus das Gefühl gab, dass ihre Sorgen und ihre Situation Resonanz fanden. Ob Trump dies bewusst inszeniert hat, ist eine andere Frage, aber so möchte ich jedenfalls dieses Gefühl beschreiben, das Trumps Erfolg erklärt und das voraussetzt, dass sich die politische Repräsentation in einer profunden Krise befindet.

Hüther: Barack Obama hat diese Stimmungslage in gewisser Weise auch schon genutzt, um nach Washington zu kommen. Mit seinem „Yes We Can“ hat er die Botschaft „Ich höre euch“ gesetzt. Am Ende haben sich dann aber viele, die diese Resonanz bei ihm nicht gefunden haben, anders orientiert. Wie tief gehen die

Wurzeln dieser Spaltung des Sozialen und Ökonomischen? Wir können feststellen, dass, anders als noch in den 70er-, 80er-Jahren, die Staaten sehr klar nach blau und rot sortiert sind. Dann gibt es die Battleground States der Mitte. Und wir stellen auch fest, dass gleichzeitig mit dieser Homogenisierung der Staaten eine Homogenisierung der Parteien stattgefunden hat. Es gibt keine Vielfalt mehr in den Parteien. Wann hat diese Entwicklung angefangen?

Gumbrecht: In den fast 32 Jahren, die ich in den USA gelebt habe, und während der letzten 21 Jahre, seit ich amerikanischer Bürger bin, hat sich die Dominanz der Demokraten in Kalifornien und an der Westküste verstärkt. Man muss immer wieder daran erinnern, dass Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien, noch ein Republikaner war. Das wäre heute undenkbar. Man könnte dazu selbstkritisch sagen, unsere kalifornische und amerikanische Elite ist stark abgehoben. Möglicherweise hat auch die Wahl Obamas dazu geführt, dass man damals schon auftretende Probleme übersehen und sich gesagt hat: Wenn einer mit der sozialen Ausgangsposition von Obama es schaffen kann, dann haben wir kein Problem. Ohne zu sehen, dass die Obamas natürlich ein typischer Teil derselben Elite sind, zu der auch die Milliardäre und die Stanford-Professoren gehören. Wenn Biden es nicht versteht, das Selbstverständnis der Demokratischen Partei über dieses Selbstverständnis als Elite hinaus zu öffnen, dann befürchte ich, dass uns im nächsten Wahljahr, also 2024, noch etwas Schlimmeres als Trump ins Haus stehen könnte.

Hüther: Mich erinnert das, was Sie über Obama gesagt haben, an eine Anekdote, die Richard Sennett in einem seiner Bücher schildert. Er kehrt in das „Housing Project“ zurück, in dem er mit seiner Mutter als Kind gewohnt hat. Er erzählt von einem Projekt, mit dem man junge Menschen motivieren will, indem man ihnen Erfolgsgeschichten vorführt. In diesem Rahmen spricht jemand, der mittlerweile Medizinprofessor im Bereich Neurochirurgie ist. Sennett schreibt, dass dieser Werdegang für die Bewohner des „Housing Projects“ so weit weg war, dass der Vortrag sie verärgert hat. Viel sinnvoller wäre die Geschichte einer Chefsekretärin oder eines Assistenten gewesen. Wir Ökonomen sehen, dass die Mobilität der Menschen so niedrig ist wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht, sie ist zwischen den counties und Staaten rückläufig.

Gumbrecht: Genau. Es gibt keine breiten Aufstiegschancen mehr, und das haben wir, die wir zu dieser Elite gehören, zu lange übersehen. Wir haben uns zu lange

eingeredet, dass diese Mobilität noch existiert. In jedem Harvard- oder Stanford-Seminar gibt es natürlich einige herausragende Fälle von sozialer Aufstiegsmobilität, von unglaublichen Begabungen, aber sie sind viel seltener geworden. Und gerade daraus ist ein enormes Ressentiment gegen die Eliten in bestimmten Bevölkerungsschichten entstanden. Die 74 Millionen, die Trump gewählt haben, sind eine heterogene Gruppe. Ihr gemeinsamer Nenner ist, dass sie sich, wie man schon gesagt hat, abgehängt fühlen: abgehängt vom Prestige, abgehängt von der Politik. Und dieses Ressentiment hat Trump mit wachsendem Geschick bedient.

Hüther: Vielleicht noch ein ökonomischer Befund: Wir hatten bei uns im Institut John Komlos zu Gast. Seine These ist, dass die große Wasserscheide die Reagan-Ära war. Er beschrieb sehr eindrucksvoll, dass im Grunde die unteren und mittleren Löhne seitdem nicht mehr gewachsen sind. Und das ist ein großer Treiber für die heutige politische und gesellschaftliche Situation. Würden Sie diese Einschätzung teilen? Die reaganschen Steuersenkungen und Marktöffnungen haben im Grunde den einen unglaubliche Einkommenschancen verschafft, den andern nicht.

Gumbrecht: Ja, das ist mir plausibel. Meine Alltagserfahrung ist natürlich die Erfahrung vom Silicon Valley. Als ich 1989 mit meiner Familie nach Kalifornien gezogen bin, da war jene Landschaft noch nicht das Silicon Valley. Es war der Ort, wo man Computer produzierte und etwas später die ersten Suchmaschinen programmierte. Aber die ungeheuren Gehaltsmöglichkeiten waren schon damals gegeben. Es gab schon jene Diskrepanz. Wer mit Mitte dreißig noch nicht zweistelliger Millionär war, begann man damals zu sagen, der hatte verloren. Möglicherweise beginnt nun wieder ein Exodus aus dem Silicon Valley, das sich sicher weiter verändern wird. Aber ein Einzimmerapartment im Radius von einer Meile um das Google-Zentrum in Mountain View kostet derzeit nicht unter 5.000 US-Dollar pro Monat. Diese Explosion hat wahrscheinlich in den Reagan-Jahren eingesetzt.

Hüther: Wir Deutschen denken, wenn es irgendwo einen Wachstumskern gibt, dann strahlt er auf die umliegenden Regionen aus. Faktisch ist das auch so, doch ich glaube, das ist in den USA sehr viel weniger der Fall. Wenn man vom Silicon Valley ins Napa Valley fährt, dann ist man schon im verkehrten Tal. Da ist kein trickle-down im Sinne einer Verbreiterung des Wachstums erkennbar.

Gumbrecht: Ja, da haben Sie völlig recht. In San Francisco hört dies schon auf, da gibt es Armenviertel, wie man sie im Silicon Valley nicht sieht. San Jose zum Beispiel ist keine besonders reiche Stadt, hier wohnen Leute, die es sich nicht leisten können, im Silicon Valley selbst zu wohnen. Eine Sozialpolitik wie in der EU, die einer Strategie folgt, gibt es in den USA nicht. Die Idee von einem Wachstumskern, von dem auch die nächste Gemeinde profitiert, ist einem amerikanischen Politiker und auch einem amerikanischen Wähler fremd. Deswegen glaube ich, dass es eine allzu europäische Perspektive ist zu sagen, Trump habe ja gar nicht die sozialpolitischen Interessen seiner Wähler bedient. Denn er hat ihr Leben insofern verbessert, als dass er vielen von diesen 74 Millionen das Gefühl gegeben hat, dass sie Resonanz finden. Ich sage Resonanz, weil ich mit dem Begriff ausschließen will, dass es um mehr geht als nur das Gefühl „That’s our man, he speaks his mind, he is authentic“. Das erklärt natürlich auch diese ungeheuren Treuebeweise – und am Ende sogar, warum die Legende vom Wahlbetrug so viel Erfolg gehabt hat. Denn seine Anhänger haben das Gefühl: Das ist doch unser Präsident, der Präsident der vielen, von den Politikern vergessenen Amerikaner, und so ein Präsident kann gar nicht verlieren. Wenn der nicht Präsident wird, dann sind die Wahlen von den Demokraten gefälscht.

Hüther: Das finde ich ein außerordentlich überzeugendes Argument, weil wir ja immer gefragt haben, welche ökonomischen Vorteile er seinen Wählerinnen und Wählern gebracht hat. Aber darum ging es auch gar nicht. Im Gegensatz zu Hillary Clinton, die vom „basket of deplorables“ gesprochen hat, hat Trump sie angenommen. Und das erklärt vermutlich auch diese Emotionalität.

Gumbrecht: Genau. Hillary Clintons Formulierung „a basket of deplorables“ muss man sich mal auf der Zunge oder dem Trommelfell zergehen lassen. Da zeigt sich eine aggressive Herablassung. Man könnte sagen, dass Obama die elegantere Version derselben Einstellung war. Er hat vielleicht – tatsächlich naiv – vorausgesetzt, dass seine und Michelles Biografie heute immer noch möglich wären. Dass man sich mit Fleiß alles erarbeiten kann – doch das ist eben heute nicht mehr so. Wenn man zu weit entfernt geboren wird von den Research Triangles in North Carolina oder von Stanford oder Berkeley, dann hat man als Kind aus der unteren Schicht kaum mehr die Chance, an der Ivy League, in Stanford oder Berkeley zu studieren. Es sei denn, man hat ein besonderes Talent, ist ein sehr guter Athlet oder spielt sehr gut Cello.

Hüther: Nehmen wir einmal den 6. Januar in den Blick, um die strukturellen Fragen genauer herauszuarbeiten. Sie haben soeben gesagt, man kann die Reaktion auf Clinton verstehen. Aber dass nach Umfragen 41 Prozent der Trump-Wähler die Kapitulerstürmung am 6. Januar in Ordnung finden, irritiert. Das sind erschreckende 29 oder 30 Millionen Menschen. War das nicht eine Grenzüberschreitung, die viele hätte zurückschrecken lassen müssen?

Gumbrecht: Ich bin erschrocken angesichts der Tatsache, dass so viele der republikanischen Politiker und Wähler sagen, dass man die Gewalt des 6. Januar akzeptieren muss. Was mir Sorgen macht, ist die Frage, wie viele meiner amerikanischen Mitbürger noch bedingungslos an der Erhaltung demokratischer Institutionen interessiert sind. Joe Bidens Aufgabe ist es, sich für diese Leute zu öffnen. Er hat sich bei seiner ersten Rede als President Elect, zwei Tage nach der Wahl, an sie gewandt mit der Formulierung: „This is to my fellow citizens who voted for President Trump. I know how frustrating it is if the guy you want to be elected does not get elected.“ Das war nichts Bedeutendes, aber als Geste ein Anfang. So muss es weitergehen, dann werden wir größere Klarheit haben, wie viele von diesen Leuten offen für eine politische Re-Education sind. Jürgen Habermas hat einmal gesagt, und ich identifiziere mich sehr damit, dass wir ein Produkt der amerikanischen Re-Education sind. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Leistung Amerikas. Demokratische Aufklärung ist nun auch für die USA selbst wichtig geworden. Mitt Romney hat es richtig gesagt: Wenn wir Demokraten sein wollen, dann müssen wir unseren Wählern die Wahrheit zumuten, dass die Wahl nicht gestohlen wurde.

Hüther: In einem Artikel in der Süddeutschen schreiben Sie, es wäre verkehrt, mit Kategorien wie Faschismus leichtfertig in Bezug auf Trump umzugehen. Er hätte keinen systematischen Gebrauch von Rassismus und entsprechender Hierarchisierung erkennen lassen. In der deutschen Presse hat seit dem 6. Januar dieser Vergleich mit dem Marsch auf die Feldherrenhalle an Breite gewonnen. Würden Sie auch sagen, das hat sich dahin verschoben?

Gumbrecht: Ich habe die Faschismus-Kategorie kritisiert und kritisiere sie immer noch. Faschismus gilt als das unspezifische Maximum des Schlimmen. Es mag Parallelen zum Deutschland des Jahres 1933 geben, aber sie sind nicht genau genug. Allerdings gibt es eine Perspektive, die an den Faschismus erinnern könnte. Ich behaupte, dass zu jedem Faschismus eine Dolchstoßlegende gehört. Die gab

es im italienischen und im deutschen Faschismus. Bei Trump existierte sie zunächst nicht, da gab es immer nur „our movement“. Aber Vizepräsident Mike Pence hat nach dem 6. Januar gesagt, dass er nicht die sofortige Absetzung des Präsidenten erwirken will, weil man Trump damit zum Märtyrer macht. Dies ist der intelligenteste Satz, den ich je von Pence gehört habe. Denn wenn man jetzt Trump zum Märtyrer macht, dann erzeugt man eine solche Dolchstoßlegende. Die ist ja potenziell durch die Legende von der gestohlenen Wahl schon existent. Ich will nicht sagen, dass Trump ausgenommen werden soll von anstehenden Strafverfahren, aber es besteht die Gefahr, ihn zu einer Opferfigur zu machen. Trotzdem denke ich, dass der Faschismusvergleich nicht sehr produktiv ist, ihn beständig anzubringen ist ein Symptom intellektueller Bequemlichkeit.

David Deißner: Herr Gumbrecht, lassen Sie uns den transatlantischen Vergleich der gesellschaftlichen Stimmungslagen etwas vertiefen. Einige unserer Zuschauer erinnern zu Recht daran, dass wir Ende August 2020 ähnliche Bilder in Deutschland sahen, als Menschen mit Reichsflaggen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes standen. Kann uns das auch passieren, was am 6. Januar in Washington passierte? Und wie würden Sie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beschreiben?

Gumbrecht: Die Krise der Repräsentation ist nicht nur ein amerikanisches Problem. Man könnte sagen, solche Dinge werden typischerweise in den USA zuerst sichtbar, und auch begründen, warum dies so ist. Lassen Sie mich eine kleine Anekdote erzählen. Ich war 2019 für sechs Wochen Fellow in einer kleinen Universitätsstadt der ehemaligen DDR. Und ich wohnte bei mir sehr sympathischen Vermietern, die in meinem Alter waren. An meinem letzten Sonntag dort haben sie mich eingeladen zu Kuchen und Kaffee, und bei dem Gespräch sagte mein Vermieter plötzlich – und wohl allzu vertraulich: „Meine Frau und ich, wir wählen AfD.“ Und fügte dann hinzu: „Um Gottes Willen, das hätte ich nicht sagen dürfen. Wenn Sie das an der Universität erzählen, bekommen wir nie wieder Mieter.“ Hoffentlich bin ich nun nicht einer AfD-Sympathie verdächtig, wenn ich darauf bestehe, dass es diese Partei gibt und dass sie im Moment noch wählbar ist. Ein Mann wie dieser Rentner sollte nicht davon ausgehen müssen, dass er sein Einkommen verliert, weil er diese Partei wählt. Das ist ein Problem der Repräsentation. Dieser Mann und seine Frau fühlen sich nicht mehr vertreten von den Politikern in Berlin. Das Problem der Repräsentation und die Gefahr von Politikern mit Resonanztalent ist zweifellos nicht nur eine amerikanische Gefahr. Ich denke, dass die Apostrophierung der Querdenker

als Nazis oder Faschisten oder dieser beständige Drang, sie auszuschließen, ähnlich gefährlich ist. Die Demokratie muss in solchen Fällen imstande sein, eine Re-Education zu leisten. Hier sehe ich eine strukturelle, also nicht mehr nationalspezifische Problemlage. In dem Maße, in dem Komplexitäten des Alltags zunehmen, in dem Bürger über ihre Freiheitschancen nachdenken und diese nutzen wollen, ist die Möglichkeit der Politik und der Politiker, zu repräsentieren, deutlich zurückgegangen. Das kann zu einer Frustration an der Politik, aber auch zu Protesten führen.

Hüther: Zum Stichwort Demografie möchte ich noch eine Frage ergänzen: Es gab ja lange die Erzählung, dass die Republikaner ohnehin keine Chancen mehr haben, weil durch den demografischen Wandel in den USA der Anteil der Weißen sinkt, der Anteil der klassischen Wähler der Republikaner. Und die Demokraten müssten eigentlich nur warten. Trump hat den Republikanern jedoch gezeigt, dass er auch gegen diesen Trend noch die Mehrheit der Republikaner organisieren kann. In einem Zweiparteiensystem muss es die Fähigkeit geben, auf einem Grundkonsens der Verfassung zum Kompromiss zu kommen. Der scheint ja nicht mehr vorhanden zu sein. Wo sehen Sie den Auslöser? Ist es möglich, gegen diesen Trend zu arbeiten?

Gumbrecht: Das ist schwer vorauszusehen. Wie könnte eine reformierte Republikanische Partei aussehen, wofür könnte sie stehen? Sie könnte sicher weiterhin eine Partei sein, die für geringe Steueraufkommen einsteht. Es gibt auch eine neue und zweifellos gesetzlich unproblematische Sehnsucht nach nationalstaatlicher Politik, eine affirmation of a certain nationalism, die ja auch in den USA eine Tradition hat. Und jenseits dessen setzen schon Ressentiments ein. Ich denke, es ist eine notwendige Aufgabe einer Republikanischen Partei, die überleben will, zu sehen, wo ein Konsensus liegen könnte. Sie könnte die Partei eines konservativen Mittelstands sein. Aber nicht, wie man in Europa oft denkt, die Partei der Reichsten. Die sehr reichen Amerikanerinnen und Amerikaner wählen heute typischerweise eher die Demokraten.

Deißner: Mehrere unserer Zuschauer fragen sich, was das jetzt konkret für die Agenda von Joe Biden heißt. Was heißt „Re-Education“, wie löst man das Problem ungleicher Bildungschancen und das sozialer Ungleichheit? Heißt das, dass Bernie Sanders die Lösung wäre? Maßnahmen zum Ausgleich sozialer Disparitäten nach europäischem Vorbild empfinden viele Amerikaner ja bekanntlich als Bevormundung.

Gumbrecht: Viele Amerikaner unter dreißig wären, wenn man dies auf Europa projizierte, linke Sozialdemokraten. Diese Bernie-Sanders-Begeisterung war eine Begeisterung der Jugendlichen und Studenten. Es gibt ja auch im House of Representatives eine Reihe sehr kompetenter junger Frauen, die eine EU-artige sozialstaatliche Agenda haben. Diese Leute können sich identifizieren mit der Vizepräsidentin Kamala Harris, aufgrund ihrer Intelligenz und ihrer Herkunft, und in sie setzte ich auch große Hoffnungen. Aber die Vizepräsidentin hat in ihrer Rede am 5. November keinerlei Öffnung für die Trump-Wähler gezeigt, und das ist gerade jetzt entscheidend wichtig. Wie weit kann man gehen, wie kann man den Leuten zeigen, dass sie bei der neuen Regierung Resonanz finden? Etwa wenn die Demokratische Partei versucht, zu Townhall Meetings nicht nur demokratische Stammwähler einzuladen, sondern sie auch für Trump-Wähler öffnet. Solche Gesten der Zuwendung müssen zu den ersten Biden-Monaten gehören, um erste Frustrationen und Schwierigkeiten zu überleben.

Hüther: Wir haben ja herausgearbeitet, was wir in Deutschland Regionalpolitik nennen. Wenn nicht mehr die „people to the jobs“ kommen, dann müssen eben die Jobs zu den Menschen. Und das ist vielleicht etwas, das wir in Deutschland können, wenn auch nicht immer ganz effizient. Ein Gedanke wäre also, die Regionalität in den Fokus zu stellen, ein Gedanke, der in den USA noch ferner liegt.

Gumbrecht: Erschwerend kommt hinzu, dass im Vergleich zu Deutschland unsere Bundesregierung sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Bundesstaaten hat. Der Vergleich zwischen den USA und der EU ist kein künstlicher Vergleich. Condoleezza Rice erinnert gerne daran, dass selbst ein republikanischer Gouverneur lieber seine eigene Politik machen möchte als die Politik eines republikanischen Präsidenten aus Washington. Ob zum Beispiel Gavin Newsom, der Gouverneur von Kalifornien, sich die Show stehlen lassen will von Joe Biden oder von Kamala Harris, wird man sehen. Wie Sie vorhin gesagt haben, Herr Hüther, Trump hat innenpolitisch kaum etwas verändert, aber er hat ein zentrales Problem evident gemacht: die Krise der Repräsentation. Man könnte vielleicht mit den Philosophen des deutschen Idealismus optimistisch genug sein, um zu sagen: Das war eine List der Vernunft. Dass wir am Ende der Trump-Zeit eine diagnostische Situation haben, die uns näher an eine Strategie und Therapie bringt. Ich glaube, Ihre Diagnose ist richtig, dass in den 80er-Jahren diese Divergenz stattgefunden hat. Das Problem war schon vor Trump da, wie hätte Hillary Clinton sonst die Wahl gegen ihn verlieren sollen?

Deißner: Das ist ein wunderbares Schlusswort. Hoffen wir mit Hegel, dass sich die Vernunft im weltgeschichtlichen Geschehen durchsetzen wird, und dass die große Krise der Demokratie vielleicht dazu führt, dass mehr Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks die Zerbrechlichkeit und natürlich auch den Wert unserer Demokratie und unserer demokratischen Institutionen umso mehr begreifen.

Gumbrecht: Es könnte sein, dass sich mit den neuen Generationen in den Vereinigten Staaten eine gewisse Annäherung zwischen dem Sozialdemokratismus der EU, der nicht parteiabhängig ist, und den USA vollzieht. Noch einmal: Wenn ich an die jungen Frauen im House of Representatives denke, werde ich optimistischer. Auch die Vorstellung eines interessanten Zweiparteiensystems mit einer neuen Republikanischen Partei könnte motivierend sein. So entstünden Konturen, die auf der einen Seite konträr genug sind, um Politik zu ermöglichen, aber nicht Konsensus ausschließen.

Der Ganztagsschulausbau darf nicht scheitern

Grundschul Kinder sollen bald das Recht auf einen Ganztagsplatz haben – wenn sich Bund und Länder über die Finanzierung verständigen. Warum die Entscheidung bald stehen muss und es sich lohnt, in Ganztagschulen zu investieren, schreiben IW-Direktor Michael Hüther, Tom Krebs und Katharina Spieß in einem Gastbeitrag für ZEIT ONLINE am 27. Januar.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart: Ab 2025 soll jedes Grundschulkind in Deutschland eine verlässliche Betreuung am Nachmittag erhalten. Die Eltern haben dann nicht mehr nur das Recht auf einen Kita-, sondern auch auf einen Ganztagschulplatz. Doch nun gibt es zwischen Bund und Ländern Streit ums Geld. Wird der Bund sich auch an den laufenden Kosten beteiligen? Die drei Wirtschaftswissenschaftler Katharina Spieß, Tom Krebs und Michael Hüther schreiben hier, warum die Entscheidung bald stehen muss und es sich lohnt, in Ganztagschulen zu investieren.

Demnächst treffen sich wieder Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern. Es soll der im Koalitionsvertrag festgelegte bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschul Kinder bis 2025 einmal mehr besprochen werden. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist eines der zentralen Projekte der Bundesregierung für die Familien, die Kinder und die Eltern – nicht nur, weil kaum jemand im Ausland und immer weniger im Inland verstehen, warum in Deutschland Kinder zum Mittagessen nach Hause kommen und dort dann auch ihre Hausaufgaben machen. Bislang gibt es bundesweit nur einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, aber nicht auf die Ganztagsbetreuung von Schulkindern – das soll sich ändern, so der Koalitionsvertrag.

Doch nun droht das Vorhaben zu scheitern. Denn Bund und Länder können sich nicht über die Aufteilung der laufenden Betriebskosten einigen – es wird geschätzt, dass es sich um einen Gesamtbetrag von 4,5 Milliarden Euro pro Jahr handelt. Es ist – wie so häufig – eine Frage, wer die Rechnung bezahlen muss in einem föderalen System. In der Regel werden solche Differenzen in letzter Sekunde geklärt, und es kommt zu einer gütlichen Einigung. Diesmal aber scheint die Situation verfahren, und es besteht die Gefahr, dass die Entscheidung in die kommende Legislaturpe-

riode verschoben wird, oder gar kein Rechtsanspruch für Schulkinder kommt. Ein solches Scheitern würde den Ausbau der Ganztagsbetreuung ins Stocken bringen und hätte dramatische Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft.

Aus ökonomischer Perspektive steht fest, dass der Ausbau des Ganztags sich lohnt. Zahlreiche empirische Erhebungen belegen, dass der Ausbau ganztägiger Angebote für Schulkinder die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöht, hauptsächlich aufgrund eines Anstiegs ihres Erwerbsvolumens. Damit erhöht sich das Einkommen von Familien, und viele Mütter mit geringem Einkommen können ihren Wunsch nach einer Arbeitszeitausdehnung realisieren. Das wiederum führt dazu, dass auch mittel- bis langfristig die Löhne von Müttern steigen können, was unter anderem die Gender-Wage-Gap reduzieren kann. Ebenfalls reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen von Altersarmut betroffen sind.

Vor allem aber kann eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung dazu beitragen, dass alle Bildungspotenziale genutzt werden. Eine gute schulische Bildung und Betreuung am Nachmittag kann allen Kindern helfen, im Besonderen aber den Bildungserfolg von Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien erhöhen. Denn für diese Kinder gibt es in der Regel keinen oder nur unzureichenden Ersatz für die fehlende schulische Bildung und Betreuung; die Pandemie hat dies nochmals besonders augenfällig gemacht. Durch die geschlossenen Schulen sind jetzt manche Kinder besonders benachteiligt, und Bildungsungleichheiten nehmen zu. Diesen weiteren Anstieg zu reduzieren, dabei könnte auch der Ausbau des Ganztags helfen – insbesondere wenn hier Lehrkräfte, Schulpsychologinnen, Sozialpädagogen und beispielsweise IT-Kräfte gemeinsam aktiv sind. Dann könnten Ganztagschulen ähnlich wie viele Kindertageseinrichtungen auch zu Familienzentren weiterentwickelt werden.

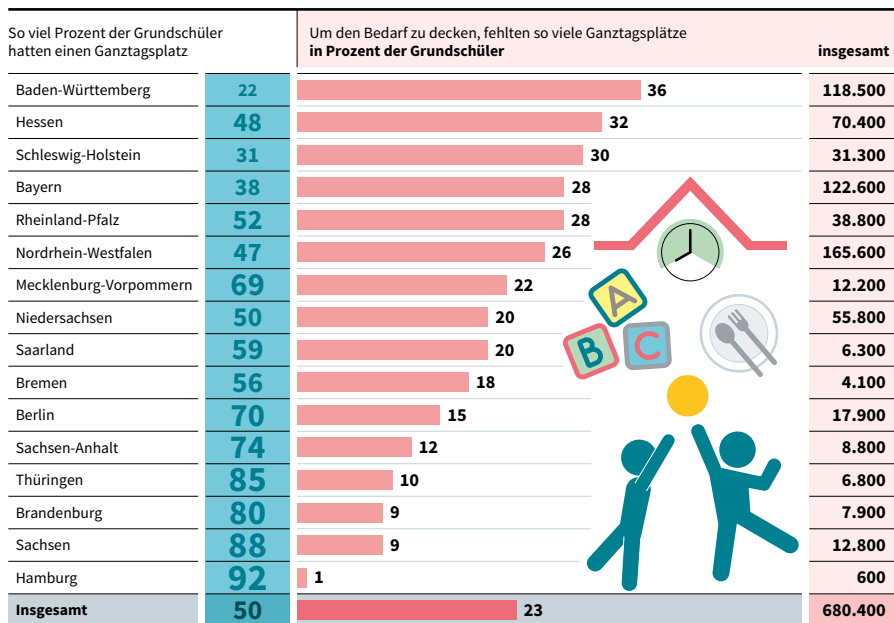
Eine gute ganztägige Bildungs- und Betreuungsarbeit an Schulen oder Horten kann zudem einen wertvollen Beitrag zur Integration von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund leisten; zumal hier die Betreuungsquoten im frühkindlichen Bereich immer noch unterdurchschnittlich sind. Der im Koalitionsvertrag verankerte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Schulkindern schafft so sozialen Fortschritt.

Schließlich lohnt sich der Ausbau der Ganztagsbetreuung auch für den Staat. Denn er steigert die Steuereinnahmen und senkt die Ausgaben für Transferzahlungen, wenn die Eltern ihr Arbeitsangebot ausweiten können, zudem steigt der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und damit auch das Bildungsniveau zukünftiger Erwerbspersonen. Berechnungen des DIW Berlin zeigen, dass die Mehreinnahmen der öffentlichen Hand erheblich sind.

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen ist eine Zukunftsinvestition, die sich mittel- und langfristig für alle lohnt, für die Gemeinden, die Länder und den Bund. Bleibt zu hoffen, dass diese Einsicht bei allen Beteiligten der Videokonferenz am Donnerstag vorherrscht und es kommende Woche doch noch zu einer Einigung kommt. Ein Scheitern wäre fatal, es würde uns Jahre zurückwerfen. Der Öffentlichkeit wäre das zu Recht nicht vermittelbar.

Grundschulen: Viele Ganztagsplätze fehlen

im Schuljahr 2018/2019



Quellen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

„USA müssen regionale Balance anstreben“

Wer die tiefe politische und gesellschaftliche Spaltung in den USA mit Rezepten aus Europa kurieren will, trifft bei IW-Direktor Michael Hüther auf Skepsis. Den oft empfohlenen Ausbau des Sozialstaates hält er für falsch, rät aber eindringlich zu besserer Regionalpolitik. Der Sturm auf das Kapitol werde noch Folgen haben, sagt er in einem Interview mit der Börsen-Zeitung vom 8. Januar.

Börsen-Zeitung: *Herr Hüther, als Vorstand der Atlantik-Brücke: Welche Botschaft haben Sie nach dem Sturm auf das Kapitol für die amerikanischen Freunde?*

Michael Hüther: Der Wert der Institutionen und einer Verfassung, die großes Vorbild für die demokratische, freiheitliche Welt ist, lohnt jedes Bemühen. Wir müssen selbst darauf achten, die Institutionen und die Verfassung ernst zu nehmen. Dies legitimiert, jetzt einzuschreiten gegen den Versuch des noch amtierenden Präsidenten Donald Trump, die Verfassung zu brechen.

Börsen-Zeitung: *Die verstörenden Bilder aus Washington treffen zusammen mit dem phänomenalen Erfolg der US-Demokraten in Georgia. Was hat die größere Bedeutung für die Präsidentschaft von Joe Biden?*

Hüther: Kurzfristig ist es eindeutig die Handlungsfähigkeit der Demokraten – nicht nur im Repräsentantenhaus, sondern auch im Senat. Damit ist eine Blockade der Biden-Administration zumindest in den ersten beiden Jahren nicht möglich. Die Republikaner sind gezwungen zu kooperieren, wenn sie Einfluss nehmen wollen. Mittel- und langfristig wird aber die Grenzüberschreitung des Eindringens in das Kapitol – wie anderes zuvor, was Trump zu verantworten hat – die Struktur der öffentlichen Debatte ändern. Es ist etwas anderes, es zu erleben, als nur theoretisch zu beschreiben, wie sich aufwiegelnde Reden in Handlungen umsetzen können.

Börsen-Zeitung: *Welche Erwartungen haben Sie an die Präsidentschaft von Joe Biden und die transatlantischen Beziehungen?*

Hüther: Biden wird eine moderate Position der Demokraten stärken – eine, die die Brücke zu den Republikanern bauen kann. Dies zeigt sich an Programmatik und Personal. Beides ist geeignet, Gemeinsamkeiten herauszubilden. Die Kunst ist, sich bei identischen Zielen nicht zu zerstreuen. Die Republikaner haben dies mit ihrer

Haltung zum Veto von Trump gegen den Verteidigungshaushalt und das Konjunkturpaket gezeigt.

Börsen-Zeitung: *Welchen Rat für ein Politikkonzept können Sie geben?*

Hüther: Sich nicht am deutschen Sozialmodell zu orientieren, das aus einer anderen Tradition stammt. Die USA müssen vor allem eine regionale Balance anstreben. Denn die Spaltung von Wirtschaft und Gesellschaft erklärt die politische Spaltung. Eine Ursache ist die geringe Mobilität des Faktors Arbeit. Wenn der Austausch nicht mehr funktioniert, muss man die „jobs to the people“ bringen. Die regionale Balance bedingt vor allem Infrastruktur und Bildung. Auch wenn die Autonomie der Bundesstaaten groß ist, halte ich es für die zentrale Aufgabe.

Börsen-Zeitung: *Welche Rolle kommt den unter Trump Stärke demonstrierenden USA künftig im Gefüge der Weltmächte zu?*

Hüther: Es war kein wirklich starkes Amerika unter Donald Trump. Es war „Rumgepöpel“, lautes Gequatsche und inkonsistentes Gerede – alles in allem katastrophal. Die Außenpolitik in Richtung China oder Nordkorea hatte weder Hand noch Fuß. Einige Zölle sind noch taktisch erklärbar. Aber dem wohnte nichts Konstruktives inne. Die Chance für Biden liegt darin, die Position der USA über bestehende Allianzen zu stärken. Die Schwäche, die Trump im pazifischen Raum zu verantworten hat, muss Biden erst einmal kompensieren – und zwar allein. Im transatlantischen Verhältnis haben die USA einen Partner und können so gemeinsam China gegenüber treten. Dies wird Biden nutzen. Es verlangt auch von uns einiges. Wir können uns nicht mehr beim Verteidigungshaushalt durchmauscheln. Wir müssen unsere sicherheits- und verteidigungspolitischen Verpflichtungen erfüllen.

Börsen-Zeitung: *Können wir wieder mehr auf multilaterale Regelwerke bauen?*

Hüther: Die Chance, transatlantisch etwas zu tun, ist da. Aber auch in den Biden-Programmen sind Aspekte wie „Buy American“ vorhanden oder die Stärkung der heimischen Industrie. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Funktionsunfähigkeit der Welthandelsorganisation WTO schon unter Barack Obama begonnen hat.

Börsen-Zeitung: *Die Finanzmärkte frohlocken bereits, weil sie bald mit noch üppigerer Stimulation für die US-Wirtschaft rechnen. Zu Recht?*

Hüther: Die USA sind weiterhin für uns einer der wichtigsten Märkte. Wir haben 2020 gesehen, dass die wirtschaftliche Erholung in China und die höhere Flexibilität in den USA uns enorm geholfen haben. Nach den wirtschaftlichen Indikatoren haben wir die Chance, dass es so weitergeht. Wir sind unverändert stark verwoben. Wenn es eine Wirtschaftspolitik gibt, die mehr auf gemeinsame Impulse setzt, dann kann uns das nur recht sein.

Börsen-Zeitung: *Wie konnte es geschehen, dass Trump 74 Million Wähler begeistern konnte, obwohl er immer schon sehr speziell war?*

Hüther: Die Demokraten haben den Draht verloren zu ihren früheren Wählern: zur weißen arbeitenden Klasse, die Verlierer der Globalisierung ist. Die Demokraten haben auf die Analysen vertraut, dass die demografische Entwicklung die Republikaner keine zentralen Wahlen mehr gewinnen lassen wird. Trump hat gezeigt: Es geht doch durch Mobilisierung dieser Leute. Und er konnte 2020 noch einmal zulegen, was kein gutes Zeichen ist. Aber moralische Kategorien helfen hier nicht.

Ein Weckruf

Die Gewalt in Washington und der Sturm auf das Kapitol, das Symbol des parlamentarischen Amerikas und der freien Welt, waren schockierend. Die USA sind unser Freund und Partner und wir stehen an der Seite der überwiegenden Mehrheit Amerikas, Demokraten wie Republikaner, die diese Geschehnisse auf das Schärfste verurteilt und sich entschieden davon distanziert. Das schreibt der Vorstand der Atlantik-Brücke, zu dem auch IW-Direktor Michael Hüther gehört, in einem auf der Website der Atlantik-Brücke am 8. Januar veröffentlichten Weckruf.

Für alle, die sich zur westlichen, demokratischen und liberalen Grundordnung bekennen, in Amerika und auch hier, müssen die Ereignisse ein Weckruf sein. Populistischen Angriffen auf diese Ordnung muss konsequent und mit aller Härte begegnet werden. Sie behindern nicht nur die politische Willensbildung, sondern schaden dem Ansehen der Demokratie in der Welt.

Die Bilder aus Washington sind nicht repräsentativ für die gesamten USA. Doch die derzeitige gesellschaftliche Spaltung der Vereinigten Staaten reicht tief. Sie wurzelt in ökonomischer und sozialer Ungleichheit und der Entstehung medialer Parallelöffentlichkeiten. Diese Spaltung wurde vom noch amtierende Präsidenten Donald Trump während seiner Amtszeit aktiv vorangetrieben. Er trägt auch die Verantwortung für die gestrige Eskalation, der er durch die Verbreitung von Falschinformationen zur Wahl, die Diskreditierung der Medien sowie offensive Sympathiebekundungen für rechtsradikale Gruppen und Verschwörungstheorien erst zu Motivation und Schlagkraft verholfen hat. Das Vergehen Trumps an der amerikanischen Demokratie muss klar benannt werden und Konsequenzen haben.

Auch wenn die Amtsübernahme der neuen US-Administration von den Ereignissen des gestrigen Tages und der anhaltenden Spaltung des Landes massiv überschattet sein wird, sind wir hoffnungsvoll, dass der Weckruf gehört wird. Als enge Partner der USA verbietet sich für uns Europäer der mahnende Fingerzeig – auch in Europa ist die demokratische Grundordnung keine Selbstverständlichkeit. Sie muss erkämpft und immer wieder entschlossen verteidigt werden. Auch wenn es lange dauern wird, die Wunden zu heilen – das Jahr 2021 bietet die Chance für einen Neubeginn und ein deutliches Bekenntnis zur Demokratie und zum friedlichen Miteinander. In diesem Bemühen reichen wir unseren amerikanischen Freunden die Hand.

Zurück zu Maß und Mitte

Der abgewählte US-Präsident Donald Trump hat die Lage seiner Wähler kaum verbessert und die Nation tief gespalten. Sein Nachfolger Joe Biden muss das Land jetzt befrieden – politisch und wirtschaftlich, analysiert IW-Direktor Michael Hüther im Handelsblatt vom 8. Januar.

Es ist passiert, was man sich nicht vorstellen konnte und wollte: Der noch amtierende Präsident hat einen Angriff auf die amerikanische Demokratie unternommen, wenn man – im Sinne von Hannah Arendt – das Sprechen als eine Form des Handelns betrachtet. Hatte Donald Trump von Beginn seiner Amtszeit an deutlich gemacht, dass er sich im höheren Auftrag durch das Volk legitimiert sieht und deshalb wenig Rücksicht auf Institutionen und Verfahren der Demokratie übt, so hat er nun zum letzten Mittel des Verfassungsfeinds gegriffen und seine Anhänger auf skrupellose, aber geschickte Weise mobilisiert.

Der Sturm auf den Kongress, die Evakuierung des Vizepräsidenten, der Senatoren und Abgeordneten ist beispiellos in der US-amerikanischen Geschichte und erinnert an Bananenrepubliken mit schwachen Institutionen. Dass die Sicherheitsorgane versagt haben, mag an der Unvorstellbarkeit des Geschehenen liegen, entschuldigbar ist es trotzdem nicht. Die Präsidentschaft Trump endet in dem Chaos und mit dem Ansehensverlust, wie er es ungebremst den etablierten politischen Kräften – verdichtet in der Chiffre „Washington“ – vorgehalten hat. Es waren keine Demonstranten, sondern bewaffnete Horden. Jeder ist für die Geister verantwortlich, die er ruft.

Demokratie lebt von zugewiesenen Rechten und Pflichten, sie verschafft der Souveränität des Volkes angemessen Ausdruck. Gerechtigkeit wird durch verlässliche und willkürfreie Verfahren sichergestellt. Das hat wenig Glamour und ist kaum mit Strahlkraft verbunden, weil es auf die Mühen des täglichen Umgangs miteinander verweist. Die schon zitierte Hannah Arendt hat uns mit dem Konzept des „öffentlichen Raums“ deutlich gemacht, dass in der freien Gesellschaft jeder Mitbürger jeden Tag mit in der Verantwortung steht. Dort muss allzeit der Sinn der Politik – die Freiheit – errungen und gesichert werden. Das verlangt Verfahrensgerechtigkeit, dafür schaffen wir Verfassungen, Institutionen und Regeln.

Nun werden viele der über 74 Millionen Wähler, die am 3. November Trump ihre Stimme gegeben haben, dieser Einordnung prinzipiell zustimmen. Und vermutlich wird die übergroße Mehrheit dieser Wähler über die Ereignisse in Washington erschrocken und erschüttert sein, sie werden den Schaden erkennen, der damit der Verfassungsordnung zugefügt wurde und letztlich auch ihnen. Dennoch bleibt der erstaunliche Befund, dass nach all den Irrungen und Wirrungen der Trump-Regentschaft so viele Menschen ihm die Stimme gegeben haben. Ein Minderheitsphänomen ist Trump ebenso wenig wie eine kurzfristige Erscheinung. Nur durch tiefer liegende ökonomische Probleme und gesellschaftliche Spannungen kann dies erklärt werden.

Die politischen Strukturen und Verhaltensmuster spiegeln in den USA in besonderer Weise die wirtschaftliche Lage und deren Perspektiven. Denn die ökonomische Segregation in den vergangenen Jahrzehnten, die sich in einer historisch niedrigen Mobilität der Arbeitskräfte manifestiert, führt zu einer sich weiter ausprägenden Spaltung des Landes hinsichtlich Lebensführung, Qualifikation, der wirtschaftlichen Basis, des sozialen Verhaltens und gesellschaftlicher Perspektiven. Mobilität war nicht nur typisch für den amerikanischen Arbeitsmarkt, sondern geradezu ein zentraler Aspekt des Wohlstandsversprechens: Man kann es schaffen, zur Not an anderer Stelle. Die Menschen wandern zu den Jobs.

Dass dieses Versprechen, der „amerikanische Traum“, nicht mehr wie früher trägt, unterlegt eine generative Betrachtung. So zeigen Studien für die USA, dass der Anteil der Kinder, die ein höheres Familien- oder auch Arbeitseinkommen erzielen als ihre Eltern, dramatisch zurückgegangen ist. Während bei den im Jahr 1940 geborenen Amerikanern über 90 Prozent ein höheres Einkommen erzielten als die Vätergeneration und bei den im Jahr 1950 Geborenen immerhin 80 Prozent, lag dieser Wert bei der Geburtskohorte von 1984 nur noch bei maximal 50 Prozent. Die Vorstellung, man könne einfach zu den Jobs wandern, hat ausgedient. Insgesamt ist die Erwerbsquote seit 2000 um vier Prozentpunkte auf 63 Prozent gesunken, während sie in Deutschland von unter 70 auf 80 Prozent anstieg. Diese ökonomischen Veränderungen spiegeln sich in der politischen Willensbildung wider.

War in früheren Jahrzehnten die Wählergunst für die Republikaner und Demokraten nicht per se geografisch in regionalen Clustern von Staaten festgelegt, so hat sich

dies seit den 1990er-Jahren geändert. Seitdem sind die Staaten an der Westküste und an der nördlichen Ostküste sicher der Demokratischen Partei zuzurechnen, die sogenannten Fly-over-States der Republikanischen Partei. Im Rust Belt gibt es viele Swing States, was dem historischen Wechsel beider Parteien als Interessenvertreter der industriell arbeitenden Mittelschicht entspricht. Zugespitzt gilt, dass die Demokraten die innovativen Zentren (Silicon Valley, Biotech-Hub um Boston, Financial Center New York) gewinnen können, während die Republikaner in den traditionellen Wirtschaftsräumen verankert sind.

Das signalisiert einen historischen Wandlungsprozess, denn die Demokratische Partei war traditionell die Partei der Arbeiterschaft gewesen. Sie hat diese Rolle aber seit den 1970er-Jahren eingebüßt, zugunsten einer Koalition von Frauen, Minderheiten und Wissensarbeitern. Zeitgleich begann die Republikanische Partei, die männliche weiße Arbeiterschaft zu umwerben, vor allem Männer, die ihre Arbeitsplätze in der Industrie verloren hatten. Politisch hat diese Differenzierung der Parteistammwähler zu einer programmatischen Homogenisierung beider Parteien seit den 1970er-Jahren geführt.


Während die Demokraten in Nachfolge der liberalen Erfolge der 1960er-Jahre und vor allem von Präsident Lyndon B. Johnsons „Great Society“-Programm sich immer weiter an der Identitätspolitik ausgerichtet haben, wandte sich die Grand Old Party seit den frühen 1970er-Jahren von ehemaligen liberalen Positionen – zu Gleichberechtigung, Abtreibung, Homosexualität, Einwanderung, Rassengleichstellung, Waffenbesitz – ab. „Konservative begründeten ihren Machtanspruch mit dem Scheitern des Liberalismus, das in den 1960er-Jahren begann, als der Begriff der Identität den Begriff der Gleichheit ersetzte“, so die Harvard-Historikerin Jill Lepore. Diese Positionierung verhielt den Republikanern angesichts der zunehmenden demografischen Diversität nichts Gutes für die Wahlaussichten, da ihr Wählerstamm strukturell zu einer Minderheit wird.

Dagegen hat Trump in der Wahl 2016 und erneut 2020 gezeigt, dass durch die Hinwendung zu dem von Hillary Clinton genannten „basket of deplorables“ eine unerwartete Mobilisierung möglich ist. Daraus erwächst seine Macht bei den Republikanern, daraus erklärt sich die seltsame Anbiederung vieler Würdenträger seiner Partei auch dann noch, als den zahllosen Vorwürfen des Wahlbetrugs keine

Beweise beigefügt werden konnten. Verbessert hat Trump die Lage seiner Wähler indes kaum. Das jüngste Wirtschaftswachstum in den USA war auffallend auf die reichsten und größten Städte ausgerichtet. Offenkundig finden sich Superstar-Unternehmen in Superstar-Städten, prägen so wissensbasierte Volkswirtschaften wie die USA und verstärken die schon gewachsene regionale Ungleichheit zwischen den Beschäftigten.

Gegen diese Trends kann eine nationale Wirtschaftspolitik nur dann Wirkung entfalten, wenn sie auf eine regionalpolitische Strategie setzt, die neben Bildungsinfrastruktur – vor allem auch einer beruflichen Bildung – gezielt eine Ansiedlungspolitik betreibt, damit Jobs zu den Menschen kommen, weil die Wanderung nicht mehr wie früher funktioniert. Das ist allerdings in Washington politisch schwer vermittelbar. Aus diesem Dilemma kann Joe Biden herausfinden, wenn er seine jetzt gewonnene Handlungsfähigkeit klug nutzt; er wird seine Präsidentschaft nur mit innenpolitischen Themen zum Erfolg bringen können. Den Institutionen und Regeln der Verfassung wieder den gebührenden Rang zu geben kann aber nur gelingen, wenn die moderaten Republikaner mitziehen, im Grenzfall bereit zur Spaltung, und die moderaten Demokraten innerparteilich in der Vorderhand sind. Gemeinsamkeit muss in Washington errungen werden, um auf das Land ausstrahlen zu können.

Der Angriff auf die Demokratie bleibt in seinen Lehren nicht auf die USA beschränkt. Die Erkenntnis, dass verlässliche und willkürfreie Verfahren nicht nur am überzeugendsten Gerechtigkeit und Fairness schaffen, sondern zugleich der Freiheit aller dienen, muss auch bei uns immer wieder beworben werden. Die Hinnahme der Mehrheitsentscheidung, die auf der Einbeziehung aller Minderheitenrechte fußt, und die Akzeptanz von parlamentarischen Prozeduren verlangen allerdings, auf die moralische Überhöhung der eigenen Position oder gar der eigenen Identität zu verzichten.



Auch 2021 blieb die Corona-Pandemie das wirtschafts- und gesellschafts-politisch prägende Ereignis. Das Nach- und Nebeneinander von Lockerungen und Verschärfungen hielt an. Der Rückgewinn von Freiheiten für die einen ging mit anhaltenden Einschränkungen für die anderen einher. Die richtige Balance aus Gesundheitsschutz, Wohlstandssicherung und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu wahren, fiel den Akteuren dabei nicht immer leicht.

Ein weiteres beherrschendes Thema war die Bundestagswahl: Wie kann und soll die künftige Bundesregierung globale Herausforderungen wie Covid- und Klimakrise angehen? Wie den Standort Deutschland für die Folgen von Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie stärken? Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, beteiligte sich mit Gastbeiträgen, Interviews und Analysen an den aktuellen Diskussionen.

Die vorliegende Publikation enthält ausgewählte Beiträge von oder mit Michael Hüther, die 2021 in Tages- und Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazinen sowie Online-Medien veröffentlicht oder im Rundfunk gesendet wurden.